

Stenografisches Protokoll

- Endgültige Fassung* -

der 31. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 27. September 2012, 10 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen:	1 - 96
- MDg a. D. Dr. Hartwig Möller	1
- KHK Werner Jung	40
- KHK Uwe Deetz	-
- Direktor beim BND Dr. Dietrich H.	83

*Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen der Zeugen MDg a. D. Dr. Hartwig Möller (Anlage 1), KHK Werner Jung (Anlage 2) und Direktor beim BND Dr. Dietrich H. (Anlage 3) sind in das Protokoll eingearbeitet.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses
Donnerstag, 27. September 2012, 10:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Binninger, Clemens		Hahn, Florian
Schipanski, Tankred	Heinrich, Frank
Stracke, Stephan		Schön (St. Wendel), Nadine	
Winkelmeier-Becker, Elisabeth		Schuster (Weil am Rhein), Armin
SPD		SPD	
Edathy, Sebastian		Gleicke, Iris
Högl, Eva, Dr.		Kolbe (Leipzig), Daniela	
Rix, Sönke		Özoguz, Aydan
FDP		FDP	
Tören, Serkan		Kurth (Kyffhäuser), Patrick	
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid		Schulz, Jimmy
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Pau, Petra		Petermann, Jens	
BÜ90/GR		BÜ90/GR	
Wieland, Wolfgang		Ströbele, Hans-Christian	

off.

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 27. September 2012, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

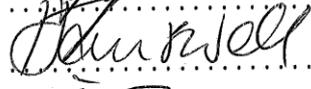
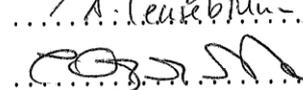
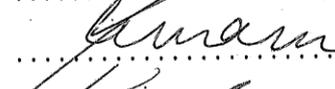
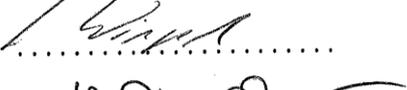
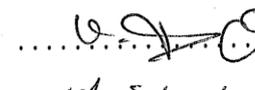
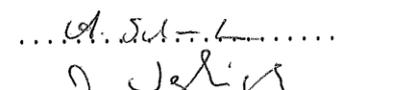
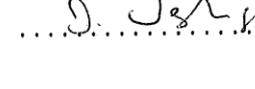
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

MEYER	SPD	
HAWKWELL	SPD	
Boogherst	SPD	
Krüger	SPD	
Molsberger	CDU/CSU	
Censebrunn	SPD	
von Cossel	CDU/CSU	
Lange	FDP	
REKHELT	SPD	
VIETBECK	SPD	
Lehmann	LINKE	
Wipf	linke	
VON DIECK	FDP	
Schorlau	FDP	
Wipf	SPD	

off.

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 27. September 2012, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Kent

Grüne

Dr. Tesen

CDU/CSU

Hagenhuber

FDP

Brandt

Grüne

Nocht

SPD

Schuppars

SPD

J. He. Bieringer

SPD

Camilla Schaffer

Grüne

Rothke

LINKE

Linda v. Rensse

FDP

Donnerstag, 27. September 2012, 10:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BMVg	BECKER	DL	[Handwritten Signature]
BMVg	WITZ	Rep	[Handwritten Signature]
BmVg	TanBIRJ	Rep	[Handwritten Signature]
EBA	Christeloid	StA b. B6H	[Handwritten Signature]
BM7	Großmann	Bearbeiter	[Handwritten Signature]
BM7	Frending	RIC	[Handwritten Signature]
DH10	Schussbach	ka	[Handwritten Signature]
BMI	AMann-Eike	TPO	[Handwritten Signature]
BKA	Aulbach	KOK'ch	[Handwritten Signature]
BGA	Köhler	KHKU	[Handwritten Signature]
BkA	GERHANO	GOR	[Handwritten Signature]
BMI	Reinfeld	MIR	[Handwritten Signature]
BMI	STEINBERS	Rep'ic	[Handwritten Signature]
BK	Reumann	RD	[Handwritten Signature]
Bk	Eckler	MaR	[Handwritten Signature]
Bm7	Jittmann	MD	[Handwritten Signature]
BM7	Adm	BA	[Handwritten Signature]
BM7	Zoller	OSTA B6H	[Handwritten Signature]

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
M. Füll	[Handwritten Signature]	RD	SN
C. Cammer	[Handwritten Signature]	RR	Berlin
Müllenbach	[Handwritten Signature]	RD'ui	TH
Fahren	[Handwritten Signature]	Bearbeiter	BW
n. W.	[Handwritten Signature]	OR	H
Dr. Rotte	[Handwritten Signature]	GRR	BY
Scholz	[Handwritten Signature]	KR	BY
Mathias	[Handwritten Signature]	RD	NW
F. Schmitt	[Handwritten Signature]	RR	HE
M. Schupp	[Handwritten Signature]	MR	ST

(Beginn: 10.02 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 31. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses der laufenden Wahlperiode. Diese Sitzung findet statt in Form einer Beweisaufnahme durch Befragung von insgesamt vier Zeugen.

Wir kommen also zum **einzigsten Punkt der Tagesordnung:**

Vernehmung von Zeugen:

- MDg a. D. Dr. Hartwig Möller
- KHK Werner Jung
- KHK Uwe Deetz
- Direktor beim BND Dr. Dietrich H.

Ich darf die Vertreter der Medien bitten, soweit sie Geräte für Ton-, Film- und Bandaufnahmen mit sich führen, den Sitzungssaal jetzt zu verlassen. Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Das gilt auch für die Gäste auf der Besuchertribüne. Es ist so, dass ein Verstoß gegen dieses Gebot nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen des Ausschusses führen kann, sondern auch gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen könnte. Es ist zudem Besuchern nicht erlaubt, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras in den Sitzungssaal mitzunehmen.

Weil zudem die Gefahr einer Übertragung aus dem Saal und auch eine Aufzeichnung durch moderne Mobilfunktelefongeräte nicht ausgeschlossen werden kann, ist die Benutzung von Handys während der gesamten Sitzung nicht nur nicht gestattet, sondern ist es so, dass Handys auszuschalten sind. Falls noch nicht geschehen, kommen Sie dem bitte nach.

Vernehmung des Zeugen Dr. Hartwig Möller

Ich darf als ersten Zeugen des heutigen Tages Herrn Ministerialdirigenten a. D. Dr. Hartwig Möller begrüßen. Herr Dr. Möller, ich darf Sie einleitend darauf hinweisen, dass es doch eine Tonbandaufnahme immer gibt, die angefertigt wird von der Vernehmung von Zeugen hier im Ausschuss; es ist aber eine Aufnahme, die von der Verwaltung des Bundestages veranlasst wird und ausschließlich

den Zweck hat, der Erstellung des Stenografischen Protokolls zu dienen und diese zu erleichtern; das heißt, wenn das Protokoll erstellt worden ist, wird diese Aufnahme gelöscht.

Herr Dr. Möller, das Protokoll Ihrer heutigen Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung übermittelt. Sie haben dann innerhalb einer Frist von zwei Wochen die Möglichkeit, Korrekturen oder Ergänzungen bezüglich des Protokolls geltend zu machen bzw. vorzunehmen.

Ich stelle fest, dass Sie als Zeuge ordnungsgemäß geladen worden sind. Sie haben die Ladung am 27. Juli 2012 erhalten. Eine Aussagegenehmigung für Sie liegt vor seitens des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen. Diese Aussagegenehmigung datiert vom 19. Juni 2012.

Vor Ihrer Aussage, Herr Dr. Möller, habe ich Sie zunächst formal zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf die strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen entsprechenden Hinweis, damit der Ausschuss dann einen Beschluss fassen kann, die Öffentlichkeit auszuschließen bzw. eine entsprechende Einstufung Ihrer Vernehmung vorzunehmen.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen, Herr Dr. Möller, darf ich Sie bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit vollständigen Namen, Alter, Beruf vorzustellen und mir kurz mitzuteilen, ob die für Ihre Ladung verwandte Anschrift nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Name ist Dr. Hartwig Möller. Ich bin Verwaltungsjurist und habe zuletzt im Innenministerium Nordrhein-Westfalen gearbeitet. Sie wollten was noch wissen? - Ich bin jetzt 68 Jahre alt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und ob die für die Ladung verwendete Anschrift noch aktuell ist.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Die Ladungsanschrift in Düsseldorf ist aktuell.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Möller, Sie haben nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, sich vorab zusammenhängend zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Ich habe mir erlaubt, Sie vorhin vor Beginn der Sitzung zu fragen, ob Sie davon Gebrauch machen möchten. Sie möchten ein Statement abgeben und haben entsprechend jetzt hiermit das Wort.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Vielen Dank. - Von Anfang Mai 1991 bis Ende September 1999 habe ich die Polizeiabteilung und danach, bis zu meiner Pensionierung Ende Juni 2009, die Verfassungsschutzabteilung im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen geleitet. Als Gruppenleiter in die Polizeiabteilung des Innenministeriums - in Anführungszeichen - „geholt“ hatte mich Ende 1987 der damalige Innenminister Dr. Schnoor, dem die Aufklärung über die Gefahren des Rechtsextremismus und seine konsequente Bekämpfung maßgebliche politische Ziele waren, auf deren Umsetzung er konsequent achtete.

Ich habe mich diesem Aufgabenschwerpunkt in besonderer Weise verpflichtet gefühlt. Ich fand 1999 eine Verfassungsschutzabteilung vor, deren Sacharbeit und deren Ressourcen überwiegend auf das Themenfeld Rechtsextremismus ausgerichtet waren. Auch als nach dem 11. September 2001 der

Islamismus verstärkt in den Fokus rückte, haben wir uns stets bemüht, der Bekämpfung des Rechtsextremismus weiterhin die größtmögliche Aufmerksamkeit zu widmen, und dafür einen hohen Aufwand erbracht.

Als ehemaliger Polizeiabteilungsleiter war mir ferner besonders wichtig, die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Polizei, insbesondere den Informationsfluss vom Verfassungsschutz zur Polizei ständig zu optimieren. Um auch den Strafvollzug und die Staatsanwaltschaften einzubeziehen, habe ich bereits Ende 2000 eine Landes-IGR, also eine Informationsgruppe zur Beobachtung und Bekämpfung rechtsextremistischer und rechtsterroristischer bzw. fremdenfeindlicher Gewalttaten, ins Leben gerufen, um in regelmäßigen Besprechungen mit Polizei- und Verfassungsschutzabteilung, Landeskriminalamt und Justizministerium den Informationsaustausch im Lande zu verbessern.

Umso mehr hat es mich betroffen, Ende letzten Jahres erstmals von dem NSU und den ihm zur Last gelegten Morden und sonstigen Verbrechen zu hören. Ich habe erkennen müssen, dass auch in meiner aktiven Amtszeit aufgrund von Fehleinschätzungen der Sicherheitsbehörden bei der Ermittlungsarbeit falsche Wege beschritten wurden. Die richtigen Wege wurden nicht oder nicht konsequent genug gegangen. Dadurch haben zehn Menschen ihr Leben verloren. Auch wenn die Verfassungsschutzbehörden keine eigene Strafermittlungskompetenz besitzen, muss ich mir heute die Frage nach meiner eigenen Verantwortung stellen: Wo gab es Mängel, Fehler oder sogar Versäumnisse?

Die Frage nach Hinweisen und Erkenntnissen auf einen Rechtsterrorismus in Nordrhein-Westfalen oder im Bundesgebiet war ein ständiges Thema. Ich erinnere mich, dass wir insbesondere nach jeder Auswerter- und Beschaffertagung des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie bei der Vorbereitung der jährlichen Verfassungsschutzberichte diese Frage erörtert haben. Unsere damaligen Analysen kamen zu dem Ergebnis, dass die Existenz einer - in Anführungszeichen - „braunen RAF“ deshalb unwahrscheinlich sei, weil es an strategischen Köpfen, an einer Konzeption und an einer geeigneten Infrastruktur fehle. Wir waren überzeugt, dass rechtsextreme Gruppierungen, aus denen sich terroristische Anschläge entwickeln könnten, dem Verfassungsschutz bekannt werden müssten, weil sie sich nicht

so abschotten konnten wie die RAF. Weil wir aber wussten, dass Neonazis eine besondere Affinität zu Gewalttaten und Waffen haben, schlossen wir terroristische Anschläge von Einzeltätern und Kleinstgruppen nicht aus.

Wir haben aber nicht gesehen, dass diese Morde wahrscheinlich einer solchen rechtsterroristischen Kleinstgruppe zuzuordnen waren. Die Feststellung im aktuellen nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbericht für 2011, es gebe keine Erkenntnisse, dass Rechtsextremisten aus Nordrhein-Westfalen an den Taten des NSU beteiligt gewesen wären oder zum Unterstützerkreis der Gruppierung gehörten, entspricht meinem heutigen Wissensstand. Aber: Es spricht viel dafür, dass die Mordserie früher gestoppt und den Tätern hätte zugeordnet werden können, wenn die Sicherheitsbehörden den Informationsaustausch über Zuständigkeitsbereiche hinweg konsequenter und strukturierter betrieben hätten.

Gestatten Sie mir noch eine kurze Stellungnahme zu den drei Vorgängen mit Bezug zu Nordrhein-Westfalen. Dass der Sprengstoffanschlag in der Probsteigasse in Köln am 19. Januar 2001 einen politischen oder gar rechtsterroristischen Hintergrund hatte, ist dem Landeskriminalamt erst nach der Auswertung der Ende 2011 auftretenden Bekenner-DVD klar geworden. Vor diesem Zeitpunkt hat niemand, auch ich nicht, eine Verfassungsschutzrelevanz des Anschlages gesehen.

Was den Mord an dem Dortmunder Kioskbesitzer Mehmet Kubasik am 04.04.2006 angeht, ist mir erinnerlich, dass ich parallel zur gründlichen Auswertung unserer Erkenntnisunterlagen unmittelbar nach dem Anschlag unser Beschaffungsreferat Rechtsextremismus gebeten habe, sich bei unseren Dortmunder Quellen umzuhören, ob es Hinweise auf eine fremdenfeindliche Motivation gäbe. Mir wurde berichtet, dass es keine einschlägigen Informationen gäbe. Der Fall wurde von Anfang an von der Polizei in alleiniger Zuständigkeit bearbeitet. Auch später hat es keine Hinweise auf Bezüge zum Rechtsextremismus bzw. Rechtsterrorismus gegeben.

Im Falle des Anschlages in der Keupstraße in Köln-Mülheim am 09.06.2004 war der Verfassungsschutz anfänglich involviert. Auch bei diesem Anschlag habe ich umgehend die gründliche Auswertung unserer vorhandenen Erkenntnisse veranlasst. Ich habe ferner

unmittelbar nach dem Anschlag die Beschaffungsreferate für Ausländerextremismus und Rechtsextremismus gebeten, zu veranlassen, dass sich unsere Quellen in der Kölner Szene nach möglichen Motiven und Hintergründen umhören mögen. Wir hielten damals nämlich einen Anschlag aus dem Bereich der PKK, aber auch eine fremdenfeindliche Motivation für möglich.

Das Rechtsextremismusreferat meldete Fehlanzeige. Auch die Quellen im Ausländerbereich übermittelten letztlich nur Gerüchte und Spekulationen, die wir für wenig zielführend hielten. Wir mussten feststellen, dass nur Vermutungen wiederholt wurden, die in den einschlägigen, in der Kölner türkischen Gemeinde gelesenen türkischen Zeitungen kolportiert worden waren. Wir fanden keine Hinweise für einen fremdenfeindlichen Hintergrund und haben uns dann zu früh, wie man heute sieht, mit anderen Erklärungsmustern wie organisierte Kriminalität, von der auch die für die Ermittlungen zuständige Kölner Polizei ausging, zufriedengegeben.

Als Teil der Sicherheitsbehörden, die die Anschläge nicht verhindert haben, möchte ich gegenüber den Familien der Opfer der Mordserie mein tiefes Bedauern ausdrücken - dies umso mehr, als sie doch oft sogar in doppelter Hinsicht zu Opfern wurden: Sie verloren nicht nur ihre Angehörigen, sondern sie gerieten zum Teil sogar in den falschen Verdacht, selbst Straftaten begangen zu haben.

Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herzlichen Dank, Herr Dr. Möller. - Wir beginnen dann mit der Befragung durch die Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss. Das Frage-recht hat zunächst die Unionsfraktion. Das Wort hat der Kollege Clemens Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Möller, die Fragezeit, die wir zusammen haben, sind 23 Minuten - es geht ein bisschen nach der Stärke, deshalb ein etwas längerer Zeitraum -, dass Sie sich darauf einstellen können. Falls Sie das Gefühl haben, es endet nicht mit meiner Fragerei: 23 Minuten.

Zunächst möchte ich mich bei Ihnen aber wirklich ganz ausdrücklich bedanken. Wir haben hier jetzt schon eine ganze Reihe von Zeugen gehabt aus dem Bereich der Sicherheitsbehörden. Aber in dieser klaren, präzisen Analyse und auch der Bereitschaft zur Selbstkritik und auch mit den richtigen Wor-

ten - strukturiert, Informationsaustausch verbessern, Analysefähigkeit etc. - habe ich hier noch keinen Zeugen gehört, der es so präzise auf den Punkt gebracht hat und auch bereit war, selbstkritisch Dinge anzunehmen. Dafür doch auch mal ein Dankeschön, weil wir sonst auch immer ein bisschen die Sorge haben, dass wir etwas schlechtreden und es wird verteidigt. Aber es geht, glaube ich, darum, den Ursachen auf den Grund zu gehen und nicht irgendwie Schuldfragen hin und her zu weisen.

Ich will mich ganz konkret gleich auf die Delikte des NSU konzentrieren, die in Ihrer Amtszeit ja alle drei waren, und zwar beginnend mit dem Nagelbombenanschlag in der Keupstraße. Da haben wir in den Akten gefunden - MAT A BMI-3/30, Anlage 03, mittlerweile auch herabgestuft - ein Dossier des Bundesamtes für Verfassungsschutz zum Rechtsextremismus: „BfV Spezial Nr. 21“. Das ist erschienen im Juli 2004, also im Prinzip wenige Wochen nach der Tat. Ich kann es Ihnen hier auch noch mal zeigen - so sieht es aus -

(Abg. Clemens Binninger
(CDU/CSU) hält Unterlagen hoch)

und ich kann es Ihnen bringen lassen, wenn Sie es kurz sehen möchten.

Meine erste Frage wäre: War Ihnen das bekannt? Oder können Sie sich an das erinnern, dass es so ein Dossier, ein „BfV Spezial“ - ich nehme an, das war so eine Schriftenreihe, die immer wieder vorkommt - gab?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nicht konkret an dieses. Dass es solche Dossiers gibt und dass ich die wahrscheinlich auch immer gelesen habe, davon gehe ich jetzt mal aus. Aber hier konkret kann ich jetzt nichts dazu sagen. Das müsste ich jetzt mal sehen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen
vorgelegt)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich will deshalb darauf hinaus, weil dieses Dossier zwei Teile hat: eine Art Theorieteil und einen Personenteil. Im Theorieteil wird exakt die Anschlagsform beschrieben, wie wir sie eben jetzt heute dem NSU zurechnen können: keine Bekennung zu Anschlägen, Prinzip des „Leaderless Resistance“, „Combat 18“, also alles, was passt. Im zweiten, im Personenteil werden Personen genannt, die man mit solchen Waffen- und Sprengstoffdelikten in

Frage bringen könnte, und da werden auch die Jenaer Bombenbauer genannt.

Was sich mir nicht erklären lässt: Wie kann - jetzt nicht vielleicht Sie persönlich, aber Ihr Beschaffungsreferat - Ihr Referat Rechtsextremismus, wie kann man vier Wochen nach einer Tat, auf die exakt die gesamte Beschreibung passt, inklusive der Nennung der sogar später Tatverdächtigen oder Täter, da keinen Zusammenhang sehen? Wissen Sie, ob das jemals irgendwie auch noch mal diskutiert wurde, dass man sagt: „Vor vier Wochen genau hatten wir einen Anschlag, der passt darauf“?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Also, wenn ich das jetzt sehe: Ich kenne dieses Papier nicht. Das ist mir nicht vorgelegt worden. Das ist sicherlich in den Auswertungsreferaten hängen geblieben. Weshalb da keine Bezüge hergestellt worden sind, kann ich jetzt nicht sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wenn Sie mal schauen unter laufender Nummer 2.10 - -

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Welche Seite ist das?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das ist unten Seite 144; die Seitenzahl oben ist ja paginiert.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja. Rohrbombenfunde in Jena.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie es gefunden?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da ist ein ganzer Absatz, eine ganze Seite über die Rohrbombenfunde in Jena, natürlich mit einer falschen Bewertung, nach dem Motto: Die sind untergetaucht und seither nicht mehr in Erscheinung getreten. Aber der pure Fakt, dass ich ein Delikt habe und anschließend ein Dossier, das zusammenpasst, wo Namen genannt werden, da wäre es doch naheliegend zu sagen: Könnten von diesen Personen, die da genannt sind, welche in Betracht kommen für den Sprengstoffanschlag? Zumal man dort ja noch Videobilder hatte. Wissen Sie, ob man sich in Ihrem

Haus oder auch von der Polizei in Köln diese Videoaufnahmen - - Sie kennen diese Videoaufnahmen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, ich habe sie selber gesehen. Also, die Videobilder haben wir uns mehrfach angeschaut, gemeinsam mit der Polizei - daran kann ich mich gut erinnern - in dem Lagezentrum des Innenministeriums, gemeinsam mit der Polizei, sehr intensiv.

Ich glaube, es ergibt sich auch aus den Akten, dass auch das LKA große Schwierigkeiten hatte, die Täter zu identifizieren und irgendwie zuzuordnen. Daran kann ich mich gut erinnern. Aber ein Bezug zu konkreten Personen, insbesondere rechtsextremistischen Personen, oder sogar zu den hier genannten Namen, den hat es nie gegeben, in keiner Phase. Also, diese drei Namen habe ich das erste Mal gehört im letzten Jahr. Während meiner ganzen Amtszeit sind mir die Namen nie über den Tisch gekommen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es kam auch niemand auf die Idee, bei der Betrachtung des Videos zu sagen: -

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Offensichtlich nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - „Es gibt das Dossier; gleichen wir mal ab: Könnten die zwei männlichen Personen, die da ja mehrfach durchs Bild laufen, Bezug haben zu einer der hier genannten Personen?““

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich weiß, dass es Wochen gedauert hat - das LKA hat das ja vornehmlich dann gemacht, gemeinsam mit der Kölner Polizei, wenn ich das weiß -, intensivst zu versuchen, diese Personen zu enttarnen oder zu identifizieren, muss man besser sagen. Das ist erfolglos geblieben. Also, es gibt da - - Es gab da keine Erkenntnis. Der Bezug zu diesem Papier hier, der ist nie hergestellt worden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann fiel mir auf: An dem Tag der Tat gibt es eine Art Lagedokumentation vom Lagezentrum der Polizei in Düsseldorf. Da war ja auch Ihr Dienstsitz, im Innenministerium?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da wird dokumentiert: Wann geht die Meldung ein? Wer wird danach informiert? Wann wird der Minister informiert? - All diese Punkte. Das ist MAT A NW-6 I, Anlage 3.1. Dazu würde ich Ihnen gern ein paar Fragen stellen.

Und zwar ist da vermerkt in der Lagedokumentation vom Lagezentrum der Polizei Düsseldorf, dass Sie persönlich - -

17.34 Uhr

LZ an Abt. 6/Dr. Möller

- Informationsweitergabe

Können Sie sich noch daran erinnern an den Tag, dass man Sie angerufen hat und gesagt hat: „Hier ist was passiert in Köln“?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, das ist üblich bei solchen Aktionen. Das ist der Vorteil, wenn Verfassungsschutzabteilung im Innenministerium selber sitzt, dass die Kommunikation natürlich da sehr viel besser funktioniert und das Lagezentrum der Polizei auch sofort, wenn ein Staatsschutz- oder fremdenfeindliches Delikt oder ein sonstiger Bezug zum Verfassungsschutz hergestellt werden könnte, informiert. Da bin ich sicherlich informiert worden, dass es in Köln diesen Anschlag gab.

Daraufhin ist ja auch die Reaktion erfolgt, die ich vorhin dargestellt habe. Ich habe überlegt: Was können wir, wenn es einen fremdenfeindlichen oder politischen Hintergrund haben könnte, als Verfassungsschutz in diesem Falle dazu beitragen? Diese Frage lag ja auch nahe, weil es eben ein Anschlag gegen Türken war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es muss eine Reaktion gegeben haben, weil um 19.05 Uhr, also wenig später - da ist der Name geschwärzt -, meldet sich ein Mitarbeiter wohl Ihrer Abteilung beim Lagezentrum. Da steht dann:

- Informationsweitergabe

- es besteht evtl. über die Abt. 6 im TO-Bereich nähere Informationen zu sammeln (einige Stunden später)

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das ist das, was ich vorhin geschildert habe. Ich habe sofort veranlasst - da habe ich offensichtlich unser Beschaffungsreferat angerufen -: „Bitte versucht doch mal, herauszubekommen in unserer Kölner Szene“, weil ich wusste, dass

wir dort Quellen hatten, „ob da etwas bekannt ist zu dem Fall, ob es da einen politischen Hintergrund gibt“ - wobei wir damals, wenn ich das richtig erinnere, in erster Linie dachten, es wäre ein Streit zwischen Kurden und Türken. Das war so die erste Reaktion jedenfalls. Aber es waren noch andere Dinge möglich; das hatte ich ja vorhin dargestellt. Ich habe dann veranlasst, dass man guckt, ob wir etwas zur Klärung dieses Falles beitragen können.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Können Sie sich erinnern: Kurz nach dem Telefonat mit Ihnen - das hat wohl aber mit Ihnen selber, nehme ich an, nichts zu tun - ist in diesem Einsatzprotokoll vermerkt:

LZ an LKA

- Bitte um Streichung des Begriffs „terroristischer Anschlag“ aus dem momentanen Schriftverkehr

In der ersten Lagemeldung hat man gesagt, ein terroristischer Hintergrund kann nicht ausgeschlossen werden - was bei der Dimension des Anschlags, der Begehungsweise ja durchaus eine Möglichkeit ist. Warum man da so schnell darauf gedrängt hat, das nicht mehr zu nennen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das müssen Sie die Polizei fragen. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber das war bei Ihnen kein Thema.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Das ist eine Bewertung der Polizei gewesen, die das Lagezentrum vorgenommen hat. Das kann ich nicht sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine Zwischenfrage - der Herr Kollege Binniger stimmt dem zu -: Wenn Sie sagen, die erste Überlegung sei gewesen ein Streit zwischen Kurden und Türken: Wir haben es mit einem Nagelbombenanschlag zu tun. Es sind fast 30 Menschen zum Teil schwer verletzt worden. Wenn das die Annahme gewesen ist: Was spricht denn dafür bei einem Anschlag, der eine nicht kalkulierbare Zahl von Menschen berührt und in Mitleidenschaft zieht? Wenn das sozusagen ein Anschlag radikaler Kurden oder Türken auf der anderen Seite gewesen wäre, hätte man doch gar nicht gewährleisten können, dass nicht sozusa-

gen - in Anführungsstrichen - die „eigenen Leute“ zu Schaden kommen. Das war ja kein gezielter Anschlag auf eine Person.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, die Überlegung lief anders: Wer ist das Opfer, und welche Feinde könnte das Opfer haben? Wer könnte ein Interesse daran haben, Türken in Köln so zu beschädigen, möglicherweise zu töten oder zu verletzen? Welche Interessen gibt es da? - Da wurden mehrere Spekulationen durchgeführt.

Es wurde - das haben Sie vielleicht auch in den Akten gesehen - auch spekuliert, dass es ein Konkurrenzkampf innerhalb der türkischen Gemeinde war, dass es um geschäftliche Dinge ging, um Konkurrenzdinge ging. Dann überlegt man natürlich bei jedem Anschlag, der nur Türken betrifft: Könnte - nur die Frage - das einen politischen Hintergrund haben, der mit der PKK zu tun hat? Dann bleibt natürlich immer noch die Dimension - da es Ausländer sind -: Können es fremdenfeindliche Motive sein? Also, das heißt, man geht da nicht auf die Begehungsart, sondern erst mal ganz allgemein: Wer ist das Opfer, und wer käme potenziell als Täter in Frage? Das war die Fragestellung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binniger.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wobei ja spätestens, wenn man sich die Videobilder der Täter ansieht, diese Option, es könnten türkische Täter sein, eigentlich immer weniger wahrscheinlich wird aufgrund dessen, was man auf den Fotos erkennen kann. Aber das ist ein Punkt später.

Ich will noch mal an dem Tag bleiben, im Lagezentrum. Ich will vorneweg eine Frage stellen zu Abläufen bei solchen Delikten: Ist es denn üblich, dass sich ungefragt das BfV in solche Dinge einschaltet? Ich meine, zuständig ist die Polizei vor Ort, PP Köln. Wenn es einen Bezug gibt zu Fremdenfeindlichkeit oder Staatsschutz, kommt der Staatsschutz dazu vom LKA. Dann kommen Sie dazu als LfV. Ist es üblich, dass das BfV sich ungefragt einschaltet? Und wenn ja, was könnte dann der Grund sein?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das ist denkbar, wenn das BfV eine eigene Zuständigkeit sieht. Das wäre ja denkbar. Also, wenn die Dimension so groß ist, dass man sagt: „Das ist ein Anschlag auf das Wohl der Bundesre-

publik“, oder man sieht länderübergreifende Bezüge, dann wäre auf jeden Fall das Bundesamt zuständig. Vielleicht hat das BfV im Sinne dieses Papiers, das Sie mir vorhin gezeigt haben - - Das wäre eine Erklärung, zu sagen: Thüringen, Nordrhein-Westfalen, zwei Länder. - Aber das ist jetzt Spekulation von mir.

Aber es ist so, dass in dem Fall, wo ein Anschlag passiert und alle ratlos sind, natürlich jeder Rat und jede Information willkommen ist. Da wird in dem Moment nicht geguckt: „Du darfst mir das gar nicht sagen“ oder: „Du bist nicht zuständig“, sondern da würde nie jemand fragen: „Darfst du dich jetzt einmischen?“, sondern: „Hast du etwas Wertvolles beizutragen zur Aufklärung des Falles?“ Das ist dann die Denke.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Genau. Aber es braucht einen gewissen substanziellen Grund, dass man sich einschaltet, indem man sagt: „Wir haben Wissen“ oder: „Wir haben eine Einschätzung“ oder: „Wir können zur Aufklärung beitragen.“ Nicht einfach nach dem Motto: Informiert uns mal! - Weil informiert werden Sie früher oder später ja sowieso über den normale Verteiler.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das kann ich jetzt nicht genau sagen, in welchem Zeitpunkt eines solchen Geschehens das BfV informiert wird. Aber bei Dingen von erheblicher Relevanz werden die schon eingeschaltet. Ich weiß auch nicht, was auf der Ebene der Sachbearbeiter oder der Referatsleiter hier an Kommunikation dann läuft. Das ist natürlich auch denkbar.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also, ich will auf Folgendes hinaus und Ihnen auch ganz kurz vorhalten, ob Sie mir da helfen können. Wir haben auch schon einen Beweisbeschluss dazu gefasst, der aber leider, Herr Georgii, vom Land Nordrhein-Westfalen bis heute nicht beantwortet ist, diese Namen der Gesprächspartner. - Jemand da von Nordrhein-Westfalen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

RD Frank Matthias (Nordrhein-Westfalen): Nach meinem Kenntnisstand ist der tatsächlich noch nicht beantwortet. Es steht aber unmittelbar bevor.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay, dann können Sie es nachreichen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also, es wäre natürlich hilfreich, wenn wir solche Antworten vor der Vernehmung der Zeugen bekommen könnten, zumal es nicht darum geht, neue Akten zu suchen, sondern eine uns bereits übersandte Akte nur ungeschwärzt erneut zu übersenden, und zwar die, aus der ich vorher zitiert habe. Dies ist eine Sache, wenn man guten Willen hat, von einer halben Stunde. Aber wenn nicht, eben von 14 Tagen.

Herr Möller, in diesem Protokoll des Lagezentrums der Polizei ist nicht vermerkt - - Die Polizei wendet sich außer an Sie auch gleich an das BfV; das ist auch nicht vermerkt. Die Polizei bittet das LfV: Nimm auch Kontakt mit dem BfV auf! - Das machen Sie wahrscheinlich sowieso in gewissen Routinen. Nein, hier geht der Weg genau andersherum; das hat mich etwas stutzig gemacht. Deshalb frage ich Sie, ob Sie vielleicht auch Namen hätten, weil wir sie noch nicht aus Nordrhein-Westfalen haben.

Um 19.53 Uhr, also gute zweieinhalb Stunden, nachdem klar war, das ist ein Sprengstoffanschlag und kein Explosionsunglück, meldet sich das Bundesamt für Verfassungsschutz aus eigenem Antrieb nicht bei Ihnen, sondern im Lagezentrum der Polizei und bittet, offensichtlich dringend, um eine

Kontaktherstellung von

- dann ist ein Name geschwärzt -

Abt. 6 mit

- dann ist wieder ein Name geschwärzt -

BfV.

Kurz darauf meldet sich dann wohl der gesuchte Gesprächspartner des LfV oder der Abteilung 6 von Ihnen, lässt sich den Sachverhalt noch mal bestätigen. Also, das können dann nicht Sie gewesen sein, weil Sie kannten den Sachverhalt ja.

Darunter steht:

wird mit den Staatsschutzdienststellen LKA und PP Köln Kontakt aufnehmen.

Ich habe mir das so erklärt: Da hatte jemand etwas ganz Wichtiges, Entscheidendes ganz schnell mitzuteilen und wollte es auch transportieren, wenn die Reaktion des LfV-

Mitarbeiters ist, er nimmt sofort Kontakt mit den Staatsschutzdienststellen von LKA und PP Köln auf. Oder wie kann man sich diesen Anruf erklären des BfV im Lagezentrum der Polizei?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das liegt einfach daran, dass der Verfassungsschutz kein eigenes Lagezentrum hat. Das heißt, nach Dienstschluss, wenn nicht eine besondere Lage ist, ist das Lagezentrum der Polizei für alle wichtigen Informationen - ¹ das gilt auch für Katastrophenschutz und andere Bereiche. Das heißt, ich werde über eine Meldung, die Verfassungsschutzrelevanz hat, über das Lagezentrum informiert zu Hause. Wir haben nur ein Lagezentrum. Die Verfassungsschutzabteilung hat gerade 300 Mitarbeiter. Die können kein eigenes Lagezentrum aufstellen. Das wäre auch doppelt gemoppelt, weil das ja schon in der Abteilung 4, in der Polizeiabteilung, besteht. Das heißt, wenn das Bundesamt für Verfassung das Lagezentrum hat wegen seiner Größe, wenn die eine Information loswerden wollen, die den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen betrifft und rufen nach Dienstschluss an, dann rufen die bei dem Lagezentrum der Polizei an, und die bemühen sich dann, den zuständigen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes zu bekommen. So läuft das. Das muss also nichts Besonderes sein, das kann eine ganz einfache Information sein.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das erklärt den Weg, dass er sagt: Wenn ich den nicht mehr kriege außerhalb der Bürozeit, kriege ich ihn über das Lagezentrum. - Aber es erklärt ja noch nicht die Dringlichkeit, die ja offensichtlich vorgelegen haben muss, wo ich mich frage: Was ist so dringend, dass er noch am Abend der Tat seinen Gesprächspartner des LfV braucht und, daraus resultierend, dass der Gesprächspartner sich kurz danach beim Lagezentrum meldet, also Ihre Abteilung, und sagt, er nimmt jetzt gleich Kontakt mit den Staatsschutzdienststellen LKA und PP Köln auf? Wir können es beide jetzt nicht klären, wir brauchen die Zeugen dazu.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich kann da nur spekulieren. Entweder hat das Bundesamt eine ganz wichtige Meldung gehabt; das wäre eine Erklärung. Es kann aber auch reine Routine gewesen sein, dass man ein-

fach sagt: „Es ist ein Anschlag, der hat Verfassungsschutzrelevanz“ - könnte ja sein -, „ich möchte jetzt wissen, wie Nordrhein-Westfalen den Fall bewertet, wie es den Fall bearbeiten wird, ob es eine Zusammenarbeit in der Angelegenheit mit dem Bundesamt anstrebt.“ All diese Dinge müssten ja geklärt werden. Das kann auch Routine sein. Ich kann es beim besten Willen nicht beantworten, weil ich es nicht weiß.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also war es entweder eine brisante Information oder Routine, wobei die Routine - es waren alle zuständigen Dienststellen schon im Einsatz - auch bis zum anderen Tag hätte warten können. Die Frage: „Gibt es einen Zusammenhang?“, wäre nicht so dringend gewesen. Das ist das, was mich stutzig macht.

Das Letzte, was ich Sie zu diesem Einsatzprotokoll fragen möchte: Es gibt diese Telefonkontakte: BfV ruft im Lagezentrum an, möchte einen Mitarbeiter von Ihnen dringend sprechen; den benennen die auch konkret. Also, da scheint es, der weiß, wen er sucht. Der wiederum meldet sich beim Lagezentrum, lässt sich den Sachverhalt noch mal bestätigen - das spricht dafür, dass Sie es nicht sein können, weil Sie ja vorher schon informiert waren - und sichert dann zu, er nimmt mit dem Staatschutz des LKA und PP Köln Kontakt auf. Das läuft alles zwischen 19.53 Uhr und 19.56 Uhr.

Eine Stunde später meldet sich der Minister im Lagezentrum und fragt - das klingt jetzt wohl eher etwas ungehalten -:

Warum ist der Verfassungsschutz in die Ermittlungen eingeschaltet?

Er will einen Gesprächspartner, der ihm das erklärt. Können Sie sich erklären, was den Minister bewegt hat? Hängt das damit zusammen, dass man schon sehr früh eigentlich ein Motiv ausschließen wollte und dann erfährt man, der Verfassungsschutz ermittelt doch überall? Was kann das sein? Oder haben Sie jetzt selber noch - -

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das kann ich auch jetzt nur vermuten. Der Vorgang wurde ja - ¹ Es war ein Sprengstoffanschlag, der in die Zuständigkeit - so wurde das jedenfalls gesehen - der Polizei fiel. Die Polizei hat den Fall bearbeitet. Wenn der Minister jetzt fragt: „Warum ist die Verfassungsschutzabteilung drin?“, dann wollte er wissen: Habt ihr einen Anlass, dass dies kein krimineller Akt ist,

¹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

sondern dass es möglicherweise einen politischen Hintergrund hat? So erkläre ich mir die Frage.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also, wir werden ihn im Zweifel selber fragen müssen, wenn er dann da ist. Dann kann er uns das im Zusammenhang mit den Gesprächspartnern beantworten.

Ich will neben diesen beiden Papieren noch eine grundsätzliche Frage stellen. Haben Sie im Laufe der gesamten Zeit, also der Delikte, vom ersten Anschlag auf das iranische Lebensmittelgeschäft, dann 2004 die Nagelbombe Keupstraße und später der Mord in Dortmund 2006, dem ja zwei Tage später dann schon der Mord in Kassel folgen sollte - - Können Sie sich noch erinnern, ob es jemals aus Ihrer Rechtsextremismuseinheit sonstige Hinweise gab, auch - Sie haben das vorhin kurz angesprochen - aus der Szene, nach dem Motto - es gab ja auch mal Festnahmen -: „Die Täter müssten im rechtsextremistischen Bereich zu suchen sein“?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, das kann für den ersten Fall schon gar nicht gehen, weil, wie ich sagte, der Sprengstoffanschlag in der Probsteigasse überhaupt nicht bei uns aufgelaufen ist, der Fall in Dortmund genauso wenig. Der ist also² - - Nachdem wir festgestellt haben aus dem Rechtsextremismusbereich, unsere Quellen haben keine Kenntnisse, haben wir von dem Fall nichts mehr gehört. Also, das heißt: Von daher kann es keine Serienüberlegung geben oder keine Nachfragen in dem Sinne: Gibt es hier irgendwelche Gemeinsamkeiten oder politische Hintergründe? Die Fälle, die Zusammenhänge sind überhaupt nicht gesehen worden. Wie gesagt: Die ersten beiden Fälle sind eigentlich bei mir überhaupt nicht aufgelaufen, also der eine nur zur Hälfte, der andere gar nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Gab es denn auf der Strecke 2004, ein paar Wochen danach - möglicherweise fragen auch die Kollegen noch danach - - ist ja ein Flugblatt aufgetaucht in den Kölner Nahverkehrsbetrieben: „Deutsche wehrt Euch!!!!“, offenkundig ja rechtsextremistisch motiviert. Gab es denn da mal eine Überlegung, zu sagen: „Wir müssen die Ermittlungsrichtung neu ausrichten; es summiert sich jetzt; es sind nur ausländische Mitbürger als Opfer, und

zwar wahllos, dass man nicht von einem gezielten Racheakt sprechen kann; es ist ein Sprengstoffdelikt, auch sehr typisch von der Begehungsweise her. Wir haben dieses Flugblatt.“ Es gibt - - Hat man das jemals ins Auge gefasst, zu sagen: „Dann müssen wir die Ermittlungen neu ausrichten“? Haben Sie versucht, bei der Polizei mal mit Expertise anzulanden?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Also, solche Flugblätter sind nicht ungewöhnlich. Die erscheinen immer wieder. Dass daraus Ermittlungsansätze sich ergeben, allein aus so einem Flugblatt, haben wir bisher noch nicht erlebt. Da müssten schon andere Informationen dazukommen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ermittlungsansätze vielleicht nicht, aber dass man zu einer neuen Bewertung kommt. Waren Sie denn oder ein Mitarbeiter Ihrer Abteilung eingebunden, quasi als Kontaktmann oder direkter Ansprechpartner, in die Soko der Kölner Polizei?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Es waren am Anfang Mitarbeiter des Verfassungsschutzes nach meinem Wissen in der Soko beteiligt. Doch, das ist richtig gewesen. Aber was mir berichtet wurde, war, dass die Kölner Polizei sich festgelegt habe oder vorrangig ermittle in Sachen organisierte Kriminalität. Damit war der Bezug zu uns abgeschnitten. Das ist ein Gebiet, bei dem der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu Bayern keine Zuständigkeiten hat.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Selbst wenn Sie da jetzt anderer Auffassung gewesen wären, hätten Sie keine Chance gesehen, sagen wir mal, die Polizei ein bisschen zu beeinflussen? Oder wenn die das sagen, dann - -

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das ist ja das, was ich in meinem Statement sagen wollte: Im Nachhinein hätte man natürlich, wenn ich das heute - - Mit dem Kenntnisstand von heute hätte man natürlich anderen Dingen nachgehen müssen. Aus der damaligen Sicht gab es diese Überlegungen in keiner Weise. Die Sache lief dann als Polizeifall in einem nichtpolitischen Bereich weiter. Deswegen ist die Tätigkeit unserer Mitarbeiter in dieser Arbeitsgruppe wahrscheinlich - ich vermute

² siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

das jedenfalls - ziemlich bald eingestellt worden, weil die nichts dazu beitragen konnten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich will nur noch einen Satz, der betrifft aber nicht mehr Sie in Ihrer Amtszeit, der mich trotzdem aber wundert - - Sie haben gesagt, Sie haben Ihre Beschaffungsabteilung, damit auch die Quellenführer, alle sensibilisiert nach jeder Tat, auch nach der Tat in Dortmund: Gibt es irgendwas, das auf Täter in der rechten Szene hindeuten könnte? Hört ihr was? - Da kam „Negativ, kein Ergebnis“ zurück. - Ja?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja. Nur wie natürlich bei fast jedem Anschlag, der gegen Ausländer stattfindet, natürlich beinahe reflexartig immer der kommt, es könnte fremdenfeindlich sein. Aber wenn dann nicht weitere Tatsachen, weitere Anhaltspunkte dazukommen, dann ist das natürlich für einen neuen Ermittlungsansatz zu wenig. Also, es hat keine Hinweise in dem Sinne gegeben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich frage deshalb, weil ich manchmal auch ein bisschen Zweifel habe, ob wir uns wirklich auf diese ganzen Quellen und V-Leute, die da geführt werden, die natürlich sowieso immer grenzwertig zu betrachten sind, wirklich verlassen können, weil jetzt im Nachhinein, bei den Ermittlungen nach dem 04.11. - das ist MAT A NW-6 g -, uns mitgeteilt wird, dass jemand ein Treffen beschreibt oder Wissen hat über ein Treffen zwischen Mundlos und einem amtsbekannten Rechtsextremisten in Dortmund unmittelbar in der Nähe zur Tatzeit 2006. Das teilt der jetzt heute mit, wo ich mich frage: Warum nicht vor ein paar Jahren? Es ist immer auch die Frage: Stimmt es, wenn er so spät kommt? Aber man hatte damals nicht nach Mundlos gefragt, ja. Dazu gab es damals bei Ihnen keine Informationen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Diese Namen habe ich, wie gesagt, erst im letzten Jahr das erste Mal gehört.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. Dann habe ich keine Fragen mehr. Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank, Kollege Binninger. Ich habe gerade

Frau Högl gefragt, ob sie einverstanden ist, wenn ich kurz eine Frage einschiebe.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ist sie!)

Herr Zeuge, Herr Binninger hat ja eben auf dieses Flugblatt - dieses hier -

(Der Vorsitzende hält ein Schriftstück hoch)

das gefunden worden ist am 28.11.2004 in Köln in einer U-Bahn-/S-Bahn-Linie, hingewiesen. Ich darf noch mal aus dem Flugblatt zitieren - die Quelle ist ja schon genannt worden - :

Wie Sie vielleicht wissen ist die Keupstraße bewohnt von sehr vielen Ausländern und das gefällt sehr vielen Deutschen nicht. Wenn Sie mich fragen war das erst der Anfang, es könnte noch schlimmer werden. Deutsche wehrt Euch!!!!

Das ist Ihnen ja wahrscheinlich bekannt gemacht worden, dass es dieses Flugblatt gibt, oder?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Das kenne ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das kennen Sie nicht?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, wäre das nicht ein übliches Verfahren, dass, wenn die Polizei auf ein solches Flugblatt aufmerksam gemacht wird - da hat sich wohl der Fahrer der Linienbahn gemeldet -, das sich ja offenkundig bezieht - da heißt es ja auch gleich am Anfang: „Am ... 9. Juni 2004 ... explodierte ein Sprengsatz ... in der Keupstraße“ - - Wäre das nicht eigentlich eine Selbstverständlichkeit gewesen, dass Sie über einen solchen Vorgang informiert werden? Also, es taucht ein Flugblatt auf, das zumindest darauf hindeuten könnte: Vielleicht gibt es da einen rechtsextremistischen Hintergrund bei der Anschlagsbegehung.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/8 c, Blatt 321.

** Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/8 c, Blatt 321.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Es ist im Nachhinein schwer. Aus heutiger Sicht würde ich sagen: Natürlich wäre es sinnvoll gewesen, wenn ich das erhalten hätte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nur aus heutiger Sicht?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Damals, damals - - Es ist die Frage³. Ich gehe mal davon aus, dass es ja der Polizei zumindest bekannt war.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja!)

Davon gehe ich aus.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das hat die Polizei ja auch registriert. Deswegen ist das ja auch in den Akten.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja. Ich weiß nicht, ob es dem Verfassungsschutz bekannt geworden ist. Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Was mich ja wundert, ist, dass dem Verfassungsschutz aber andere Sachen zugetragen werden, wo ich mich frage: Wie ist denn das bewertet worden? Und zwar finden wir - Augenblick; das ist die Fundstelle MAT A NW-6/1, Tagebuchnummer 19/12, Blatt 45 ff. - - Das ist eine Aussage einer Quelle, also eines V-Mannes des Landesverfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen.

Ich darf daraus zitieren, was der V-Mann da nach Aktenlage ausgeführt hat:

Wie Quelle weiter mitteilte, gehe unter einigen Geschäftsleuten auf der Keupstraße das Gerücht um, dass der Anschlag einen rechtsradikalen Hintergrund haben könne. Dies könne sie, Quelle, sich aber nur schwer vorstellen. Wenn es entsprechende Hinweise gegeben hätte, wäre dies sicherlich von einigen linksorientierten Türkischen Gruppierungen wie beispielsweise seinerzeit in Mölln oder Solingen ausgenutzt worden.

Ist Ihnen diese Protokollierung der Aussage eines V-Mannes Ihrer damaligen Behörde bekannt?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Als ich jetzt Gelegenheit hatte, die Akten noch mal einzusehen, habe ich das gefunden. Das ist richtig, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie sich erinnern, dass Sie das damals schon zur Kenntnis bekommen haben?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Nein. Ich habe ja nicht einzelne Vorgänge von V-Leuten zur Kenntnis erhalten, sondern aufgrund der Strukturen im Ministerium natürlich nur zusammengefasste Auswertungen.

Diese Meldung ist in der Auswertung sicherlich bewertet worden, aber nicht als für mich wichtig oder zielführend bewertet worden. So kann ich es mir nur erklären. Ich habe die jetzt das erste Mal gesehen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie bewerten Sie denn diese Aussage?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich will das nicht zu hoch hängen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, was heißt „nicht zu hoch hängen“? Ist es Ihrer Erinnerung nach so gewesen, dass die Anschläge von Mölln und Solingen ausgenutzt wurden von links orientierten türkischen Gruppierungen, und ist das Ausgenutztwerden eines Anschlages durch links orientierte türkische Gruppierungen ein Beleg dafür, es könnte - -

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Das ist für mich eine ziemlich abwegige Behauptung. Es zeigt doch die - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Welche denn? Die des V-Manns?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Es zeigt die Qualität der Quelle offensichtlich. Damit disqualifiziert sich meines Erachtens die Quelle, wenn sie so einen Unsinn erzählt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Deswegen habe ich mich auch gewundert, so etwas zu finden, also zu sagen, es ist schon fast ein Ausschlussgrund für eine rechtsextremistische Tat, wenn sie anschließend nicht von linksextremistischen Ausländern - Zitat - „ausgenutzt“ wird.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich vermute, dass die Auswertung dies ebenso bewertet hat und deswegen sagte: So einen Unsinn müssen wir nicht vorlegen.

³ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

(Dr. Eva Högl (SPD): Genau! Dass es ihm nicht vorgelegt wurde, ist doch richtig!)

Also, ich kann damit nichts anfangen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, ja. Ich meine, man muss sich wirklich mal Gedanken machen, wen man da so als V-Mann eigentlich führt. Ich habe dazu jedenfalls keine kritischen Anmerkungen gefunden.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Gut. Vielleicht - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist Ihnen nie vorgelegt worden?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber das ist - - Ich wollte es hier nur einführen, weil das dann schon irritiert.

Das Fragerecht geht zur SPD-Fraktion. - Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank. - Herr Dr. Möller, ich möchte mich auch bedanken - Herr Binninger hat es ja eben auch schon mal gesagt - für Ihre einführenden Ausführungen und auch für Ihre Selbstkritik, die damit verbunden war und auch Ihre Betroffenheit zum Ausdruck gebracht hat. Da wir das hier nicht bei jedem Zeugen erleben, möchte ich das noch mal hervorheben und Ihnen ganz ausdrücklich auch im Namen der SPD-Fraktion hier im Untersuchungsausschuss dafür danken.

Ich habe ein paar Fragen, logischerweise, und möchte beginnen, noch mal nachzufragen mit dem Sprengstoffanschlag in der Probsteigasse. Da haben Sie eben, Herr Dr. Möller, ausgeführt, dass da ein politischer Hintergrund nicht ersichtlich war und dass deswegen Ihre Zuständigkeit nicht gegeben war und Sie deswegen daran auch nicht beteiligt waren. Können Sie uns das noch mal kurz sagen? Weil es wurde ja von Anfang an in der Probsteigasse vermutet, es sei der iranische Geheimdienst gewesen, was uns auch einigermmaßen absurd vorkam, um das ganz offen zu sagen, wie man als Erstes auf diesen Gedanken bei der Familie kommen kann. Aber das ist ein anderes Thema. Aber warum waren Sie überhaupt nicht befasst? Weil wenn iranischer Geheimdienst, kommt

man gar nicht auf die Idee, auch den Verfassungsschutz mal zu befragen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich kann nur sagen, dass Sie zu diesem Vorgang in den Akten des Verfassungsschutzes nichts finden werden. Das heißt, der ist nicht als politisch relevanter Anschlag bei uns angelandet.

Die Kölner Polizei hat diesen Vorgang selbstständig bearbeitet, und es kann durchaus sein, dass innerhalb dieser Bearbeitung eine solche Bemerkung oder eine solche Bewertung innerhalb der Polizei vorgenommen wurde. Aber wenn man das ernst genommen hätte, dann, gehe ich mal davon aus, hätte man bei uns nachgefragt.

Aber auch das Landeskriminalamt - ich habe das ja jetzt erst erfahren - hat bis Herbst letzten Jahres überhaupt nicht gewusst, dass es da irgendeinen politischen Hintergrund geben könnte. Das heißt, auch die Polizei ist letztlich in der Bewertung immer von einem kriminellen Akt ausgegangen, und einen politischen Bezug, der die Einschaltung des Verfassungsschutzes - und das wäre ja so einer, wie Sie genannt haben - nötig gemacht hätte, hat es bis Ende letzten Jahres nicht gegeben.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Dr. Möller, der Hauptermittlungsansatz der Polizei im Sprengstoffanschlag in der Probsteigasse, nach dem, was wir erfahren haben durch Aktenstudium und Zeugenvernehmung, war, es sei der iranische Geheimdienst gewesen. Das war der Hauptermittlungsansatz. Aber dann hätten Sie, wenn alles richtig gelaufen wäre - wir haben ja hier die Aufgabe, die Fehler zu identifizieren -, doch eigentlich, wenn die Polizei das als Ermittlungsansatz gehabt hätte, auch informiert werden müssen.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, selbstverständlich. Mit dem iranischen Geheimdienst hatten wir natürlich zu tun, und das wäre durchaus interessant gewesen, davon zu erfahren.

Ich habe das - -⁴ Das kann ich jetzt wahrscheinlich ziemlich sicher für den Verfassungsschutz insgesamt sagen: Davon ist uns nichts bekannt.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist für uns ja eine wichtige Information, weil Sie ja auch in diesem Fall, auch wenn es der falsche Ermittlungsansatz war, aber auf jeden Fall

⁴ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

hätten einbezogen werden müssen bei der Probsteigasse.

Dann noch mal das Thema V-Leute; das ist ja auch schon angesprochen worden. Sie haben in Ihren einführenden Bemerkungen gesagt, dass Sie nach dem Mord in Dortmund im April 2006 und auch nach dem Sprengstoffanschlag 2004 in der Keupstraße selber Erkundigungen dann eingezogen haben in der rechten Szene, weil Sie das auch durchaus vermutet haben - das ist ja interessant, dass Sie das auch so ausführen -, und dass Sie dazu Ihre Quellen befragt haben.

Jetzt möchte ich Sie mal fragen: Ist das immer das Einzige, was Sie dann machen: dass Sie Ihre Quellen befragen, wenn Sie von so einem möglicherweise politischen Hintergrund erfahren? Vielleicht erzählen Sie uns noch mal: Was genau machen Sie dann beim Verfassungsschutz?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Zunächst geht es darum, alle Informationen zu sammeln, die wir haben, die wir jetzt neu auf den Tisch bekommen. Dann wird im Auswertungsbereich - in diesem Falle jetzt Rechts-Extremismus - der zuständige Referatsleiter - - mit dem wird ein Gespräch geführt und gesagt: Welches Wissen haben Sie im Kopf oder in den Akten zu diesem Komplex? Und dann wird geschaut, was in den Akten des Verfassungsschutzes zu diesem Thema sein könnte.

Das haben wir in beiden Fällen natürlich sofort gemacht. Weil aber nichts da war, habe ich gesagt: Was können wir denn noch machen? Das Einzige oder ein wesentlicher Punkt wäre: Wir haben ja eigene Zugänge in die Szene, die möglicherweise involviert ist. Fragen wir doch mal, ob da Erkenntnisse vorliegen. Und dann werden die Beschaffer damit beauftragt, mit ihren Quellen - - die V-Mann-Führer beauftragt, mit den Quellen darüber zu reden: Was sagt man denn so bei euch? Habt ihr was erfahren? Wer könnte denn dahinterstecken? Und so weiter. Diese Informationen werden dann wieder zurückgespielt.

Das heißt, wir überprüfen bei so einem Sachverhalt unser Wissen sowohl schriftlich fixiert als auch im Kopf und versuchen, das dann zu ergänzen. Das haben wir in beiden Fällen gemacht, weil das die einzigen Möglichkeiten sind, die wir in einem solchen Fall haben.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie da aus Ihrer Sicht gute Quellen in den beiden Bereichen? Der Vorsitzende hat ja eben eine Aussage angesprochen. Die ist ja, wie ich finde, zu Recht gar nicht zu Ihnen gelangt, sondern wahrscheinlich gleich zu den Akten genommen worden. Aber haben Sie denn auch gute Hinweise von Ihren Quellen bekommen oder Sachen, an denen Sie dann noch mal drangeblieben sind?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Meinen Sie jetzt generell oder - -

Dr. Eva Högl (SPD): In speziell den beiden Fällen interessiert es mich natürlich besonders, aber generell: Sind Sie da so vernetzt, dass Sie da gute Informationen bekommen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich verfolge natürlich die Diskussion über die Notwendigkeit von V-Leuten, und ich kann nur sagen: Das ist eine Menschengruppe, mit der man natürlich nicht unbedingt persönlich befreundet sein möchte. Es sind aber sehr, sehr viele - -⁵ Das wird meines Erachtens in der Diskussion im Moment unterschätzt: Es gibt eine Fülle von wichtigen Informationen, die auch für den Staat insgesamt und auch für die Polizei sehr, sehr wichtig sind, insbesondere, wenn es Informationen darüber gibt, wo bestimmte Gewaltaktionen der V-Leute - -⁵ wenn V-Leute darüber berichten, wo die rechte Szene zum Beispiel bestimmte Aufmärsche plant. Da gibt es ja manchmal ein richtiges Katz-und-Maus-Spiel.

Wenn wir nicht Informationen bekämen „Die für dort und dort angemeldete Demonstration wird möglicherweise da- und dahin verlegt“, dann würde ein riesiger Polizeiaufwand betrieben werden, der den Steuerzahler sehr viel Geld kostet. Und das sind sehr wichtige Informationen - das ist nur ein Feld -, sehr wichtige Informationen. Da haben wir schon sehr viel effizientere Arbeit leisten können und der Polizei sehr viele wichtige Hinweise gegeben, wo wir gesagt haben: „Das ist nicht ernst zu nehmen, sondern das wird sich da- und dahin verlagern“, oder: „Die werden sofort das Land verlassen und woanders hinfahren“ und andere Dinge. Also, da gibt es schon - -

Und auch sonst kann ich nur sagen: Natürlich gibt es da gute und schlechte. Ein V-Mann ist natürlich per se eine schillernde Figur, weil er auf zwei Schultern trägt: Er ist

⁵ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

ja gleichzeitig ein Verräter, und gleichzeitig tut er es meistens auch für Geld. Aber wenn man das richtig einschätzt, sind dort da oft in vielen Bereichen sehr, sehr wertvolle Hilfestellungen erreicht worden. Ich glaube, wenn man darauf verzichtete, würde man sich schon eine sicherheitspolitische Blöße geben.

Dr. Eva Högl (SPD): Das frage ich jetzt noch mal nach bezogen auf die zwei Fälle, wo Sie selber involviert waren: Können Sie sich erinnern, dass die Informationen, die Sie von Ihren Quellen bekommen haben, eine gute Qualität hatten, aber letztlich nicht auf die Spur der Täter geführt haben? Aber - -

Zeuge Dr. Hartwig Möller: In dem Fall Köln-Mülheim war das überhaupt nichts. Das hatte ich ja vorhin geschildert. Die haben - -⁶ Da waren alle möglichen Spekulationen dabei, aber dann haben wir festgestellt: Die geben nur das wieder, was in den türkischen Zeitungen steht. Das war überhaupt nicht hilfreich, nein. Es war ja auch kein Bezug zur ausländischen Szene da. Es war ja auch - -⁶ Was sollten die auch erzählen?

Dr. Eva Högl (SPD): Genau. - Darf ich noch mal fragen: Wenn Sie also - - Die eigenen Quellen tragen nichts dazu bei. Sie sind aber an den Fällen dran und haben ja dann auch wahrscheinlich eine eigene Motivation, da ein bisschen weiterzukommen und der Polizei auch zu helfen. Sind Sie denn mal auf die Idee gekommen, mit Ihren Kollegen und Kolleginnen aus den anderen Bundesländern zu sprechen?

Ich frage das insbesondere, Herr Dr. Möller, weil Sie ja ausgeführt haben und sich ja auch intensive Gedanken offensichtlich darüber gemacht haben - - „Braune RAF“ haben Sie für unwahrscheinlich gehalten, aber Sie haben - und das hat mich eben aufmerken lassen - gesagt, dass Einzelgruppenmorde von Rechtsextremen durchaus etwas war, was Sie auf dem Schirm hatten, und dann ist es ja nicht ganz unwahrscheinlich, dass man dann auch mal guckt: Die sitzen vielleicht nicht direkt in Dortmund oder Köln, aber irgendwo anders. - Gab es da Aktivität von Ihrer Seite?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, gab es nicht. Das ist ja das, was ich mir heute vorwerfen würde. Ich hätte wahrscheinlich - -⁶ Wenn ich mich frage: „Was hätte ich anders

machen müssen?“, dann hätte ich mich nicht so früh damit zufriedengeben dürfen, dass die gesagt haben: Da ist nichts, und da läuft nichts. Das ist eine reine kriminalpolizeiliche Angelegenheit, mit der wir nichts zu tun haben. Die Hinweise auf Terrorismus gibt es nicht.

Und mir war nicht bekannt, was an Erkenntnissen, was jetzt heute bekannt ist, in ostdeutschen Ländern und beim Bund schon vorhanden war. Wenn man das zusammengebracht hätte, hätte man wahrscheinlich mehr - -⁶ Aber ich habe es eben nicht gewusst, und ich habe auch nicht weiter nachgehakt, weil mir dafür einfach vielleicht die Fantasie gefehlt hat; ich weiß es nicht. Das ist das, was ich mir heute wahrscheinlich vorzuwerfen habe.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. Ich gehe davon aus - - Ich sage mal ein bisschen vorsichtiger: Ich hoffe, dass wir jetzt auch aus dieser Mordserie solche Lehren ziehen natürlich, dass so ein Austausch besser - -

War denn das nie mal Gegenstand bei Ihrer Abteilungsleitertagung, also mit den anderen Präsidenten und Direktoren der Landesämter für Verfassungsschutz bzw. Abteilungsleitern aus anderen Bundesländern?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Doch. Es hat natürlich - -⁶ Das Thema „Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus“, „Gibt es Rechtsterrorismus?“ war jedes Jahr eine permanente Diskussion, natürlich.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber nicht bezogen auf die konkreten Taten jetzt?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, immer abstrakt. Natürlich, immer wenn es - -⁶ zum Beispiel der Anschlag beim Münchner Oktoberfest. Immer wenn solche Fälle waren, hat man natürlich sofort generell bundesweit diskutiert: Was heißt das jetzt? Gibt es das anderswo auch noch? Bei jedem Fall, bei dem im rechten Bereich Gewalt angewendet wurde, Waffen im Spiel waren, Terrorismus - in Führungszeichen; es waren ja meist, oft Einzeltäter, aber immerhin - im Spiel war, hat natürlich eine Diskussion stattgefunden, und man hat überlegt: Was könnte es sein?

Auch die Minister, die ich erlebt habe - ich habe ja mehrere erlebt -, waren immer natürlich - -⁶ wurden sofort informiert und fragten jedes Mal, bevor der Verfassungsschutz-

⁶ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

bericht veröffentlicht wird: Gibt es Hinweise auf Rechtsterrorismus? Das war immer eine Diskussion. Aber wir haben das negativ beantwortet.

Also, es ist nicht so, dass das Thema nicht gesehen wurde. Nur die Fälle konnte man eben nicht finden oder hat sie nicht gesehen. Und ich habe keine Impulse aus den anderen Ländern erfahren, wo gesagt wurde: „Schaut doch mal da und da nach“ oder so. Wir haben uns schon immer gefragt: „Gibt es da etwas?“ und haben das auch immer zum Anlass genommen, nachzufragen.

Dr. Eva Högl (SPD): Heute wissen wir alle mehr, aber die Tatsache Sprengstoff, gerade Köln, Probsteigasse und Keupstraße, und dann Untergetauchte wegen Sprengstoff, also die Jenaer Bombenbastler, die gesucht wurden - - Heute wissen wir es natürlich und können es zusammenbringen, aber es ist ja dann vielleicht auch ein Hinweis, solche Sachen dann auch entsprechend ernst zu nehmen.

Ich möchte Sie noch mal was anderes fragen zum Stichwort Zusammenarbeit mit der Polizei. Es gab ja eine sehr detaillierte Operative Fallanalyse nach dem Sprengstoffanschlag in der Keupstraße, die das Bundeskriminalamt erstellt hat. Für uns hier im Ausschuss: MAT A GBA-4/7 a, Seite 98 ff. Ist Ihnen die damals mal zu Gesicht gekommen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich muss Ihnen das hier mal kurz - - Ich muss mal daraus zitieren, weil das ist natürlich ein gravierendes Versäumnis, dass so was - - Sie waren ja in der Keupstraße befasst als Verfassungsschutz. Da wird zum Ausdruck gebracht, dass insbesondere der Sprengstoffanschlag in der Keupstraße - darauf bezieht sich die Fallanalyse auch - zutiefst menschenverachtend ist und die Täter von Türkenhass geprägt sind. Ich zitiere nur mal gerade:

Die Wirkungsweise des Tatmittels drückt eine hohe Menschenverachtung aus. Sieht man diese in direktem Zusammenhang mit der Auswahl des Anschlagortes, der Keupstraße als herausragendes Beispiel türkischer Kultur und Lebensart, so lässt dies einen ausgeprägten Hass auf die zum Zeitpunkt der Tat im Frisörsalon und auf der

Straße, aufhältigen Personen vermuten.

Das ist doch etwas, wenn ich das kurz mal sagen darf, ohne dass ich Ihre Antwort vorwegnehmen will, was Sie unbedingt hätten auch zur Kenntnis bekommen müssen, oder?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Darf ich mal fragen, von wann die Analyse ist?

Dr. Eva Högl (SPD): Die Fallanalyse ist unmittelbar - ich sollte es hier in meinen Unterlagen haben - erstellt worden.

(Petra Pau (DIE LINKE): Juli 2004!)

- Juli 2004 ist die erstellt worden, also unmittelbar nach dem Anschlag in der Keupstraße.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Kann ich mir nur so erklären, dass das schon der Zeitpunkt war, wo die Kölner Polizei die Sache sozusagen allein bearbeitet hat und uns nicht mehr informiert hat. Anders kann ich mir das nicht erklären. Denn normalerweise - - Ich⁷ bekomme natürlich keine Post vom Bundeskriminalamt, sondern das läuft - -⁷ kann ich nur erhalten, wenn entweder das Landeskriminalamt oder die Polizeiabteilung meint, das sei ein Fall, der uns auch angeht. Also, ich habe das nicht erhalten.

Dr. Eva Högl (SPD): Dann kann man doch sagen, Sie haben eigentlich wesentliche Dinge, die rund um die Keupstraße ermittelt wurden, oder auch Erkenntnisse, zusätzliche Informationen überhaupt nicht bekommen. Sie waren also pro forma eingeschaltet, durften ein bisschen Ihre Quellen befragen - entschuldigen Sie, wenn ich das so deutlich sage -, und mehr Informationen hat man Ihnen gar nicht gegeben vonseiten der Polizei.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich würde es anders bewerten.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich würde es so formulieren: Am Anfang wurde kurz überlegt: Könnte das ein Fall sein, der den Verfassungsschutz betrifft? So. Und dann hat

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/7 a, Blatt 93.

⁷ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

man keine Hinweise gefunden, und dann ist es, wie immer bei solchen - -⁸ Es ist ja schließlich ein Mordanschlag gewesen. Dann ermittelt die Polizei, und dann kann der Verfassungsschutz eigentlich nur noch helfen, wenn er zur Motivation oder zu den Tätern weitere Informationen hat. Die gibt er dann natürlich weiter, aber die Federführung und die - - Die laufen dann bei der Polizei. Es ist eine Frage dann, ob die Polizei entweder bei uns was fragt oder ob wir etwas erfahren und dann - dafür habe ich immer gesorgt - das der Polizei geben.

Aber diese Informationen laufen beim Verfassungsschutz nicht auf. Das sind dann Teile der polizeilichen Erkenntnisse.

Dr. Eva Högl (SPD): In dem Fall auf jeden Fall ein gravierendes Versäumnis. - Herzlichen Dank, Herr Dr. Möller.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Tören.

Serkan Tören (FDP): Noch mal ganz kurz zur Quellenabfrage; das haben Sie ja ein bisschen detailliert schon geschildert. Mich würde noch mal interessieren: Wie war denn so die Gewichtung? Wie viele Quellen hatten Sie im Bereich Rechtsextremismus, wie viele im Ausländerextremismus?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich glaube, das darf ich hier in öffentlicher Sitzung nicht sagen.

Serkan Tören (FDP): Würden Sie denn sagen, dass es eine bestimmte Gewichtung gab?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Im Rechtsextremismus gab es immer die meisten Quellen - das kann ich vielleicht sagen -, weil die am leichtesten zu gewinnen sind. Aber mehr darf ich dazu, glaube ich, nicht sagen.

Serkan Tören (FDP): Im Zusammenhang mit der Keupstraße gab es ja dann am nächsten Tag - das fand ja am 9. Juni 2004 statt - eine Pressekonferenz des Innenministers Schily und auch seines Landeskollegen aus NRW, Behrens. Wie haben Sie das so mitbekommen, diese Pressekonferenz? Inhaltlich wurde ja sehr schnell eine ausländerfeindliche Tat ausgeschlossen.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Es stand mir natürlich nicht zu, so eine Aussage eines Ministers sozusagen infrage zu stellen. Aber man fragt sich natürlich, wo die Erkenntnisse hergekommen sind. Das weiß ich nicht.

Serkan Tören (FDP): Sind Sie denn persönlich mit eingebunden worden in diese Pressekonferenz vorher?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Nein, natürlich nicht.

Serkan Tören (FDP): Gab es - -

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Noch mal: Das sind Polizeifälle gewesen. Wir waren nur am Rande sozusagen betroffen. Das läuft dann auf der Polizeischiene. Von der Pressekonferenz - - Da werde ich weder vorher informiert, dass eine stattfindet, noch wird der Inhalt mit mir abgestimmt. Ich lese dann nur die Ergebnisse und frage mich dann: Woher wissen die das? Aber mehr kann ich mir auch nicht sagen.

Serkan Tören (FDP): „Woher wissen sie das?“ - verstehe ich das jetzt als Kritik am Innenminister Schily und dem Landeskollegen, oder?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich weiß es nicht. Ich kann diese Aussage - - Ich habe sie nicht gemacht, und ich weiß nicht, ob ich sie gemacht hätte.

Serkan Tören (FDP): Würden Sie denn sagen, dass das dann auch Einfluss hatte - - Jetzt sagen Sie: Ermittlungen ist was anderes; dafür waren Sie ja nicht zuständig. - Würden Sie aber trotzdem sagen, dass es auch in Ihrem Bereich und vielleicht - auch da eine Wertung - auch in den Ermittlungen durchaus eine bestimmte Richtung vorgezeichnet hat, wenn sich der Innenminister Schily und sein NRW-Kollege hinstellen und sagen: „Ausländerfeindliche Taten werden hier ausgeschlossen“?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, da würde ich - - Ich glaube, mit dieser Bewertung schätzen Sie das Selbstbewusstsein der Polizei und auch der Ermittlungsbehörden falsch ein.

⁸ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Serkan Tören (FDP): Aber in der Folge war es dann ja so.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Die lassen sich nicht durch so eine - -⁹ Das würde ich also zurückweisen, dass sich jemand aufgrund einer solchen politischen Äußerung sagt: Dann brauchen wir in der Richtung nichts mehr zu tun; jetzt arbeiten wir nur noch so.

Sondern es ist umgekehrt: Die haben offensichtlich die Bewertung übernommen, zu der die Kölner Polizei ziemlich schnell wohl gekommen ist. So kann ich es mir nur erklären.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kollege Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Aber, Herr Möller, was ich nicht ganz verstehe, ist dann die Motivation. Sie kriegen die Mitteilung von Ihrem Dienstherrn, der die Aussage sagt: Es hat mit Rechtsextremismus nichts zu tun. - Und dann sagen Sie jetzt die ganze Zeit, Sie sind auch nicht wirklich proaktiv gewesen. War das immer so, dass auch der Austausch dann mit der Polizei nicht stattgefunden hat, Sie nicht initiativ werden wollten? Was war der Anlass, weshalb Sie nicht initiativ geworden sind?

Ich kann mir nicht vorstellen, dass es an der Stelle in irgendeiner Form - - Wenn Sie schon sagen, Sie sind ein selbstbewusster Bereich, der nicht unbedingt auf das achtet, was der Minister sagt, wundert es mich dann schon, welche Punkte dazu geführt haben können, dass Sie jetzt sagten: Wir brauchen uns da gar keine Gedanken zu machen.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich hatte ja schon ausgeführt, dass das, was wir an Erkenntnissen hatten und was wir tun konnten, um unsere Zuständigkeit und Informationen aus unserem Zuständigkeitsbereich zu dem Fall beizutragen - - waren erschöpft. Das war erledigt. Dann ist der Fall als Polizeifall¹⁰ wahrscheinlich - so ja auch die Äußerung der Minister; das war ja auch die Zielrichtung der Polizei - OK-Hintergrund, also nicht politischer Hintergrund, weiterverfolgt worden. Und wenn dann keine neuen Informationen bei mir auflaufen, gibt es auch keine Notwendigkeit für mich, mich in die Federführung der Polizei dort einzumischen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Aber Polizisten fragen regelmäßig, insbesondere bei Anschlägen, nach einem kriminalistischen Ziel: Welche Richtung könnte ein Anschlag haben? Haben Sie sich darüber Gedanken gemacht, oder wurde Ihnen auch von der Polizei an der Stelle nichts gesagt, dass es hier vielleicht doch kein richtig klares kriminalistisches Ziel hätte geben können?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich hatte ja vorhin ausgeführt, welche theoretischen Möglichkeiten in unseren Köpfen waren, als wir von dem Anschlag gehört haben: Das könnte fremdenfeindlicher Hintergrund sein, das könnte rein krimineller Hintergrund sein; also Schutzgelderpressung ist diskutiert worden; organisierte Kriminalität ist diskutiert worden; Anschlag von Kurden ist diskutiert worden. Alle diese Möglichkeiten sind natürlich diskutiert worden.

Unser Beitrag war: politischer Hintergrund. Nachdem das Thema abgeschlossen war, gab es nur noch Motive, die die Polizei betrafen, und für die Polizei sehe ich auch keine Notwendigkeit, den Verfassungsschutz über kriminelle¹⁰ Motive und ihr eigenes Handwerkszeug zu informieren.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gab es denn in Ihrer Abteilung an der Stelle eine Besprechung? Sie sagten eingangs, Sie haben sehr viel Expertise im Bereich Bekämpfung Rechtsextremismus gehabt. Gab es dann im Zuge Keupstraße eine Besprechung bei Ihnen im Haus und eine eigenständige Analyse?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Natürlich haben wir diese Fälle mit allen Zuständigen bei uns besprochen, natürlich. Und die Analyse war: „Wir haben für einen rechtsextremistischen Hintergrund keinerlei Hinweise, wir können zu dem Fall nichts mehr beitragen“, und haben dann die Zuständigkeit dort belassen, wo sie dann auch war: bei der Polizei, die ihre eigenen Ermittlungen mit ihren eigenen Erklärungen durchgeführt hat.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gab es denn immer wieder Besprechungen? 2004 war ja konkret der Anlass dann und danach vielleicht 2005, 2006?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, es gab keine Besprechung mehr, weil ja keine

⁹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

¹⁰ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 1)

neuen Informationen in die Richtung, die uns betroffen hätten, aufgetaucht sind.

Wenn bei der Polizei oder bei uns neue Erkenntnisse gekommen wären, die diese Bewertung der Polizei in einem falschen Licht hätten erscheinen lassen, dann hätten wir natürlich wieder gehandelt. Aber es hat sich ja nichts ergeben. Es ist ja bis vor kurzem immer von diesem einen nicht politischen Hintergrund ausgegangen worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Tören, bitte. Sie haben noch vier Minuten.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie viel?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dreieinhalb.

Serkan Tören (FDP): Jetzt mal von diesem Komplex Pressekonferenz weg. Es ist klar in der Bewertung; Sie haben das ja auch eben kurz versucht anzudeuten, die Bewertung. Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, wenn hier ein Innenminister schon vorweg etwas in der Öffentlichkeit behauptet, und ich gehe auch davon aus, dass das durchaus natürlich auch auf die Ermittlungen Einfluss hat.

Eine andere Frage: Wir hatten hier schon im Untersuchungsausschuss den Kölner Ermittler gehabt, und die Kollegin Pau hatte da im Zusammenhang mit dem Nagelbombenattentat auch eine Frage gestellt. Ich will das hier noch mal aufnehmen. Die Kollegin hat auf ein Papier des Bundesamtes für Verfassungsschutz hingewiesen, wo noch mal auf die Nagelbombe als solche eingegangen worden ist und gesagt wurde, das hätte schon sehr viel Ähnlichkeiten mit Bomben, die von einer neonazistischen Organisation, „Combat 18“, hergestellt und im Internet und in anderen Bereichen veröffentlicht worden sind, also die Herstellung der Bombe. Sind Sie mal darauf irgendwie hingewiesen worden, oder haben Sie mal Informationen darüber bekommen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Generell ist „Combat 18“ natürlich ein Thema gewesen, was in Verfassungsschutzbesprechungen, in diesen Konferenzen, die eben angesprochen wurden, natürlich mal diskutiert worden ist, selbstverständlich, dass da in Deutschland Nachahmer von schwedischen bzw. eng-

lischen Vorbildern bestimmte politische Einstellungen und Handlungsweisen hätten und dass geprüft worden ist und dass auch gesucht worden ist: Gibt es so etwas Ähnliches auch in Deutschland? Gibt es hier Nachahmer, oder gibt es Leute, die sich mit dieser Besonderheit identifizieren? Das ist generell schon Thema in Diskussionen des Verfassungsschutzes gewesen, ja.

Serkan Tören (FDP): Mir geht es jetzt speziell aber um die Bombe, also das Herstellen einer Nagelbombe dieser Art wie in der Keupstraße.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, nicht so konkret. Generell.

Serkan Tören (FDP): Das ist halt ein Papier des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Gut. Aber das ist - -

Serkan Tören (FDP): Gab es denn im Ausländerextremismus irgendwie mal in der Vergangenheit - können Sie sich daran erinnern? - ein ähnliches Attentat, mit einer Nagelbombe? Weil Sie ja gesagt haben, dass sich doch schon in den Ermittlungen und in der Analyse alles darauf fokussiert hatte, auf Ausländerkriminalität.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das ist mir im Moment nicht erinnerlich.

Serkan Tören (FDP): Mir auch nicht. Das ist schon etwas merkwürdig.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das kann ich jetzt im Moment nicht sagen.

Serkan Tören (FDP): Okay, sonst keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann hat jetzt die Fraktion Die Linke das Fragerecht. - Frau Vizepräsidentin, bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Guten Tag! Dann würde ich mich gleich an die Frage des Kollegen noch mal anschließen und die Quelle dazu liefern. Das finden wir in MAT A BfV-4/20, Blatt 35 ff. Dieses Gutachten ist Ihnen ja offensichtlich damals nicht bekannt gewor-

den; aber mich treibt noch eine andere Frage um, weil in diesem Gutachten gibt es einen Zusatz, wonach nämlich 13 Nutzer des deutschen „Combat-18“-Forums, das zum damaligen Zeitpunkt rund 500 neonazistische Mitglieder hatte, laut Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln und Umgebung lebten.

Haben Sie jemals von der EG „Sprengstoff“ eine Abfrage zu diesen 14 „Combat-18“-Aktivisten im Raum Köln bekommen? Weil das wurde ja in diesem Gutachten den Ermittlern zur Verfügung gestellt.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Davon ist mir nichts bekannt.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, danke schön. - Dann zu einer ganz anderen Frage. Herr Möller, in Ihre lange Amtszeit als Leiter der Abteilung 6 des Verfassungsschutzes im Innenministerium ist ein weiterer Anschlag, der jetzt nicht dem NSU zugerechnet wird, gefallen, nämlich der Anschlag auf eine Gruppe von überwiegend jüdischen Kontingentflüchtlingen aus den GUS-Staaten in Düsseldorf am 27. Juli 2000 an der S-Bahn-Haltestelle Düsseldorf-Wehrhahn. Haben Sie damals, als Sie erstmals was von dem Anschlag in der Keupstraße gehört haben, oder auch im Zuge der Befassung mit diesen Dingen da mal Parallelen gezogen oder sich da in irgendeiner Weise damit befasst, inwieweit es einen Zusammenhang geben könnte?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, selbstverständlich; denn dieser Fall Wehrhahn ist natürlich etwas, was die Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen, in Düsseldorf insbesondere, bis heute drückt, weil er unaufgeklärt ist. Dieser Fall ist etwas, was immer noch der Lösung harret.

Selbstverständlich ist immer wieder versucht worden, mit großem Aufwand das aufzuklären, und bei jedem neuen Fall ist natürlich überlegt worden: Könnten das jetzt dieselben Täter sein? Könnten es Parallelen sein? Diese Frage hat sich sofort aufgedrängt.

Petra Pau (DIE LINKE): Und wie haben Sie sich die damals beantwortet?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Der Fall Wehrhahn - - Ich sage, das ist eine offene Wunde, die nicht geschlossen ist, bis heute.

Petra Pau (DIE LINKE): Es hat ja damals den „Aufstand der Anständigen“ ausgelöst und alles, und deswegen - -

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, natürlich. Sie hat sehr viel - -¹¹ Sie hat auch letztlich politisch die Entscheidung gebracht, das NPD-Verbotsverfahren durchzuführen. Das war einer der Auslöser, obwohl nie genau geklärt worden ist, wer eigentlich die Täter waren.

Petra Pau (DIE LINKE): Ähnliche Reflexe hatten wir ja leider auch gleich zwei Tage nach dem Aufliegen der NSU-Zelle. Deswegen versuchen wir ja, gemeinsam herauszufinden, wie wir irgendwie nachhaltigere Schlussfolgerungen finden können.

Sie wurden von den Kollegen schon zur Zusammenarbeit mit der Polizei befragt, und Sie haben ja vorhin schon gesagt, dass Ihre Möglichkeiten an einem bestimmten Punkt dann erschöpft waren, als die Polizei in Richtung organisierte Kriminalität usw. weiter vorging. Nun gab es eine Spur, die Spur 104, der EG „Sprengstoff“. Dabei handelte es sich um die Beobachtung eines Augenzeugen, der gesehen hat, wie ein stadtbekannter Neonazi namens Paul B. am Tattag des Bombenanschlags in der Keupstraße sich auffällig intensiv an der Absperrung des Tatorts mit einer Polizistin über Details des Anschlags unterhielt und sie quasi - ich nenne es mal so - ausquetschen wollte.

Der Zeuge hat dann auch der EG „Sprengstoff“ am 18. Juni 2004 mitgeteilt - wir finden das in MAT A GBA-4/14 a, Blatt 35 -:

B. ... ist Mitglied des KDS (Kampfbund Deutscher Sozialisten) sowie der Kameradschaft Walter Spangenberg. Beide Gruppierungen sind dem deutschen Rechtsextremismus zuzurechnen und werden von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet.

Sind Sie jemals von der EG „Sprengstoff“ zu diesen Gruppierungen befragt worden? Ich frage das auch vor dem Hintergrund: Die dürften auch im Jahre 2004 schon so gefährlich gewesen sein oder auf dem Weg zu einer solchen Gefährdungslage wie im Jahr 2012; sie sind ja im Juni dieses Jahres verboten worden.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Die beiden Organisationen sind mir natürlich bekannt,

¹¹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

und sie sind auch beobachtet worden vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz. Diese konkrete Aussage kenne ich nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Das heißt, Ihnen ist auch nicht erinnerlich, dass dazu mal gefragt wurde: „Klärt mal ab, ob es da, also jenseits von dem, was ihr an Quellen befragt habt“, ob gegebenenfalls vielleicht sie einen Zugang zu den Gruppierungen haben?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das kann sein, dass das auf einer unteren Ebene geschehen ist, aber bei mir ist das nicht angekommen.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, danke schön. - Moment! - Ich gebe jetzt einfach mal weiter an die Kollegen von den Grünen und komme in der zweiten Runde noch mal, damit ich jetzt nicht zu lange Zeit mit dem Suchen hier verbringe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Alles klar. - Dann hat jetzt Herr Wieland das Frageerecht für die Fraktion Bündnis 90.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Zeuge, ich schließe mich zunächst dem Kompliment des Kollegen Binniger an, dass auch mir sozusagen der selbstkritische Ton in Ihren Ausführungen gefällt. Für uns ist es natürlich auch ein Grund nachzufragen, warum nun gerade ein Landesamt in der Tradition des früheren Ministers Schnoor, der ja als Innenminister mehrere Bürgerrechtspreise bekommen hat, was ja sehr ungewöhnlich für einen Innenminister ist, ein Landesamt, von dem Sie sagen, dass ein enger Draht zur Polizei bestand - - warum nun auch ein solches Landesamt in Sachen Keupstraße - - bei den anderen beiden Ereignissen habe ich eine gewisse Einsicht, dass es nicht so nahe liegend war, aber bei der Sache Keupstraße nun, wie Sie sagten, zwei Innenminister Entwarnung geben hört und nicht auch bei dem ganzen theoretischen Vorwissen, was Sie ja hatten in Ihrem Haus - ich werde Ihnen das auch gleich noch mal vorhalten, was da alles korrekt zu Papier gebracht wurde, auch von Ihnen - - nicht sagt: Also, mal bitte langsam! Unsere Einschätzung ist eine vorsichtigere. Wir können doch diese Spur jedenfalls jetzt noch nicht ausschließen. - Das verwundert uns, wo Sie sagen: Eigentlich waren wir

kurzgeschlossen zwischen Polizei und Verfassungsschutz.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, ich konnte ja nur das - - Oder: Wir¹² konnten ja nur das einbringen, was wir an neuen Tatsachen und an neuen Informationen hatten. Alles, was wir wussten und was einen Bezug herstellen könnte zum Rechtsextremismus, haben wir offenbart, und was wir versucht haben, um an weitere Informationen zu gelangen, ist leider misslungen. Das heißt, wir haben das, was wir wussten, beigetragen. Mit einem Bauchgefühl allein kann - -¹² Ich hätte was bringen müssen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Herr Zeuge, um Bauchgefühl geht es mir nicht.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, mehr hatte ich nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, nein, nein. Nun fangen wir da mal anders an. Es gibt auch ein theoretisches Rüstzeug. Die Frage ist immer, ob man die Theorie dann auch auf die realen Vorkommnisse richtig anwendet.

Deswegen möchte ich mal im Jahr davor anfangen: verhinderter Sprengstoffanschlag in München, Fall „Wiese“, haben Sie selber genannt. Darüber haben wir in den Akten aus Ihrem Hause die Besprechung der AK-IV-Sitzung, 14./15. Oktober 2003, wo unter „Sachverhalt“ folgende beide Sätze stehen, die wir natürlich hier immer mit besonderem Vergnügen lesen. Ich zitiere - das ist MAT A NJW - - Entschuldigung: NRW, sorry. Es steht hier sogar nur „NW“, ich habe das „NRW“ - - ist es „6 j“. Da steht das auf Seite 90, jedenfalls in der handschriftlichen Paginierung. Da heißt es unter „Sachverhalt“:

Die Einbindung der Behörden des Verfassungsschutzes in die Ermittlungen bezüglich der Münchner Gruppe geht gegen Null. Die Informationslage resultiert im Wesentlichen aus der Lektüre der Presse, nicht aus offiziellen Mitteilungen.*

Klingt nicht gut, sage ich mal. Und dann haben Sie aber daraus die Konsequenz ge-

¹² siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A NW-6 j, Blatt 90 bzw. 161 (elektron. Zählung).

zogen, zu analysieren, dass es Tendenzen zum Rechtsterrorismus jedenfalls gibt, und haben selber einen Vermerk, einen langen Vermerk gefertigt, wo es über mögliche Strukturen und Aktivitäten von „Combat 18“ in Deutschland geht, und hatten sogar - - Ein Vertreter Ihrer Behörde, ein Vertreter Nordrhein-Westfalens trug sogar vor, dass auf einen bestimmten Sänger hier Erkenntnisse sind.

Es gab sozusagen den Bogen Rechtsterrorismus, „Combat 18“, Nordrhein-Westfalen, und dann haben Sie in diesem Vermerk sehr ausführlich sozusagen die Geschichte rechtsterroristischer Anschläge niedergelegt: „Wehrsportgruppe Hoffmann“, Oktoberfest, diverse Brand- und Sprengstoffanschläge, Manfred Roewer, Heinz Galinski, das Grab, eine Reihenfolge, wo eigentlich nur noch Köln/Keupstraße fehlt. Das war da noch nicht, aber das theoretische Rüstzeug haben Sie doch gehabt, dass so etwas von Rechtsextremen kommen kann. Und dann passiert es vor der Haustür, und dann sagen Sie - -

Das haben wir beim Bundesamt auch schon gehabt, noch extremer bei Herrn Cremer, der damals Abteilungsleiter war. Der hatte das auch alles in der Theorie, hat es auch zu Papier gebracht, hat sogar geschrieben, ein solcher Anschlag ohne Bekenntnis könnte rechtsextrem sein; das ist die Handschrift, und dann gesagt: Aber wir haben keine Hinweise, dass es rechtsextrem ist. - Also ein logischer Zirkelschluss par excellence: Mord ohne Hinweise ist rechtsextrem, aber uns fehlen die Hinweise, dass es rechtsextrem sein könnte.

Frage: Wenn man das alles weiß - und Sie haben es wirklich sogar zu Papier gebracht -, wenn man aufruft: „Wir müssen wachsam sein“ - steht da auch alles wunderbar drin: Wir dürfen uns nicht im Sessel zurücklehnen; wir müssen wachsam sein - - So. Wir werfen Ihnen sicherlich nicht vor, dass Sie es nicht verhindert haben, aber dass dann die Analyse nicht kam und dies mal einbringen in die Debatte: Wir müssen auch in diese Richtung denken - -

Wir haben bei der Polizei erlebt - das haben wir da lang abgehandelt -: Sie haben auch die Täter gesucht, aber immer nur im Raum Köln. Das ist das nächste Phänomen, was wir hier haben: Jeder sucht die Täter bei sich: die Nürnberger in Nürnberg, die Kölner in Köln, und ein Bundesamt hat eine bun-

desweite Analyse. So. Deswegen genug des Vorhaltes.

Wie konnte es sein, dass trotz dieser präzisen und richtigen, wie ich finde, Gefahrenhinweise, die Sie abstrakt gegeben haben, dann die Einordnung nicht stattfindet?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich glaube, ich habe das schon gesagt: Weil ich keine Anhaltspunkte hatte, die diese theoretischen Überlegungen konkret abgedeckt haben. Es ist das, was ich mir heute vorwerfe. Genau die Frage, die Sie haben, hätte man sich - -¹³ Wir haben zu früh uns zufriedengegeben damit, dass wir gesagt haben: Die Polizei ist zuständig; die Polizei ermittelt. Uns liegen keine Hinweise vor. Die Polizei sieht keinen politischen, rein rechtsterroristischen Hintergrund. - So. Ich frage mich ja auch: Was hätte ich jetzt machen können? Da hätte ich sagen müssen: Gibt es nicht - - Man hätte insistieren müssen: Gibt es nicht doch irgendwelche Hinweise, auch außerhalb von Nordrhein-Westfalen - Sie haben es ja angesprochen -, die in die andere Richtung gehen?

Dass das theoretisch möglich war, war uns natürlich klar, aber das reicht nicht. Ich brauche konkrete Anhaltspunkte, und die habe ich nicht gehabt. Heute sind wir alle schlauer.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, Sie sollten die Täter nicht finden; das war Aufgabe von Polizei und Staatsanwaltschaft. Aber wenn Sie wenige Monate vorher, selber von Ihnen unterzeichnet, schreiben - ich darf zitieren -:

Bei beiden Anschlägen

- das sind diese vergangenen; Wehrmachtausstellung und Grab Heinz Galinski war das -

steht ein rechtsterroristischer Hintergrund durchaus zu vermuten. Besorgniserregend sind zudem auch die immer wieder vorkommenden Waffenfunde bei Rechtsextremisten, wobei insbesondere die Waffenfunde bei ... Angehörigen der personell starken und relativ straff organisierten „Skinheads Sächsische Schweiz“ (im Jahre 2001 verboten) berechtigte Sorge vor dem Wiederaufkommen rechtsterroristischer Strukturen hervorrief. Die Aktivitäten der „Skinheads Sächsische Schweiz“ wiesen

¹³ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

durchaus einen terroristischen Einschlag auf. Ebenfalls auf besorgniserregend hohem Niveau sind seit vielen Jahren die Gewalttaten von Rechtsextremisten, insbesondere fremdenfeindlicher Art ...

Und dann sagen Sie auch noch, was ich sehr spannend finde: keine Querverbindungen von München - - Oder ich will es mal vorlesen, weil der Satz in zwei Richtungen interpretiert werden kann - letztes Zitat von mir, Herr Vorsitzender -:

Im Zusammenhang mit den Anschlagplänen in München sind hier bisher allerdings keine Personen bekannt geworden, die nähere Verbindungen nach NRW hatten. Zwar gab es in der Vergangenheit und gibt es wohl noch immer gewisse Kontakte zwischen nordrhein-westfälischen und bayerischen Neonazis, doch sind die entsprechenden Personen bisher nicht in Verbindung mit den aktuellen Entwicklungen in München genannt worden. Soweit sich die bisherigen Ermittlungen einschätzen lassen, bestehen aktuell eher Querverbindungen nach Ostdeutschland.

Dieser Satz, bezieht er sich von Nordrhein-Westfalen nach Ostdeutschland, oder soll er uns sagen: von Bayern nach Ostdeutschland? - Tut mir leid, ich habe es hier so gelesen und kann es Ihnen gerne auch zeigen, aber es ändert nichts am Wortlaut.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, nein, ich stehe ja auch zu dem Vermerk, natürlich. Das weiß ich jetzt auch nicht mehr. Wahrscheinlich trifft es für beide zu. Ich kann auf jeden Fall sagen - das weiß ich -, dass die Kontakte von Bayern nach Ostdeutschland intensiver waren als die von Nordrhein-Westfalen. Aber ich will nicht ausschließen, dass es auch Kontakte zwischen nordrhein-westfälischen und ostdeutschen Rechtsextremisten gegeben hat.

Es hat ja auch Bewegungen gegeben. Es sind ja auch welche hin- und übergezogen. Es gibt Fälle, wo jemand aus Brandenburg nach Nordrhein-Westfalen gewechselt ist und

wir darüber informiert wurden. Also, diese Kontakte und Bewegungen gibt es natürlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir sind am Ende der ersten Berliner Runde. Herr Wieland hat sein Kontingent fast um 50 Prozent überzogen. Das aber nur für die Obleute als Merkposten.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, das merke ich nicht, wenn man mir das nicht sagt. Ich habe doch keine Eieruhr in meinem Kopf, die dann abstellt. Dann bitte ich um einen Hinweis.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es waren ja so interessante Fragen, dass auch kein Kollege protestiert hat, auch nicht die, die eine Eieruhr vor sich haben.

Das Fragerecht wechselt zur zweiten Berliner Runde wieder an die Unionsfraktion. Herr Kollege Schuster, bitte.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Dr. Möller, Sie haben in Ihrem Eingangsstatement geschildert, dass Sie sehr stark auf Rechtsextremismus fokussiert waren. Das hat eigentlich keiner Ihrer Kollegen so stark hier ausführen können, fand ich sehr beachtlich. Aber im Verlauf der letzten zwei Stunden ist das irgendwie zerbrösel. Wenn Sie erläutern, was Sie dann praktisch nach diesen Anschlägen getan haben, dann kommt bei mir jetzt vom Gefühl her rüber: Das war dann sehr schnell Sache der Polizei, und dann haben wir uns rausgehalten.

Erste Frage: Ich gehe noch mal auf den Vermerk von der Lagezentrale, wo drinsteht, dass der Minister angerufen hätte und gefragt hat: Warum ist eigentlich der Verfassungsschutz in die Ermittlungen mit einbezogen? Dann gibt es eine Reihe von Vorkommnissen, wo man immer das Gefühl hat, der Verfassungsschutz sollte eigentlich raus; da gibt es keine konkreten Erkenntnisse; lassen wir die Polizei machen.

Hat der Minister mit Ihnen mal persönlich, also mit dem Verfassungsschutzpräsidenten Nordrhein-Westfalen, darüber gesprochen, auch über dieses: Warum sind die eigentlich dabei? Wenn ich Minister wäre, würde ich zunächst mal meinen Verfassungsschutzchef anrufen und nicht im LZ nachfragen.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich möchte die letztere Frage zuerst beantworten: Natür-

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats sowie des folgenden Zitats lautet: MAT A NW-6 j, Blatt 94 bzw. Blatt 165 (elektron. Zählung).

lich habe ich öfter mit dem Minister telefoniert. Das kann ich jetzt nicht mehr beantworten; das weiß ich nicht. Aber er ist ja vom Lagezentrum informiert worden und hat dann das Lagezentrum gefragt, diese Frage gestellt. Da müssten Sie ihn schon selbst fragen. Ich weiß nicht, was der Hintergrund war. Ich habe ja nur versucht, Ihnen das zu erläutern.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): In dieser Nacht hat er Sie aber nicht angerufen oder mit Ihnen gesprochen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Nein. - Ich weiß nicht - - Man müsste - - Auch die erste Frage - -¹⁴ Ich verstehe natürlich Ihren Ansatz, dass Sie natürlich jetzt sich festhalten müssen aufgrund Ihres Auftrages an dem Problem Rechtsterrorismus. Das ist aber aus der Sicht des Verfassungsschutzes allgemein und auch bei seiner Befassung mit Rechtsextremismus ein ganz kleiner Ausschnitt. Die Hauptaufgabe des Verfassungsschutzes ist das Sammeln von Informationen über rechtsextremistische Organisationen und Strukturen und die Information der Öffentlichkeit.

Was ich vorhin in meinem Statement geschildert habe: Rechtsextremismus betrifft natürlich im Wesentlichen die Aufklärung über die Gefahren des Rechtsextremismus, Aussteigerprogramme, Programme in den Schulen, zu verhindern, dass Jugendliche Rechtsextremisten werden. Das war die Hauptaufgabe unserer Tätigkeit. Wir haben also vorbeugende - - also Extremismusprävention, und zwar im Bereich Rechtsextremismus, und dafür haben wir auch viel Anerkennung überall gewonnen, mit sehr originellen Ideen. Das war unsere Hauptaufgabe.

Hier geht es um einen ganz kleinen Ausschnitt. Der Verfassungsschutz kümmert sich in aller Regel nicht um Einzelpersonen, sondern um Strukturen und um Organisationen. Die Tätigkeit - -

Natürlich will ich jetzt mich hier nicht rausziehen und sagen: Wir haben mit der Sache nichts zu tun. - Ganz im Gegenteil: Natürlich müssen wir der Polizei und der Staatsanwaltschaft die Informationen liefern, die wir haben, damit sie ihre originären Aufgaben wahrnehmen können. Das haben wir auch gemacht. Aber in dem Falle hier konnten wir - ich wiederhole mich - keine weiteren inhaltlichen Dinge zuführen.

Natürlich sind diese theoretischen Überlegungen immer angestellt worden, aber es ist auch eine Frage der Zuständigkeit und der Kapazitäten. Wir haben in Nordrhein-Westfalen gut 300 Verfassungsschützer und 45 000 Polizisten. Da muss man auch mal sehen, wer was kann und wer was tut. Sie müssen auch die Dimensionen mal sehen. Wenn die Polizei zuständig ist für einen bestimmten Bereich, dann drängeln wir uns da nicht rein, sondern wir drängen uns nur dann rein, wenn wir sagen: Wir haben etwas, was euch helfen kann. - Aber wenn sie das selber machen - und bei uns ist die Polizei sehr selbstbewusst -, dann machen die das alleine.

Was ich vorhin geschildert habe über den Informationsfluss, das ist der Informationsfluss vom Verfassungsschutz zur Polizei, den ich verbessert habe, ja. Der Informationsfluss der Polizei zum Verfassungsschutz, auf den habe ich keinen Einfluss. Da ist die Polizei bei uns sehr selbstbewusst.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wir haben das positive Beispiel hier gehört von Ministerpräsident Beckstein, der selber stark Einfluss genommen hat, indem er sagte: Da kann es rechtsradikalen Hintergrund geben. - So etwas gab es bei Ihnen nicht, wenn ich das richtig höre.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das weiß ich jetzt nicht, aber mir ist nicht bekannt, dass unser Minister in irgendeiner Form seine Meinung, in welche Richtung die Ermittlungen gehen sollten, ausgedrückt hat, mir gegenüber jedenfalls nicht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und die Rolle des Verfassungsschutzes, die ja in dieser Nacht für ihn zweifelhaft war, wurde auch nicht in Lagebesprechungen im Ministerium mal erörtert, Abteilungsleiterbesprechungen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Wir haben natürlich - - In Abteilungsleiterbesprechungen wurde so was nicht besprochen, sondern da gab es besondere Besprechungen der Sicherheitsabteilungen. Bei so einem Anschlag könnte vielleicht noch die Katastrophenschutzabteilung dazugezogen werden. In dem Bereich würde das dann gemacht, und da wurden auch diese Besprechungen durchgeführt, und da wurde natürlich auch intensiv über alles diskutiert; aber ich betone

¹⁴ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

noch mal: Die Polizei in Nordrhein-Westfalen ist selbstbewusst, und die haben das auch - -¹⁵ Die brauchen den Verfassungsschutz nicht unbedingt. Die machen das alleine, und wir müssen uns da sozusagen schon reinhängen und was bringen, wenn wir uns da einmischen wollen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also diese 300 Mitarbeiter, die Sie haben, halte ich schon für sehr wertvoll, weil: Was sie tun sollen, ist ja Vorfeldaufklärung. In einem Fall, wo ich nichts weiß, ist das fast die wichtigste Komponente. Insofern: Ich unterschätze das nicht.

Aber Ihre Aussage führt mich zu einer zweiten Frage, und jetzt frage ich Sie mal, auch weil Sie ja Abstand haben, nicht zu dem Fall, sondern zu Ihrer Funktion. Im Nachhinein betrachtet, ist die Konstruktion einer Abteilung 6 oder einer Abteilung in einem Innenministerium aus Ihrer Sicht im Vergleich zu einer selbstständigen Oberbehörde Landesamt für Verfassungsschutz richtig?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja. Ich bin fest davon überzeugt, dass das der bessere Weg ist - das kann ich eindeutig so sagen -, einfach deshalb, weil der Verfassungsschutz dort auf Augenhöhe mit der Polizei, zumindest auf der politischen Ebene, verhandeln kann, was sonst nicht der Fall ist. Wenn der Verfassungsschutz im Ministerium nur in einem Aufsichtsreferat vertreten ist, in einer Abteilung, die alles Mögliche noch macht und möglicherweise sogar die Polizeiabteilung ist, dann ist eine klarere Rangordnung gegeben zwischen diesen beiden Aufgabenbereichen.

Der Verfassungsschutz ist schon rein personell natürlich - ich habe ja die Zahlen genannt - immer in einer schlechteren Position, und die Polizei ist natürlich immer in einer besseren Position. Durch die Tatsache, dass der Verfassungsschutzabteilungsleiter Abteilungsleiter ist und gleichzeitig Leiter des Amtes sozusagen, findet ein viel besserer Austausch statt auf der politischen Ebene und auch auf der Leitungsebene und in dem Hause auch. Jedenfalls gibt es nicht die Minderwertigkeitskomplexe, die in vielen Landesämtern gegenüber den Ministerien und der Polizei bestehen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das ist auch eine interessante Aussage, aber was ich jetzt beklage, Herr

Dr. Möller, ist: Bei Ihren Aussagen habe ich einfach den Verdacht, dass Sie eine äußerst geringe operative Fokussierung hatten. Sie haben das gerade eben sehr schön ausgeführt: Sie waren für Präventionsprogramme zuständig, Sie waren weniger auf Personen ausgerichtet. Konkrete Fälle sind nicht so Ihr Fokus gewesen.

Ich habe einfach den Verdacht, weil ich in beiden Institutionen auch schon mal gearbeitet habe, einem Ministerium und einer Behörde, dass die Mentalität in einer Abteilung 6 sehr ministeriabel ist und die Mentalität in einem Landesamt sehr operativ. Was in diesem Fall gefehlt hat, war die operative Schlagkraft. Deswegen die Frage: Könnte es nicht sein, dass das Nichtbeachten eines „BfV Spezial“ 2004, eines LfV-Thüringenschreibens 2003, einer BfV-Tagung 2003, wo immer wieder auf Jenaer Bombenbastler reflektiert wurde, auch daran liegt, dass die Fallfokussierung, wirklich auf einen einzelnen Fall, eben in einer Abteilung 6 so nicht gegeben ist?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das sehe ich überhaupt nicht so. Denn auf dieser Ebene findet ja auch ein bundesweiter Austausch und auch ein bundesweiter Wettbewerb der Beschaffer, der Auswerter usw. statt. Da ist nie von irgendeiner Seite, auch nicht vom Bundesamt, die ja die Länder koordinieren, der Hinweis gekommen, dass Nordrhein-Westfalen in der Beziehung irgendwie schlechter arbeiten würde oder weniger gut eingestellt sei als irgendein Landesamt¹⁶. Ganz im Gegenteil: Nordrhein-Westfalen - das sage ich hier voller Selbstbewusstsein - gehörte immer zu den am besten operativ und auch sonst tätigen und besten geführten Verfassungsschutzämtern im Lande. Das waren nur drei oder vier, die aus meiner Sicht überhaupt dieses Lob verdienen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Letzte Frage: Wenn das BfV bei der Lagezentrale der Polizei in Nordrhein-Westfalen anruft, um zu erfahren, wer von Ihnen ansprechbar ist, heißt das dann, dass Sie gar keinen Bereitschaftsdienst hatten oder dass ein LfV oder eine Abteilung 6 keinen Bereitschaftsdienst hat? Ich stelle mir jetzt einfach vor, da die beiden Behörden auch noch so nah geografisch aufeinandersitzen, Düsseldorf und Köln, dass gerade diese beiden Ämter sehr eng miteinander kooperieren müssten, aber dass das BfV dann nachts bei

¹⁵ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

¹⁶ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 1)

der Lagezentrale der Polizei nachfragt: „Wie erreiche ich denn einen beim LfV?“, das verstehe ich nicht.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich glaube, ich hatte das schon ausgeführt. Wenn Sie eine Abteilung mit 300 Leuten haben, dann ist das Doppelarbeit, wenn ich da noch einen Lagedienst einsetze. Sie wissen selber: Bei der Polizei, wenn Sie eine Funktion rund um die Uhr besetzen wollen, brauchen Sie sechs Leute dafür. Das heißt, für ein Lagezentrum mit mehreren Leuten müsste ich da 20 Leute abstellen. Das kann ich mir überhaupt nicht erlauben, wenn ich eine Organisation habe, die genau dieses alles vorhält.

Und das Bundesamt für Verfassungsschutz wusste immer, wenn es außerhalb der Dienstzeit anruft, dann rufe ich beim Lagezentrum an, und die erreichen die Leute schon. Das Lagezentrum hat permanent bei unseren Referatsleitern und bei mir angerufen, wenn es wichtige Belange gab. Da hat es nie irgendwelche Beeinträchtigungen gegeben. Daraus kann man meines Erachtens keinerlei Nachteil konstruieren. Ganz im Gegenteil: Wir haben diese Kräfte besser für operative und andere Dinge verwenden können.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich will gar keinen Nachteil konstruieren. Ich frage mich nur, gar nicht aus Ihrer Behörde: Warum braucht das BfV in einem speziellen Fall, um, was weiß ich, 18 Uhr oder irgendwann, das Lagezentrum, um herauszukriegen: Wer ist denn der Kollege aus Düsseldorf, der für den Fall jetzt zuständig sein müsste? Das habe ich nicht - - Das hat mit Ihnen ja gar nichts zu tun; das ist eine Frage des BfV. Also, die Zusammenarbeit - - Das leuchtet mir irgendwie nicht ein. Ich habe auch nicht vom Lagezentrum gesprochen. Einen Bereitschaftsdienst hatten Sie auch nicht?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Wir haben einen Bereitschaftsdienst eingeführt, wenn bestimmte Lagen da waren, also immer nur ad hoc, aber nicht permanent. Wir haben keinen ständigen Stab, ständigen Bereitschaftsstab gehabt, sondern wir haben bei bestimmten Lagen natürlich, bei gemeinsamen Aktionen, immer Bereitschaftsdienste gehabt, Papstbesuch oder irgendwelche großen Lagen oder andere; der fällt mir jetzt gerade ein. Natürlich haben wir dann ad hoc

immer Bereitschaftsdienste gemacht. Aber Sie müssen natürlich sehen, dass Sie die Leute, die Sie mit einem Bereitschaftsdienst beschäftigen - - Denen müssen Sie irgendwann wieder Freizeit geben. Und bei so einem engen Personalkorsett stoßen Sie dann an die Grenzen. Deswegen haben wir das nur gemacht, wenn es nötig war.

Also: Einen permanenten Bereitschaftsdienst kann sich ein Bundesamt mit über 2 000 Mitarbeitern natürlich erlauben, aber nicht eine Verfassungsschutzorganisation mit 300, die zumal eben einen Bereitschaftsdienst der Polizei direkt daneben hat.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Möller, vorhin war von Kollegin Pau und, ich glaube, auch bei der FDP ja noch mal ein weiteres Dossier vom Bundesamt für Verfassungsschutz angesprochen worden - MAT A BfV-4 -, das am 8. Juli 2004 erstellt wurde, ganz konkret. Das andere war dieses „BfV Extra“: Allgemeine Gefahren eines bewaffneten Rechtsextremismus. - Das hier war auch vier Wochen nach der Tat ganz konkret zum Sprengstoffanschlag in Köln-Mülheim am 9. Juni. Projekteinheit 2 2 B im BfV hat das geschrieben, sehr, sehr fachkundig. Wenn man es liest, kann man eigentlich nur noch eine Ermittlungsrichtung verfolgen, nämlich Fremdenfeindlichkeit.

Hintendrauf ist handschriftlich vermerkt - das kriegt der Präsident, über wahrscheinlich den Abteilungsleiter -:

Der LfV/NW erhält eine Ausfertigung des Vermerks mit der Anregung, die Polizei entsprechend zu unterrichten.

Noch mal die Frage: Wissen Sie, ob - - Ich kann es Ihnen auch gern noch mal kurz zeigen lassen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Wissen Sie, ob dieses Dossier - - a) ob Sie sich daran erinnern können und ob es quasi eins zu eins an die Kölner Polizei weitergegeben wurde? Weil im Vermerk selber steht eine Passage drin, dass das BfV wohl auch zusätzlich telefonisch die Polizei unter-

richtet hätte, und die hätte auch wiederum nur telefonisch lapidar mitgeteilt, man wird es bei den weiteren Ermittlungen berücksichtigen. Im Klartext gesprochen: Höfliche Ablehnung, nach dem Motto: Lasst uns in Ruhe mit euren Hinweisen!

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das kenne ich nicht, kann ich auch nicht beantworten, die Frage, ob das von - -¹⁷ Es ist so, dass ich, schon wegen der Aufgabe, nicht alle Eingänge sehe, sondern die gehen direkt an die - -¹⁷ Die Ordnung war so, dass diese Eingänge erst an die Fachreferate gehen, und die legen dann vor, wenn sie etwas für wichtig halten. Ich kann mich an so etwas nicht entsinnen und weiß auch nicht, ob das an die Polizei weitergegeben wurde. Das kann ich nicht beantworten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was wäre die übliche Praxis gewesen? Dass man so was dann eins zu eins, also als Kopie, einfach weitergibt oder dass man daraus noch mal einen eigenen Vermerk macht mit dem, was relevant ist, also dass man es filtert? Oder geht es ungekürzt im Original als Kopie an die Polizei?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das kommt darauf an, was sonst an Informationen da drin sind. Natürlich gehen auch nicht alle Informationen an die Polizei uneingeschränkt, sondern nur - - Wenn da irgendwie wichtige Daten sind, die für die Polizei nicht bestimmt sind, dann würde es nicht weitergehen. Wenn es ein harmloses Papier ist, dann würde es so weitergehen. Das kann ich so nicht beantworten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was mir auffällt - vielleicht können Sie noch mal die erste Seite umblättern -: Dieses Dossier stellt auch einen Zusammenhang her zum ersten Sprengstoffanschlag in Köln, auf das Lebensmittelgeschäft. Er wird genannt und auch, dass der Täter dort ein 25-jähriger Deutscher gewesen sein sollte, und die Täterhinweise auf die Nagelbomben: ein 25- bis 30-jähriger Deutscher. Da wird zum ersten Mal auch eine Verknüpfung schon angedeutet.

Dass die Auswahl des Tatortes Keupstraße eher auf „Combat 18“ eindeutig hindeutet - nach dem Motto „Um die Opfer kümmert sich eh niemand, da dürft ihr ruhig

mal zuschlagen“, jetzt verkürzt gesprochen -, wird dort auch beschrieben.

Was für mich das Ergebnis war: Wenn man dieses Papier liest, kann man eigentlich keinen Tag länger Richtung OK ermitteln.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Richtig!)

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Den Schluss kann man ziehen, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, okay.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich kann es jetzt nicht beantworten. Ich weiß nicht, ob das an die Polizei gelangt ist, kann ich nicht - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Besonders tragisch wird es, wenn man sieht - das ist jetzt nicht an Sie gerichtet -: Das BfV machte ja wieder - ich glaube, vorhin sprach man es an - eine NADIS-Abfrage, also Informationssystem der Nachrichtendienste: „Wer ist mit Sprengstoffdelikten, männlich, im Alter zwischen 20 und 30 in Erscheinung getreten“ - völlig auf dem richtigen Weg, und dann biegen sie falsch ab - „aus dem Großraum Köln?“ Hätte man dort gesagt „deutschlandweit“, wären als Treffer gekommen: Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe, und man hätte Videos gehabt. Also, Wissen war in diesem Fall mehr als genügend da. - Okay, danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kollege Stracke.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Herr Dr. Möller, wir blicken ja zum einen drauf: Was ist unter Umständen an der Sicherheitsarchitektur zu verbessern, und was konkret ist schiefgelaufen? Aber wir wollen natürlich auch mal einen Blick in die Zukunft ein bisschen wagen: Was müssen wir denn insgesamt verbessern? Insofern würde mich interessieren, was Sie ja angesprochen haben: Die Polizei ist sehr selbstbewusst. Das klingt ja dahin gehend, dass Sie sagen, die Polizei bindet Sie nur dann ein, wenn sie es für erforderlich erachtet, und Sie gleichzeitig dafür Sorge getragen haben, dass Sie die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes auch immer an die Polizei beispielsweise herantragen.

¹⁷ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Deswegen würde mich zunächst einmal interessieren: Wie gestaltet sich denn diese Landes-IGR eigentlich aus? Was läuft da tatsächlich ab in diesem Verbund zwischen Polizei und Verfassungsschutz, gerade was das Thema Rechtsextremismus angeht?

Und zum Zweiten: Wenn Sie feststellen - so kommt es jedenfalls bei mir an -: „Wir würden Informationen ja durchaus liefern, wenn wir uns damit befasst haben und da tatsächlich draufkommen, aber von der Seite der Polizei“ - so interpretiere ich das jetzt jedenfalls, wenn Sie sagen, die sind selbstbewusst - „kommt da immer nur relativ wenig“, haben Sie denn das, auch aufgrund Ihrer tatsächlichen Verortung, wo Sie ja Ihre Verfassungsschutzabteilung haben, dann auch politisch eigentlich mal vorgetragen und gesagt: „Da müssen wir auch zu Veränderungen kommen“?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Diese Landes-IGR ist ja der Versuch, sowohl auf der ministeriellen Ebene Polizeiabteilung, Verfassungsschutzabteilung - das wäre an sich nicht notwendig; da könnten wir uns auch so verständigen - zusammenzubringen. Aber vor allem ganz wichtig war, dass wir das LKA und vor allem die Justizminister dabei haben wollten, und zwar vor allem die Strafvollzugsabteilung, weil wir festgestellt haben, dass sowohl, was Islamismus angeht, aber auch Rechtsextremismus angeht, eine ganze Menge auch in den Gefängnissen läuft und dass da Informationen sind, die normalerweise von der Justiz sehr zurückgehalten werden, und dass es da auch Informationsaustausch gibt und geben muss und dass da Informationen - - Darum ging es da, vor allem auch - -¹⁸ Der Akzent lag darauf, die Justiz in irgendeiner Form mit einzubinden. Das war der Hauptpunkt bei der ganzen Sache.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Aber hauptsächlich die Justiz, jetzt nicht die Ermittlungsbehörde wie die Polizei, dass man die mit eingliedert?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Die Ermittlungsbehörde, Polizei und Staatsanwaltschaft, hat mit dem Verfassungsschutz in Ermittlungsdingen relativ wenig zu tun.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Wenn Sie auch in Ihrem Eingangsstatement sagen, man müsste den strukturierten Informationsaustausch insgesamt verbessern, dann

würde mich interessieren: Was meinen Sie damit? Heißt das jetzt zum einen, innerhalb des Landes NRW selber, und mit welchen Folgerungen? Und zum anderen, was ja auch die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden der anderen Länder angeht: Was müsste denn da tatsächlich konkret verbessert werden?

Ich denke vor allem da auch an Rechtsgrundlagen, dass Sie mir mal einfach darstellen: Wie stellt sich derzeit die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Verfassungsschutzbehörden der Länder dar? Gibt es da einen strukturierten Austausch, quasi einen Automatismus? Oder wie muss man sich das vorstellen? Was würden Sie empfehlen, was man hier an Informationsaustausch verbessern müsste?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Na ja, einen Teil, Schritte hat man jetzt schon inzwischen ja begangen. Das heißt, man muss die Rechtsgrundlagen natürlich für einen Informationsaustausch schaffen, die, sagen wir mal, die Informationen bündeln und zusammenführen, wie das jetzt ja inzwischen organisiert worden ist.

Das ist sicherlich eine Notwendigkeit gewesen, und das haben alle Erfahrungen ja auch ergeben in anderen Zusammenhängen, also mit Islamismus usw., als diese Organisationseinheiten in Berlin geschaffen wurden, dass dieser Erfahrungsaustausch und Wissensaustausch in einer zentralen Stelle, wo alle Vertreter der Länder dabei sein können mit dem Bund und mit anderen Bereichen, sicherlich einen erheblichen Vorteil für die Informationen gibt.

Was ich meinte mit „über Zuständigkeitsbereiche hinaus“, war, dass ich natürlich aus heutiger Sicht - das ist auch nur eine Spekulation von mir - möglicherweise mich anders verhalten hätte, wenn ich von den Dingen, die in den Landesämtern, in den ostdeutschen Landesämtern in Sachen NSU schon bekannt waren, gewusst hätte, wenn das sozusagen bei uns präsent gewesen wäre und nicht als eine ureigene Angelegenheit dieser Länder betrachtet worden wäre. Das meine ich mit Zuständigkeitsbereichen.

Auch wenn es keinen Nordrhein-Westfalen-Bezug für uns gab - aber es gab ihn ja doch, wie wir jetzt wissen -, wäre das natürlich sehr viel einfacher gewesen, wenn man über diese Dinge informiert gewesen wäre. Dann wäre auch das, was ich mir natürlich heute vorwerfe: „Warum hast du dein theore-

¹⁸ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

tisches Wissen hier nicht konkret nachdrücklicher eingesetzt, um die Polizei auf die richtige Fährte zu setzen?", oder wie auch immer - -

Das sind natürlich die Dinge, die verbessert werden müssen. Vor allem der Informationsaustausch in diesen Bereichen, das muss besser werden. Und diese Abschottung, die es in vielen Bereichen gegeben hat, muss überwunden werden.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Derzeit wird ja an drei Stellen insbesondere gearbeitet: Gemeinsames Abwehrzentrum, diese Verbunddatei, Zentralstellenfunktion des BfV. Gibt es denn aus Ihrer praktischen Erfahrung heraus noch Dinge, wo man sagen muss, darüber hinausgehend müsste man noch was verbessern, beispielsweise um auch Zusammenhänge aus dem Dunkel herauszuheben, zu verknüpfen oder Sonstiges?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich glaube, dass dieser Ansatz in den drei Punkten, die Sie geschildert haben, sicherlich der richtige Weg ist. Was man an organisatorischen Dingen da noch machen kann, das weiß ich nicht. Aber entscheidend ist für mich: Diese organisatorischen Entscheidungen schaffen den Rahmen für eine bessere Zusammenarbeit. Aber die bessere Zusammenarbeit funktioniert natürlich nur, wenn die betreffenden Mitarbeiter auch mitziehen. Ich glaube, man kann und muss sehr viel mehr tun, um die Einstellung der Mitarbeiter und die Öffnung für diese Fragen zu ändern. Denn sonst laufen auch die besten organisatorischen Entscheidungen falsch, wenn nicht die Leute mitziehen, und da muss man dran arbeiten, glaube ich.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Sehen Sie denn, was die Informationsgewinnung des Verfassungsschutzes angeht, speziell was Ihre Abteilung betraf, die bisherigen Regelungen eigentlich als sachgerecht an, oder würden Sie da unter Umständen Optimierungsbedarf sehen, und wenn ja, in welchen Bereichen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Im Augenblick wird ja gerade in Nordrhein-Westfalen - das weiß ich aber auch nur sozusagen nach meinem Dienst - überlegt, wie der Verfassungsschutz neu konstruiert werden kann. Im Moment arbeitet man ja daran, den Verfassungsschutz anders aufzustellen. Ich kann

nur hoffen, dass dann diese Fragen besser behandelt werden. Ich bin da als Sachverständiger sozusagen nicht mehr gefragt.

Also, es läuft im Moment eine - -¹⁹ Es hat eine Untersuchung gegeben durch einen Beauftragten, der die Verfassungsschutzabteilung analysiert hat. Wenn ich das richtig verstanden habe, wird es auch da neue strukturelle Entscheidungen geben, und ich kann nur hoffen, dass es dann besser wird. Aber wohin das konkret läuft, weiß ich nicht im Moment.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Das Fragerecht hat die SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank. - Herr Dr. Möller, ich möchte noch mal an dem Stichwort Zusammenarbeit der Behörden einen Moment verweilen, weil das ja doch auch ein kritischer Punkt war bei Ihrer Arbeit, also der Austausch sowohl von der Polizei zu Ihnen als auch von Ihnen zur Polizei, und komme noch mal zu sprechen auf diese Analyse des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Zusammenhang mit „Combat 18“ und den Ausführungen da. Da haben meine Kollegen ja auch schon angesprochen, dass da die Aufforderung war, das an die Polizei zu übergeben.

Ich will jetzt noch mal was anderes ansprechen, und zwar ist in dieser Analyse auch drin, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz selber Quellenbefragungen durchführt - das haben wir in dem Vermerk drinstehen - und dass dann auch diese Quellen genau zu den Videosequenzen und zu den Umständen des Sprengstoffanschlags befragt werden sollen. Haben Sie davon gewusst? Also, wird sich da mal ein bisschen ausgetauscht mit dem Bundesamt?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Die Frage Verfassungsschutzbehörden und Quellen ist natürlich das heikelste Thema überhaupt.

Dr. Eva Högl (SPD): Deswegen frage ich danach, Herr Möller.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich kann nur sagen, dass ich da erhebliche Verbesserungen erlebt habe nach der Analyse des gescheiterten Verbotverfahrens. Da hat es erhebliche Verbesserungen gegeben hinsichtlich der gegenseitigen Information über

¹⁹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

solche - -²⁰ Es hat jährlich Besprechungen gegeben zwischen dem Bundesamt und den Ländern, um festzustellen: Wer ist wo vertreten? Wo gibt es Defizite? Wo sind wir redundant? Wo haben wir zu wenige? Das ist erheblich besser geworden in der - -²⁰ Und das muss möglicherweise - -²⁰ Wahrscheinlich ist das der Punkt, der noch weiter intensiviert werden muss.

Aber bis dato - - In meiner Zeit jedenfalls war es so, dass die Namen der Betroffenen jedenfalls gehütet wurden wie das Heiligste des Verfassungsschutzes. Das war sozusagen das Eingemachte, was nach Möglichkeit eben nicht weitergegeben wurde. Da muss man drüber nachdenken, ob man zumindest im Verfassungsschutzverbund hier eine größere Vertraulichkeit in diesen Bereichen herstellen kann. Das kann ich so nicht beantworten. Das ist auf jeden Fall eine Schwach- -²⁰

Dr. Eva Högl (SPD): Meine Frage war noch mal, konkret jetzt vielleicht auch noch mal bezogen auf den Sprengstoffanschlag in der Keupstraße in Köln: Da Ihnen dieser Vermerk mit der „Combat-18“-Analyse des Bundesamtes für Verfassungsschutz ja damals nicht zugegangen ist, war Ihnen denn bekannt, dass auch das Bundesamt für Verfassungsschutz zum Zeitpunkt nach dem Sprengstoffanschlag ganz gezielte Quellenbefragungen gemacht hat? Sie sind ja in die gleiche Richtung unterwegs gewesen.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das kann sein, dass ich darüber informiert worden bin, dass mir beiläufig jemand sagte: Im Übrigen fragt auch das Bundesamt seine Quellen. - Das halte ich für möglich, dass es so gewesen ist. Das war aber nichts Besonderes. Ich vermute, dass mir das en passant mündlich mitgeteilt worden ist. Es würde mich aber auch nicht wundern, weil das ist eine ganz normale Verhaltensweise.

Dr. Eva Högl (SPD): Nur: Wenn das das einzige wirkliche Instrumentarium ist, was Sie dann auch haben, um Erkenntnisse zu bekommen nach so einem Anschlag oder wie in Dortmund nach dem Mord, ist das natürlich besonders brisant, wenn das dann nicht ausgetauscht wird und wenn die Erkenntnisse nicht weiterführen. Also, wenn es viele Instrumentarien gäbe, wie der Verfassungsschutz tätig werden könnte, könnte ich das noch verstehen. Aber in dem Fall ist da

auf jeden Fall Verbesserungsbedarf. - Aber, Herr Dr. Möller, das haben Sie auch gesagt.

Ich will noch mal einen anderen Punkt ansprechen, auch heikel - wir hatten ja auch gerade einen aktuellen Fall -: verdeckte Ermittlungsmaßnahmen oder Vertrauenspersonen bei der Polizei. Auch wieder das Stichwort Zusammenarbeit, Informationsaustausch. Das ist ja nicht ganz unwichtig. In dem Fall sind ja auch eine Reihe von verdeckten Ermittlungsmaßnahmen, leider auch, weil die Angehörigen der Opfer verdächtigt wurden - - Sie haben das in Ihrem einführenden Beitrag ja auch ausgeführt; das ist ja besonders grauenvoll. Haben Sie sich darüber auch mit der Polizei mal ausgetauscht, über verdeckte Maßnahmen? Oder gibt es da gar keinen Austausch?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Das ist auch für die Polizei das Eingemachte. Ich war ja auch lange für Polizei zuständig. Wir würden - -²⁰ Die V-Leute werden bei der Polizei genauso geschützt, wie sie beim Verfassungsschutz geschützt werden, weil man genau weiß: Wenn sich rumspricht, dass die Vertraulichkeit hier auch gegenüber anderen Behörden nicht gesichert werden kann, dann wird es unheimlich schwer, noch vernünftige Informanten zu gewinnen. Die Grundvoraussetzung überhaupt, dieses Instrument einsetzen zu können, ist das Vertrauen der V-Personen, dass ihre Anonymität gewahrt bleibt und dass nur so wenig Menschen wie möglich von ihrem Klarnamen und von ihrer Tätigkeit wissen. Denn sonst kann man das Instrument beerdigen. Deswegen findet da natürlich immer eine Hemmung statt, das mehr Leuten als unbedingt notwendig mitzuteilen.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist ja auch absolut nachvollziehbar, wenn ich das kurz bewerten darf. Andererseits haben wir dann auch die absurden Situationen, dass von den jeweiligen Behörden, die von der anderen Behörde eben nicht wissen, dass sie mit Vertrauenspersonen arbeiten, dann die jeweilige Vertrauensperson in den Fokus der eigenen Arbeit rückt. Da müssen wir natürlich uns auch darüber Gedanken machen, wo wir da Quellenschutz auf der einen Seite und guten Austausch auf der anderen Seite auch ermöglichen. Das wird sicherlich auch eine schwierige Maßnahme sein.

Jetzt möchte ich noch mal ganz kurz auch zurückkommen zu dem Thema Verfassungs-

²⁰ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

schutzreform. Wir haben schon angesprochen: Informationsaustausch. Das haben Sie auf die Frage von meinem Kollegen Stracke ja auch beantwortet. Wenn Sie auch noch mal den Mentalitätswechsel, den Sie angesprochen haben, oder weitere Punkte - -

Ich möchte in meiner Befragungszeit jetzt ganz gern Ihre Expertise mal nutzen. Was würde Ihnen noch weiter einfallen, woran wir als Untersuchungsausschuss dann in Erfüllung unseres zweiten Auftrages arbeiten müssen, wenn wir gute Vorschläge machen wollen? Denn wir können ja nicht nur hier und da die Rechtsgrundlage ändern, die Zusammenarbeit ein bisschen verbessern. Wir müssen ja, glaube ich, um das Vertrauen in den Verfassungsschutz wiederherzustellen, ein bisschen mehr machen. Haben Sie noch Ideen, die Sie uns vielleicht heute mit auf den Weg geben wollen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich glaube, dass zum Beispiel ein Vorteil der Konstruktion Verfassungsschutzabteilung der ist, dass ein permanenter Austausch der Mitarbeiter stattfindet. Und es geht auch um die Verwaltungserfahrung, um die Kenntnis rechtsstaatlicher Arbeitsweise in den Behörden. Wenn es so ist wie in manchen Landesämtern, dass es da heißt „Einmal Verfassungsschutz, immer Verfassungsschutz“, und man da nie wieder rauskommt, dann wird man von einer bestimmten Mentalität, Geheimdienstmentalität oder Nachrichtendienstmentalität, gefangen und setzt vielleicht andere Prioritäten als in einer offenen Abteilung, wie das bei uns war, wo die Mitarbeiter permanent zwischen den unterschiedlichsten Verwaltungsabteilungen versetzt wurden.

Ich habe ja permanent neue Mitarbeiter bekommen, die ich einarbeiten musste, die aber gewohnt waren, nach Recht und Gesetz zu arbeiten, die also nicht von der - -²¹ Es gibt so einen gewissen - -²¹ Zwischen der Geheimdienstmentalität und der Besonderheit der Tätigkeit auf der einen Seite und dem korrekten rechtsstaatlichen Verwaltungshandeln - - Das muss immer eng zusammengeführt werden, und das ist sicherlich leichter, wenn Sie Mitarbeiter haben, die auch mal ausgetauscht werden und die jahrzehntelang nichts anderes machen, als V-Leute zu führen oder so. Die müssen auch mal eine andere Verwaltungstätigkeit, wo sie nach den Vorschriften gucken müssen, ausüben. Ich glaube, das ist der wichtigste Punkt.

Ich hatte es ja vorhin gesagt: Man kann sehr viel ändern durch organisatorische Dinge, aber entscheidende Mentalitätswechsel werden Sie nur erreichen, wenn Sie in die Dienstauffassung und in die Denke der Mitarbeiter hineinkommen. Und dafür ist, glaube ich, notwendig das rechtsstaatliche Bewusstsein und die Notwendigkeit, nach Recht und Gesetz zu arbeiten, trotz aller Besonderheiten des Verfassungsschutzes. Nur dann kann man, glaube ich, auch das Vertrauen wiedergewinnen, das man durch diese Aktionen hier verloren hat.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. - Herr Dr. Möller, darf ich da auch noch mal nachhaken? Wir haben hier auch schon identifiziert, dass es auch um die Frage interkulturelle Kompetenz geht, also insbesondere bei der Bearbeitung vonseiten der Polizei, bei der Ermittlungsarbeit der Mordfälle, aber auch der Sprengstoffanschläge, sowohl bei der Polizei als auch beim Verfassungsschutz. Würden Sie das auch unterstreichen, dass wir da auf jeden Fall erheblichen Verbesserungsbedarf haben? Oder was sehen Sie da als vorrangig an?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich war ja auch zehn Jahre Polizeiabteilungsleiter. Mein Bestreben war, den Anteil von Polizisten mit Migrationshintergrund so hoch zu bringen, wie er dem Bevölkerungsanteil entsprach. Das war natürlich relativ hoch; das hätten in Nordrhein-Westfalen, glaube ich, 8 oder 9 Prozent sein müssen.

Wir haben das in den Niederlanden erlebt, wie das dort bei der niederländischen Polizei läuft, und fanden das sehr gut und wollten das auch in Nordrhein-Westfalen übernehmen. Ich habe die ersten Leute eingestellt, die keine deutsche Staatsangehörigkeit hatten, mit einer Sondergenehmigung sozusagen. Sonst muss man als Beamter ja Deutscher sein. Das ist auch weiter betrieben worden, und das hat sich, glaube ich, auch als sehr wertvoll herausgestellt.

Beim Verfassungsschutz haben wir es genauso gemacht. Wir haben etliche - das betrifft jetzt mehr den Bereich Islamismus usw. - fremdsprachliche Mitarbeiter eingestellt, Islamwissenschaftler und andere, die mehrere Sprachen konnten, um auch das Verständnis für die Klientel - oder sie nennen es jetzt „interkulturelle Kompetenz“ - zu fördern.

²¹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Aber bei der Polizei ist das für mich ganz wichtig, eine ganz wichtige Aufgabe, da nicht nachzulassen und weiter in dem Bereich zu werben. Denn das ist sicherlich wichtig für ein polizeiliches Handeln, erfolgreiches polizeiliches Handeln angesichts der Realitäten, die wir nun mal haben mit dem Migrationshintergrund.

Dr. Eva Högl (SPD): Vielen Dank. Ich habe keine weiteren Fragen. - Habt ihr noch? - Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wäre dann wieder bei der FDP. Herr Kollege Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Möller, mich würde interessieren - ich will noch mal auf den Punkt Keupstraße und danach kommen -: Gab es denn einen Punkt, wo das LKA bzw. die Polizei Köln auf Sie zugekommen ist und gesagt hat: „Wir kommen nicht weiter“?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, so rum nicht, sondern wir haben nachgefragt. Ich habe natürlich immer wieder nachgefragt: Gibt es neue Erkenntnisse, neue Bewertungen bei der Polizei, gibt es neue Einschätzungen? - Und dann kam die Antwort: Nein, die Polizei geht nach wie vor von einem rein kriminellen - hier also OK - Hintergrund aus. - Das ist so rum gelaufen. Ich habe meine Mitarbeiter gefragt, die haben dann ihre Erkenntnisse weitergegeben.

Aber die Kölner Polizei müsste den Dienstweg einhalten. Die können nicht einfach bei mir anrufen und sagen: Wir haben jetzt diese und jene Meinung. - Wenn, dann würde das auch über das Lagezentrum und die Polizeiabteilung laufen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Das heißt also, regelmäßige Treffen ohne Dienstweg gab es nicht?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Zwischen mir und der Kölner Polizei? Nein.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie sprachen immer davon, dass die Polizei in Nordrhein-Westfalen sehr selbstbewusst sei. Hatten Sie den Eindruck, dass das ein bisschen über das Selbstbewusstsein hinausging und dass das eher ein Mauern war?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das ist eine Bewertungsfrage. Bei der Polizei gibt es so viele verschiedene Verhaltensweisen, wie es Menschen gibt. Also, das kann man so nicht verallgemeinern.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Woran kann das gelegen haben?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Aber der Verfassungsschutz ist natürlich schon von seiner reinen Quantität her eine Organisationseinheit, die natürlich im Denken der Polizei nicht so eine große Bedeutung hat wie andere Organisationen. Das ist einfach so.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wir haben jetzt aus Baden-Württemberg gehört, dass ungefähr 50 bis 60 Prozent beim Verfassungsschutz von der Polizei stammen. Können Sie sagen, wie groß die Größenordnung bei Ihnen war?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Die ganzen Observationsgruppen zum Beispiel bestehen aus Polizisten. Das sind - - Aber da darf ich jetzt keine Zahlen hier nennen. Und sicherlich in vielen Bereichen gibt es sehr viele ehemalige Polizisten, natürlich, das ist richtig.

Aber ich habe auch darauf gedrungen, dass es da einen Austausch gibt. Es sind auch etliche wieder zur Polizei zurückgegangen und hin und her. Das ist also schon mal ganz wichtig, um einfach mal beide Sichtweisen derselben Medaille kennenzulernen. Dieser Austausch ist sehr wichtig, und er hat auch das Verständnis der Polizei für Verfassungsschutz gefördert.

Im Innenministerium ist es ferner so, dass alle Abteilungsleiter und Gruppenleiter Polizei auch mal beim Verfassungsschutz gearbeitet haben und umgekehrt, sodass es von daher auch leichter ist, für die gegenseitige Sichtweise Verständnis zu gewinnen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja, aber dann verstehe ich, ehrlich gesagt, wirklich nicht, woher diese Vorbehalte der Polizei Ihnen gegenüber kamen.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das ist die Polizei in der Linie natürlich. Ich rede jetzt nicht vom Ministerium, sondern ich rede von einzelnen Kreispolizeibehörden, die ziemlich

weit weg sind von Düsseldorf und vom Verfassungsschutz.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Aber Sie haben auch mitbekommen, um noch einen weiteren Aspekt zu befragen, dass wir bei der Keupstraße nicht wirklich weitergekommen sind - nicht wir, sondern vor allem die Polizei. Als dann in Dortmund der Mord passierte und im Prinzip - das haben wir hier von dem ermittelnden Beamten gehört - im Wesentlichen sich man in Dortmund auf die BAO „Bosporus“ bzw. auf die gemeinsamen Steuerungsgruppen verlassen hat, haben Sie dann immer noch weiter gefragt? Waren Sie dann in Teilen auch in diese Steuerungsgruppen bzw. in die Informationsflüsse ab 2006 eingebunden?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, das habe ich ja vorhin ausgeführt, dass Dortmund von Anfang an nur in der Polizei gelaufen ist, bis auf unseren Versuch, wertvolle Informationen zu gewinnen und dann der Polizei zu übermitteln, was aber negativ verlaufen ist. Sonst ist der Fall Kubasik überhaupt nicht bei uns aufgeschlagen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Weil ich den Eindruck hatte bei der Zeugenvernehmung des Dortmunder ermittelnden Beamten, dass dort vor allem die Einzeltätertheorie eine besondere Bedeutung hatte, dass man durchaus hier weniger die Organisationstheorie sah. Das heißt aber, auch von Dortmund hat man gesagt: Nein, selbst wenn man im Prinzip im Rahmen der BAO „Bosporus“ in der Zeit schon anfang, auch vielleicht umzudenken, ist bei Ihnen gar nichts angekommen, und man hat dann im Prinzip auch, obwohl Dortmund betroffen war, keinen Austausch in der Richtung auf LfV-Ebene hin versucht.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Ich kann mich da nur wiederholen, dass der Fall Dortmund bei uns als eigener Fall nicht aufgetreten ist.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie sagten vorhin, es gebe nur zwei oder drei Bundesländer, wo Sie sagen würden, die hätten eine ähnlich gute Qualität. Welche waren denn das?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, es sind naturgemäß die größeren Länder, ich würde sagen - das kann man so pauschal sagen -, Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen und dann vielleicht noch Rheinland-Pfalz.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Was sind denn da die wesentlichen Kriterien?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, es geht um die Qualität der - - Ich will mal anders anfangen: Eine Behörde, die nur wie in Bremen 50 oder 60 Mitarbeiter hat oder nicht sehr viel größer ist, kann überhaupt nicht diesen Grad an Spezialisierung und Qualifikation gewinnen, der notwendig ist, um diesen Phänomenen, um die es hier geht, überall sachgerecht begegnen zu können. Man braucht also schon eine gewisse Quantität, um Qualität in diesen Bereichen entwickeln zu können. Zum anderen geht es natürlich auch um die Qualität der Mitarbeiter.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Haben denn dann gerade so die kleinen insbesondere nach Unterstützung bei den größeren nachgefragt? Oder haben die gesagt: „Das ist wurscht, wir kommen mit dem Kleinkram hin“?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Natürlich gibt es Unterstützung. Aber die sind mehr im - -²² Man muss ja auch die Rechtslage bedenken. Es gibt Unterstützung und Zusammenarbeit, natürlich vor allem im technischen Bereich, in der Nutzung gemeinsamer, sehr kostenaufwendiger Technik. Vor allem im norddeutschen Bereich gibt es eine sehr gute Zusammenarbeit. Es gibt Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen und Bremen in vielen Bereichen, in Norddeutschland zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein und Mecklenburg in der Nutzung von technischen Geräten. Da gibt es eine sehr gute Zusammenarbeit. Es gibt auch da gesonderte Besprechungen zwischen den einzelnen Ländern.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sollte man das noch intensivieren?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das ist sicherlich sinnvoll. Aber ich glaube, die Sache steht und fällt - -²² Letztlich ist es für mich ein Föderalismusproblem. Wenn der Verfas-

²² siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

sungsschutz ein Teil einer Landesbehörde ist und das Land selber die nötige Verwaltungskraft auch in anderen Bereichen nicht hat, dann wird es sie auch beim Verfassungsschutz nicht haben. Also: Solange wir keine leistungsfähigen Länder haben, die eine bestimmte Größe haben, wird es auch keine leistungsfähigen Verfassungsschutzämter geben können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kollege Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wäre es eine Möglichkeit, Herr Zeuge, wenn man die Zusammenarbeit mit der Polizei sich anschaut, dass möglicherweise eine Sondergruppe der Polizei bei Ihnen, beim Verfassungsschutz, als sozusagen Kontaktpersonen mit im Verfassungsschutzamt sind, die Informationen, die Sie haben, auswertet und den entsprechenden Polizeieinheiten gibt? Was würden Sie denn von so einer Idee halten, fachlich bewerten?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Die Frage ist - ²³ Man müsste sich dann mal eine konkrete Konstellation vorstellen. Eine enge Zusammenarbeit ist immer von Vorteil; das ist richtig. Aber ich überlege jetzt, was das in dem konkreten Fall hätte besser machen können; das weiß ich nicht so genau.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich meine, generell angesprochen, nicht auf den konkreten Fall, sondern generell als - -

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich sage mal: Es wird schwerer sein, die Polizei dazu zu gewinnen als den Verfassungsschutz. Die Polizei hat die Tendenz, sich autark zu geben und - ich glaube, ich kann das beurteilen, nachdem ich zehn Jahre bei der Polizei war - die Dinge möglichst mit eigenen Kräften selbstständig zu machen. Wenn andere Organisationseinheiten - das muss nicht der Verfassungsschutz sein; das ist jedenfalls meine Berufserfahrung; das können auch der Katastrophenschutz und andere sein - nicht rechtzeitig mit einer Lösung überkommen, dann macht es die Polizei eben selber, und die machen es gut. Sie machen es gut. Das muss man auch sagen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, ja, richtig. - Wenn der Minister es anordnet zum

Beispiel? Hätten Sie da fachliche Bedenken dagegen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, natürlich nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Die Anwerbung von V-Männern: Sie waren über alle informiert, nehme ich an?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Bitte?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie waren über die Anwerbung von V-Männern informiert?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich musste ja über jeden - - Natürlich. Ich musste ja in jedem Fall das genehmigen, wenn einer angeworben wurde, -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also kannten Sie auch alle?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: - wenn ein konkretes Verhältnis mit ihm begonnen - - Ja, natürlich.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, Sie kannten alle V-Männer.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, als Personen sowieso nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das nicht. Aber Sie wussten über Ihre V-Männer Bescheid.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Zumindest die, die in meiner Amtszeit neu dazugekommen sind und ausgestiegen sind.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Hatten Sie denn einen eigenen, persönlichen V-Mann zum Beispiel geführt?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, Sie.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Auf die Idee würde ich nicht kommen. Nein.

(Heiterkeit)

²³ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das halten Sie also für abwegig, so was?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Sicher. Das kann man nur machen, wenn es sonst keinen gibt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wäre denn so was denkbar?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das halte ich für einen absoluten fachlichen Fehler.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja. Die V-Mann-Führung schafft einen so - -²⁴ Das ist eine ganz schwierige Angelegenheit, die auch - -²⁴ Es geht ja auch um Menschen. Das schafft auch Vertrauensbasen. Und dann können Sie als V-Mann-Führer in so viele Konflikte kommen. Wenn das ein Behördenleiter macht, halte ich das für völlig unmöglich.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie haben mir sehr weitergeholfen. Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hat die Linksfraktion. Frau Kollegin Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Herr Möller, meine kritische Haltung zu den Behörden, die den Namen „Verfassungsschutz“ im Namen tragen, ist sicherlich auch zu Ihnen nach Nordrhein-Westfalen durchgedrungen. Aber Ihre Bemerkung eben hat mich doch zu einer Nachfrage inspiriert, da ich fürchte, dass unser Vorhaben, das V-Leute-Wesen ersatzlos abzuschaffen, sich noch nicht durchsetzen wird, auch in der nächsten Legislaturperiode.

Sie haben vorhin gesagt, dass Sie die V-Mann-Führer gern regelmäßig auch in andere Bereiche versetzt haben oder versetzen, damit die sich dann auch dort wieder an Recht und Gesetz halten. Wir sollen ja hier auch Schlussfolgerungen ziehen für die weitere Arbeit der Sicherheitsbehörden. Hängen Sie der Theorie an, die ja durchaus auch öffentlich diskutiert wird, dass diese ganze V-Mann-Geschichte von der Führung, Werbung und wie auch immer sich mehr oder weniger in einem etwas rechtsfreien Raum bewegt?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Da kann ich jetzt nur für Nordrhein-Westfalen reden. Bei uns ist das alles geregelt gewesen, nicht durch Gesetz, sondern durch innerdienstliche Vorschriften.

Ich kann nur sagen: Die Gewinnung eines V-Manns bis hin zu seiner Verpflichtung ist ein unheimlich aufwendiger Vorgang, der - -²⁴ Mir ist oft bei der letztlichen Entscheidung „Verpflichten wir jemanden?“ so ein Berg Akten auf den Tisch gekommen über die Person, über Beobachtungen und Leumundszeugen usw. usw.

Das kann man regeln, und das kann man auch sehr sorgfältig machen. Man ist vor einem Fehlgriff nie gefeit. Ich habe ja vorhin geschildert - -

Petra Pau (DIE LINKE): Mir ging es jetzt mehr um die V-Mann-Führer und ihren Ermessensspielraum.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Die V-Mann-Führer können ja nur - -²⁴ Gut, dafür braucht man natürlich bestimmte Leute. Dafür können Sie nicht jeden sturen Verwaltungsbeamten verwenden. Sie müssen schon eine gewisse Empathie haben, sie müssen auf Leute zugehen können, sie müssen - -

Petra Pau (DIE LINKE): Die Qualität kann ich mir ungefähr vorstellen. Mir ging es, inspiriert durch Ihre Bemerkung eben, dass sie auch regelmäßig mal wieder in andere Bereiche, wo wahrscheinlich der Arbeitstag auch etwas strenger geregelt ist und nicht dem Ermessen unterliegt, versetzt werden müssen. Deswegen meine Frage noch mal: ganz konkrete Regeln und auch Kontrolle des Führens von V-Leuten.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das ist sicherlich notwendig. V-Mann-Führer machen ihren Job auch deshalb sehr gerne, weil sie natürlich sehr viele Freiräume haben. Sie können natürlich durch die Lande fahren, und das kann niemand so genau kontrollieren, was sie eigentlich machen. Jede Art von Kontrolle ist da natürlich nicht ganz schlecht. Da würde ich Ihnen zustimmen, ja.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, danke schön. - Sie haben vorhin gesagt, dass Sie die Operative Fallanalyse, die in Nordrhein-Westfalen erstellt wurde, wo man dazu kam, dass es auch einen rassistischen, fremden-

²⁴ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 1)

feindlichen Hintergrund haben könnte, nicht zur Kenntnis bekommen haben. Ist Ihnen eigentlich in dem ganzen Zeitraum einmal die Operative Fallanalyse der BAO „Bosporus“ zur Kenntnis gekommen, die Grundlage für die berühmte Spur 195, also Richtung Rechtsextremismus, war?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Ich sagte ja: Zu dem Fall in Dortmund ist bei uns überhaupt nichts aufgeschlagen.

Petra Pau (DIE LINKE): Da waren Sie also auch nicht eingebunden.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein.

Petra Pau (DIE LINKE): Dann komme ich jetzt noch mal zurück. Der Kollege Wieland hat vorhin schon die Expertise, die insbesondere in Ihrem Landesamt zum Thema Rechtsextremismus vorhanden ist, gewürdigt, gelobt. Das soll auch so sein. Ich finde auch, Ihr Landesamt ist bekannt für die sehr offensive Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, nicht nur zum Thema Rechtsextremismus im Allgemeinen, sondern auch, wenn es um den sogenannten Rechtsrock geht. Sie haben vorhin gesagt, dass Sie die Aufgabe auch vor allen Dingen in Prävention, Aufklärung usw. sehen. In dem Zusammenhang würde ich Ihnen gern zwei Liedzeilen hier vorhalten - ich zitiere -:

Mit der Lizenz zum Töten ziehen wir
durchs Land.

Dann wird alles Kranke erschlagen
und niedergebrannt. Hier kommen
die Noten des Hasses für unsere
Generation.

Hier kommen White Rebels,
Sprachrohr der Revolution.

Dann geht es weiter:

Die Kugel ist für dich.

Und dann werden namentlich Migranten, Politikerinnen, Schriftsteller und andere genannt; das erspare ich uns jetzt hier.

Kennen Sie diese Liedzeilen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Diese Liedzeilen konkret kenne ich nicht. Aber natürlich haben wir uns sehr mit rechtsextremistischen Musikbands befasst. Es sind ja auch welche in Nordrhein-Westfalen aktiv, und deren Rolle in der rechtsextremistischen Szene haben wir natürlich sehr intensiv analysiert,

und wir haben auch versucht, da zu verbieten, was zu verbieten ist.

Petra Pau (DIE LINKE): Mir geht es jetzt gar nicht nur um das Verbot, um das deutlich zu sagen. Es handelt sich hier um die CD „Noten des Hasses“, und die erschien im Jahre 2000, also zum Tatzeitpunkt „Bombenanschlag in Düsseldorf“, und, wie wir nur inzwischen aus der Presse wissen, auch nicht dementiert, von mindestens zwei V-Leuten, einem des Bundesamtes für Verfassungsschutz und einem des Landesamtes für Verfassungsschutz Brandenburg, erstellt.

Wenn ich diese Zeilen, die auch heute noch frei zugänglich im Internet nachlesbar sind, lese, dann kommen sie mir wie eine Blaupause für die Mord- und Anschlagsserie des NSU vor. Deshalb interessiert mich, wenn Sie vorhin von der Präventions- und Aufklärungsfunktion reden, wie man mit solchem Wissen und solcher Expertise umgeht und zum Beispiel, wenn es solche Ereignisse gibt, das auch in die Bewertung von solchen Ereignissen einbezieht oder eben auch ungefragt beispielsweise ermittelnden Behörden deutlich macht, dass hier die Strategien vorgegeben werden.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich denke, ähnliche Zeilen finden sich in sehr, sehr vielen Liedtexten. Da kann man nicht eine rausgreifen und sagen: Das ist jetzt eine neue - -

Petra Pau (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, ich versuche, es - - Aus der Sicht einer Verfassungsschutz- oder auch Polizeibehörde ist das nichts Besonderes. Das ist ein Lied, ein Text, der natürlich so nicht wieder vorkommt, aber in ähnlicher Form gibt es sehr viel schlimmere Texte, die zu Mord und Totschlag auf-rühren an Fremden. Das ist Inhalt dieser Bands; deswegen beschäftigen wir uns ja damit. Darin jetzt einen neuen Ermittlungsansatz zu sehen oder so, ich glaube, das wäre mir nicht eingefallen, ehrlich gesagt.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich frage aus einem einfachen Grund. War Ihre Einschätzung damals, dass es bei diesen Liedzeilen bleibt? Ich erkläre Ihnen ja auch den Hintergrund meiner Frage. Wir haben die Situation, dass wir hier Zeugen gehört haben, die uns

sehr detailliert beschrieben haben Waffenfunde, Sprengstofffunde bei Rechtsextremen. Dazu gibt es ja auch Materialien. Auf die Frage immer: „Was haben Sie denn gedacht, was die Rechtsextremen damit vorhaben?“ kommt dann meistens: Na, die sind waffenaffin und Sammler. - Dass die sich Waffen und vor allen Dingen auch Sprengstoff besorgen, um dies einzusetzen, kam vielen nicht in den Sinn.

Und Ähnliches scheint mir ganz oft eben auch bei diesen Dingen so zu sein, dass der Schritt „Was folgt daraus?“ nicht weitergedacht wurde, also: Bleibt es bei den Liedzeilen, oder setzt das jemand in die Tat um?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich glaube, das hatte ich gesagt, dass ich immer für möglich gehalten habe, dass diese Waffen nicht sozusagen im Schrank bleiben oder dass der Sprengstoff nicht dazu dient, damit zu spielen, sondern dass man immer damit rechnen musste, dass der auch eingesetzt wird und dass das auch gebraucht wird; das schon. Aber ich kann den Zusammenhang zu so einer Liedzeile nicht unbedingt herstellen, weil das für mich keine besondere Qualität hat.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, die Masse macht es. Ihnen ist vorhin das Flugblatt vorgehalten worden. Wir haben rund um Tatorte, eben überall irgendwo Fundstücke, Flugblätter, Briefe, wo zumindest aus der Szene das gefeiert wird, dem zugestimmt wird. Und wir haben natürlich die rechtsextreme Musikszene, die aus meiner Sicht hochgefährlich ist, weil sie eben nicht bloß die Musik liefert, sondern tatsächlich eben auch die Begleitung.

Deswegen: Wenn Sie aufklären einerseits, verbieten - bitte schön -, ist ja die Frage: Was folgt daraus auch noch für das praktische Tun?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, das ist natürlich - - Ex post ist es leichter, die Mosaiksteine zusammensetzen. Damals waren es eben einzelne Dinge, deren Zusammenhang man eben nicht gesehen hat. Das ist das Problem.

Im Nachhinein kann man natürlich sagen: Ja, das und das und das passt zusammen. Wenn man das alles damals zusammengeführt hätte, dann hätte man eine andere Sicht gehabt - sicherlich richtig. Aber damals hat man die Verbindungen zwischen den

einzelnen Mosaiksteinen eben leider nicht gesehen. Das ist ja das Dilemma, in dem wir stecken.

Petra Pau (DIE LINKE): Letzte Frage in dem Zusammenhang, also mit Blick von heute, weil wir sollen ja irgendwann am Ende des Ausschusses auch Empfehlungen geben, wie das Ganze irgendwie so organisiert werden kann, dass die öffentliche Sicherheit gewährleistet wird. Sie haben vorhin gesagt, dass Sie dieses Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz zum Thema „Combat 18“, welches auch an Deutlichkeit nicht zu überbieten war, nicht gekannt haben. Wir haben vorhin schon herausgearbeitet, dass es wahrscheinlich die Polizei auch nicht erreicht hat.

Welche Schlussfolgerungen organisatorischer Art müsste man denn eigentlich ziehen, um im hoffentlich zu verhindernden vergleichbaren Fall dafür zu sorgen, dass die in unterschiedlichen Behörden vorhandenen Kenntnisse - Gutachten/Bundesamt, Kenntnis über Gefährlichkeit der rechten Musikszene und anderes - jeweils, wenn ein solches Ereignis eintritt, tatsächlich bei den Ermittlungsbehörden landen und man nicht sein Wissen, welches man aus den Quelleninformationen bekommen hat, noch gegeneinander abschottet?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Letztlich geht es um die Frage: Wie erreichen die Informationen den Adressaten, den es angeht? Da dürfen eben - ich kann das nur negativ formulieren - keine Dienstwege sozusagen oder keine Abschottungsselbstverständlichkeiten im Wege stehen. Das heißt, letztlich kommt es darauf an, dass da Menschen arbeiten, die, sagen wir mal, so viel Fantasie haben, dass sie sagen: Das ist etwas, was in den Bereich hineingehört.

Der andere Ansatz wäre der, dass man bei den polizeilichen Ermittlungsgruppen ansetzt und sagt: Ich schaffe eine Verbindungsstelle in so einer Ermittlungsgruppe, eine, die außerhalb der polizeilichen Routine, wenn es nur einen Anschein gibt für einen politischen Hintergrund, sozusagen nichts anderes tut, als als Verbindungsperson zum Verfassungsschutz zum Beispiel zu operieren und zu sagen: „Gibt es nicht doch noch irgendetwas?“ und an den Verfassungsschutz mal heranzutreten und nicht umgekehrt. Das wäre vielleicht auch eine Möglichkeit.

Das ist jetzt sehr spontan. Ich habe mir das vorher noch nicht überlegt. Aber die beiden Ansätze sehe ich nur, entweder beim Verfassungsschutz jemand, der mitdenkt und sagt: „Das könnte für die Polizei wichtig sein; da weiß ich, dass die da dran arbeiten“, und umgekehrt bei der Polizei eine Institutionalisierung von Leuten, die so etwas auch abholen, wo es ist, wenn es denn nicht von alleine kommt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Vielen Dank. - Bevor meine Uhr mit Nachspielzeit ablief, waren wir bei der Frage: Querverbindungen nach Ostdeutschland. Ich möchte Ihnen noch einmal, wirklich das letzte Mal, aus diesem, wie ich finde, sehr guten Vermerk vorhalten, den Sie im September 2003 geschrieben haben. Da heißt es nämlich auch:

Beunruhigend bleibt die starke Affinität nicht weniger militanter Rechtsextremisten - auch in NRW - zu Waffen und eine zu vermutende Dunkelziffer von illegalem Waffenbesitz in der rechtsextremistischen Szene sowie die Gewaltbereitschaft von Neonazis und der Skinheadszene. Das ist als eine potenzielle Gefahr anzusehen.

Besorgniserregend in diesem Kontext, dass auch aus Nordrhein-Westfalen extrem militante Äußerungen einzelner Neonazis bekannt sind.

Und dann kommt ein Beispiel; das schließt mit den Worten:

„ ... Zeigt kein Erbarmen, keine Reue. Der weiße, arische Widerstand lebt. Bildet Zellen nach dem Vorbild des führerlosen Widerstandes. Unterstützt die national-revolutionären Zellen. Sieg oder Wallhalla!“ *

Auch da ist wieder eigentlich alles drin: der führerlose Widerstand, der weiße arische Widerstand. Was haben Sie sich dabei gedacht - „Unterstützt die national-revolutionären Zellen“ -, was das sein mag, wenn Sie

selber es als Zitat in eine Gefährdungsanalyse reinschreiben?

Anschlussfrage: Wir wissen inzwischen, dass „Blood & Honour“-Szene, Skinhead-Szene an anderen Orten wirklich Hilfestellung geleistet hat für das Zwickauer Trio. Wir fragen uns immer: „Warum nun gerade Köln und warum Dortmund?“ und fragen uns natürlich auch: Kann es hier ein Netzwerk von Helfern gegeben haben, das bis in diesen Raum reicht? Und wenn, würde man es natürlich in dieser Szene vor allem suchen müssen, die Sie hier zitiert haben.

Deswegen die Frage: Halten Sie es heute für möglich, dass es hier durchaus Querverbindungen von dieser Szene, die ja da sein musste in Nordrhein-Westfalen, die Sie zitieren, nach Ostdeutschland, nach Thüringen beispielsweise, gegeben hat?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich kann sicherlich nicht sagen, dass ich das nicht für möglich halte, aber ich habe keine konkreten Hinweise. In Köln - - Dortmund war eine andere Situation. Dortmund ist auch aus nordrhein-westfälischer Sicht eine Hochburg des Rechtsextremismus, wo ganz intensive Beobachtungen stattfinden, Köln weniger. Das würde ich nicht miteinander vergleichen.

Die Zentren des nordrhein-westfälischen aktiven Rechtsextremismus liegen eher in Dortmund/Lünen, in dem Bereich, als in Köln, mehr in Richtung Aachen und Würselen, in dieser Ecke.

Mit NRZ - - Sicherlich waren da Organisationen gemeint, die wahrscheinlich nach unserer Einschätzung irgendwas zu tun hatten mit „Skinheads Sächsische Schweiz“ oder so, jedenfalls Organisationen, die im Osten aktiv werden, jedenfalls nicht in Nordrhein-Westfalen. Daraus zu schließen, dass wir so etwas im Lande gehabt hätten, das wäre, glaube ich, falsch. Das haben wir nicht gehabt.

Ich kann das nicht - - Ich weiß es einfach nicht. Ich kann Ihre Frage nicht beantworten. Ich schließe inzwischen aber auch nichts mehr aus. Ich kann es mir im Moment nicht vorstellen; ich kenne solche Strukturen nicht. Aber es kommen ja immer neue Informationen an den - - auch zur Rockerszene oder so. Möglich ist alles; ich weiß es aber nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt mal eine ganz andere Frage, Herr Möller. Weil der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, der

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A NW-6 j, Blatt 166 (elektron. Zählung).

heute auch wieder uns die Ehre seiner Anwesenheit gibt, bei seiner letzten Visite uns postmortale Klugscheißerei vorgeworfen hat, will ich mal fragen.

Der türkische Botschafter war eine Woche nach dem Attentat Keupstraße vor Ort und sagte: „Das ist Terrorismus; das ist terroristische Aktivität“, schlicht, weil alle Verletzten - bis auf einen - Türken waren. Nun hat er nicht differenziert nach Türken und Kurden; das kann man von einem türkischen Botschafter wohl auch nicht erwarten. Aber das sagte doch letztlich der gesunde oder der nicht gesunde - - der Menschenverstand.

PKK-Spur: PKK, weiß man, hat gezielt gemordet in der Bundesrepublik, Abtrünnige und andere. PKK hat Brandanschläge gemacht und hat auch Straßenaktionen gemacht, Autobahnsperrungen usw. usf. Eine Streubombe, von der man in dieser Straße auch vermuten musste, dass Kurden dabei sind - es ist ja kein Schild „für Kurden verboten“ am Anfang und am Ende dieser Straße -, also eine Streubombe, die Türken und Kurden zwangsläufig treffen musste - - Wie kam man auf die Idee, nun primär da in Richtung PKK zu ermitteln und auch Listen aufzustellen von PKK-Anhängern, die man überprüfen muss?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: PKK war eine Möglichkeit, als eine Möglichkeit im Raum gestanden. Das Zweite ist: Dieser Ausschuss sitzt ja auch hier, weil hier etwas erstmalig passiert ist. Auch bei der PKK könnte ja erstmalig ein neues Mittel eingetreten sein. Also, so würde ich das nicht abwehren. Auch unter - - PKK könnte sich ja mal was Neues einfallen lassen. - Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist ja: Mit dem türkischen Botschafter, ich glaube, das dürfen Sie nicht überbewerten. Ich möchte nur daran erinnern, dass es in Mannheim einen angeblichen Anschlag gegeben hat mit Verletzten, wo der Staatspräsident Erbakan da war. Es hat sich herausgestellt als ein Kabelbrand. Da wurde auch sofort behauptet: Das ist Fremdenfeindlichkeit. - Da ist sogar der Ministerpräsident hierhergekommen.

Also, das darf man jetzt nicht überbewerten. Das ist eine Pflichtaufgabe für einen türkischen Botschafter, wenn seine Landsleute betroffen sind, so etwas natürlich erst mal zu sagen. Daraus ergeben sich keinerlei neue Erkenntnisse für die Sicherheitsbehörden.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur, dass er im Nachhinein nun deutlich richtiger lag, wie wir wissen.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hat der Kollege Ströbele noch eine Frage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine kurze Frage, hoffe ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Frage noch. Ich habe so ein bisschen aufgeschrieben, was Sie gesagt haben, und Sie haben mindestens fünfmal da betont, es gab - so haben Sie das ausgedrückt - keinerlei Hinweise, und deshalb sind Sie auf eine rechte Spur oder eine rechte mögliche Täterschaft gar nicht gekommen.

Nun haben Sie ja eine ganze Reihe von Vorhaltungen bekommen, unter anderem auch, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz, was in Köln ansässig ist, jedenfalls zum Schluss ausschließlich in Richtung rechte mögliche Täterschaft ermittelt hat und sogar ganz konkrete einzelne Leute hatte, wo Durchsuchungen stattfanden und so.

Das heißt: Können Sie immer noch aufrechterhalten - so wie Sie das heute hier sagen -: „Es gab keine Hinweise damals“, wenn gleichzeitig mit Ihnen das Bundesamt diese Spuren gesehen hat, dem nachgegangen ist und nur daran gescheitert ist - das ist Ihnen ja auch schon vorgehalten worden -, dass Sie Ihre Ermittlungen dann hinsichtlich der konkreten Täterschaft auf Köln reduziert haben - - und nicht ein bisschen darüber hinaus oder weit darüber hinaus bis in die neuen Bundesländer? Wie können Sie immer noch behaupten: „Es gab keine Hinweise“?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Wenn diese Erkenntnisse des BfV diese Bedeutung hätten, dann wären die auch von der Kölner Polizei aufgegriffen worden, eindeutig. Das ist gar nicht denkbar, dass so etwas, Ermittlungen mit so konkreten, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, die wollten nicht.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: - wie Sie es jetzt darstellen, Ansätzen in eine ganz be-

stimmte Richtung - - Da kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, dass die in Köln nicht auch gesehen und überprüft worden sind, aber eben beiseite gelegt worden sind. Das ist gar nicht anders vorstellbar.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die wollten nicht, die Kölner.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das glaube ich nicht. Aber gut, das kann ich nicht beantworten. Ich kann das nicht - - Aber das kann ich mir einfach nicht vorstellen. Nach meiner Kenntnis der Polizeiarbeit - - Wenn es so konkret wäre, wie Sie das jetzt darstellen, so pointiert, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich habe die Akten dazu.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: - dann ist das ja ein - gebe ich Ihnen völlig recht - höchst willkommener und notwendiger Ansatz; da muss man in der Sache was tun. Dass das nicht in Köln geprüft worden sein soll und dass man diesen Hinweisen nicht nachgeben sein soll - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben es nicht geprüft.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Bitte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben es nicht geprüft.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass das Zeitkontingent der Grünen bei weitem überschritten ist und wir damit am Ende der zweiten Berliner Runde angelangt sind.

Das Fragerecht hätte jetzt wieder die Unionsfraktion. - Kein Fragebedarf. Die SPD-Fraktion? - Keine weiteren Fragen. FDP-Fraktion? - Keine weiteren Fragen. Die Linksfraktion? - Auch nicht. Herr Ströbele, dann machen Sie weiter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, jetzt will ich nicht mehr.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann stelle ich fest, Herr Zeuge Dr. Möller, dass die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss keine weiteren Fragen an Sie haben.

Wir sind damit am Ende Ihrer Vernehmung angelangt. Wir bedanken uns, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben am heutigen Tag. Wie gesagt, nach Erstellung des vorläufigen Stenografischen Protokolls wird Ihnen dieses zugeleitet. Dann haben Sie zwei Wochen Zeit, es zu sichten und Anmerkungen zu machen und das unserem Sekretariat dann zukommen zu lassen. Vielen Dank.

Ich möchte kurz anregen: Wir haben jetzt ja in Folge zwei Zeugen, BKA-Waffenspur. Da wäre es nach meinem Dafürhalten sinnvoll, sie auch im zeitlichen Kontext zu hören. Das heißt, ich würde vorschlagen, jetzt die vereinbarte Pause erfolgen zu lassen und dann anschließend sozusagen die Zeugen direkt nacheinander zu hören.

Dann sehen wir uns - einen Augenblick bitte noch! Ich hätte noch einen weiteren Wunsch - zur Fortsetzung der Beweisaufnahme wieder um 13.30 Uhr, wenn Sie einverstanden sind. - 13.30 Uhr.

Ich würde die Kolleginnen und Kollegen bitten, dass wir in Sachen des Anliegens von Herrn Petermann, das er vorhin geäußert hat bezüglich einer Unterlage, ganz kurz - es dauert drei Minuten - eine Beratungssitzung machen. Die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss mögen also bitte hierbleiben, und die Vertreter der Regierung und der Länder und die Öffentlichkeit mögen bitte den Saal verlassen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
12.33 Uhr - Folgen Sitzungsteil
Beratung und Pause)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Öffentlich:
13.40 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie uns die Beweisaufnahme fortsetzen! Ich bitte die Medienvertreter, den Saal zu verlassen, weil das eine Voraussetzung für die Umsetzung meines Vorschlages ist. - Herzlichen Dank.

Ich darf noch kurz für die Kolleginnen und Kollegen sagen, dass sich der Inhalt unserer letzten Beratungssitzung geklärt hat und es eine Verständigung zwischen Union und der Linksfraktion gibt, was den Umgang mit dieser Unterlage betrifft. Insofern brauchen wir diesbezüglich heute keine Beratungssitzung.

Vernehmung des Zeugen Werner Jung

Ich darf als Zeugen Herrn Kriminalhauptkommissar Werner Jung begrüßen. Meine einleitenden Bemerkungen von heute Morgen, was Bild- und Tonaufnahmen betrifft, für die Damen und Herren auf der Besuchertribüne gelten natürlich nach wie vor fort.

Herr Jung, es wird von der heutigen Sitzung, von Ihrer Befragung, von Ihren Ausführungen eine Tonbandaufnahme gefertigt durch die Verwaltung des Deutschen Bundestages. Diese Aufzeichnungen dienen ausschließlich dazu, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll gefertigt ist, wird die Aufnahme gelöscht.

Das Protokoll der heutigen Zeugenvernehmung wird Ihnen, Herr Jung, nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann innerhalb eines Zeitraums von zwei Wochen die Möglichkeit, Anmerkungen oder Ergänzungen vorzunehmen, die natürlich nicht den Inhalt ins Gegenteil verkehren dürfen. Aber da, wo Sie glauben, etwas vielleicht klarer hätten formulieren zu können oder ergänzen zu wollen, bestünde dann noch die Möglichkeit.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind. Die Ladung haben Sie am 30. Juli 2012 erhalten.

Bezüglich Ihres heutigen Erscheinens als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuss liegt eine Aussagegenehmigung des Präsidenten des Bundeskriminalamtes vor. Diese datiert vom 20. September 2012.

Vor Ihrer Aussage, Herr Jung, habe ich Sie zunächst formal zu belehren.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie auf die strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss, was die Einstufung betrifft, fassen kann.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie, Herr Jung, bitten, sich zunächst dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Altersangabe, Berufsangabe vorzustellen und uns mitzuteilen, ob die Ladungsanschrift noch aktuell ist.

Zeuge Werner Jung: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Werner Jung. Ich bin 59 Jahre alt. Die Adresse, die ladungsfähige Anschrift ist insofern noch aktuell.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und Ihr Beruf?

Zeuge Werner Jung: Mein Beruf ist Polizeibeamter.

Ich würde dann ganz kurz meinen beruflichen Werdegang, soweit er hier von Interesse sein könnte, mal schildern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielleicht darf ich es kurz sagen, auch für die

Öffentlichkeit: Ich habe Herrn Jung gefragt, ob er von der Möglichkeit Gebrauch machen möchte, einleitend sozusagen seine Sicht der Dinge darzustellen, auch die Abläufe, soweit er beteiligt war. Dazu hat er jetzt die Gelegenheit, bevor wir mit der Befragung beginnen. - Bitte sehr.

Zeuge Werner Jung: Das war jetzt noch zu meinem beruflichen Werdegang. Zu der Auflistung komme ich danach.

Ich bin 1975 in das Bundeskriminalamt eingetreten. Nach der Ausbildung - und das dürfte hier von Interesse sein - bin ich 1982 bis 1994 im Waffenreferat, in der Waffendienststelle des Bundeskriminalamtes als Ermittlungsbeamter tätig gewesen.

Von daher war ich natürlich auch prädestiniert, hier in dieser Waffenspur, Waffenspur/Munitionsspur, mich zu tummeln. Ich konnte natürlich auf meine Kollegen, die ich ja noch alle persönlich kannte, von der Waffendienststelle, zurückgreifen. Auch hatte ich natürlich enge Kontakte zu unserer Kriminaltechnik im BKA.

Ich habe natürlich meine Kenntnisse genutzt, insbesondere Möglichkeiten des Bundeskriminalamtes genutzt, von Dateien, die letztendlich nur dem Bundeskriminalamt zur Verfügung stehen. Ich kann das gerne, wenn das gewünscht ist, noch etwas weiter ausführen. Aber vielleicht kann man im Laufe jetzt der Vernehmung da auch das eine oder andere noch mal ergänzen.

Wenn das so weit reicht, würde ich jetzt mal einen zeitlichen Abriss dieser doch so wichtigen Spur geben. Ich werde mich bemühen, nur ganz kurz die jeweilige Überschrift, den jeweiligen Punkt zu nennen, was gemacht wurde bzw. was für Maßnahmen sich hier angeschlossen haben. Das andere könnte man nachher vielleicht in konkreten Fragen dann noch vertiefen.

Ich habe, wie gesagt, am 04.05.2004 mit den Ermittlungen in der Waffenspur begonnen. Die Ermittlungsgruppe „Ceska“ beim BKA existierte bereits etwas - - wenige Zeit vorher schon. Ich bin dann aber quasi kurz nach Einrichtung dieser Gruppe erst dort zugestoßen.

Die ersten Ermittlungen in der Waffenspur waren eigentlich mehr global. Die Voraussetzungen, die wir als Prämisse hatten, waren, dass einmal eine handelsübliche Ceska 83 im Kaliber 7,65 als Tatwaffe verwendet wurde. Von der zweiten Tatwaffe war keine Systembestimmung möglich. Das heißt, man

konnte das Fabrikat nicht einschränken. Man wusste nur: Kaliber 6,35, möglicherweise eine rückveränderte Schreckschusspistole.

Der dritte Punkt war natürlich, wo ich dann auch Ermittlungen getätigt habe - - Allerdings muss man, wie gesagt, auch aufgrund der Menge der Munition sagen: Das war so ein bisschen ein Gestochere im Nebel. Das war diese PMC-Munition, die bei den ersten vier Mordtaten verwendet wurde. Ab der fünften Tat wurde die sehr gebräuchliche, handelsübliche Sellier-&-Bellot-Munition verwendet.

Am 24.03.2006 habe ich dann eine Anregung geschrieben für eine Rechtshilfe nach Tschechien. Ziel dieser Rechtshilfe war - wie gesagt, immer zum jeweiligen Zeitpunkt des Kenntnisstandes -, mehr über diese Waffe Ceska 83 zu erfahren, wie viel produziert wurden und wohin, in welche Länder, diese Waffe geliefert wurde.

Vielleicht kann ich da ganz kurz das Ergebnis hier einfügen. Wir haben dort letztendlich erfahren, dass die Waffe seit 1983 produziert wurde - deswegen auch der Name Ceska 83 - und dass monatlich etwa 10 000 Pistolen hergestellt wurden. Das heißt, bis zur ersten Tat in 2000 mussten wir davon ausgehen, dass etwa 180 000 Ceska-Pistolen weltweit verkauft wurden.

Dieses Rechtshilfeersuchen ist dann am 10.04.2006 auch durch die Staatsanwaltschaft in Nürnberg gestellt worden.

Jetzt kommt, ich will mal sagen, ein wesentlicher Eckpunkt in dieser Spur. Es war eine dynamische Spur. Das heißt, die Spur, die Erkenntnislage hat sich fortentwickelt. Sie werden auch gleich merken, warum. Am 22.05.2006, da gibt es ein Gutachten. Das, was ich jetzt hier sage, ist alles Gegenstand der umfangreichen Unterlagen in dieser Spur. Vielleicht mal zum Überblick: Es sind etwa 20 Leitz-Ordner, die ich im Wesentlichen alleine da mehr oder weniger produziert und vollgeschrieben habe.

Wie gesagt, am 22.05.2006 eine entscheidende kriminalistische Einschränkung, nämlich dass zumindest ab der fünften Tat ein Schalldämpfer verwendet wurde. Das, wie gesagt, Gutachten - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie das noch mal wiederholen? Das haben hier einige akustisch nicht verstanden.

Zeuge Werner Jung: Ein Gutachten von unserer Kriminaltechnik, dass zumindestens

ab der fünften Tat in Rostock ein Schalldämpfer verwendet wurde. Dieser Schalldämpfer - so hat man sich festgelegt - war wohl sehr fest mit der Waffe verbunden.

Ich kann auch erklären, warum das erst, wie gesagt, ab der sechsten Tat - - ab der fünften Tat möglich war. Aus dem Datum sehen Sie natürlich: 22.05.2006, das war letztendlich nach der letzten Dublette in diesem Verfahren. Denn ab 2004 hatte dann die Munition gewechselt. Deswegen war es auch möglich - - Deswegen auch die Einschränkung: mindestens ab der fünften Tat Schalldämpferverwendung. Wir gehen davon aus, dass natürlich in den ersten vier Taten auch bereits ein Schalldämpfer eingesetzt wurde.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn Sie erlauben, würde der Kollege Binninger direkt dazu was fragen.

Zeuge Werner Jung: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Vielleicht habe ich es jetzt überhört, aber anhand welcher Merkmale konnten Sie feststellen, dass eben ab Tat fünf ein Schalldämpfer verwandt wurde, und warum waren Sie sich davor auch schon sicher?

Zeuge Werner Jung: Vorher waren wir nicht sicher.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat es mit der Munition zu tun, mit den Hülsen, oder was man für Spuren sieht an den Hülsen, oder?

Zeuge Werner Jung: Nein, am Geschoss. Die Hülse hat ja letztendlich mit dem Schalldämpfer überhaupt nichts zu tun. Es konnte dann festgestellt werden, dass eine kleine, eine minimale Anhaftung immer an der gleichen Stelle an den Geschossen festgestellt wurde. Darauf hat man geschlossen, dass das Geschoss nach dem Verlassen des Laufs irgendwo an dem Schalldämpfer anschlägt. Aber das war, wie gesagt, minimal. Da das auch immer an der gleichen Stelle war, hat man dann auch gesagt - gut, ein Gutachter legt sich nie so hundertprozentig fest -, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit von einer fabrikmäßig hergestellten Waffe plus Schalldämpfer auszugehen ist.

(Abg. Dr. Eva Högl (SPD) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich frage mal den Zeugen: Möchten Sie jetzt lieber im Zusammenhang vortragen und dann die Fragen beantworten, oder erlauben Sie es, wenn zwischendurch gefragt wird? Das steht Ihnen frei. Ich kann das auch verstehen - das ist auch eine ungewohnte Situation sicherlich für Sie -, wenn Sie sagen - -

(Dr. Eva Högl (SPD): Lieber erst im Zusammenhang!)

Tragen Sie erst mal das vor, was Sie vortragen möchten, und dann beginnen wir mit der Befragung. Ja?

Zeuge Werner Jung: Also, ich denke mal, es macht vielleicht Sinn, erst mal die chronologischen Abläufe zu schildern, weil das ja auch immer sehr wichtig ist, um zu erkennen: Wie hat sich das Ganze fortentwickelt, und was wurde im Einzelnen gemacht?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Jung hat das Wort.

Zeuge Werner Jung: Danke. - Ich habe dann am 03.06.2006²⁵ unseren Verbindungsbeamten in Prag angeschrieben. Ziel war letztendlich, bei der Firma Ceska zu erheben durch die zuständigen tschechischen Dienststellen, in welcher Größenordnung diese Ceska 83 mit Schalldämpfer produziert wurde.

Wie gesagt, Voraussetzung für die Verwendung des Schalldämpfers an der Waffe ist, dass der Lauf verlängert ist, dass der vorne aus dem Gehäuse rausguckt. Und da wird der Schalldämpfer aufgedreht. Es gibt auch noch Bajonettverschluss. Aber hier war es - - sollte es ein Schalldämpfer mit Schraubverschluss sein.

Die erste Rückmeldung kam dann kurze Zeit später als Antwort: 1985 bis 1988 wurden nur 28 Ceska-Pistolen mit Schalldämpfer produziert. Wir hatten dann natürlich versucht zu hinterfragen nach den Waffennummern. Da bestand seitens der Firma Ceska das Problem - - Jetzt greife ich mal vor, weil es hier entscheidend ist an dieser Stelle, warum die uns keine Waffennummern mitteilen konnten. Diese Zahl 28 - das ergibt sich dann auch aus den Vernehmungen in dem Rechtshilfeersuchen, in diesem tsche-

²⁵ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

chischen Rechtshilfeersuchen - - wurde letztendlich mitgeteilt: aus Erinnerung eines Mitarbeiters der Firma.

Wir haben dann später das gesamte Waffenhandelsbuch von der Firma Ceska bekommen, praktisch ab Produktionsbeginn bis 2000, und haben dort auch feststellen können, warum die uns keine Waffennummern mitteilen konnten, weil nämlich in diesem Waffenhandelsbuch nicht unterschieden wurde zwischen Ceskas mit normalem Lauf und Ceskas mit verlängertem Lauf. Dieser verlängerte Lauf, hatte ich ja gesagt, ist Voraussetzung für die Verwendung eines Schalldämpfers an dieser Waffe.

Da kam uns dann letztendlich ein Zufall zu Hilfe; das ist alles in etwa so gleich - - also relativ in der zeitlichen engen Abfolge. Nach der Wende hatten wir vom MfS zehn Ceska-Pistolen 83 mit Schalldämpfern übernommen. Wir haben intern immer von den sogenannten Stasi-Waffen gesprochen.

Ich habe dann gezielt mit aus taktischen Gründen zwei Nummern aus diesen zehn über den Verbindungsbeamten angefragt, und wir haben dann am 17.08.2006 als Antwort bekommen: 25 Waffen plus Schalldämpfer, angeblich als Sonderanfertigung - die Firma hat gesagt, sie stellt diese Schalldämpfer nicht serienmäßig her -, wurden am 23.05.1984 in Brünn von einem Libanesen abgeholt. Dieser Libanese - so hatten weitere Ermittlungen dann ergeben - war PLO-Mitglied, und diese zehn Waffen, die dann beim MfS in der Waffenkammer lagen, wurden dem MfS von der PLO zum Geschenk gemacht.

Wir haben natürlich diese zehn Waffen beschossen. Logischerweise schieden die als Tatwaffen natürlich aus.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren die vorher schon beschossen worden? Hatte die Stasi mit denen geschossen? Konnten Sie das feststellen?)

- Das konnten wir nicht feststellen. Das haben wir letztendlich auch nicht hinterfragt. Wir haben uns nur erinnert, dass wir diese zehn Pistolen haben. Und dann sind die natürlich sofort von uns beschossen worden, obwohl das Ergebnis letztendlich feststand: Es war keine - - Die Tatwaffe war da nicht dabei.

Und da war, wie gesagt - - Bei diesen 25 waren unterschiedliche Befestigungen des Schalldämpfers. Das waren teilweise Bajo-

nettverschlüsse und teilweise auch Schraubverschlüsse.

Aufgrund dieser aktuellen Entwicklung wurde dann ein zweites Rechtshilfeersuchen nach Tschechien am 19.10.2006 nachgeschoben. Ziel war es natürlich, im Rahmen dieses zweiten Rechtshilfeersuchens gezielt die Schalldämpferpistolen festzustellen, also die Pistolen mit Schalldämpfer festzustellen, und natürlich auch Aussagen darüber, wohin mögliche weitere Waffen geliefert wurden.

Sie werden merken: Es gab natürlich einen Unterschied. Einmal hatten wir es hier zu tun mit einer Zahl 25, die definitiv ausgeliefert wurden mit Schalldämpfer, und in der Erstauskunft wurden uns ja 28 Waffen genannt. Das ist, wie gesagt, darauf zurückzuführen, wie wir später erfahren haben, dass diese erste Zahl aufgrund der Erinnerung eines Mitarbeiters der Firma Ceska zustande kam.

Am 24.04.2007 ging dann der zweite Hinweis in Sachen Luxik-Waffen ein. Der Hinweisgeber Lothar Mayer hatte vorher schon beim BKA mal angerufen. Das ist auch alles Gegenstand der Akten, also der Ermittlungsakten. Der Kollege hat auch einen Vermerk darüber geschrieben. Es wurde auch ein Schreiben des Hinweisgebers mitgeschickt. Dieses Schreiben habe ich nie zu Gesicht bekommen. Das ist nach Nürnberg gegangen. Aus den Telefonvermerken ergibt sich aber, dass dieser erste Hinweis sehr global war. Das heißt, der Hinweisgeber hatte berichtet, dass zu den Generalimporteuren dieser Ceska-Pistolen - - Für Deutschland war das die Firma Frankonia in Würzburg, und für die Schweiz hatte er praktisch die Firma Luxik als Generalimporteur für Ceska-Pistolen allgemein benannt. Das war, wie gesagt, erster Kontakt.

Der zweite Kontakt - - Und den haben wir natürlich auch - - Den habe ich dann auch auf den Tisch bekommen. Den haben wir auch sofort umgesetzt. Der war natürlich sehr interessant für uns, weil im *Deutschen Waffen-Journal* 1993²⁶ wurden von dieser Firma Luxik in Derendingen in der Schweiz Schalldämpferwaffen - oder ich konkretisiere mich hier: Ceska-Pistolen des Typs 83, Kaliber 7,65, mit Schalldämpfern - zum Verkauf angeboten. Das haben wir dann zum Anlass genommen oder ich vielmehr zum Anlass genommen, am 08.05.2007 noch mal in der Schweiz zu dieser Firma Luxik anzufragen und auch noch mal in Prag zu dieser Firma

²⁶ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

anzufragen, weil die Firma Luxik hatte auch noch eine Zweigstelle, eine weitere Firma, in Prag.

Am 06.07.2007 bin ich dann mit einem Kollegen unseres Waffenreferats, Fachreferats, Auswertereferats, und einem Kollegen der BAO „Nürnberg“ in der Schweiz gewesen, und wir haben hier letztendlich die Möglichkeit gehabt - das hatten wir natürlich vorher abgeklärt -, in das Waffenhandelsbuch der Firma Luxik in Derendingen und später dann auch in das Waffenhandelsbuch der Firma Schläfli & Zbinden Einblick zu nehmen. Die entsprechenden Passagen aus diesem Buch sind auch letztendlich Gegenstand der umfassenden Akten in dieser Waffenspur.

Jetzt hatten wir natürlich auch hier zum ersten Mal Waffennummern, nämlich genau die Waffennummern dieser 27 Stück, die in die Schweiz geliefert wurden. Ganz kurz: Drei der Waffen sind zurückgeliefert worden - die konnten wohl nicht verkauft werden - nach Prag. Und 24 Waffen sind letztlich in der Schweiz verblieben, die dort auch veräußert wurden. Aufgrund dieser polizeilich erhobenen Informationen - wir hatten damals auch den Sohn von dem Jan Luxik befragen können, bei diesem ersten Besuch in der Schweiz - wurde dann ein Rechtshilfeersuchen gestellt; das habe ich am 23.07.2007 angeregt. Das ist dann am 07.08.2007 gestellt worden.

Ziel dieses Rechtshilfeersuchens war es, die Erstkunden, die Erstbesitzer, dieser 24 Waffen in der Schweiz zu eruieren. Das heißt, aus den Büchern der Firma Luxik hatten wir schon die Käufer. Da hatten wir auch festgestellt, dass auch noch weitere Waffen an weitere Schweizer Einzelhändler gegangen sind. Wie gesagt, Luxik war Generalimporteur für die Ceska-Waffen. Am 07.08. ist dann dieses Rechtshilfeersuchen auch gestellt worden. Wir haben dann peu à peu eben Rückmeldung bekommen über den Beschuss dieser Waffen. Letztendlich wurden 16 Waffen beschossen, die natürlich als Tatwaffen ausschieden.

Und am 16.08.2007 wurde eine Erstbefragung - - Ich werde jetzt den Namen nur mit „G.“ aussprechen. Die Erstbefragung des G. wurde am 16.08.2007 vorgenommen. Eine weitere Zeugenvernehmung - das Erste war eine Befragung - des G. hat dann am 08.07.2008 stattgefunden, alles quasi noch aufgrund polizeilicher Ersuchen und auch aufgrund dieses Rechtshilfeersuchens.

Jetzt kommt der nächste Wendepunkt in dieser Spur, kriminalistisch sehr wichtig. Bis dahin, bis zu diesen Befragungen, Ermittlungen in der Schweiz, hatten wir es mit zwei Produktionschargen von Ceska 83 mit Schalldämpfern zu tun. Das eine waren die sogenannten Stasi-Waffen; das waren 25 Stück. Davon hatten wir, wie gesagt, zehn ermitteln können. Die wurden ja auch alle beschossen. 15 waren natürlich noch offen. Keiner wusste, wo die waren. Da habe ich Ermittlungen angestellt; das soll aber hier mal keine Rolle spielen. Die waren natürlich auch sehr interessant; aber letztendlich waren die nicht zielführend.

Die zweite Charge waren 30 produzierte Waffen. Warum 30? Ich habe die Waffennummern verglichen. Diese 27 Waffen, die in die Schweiz geliefert wurden, waren alle fortlaufend gewesen. Und da waren drei Waffen, die in dieses Kontingent mit reinpassten, in diese 30. Und da habe ich natürlich angenommen: Die dürften wahrscheinlich auch einen langen Lauf gehabt haben. So war es dann letztendlich auch. Zwei dieser Waffen sind an einen Waffenhändler in der Slowakei geliefert worden und eine an einen Waffenhändler in Sambia. Nur, wie gesagt, damit es nicht irgendwie Unklarheiten gibt: 30 wurden produziert, 27 wurden in die Schweiz geliefert, 3 zurück, und 24 sind in der Schweiz verblieben.

Jetzt kam, wie gesagt, der nächste Wendepunkt in der Spur: die wichtige Feststellung von unserer Kriminaltechnik, und zwar: Am 11.09.2008²⁷, da haben wir ein entsprechendes Schreiben von der Kriminaltechnik bekommen, dass an den Luxik-Waffen ein besonderes Spurenbild festgestellt wurde. Im Gegensatz zu allen anderen Ceska-Pistolen, auch zu den Stasi-Waffen, die bei uns in der Sammlung waren, hatten diese Luxik-Waffen ein bogenförmiges Spurenbild, welches auf der Patrone unten durch den Stoßboden hervorgerufen wird. Alle anderen Pistolen hatten sogenannte Parallelsuren. Das waren also praktisch Spuren, die parallel verliefen. Und es gab eine bis dahin noch nie da gewesene Übereinstimmung mit der Tatmunition aus den neun Taten, wo die Ceska ja verwendet wurde.

Um das letztendlich in der Schweiz auch noch mal deutlich zu machen, dass uns jetzt gerade diese Schweizer Spur besonders wichtig ist, wurde dann am 16.12.2008 ein zweites Rechtshilfeersuchen in die Schweiz angeregt. Ziel war es hier, insbesondere bei

²⁷ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

dem Herrn G. und bei dem Herrn B. Durchsuchungen und Vernehmungen durchzuführen im Beisein von Ermittlungsbeamten des BKA, meiner Person und der des Kollegen Deetz, der ja auch noch gehört wird. Wir sind also bei diesen Maßnahmen dabei gewesen.

Dieses Rechtshilfeersuchen wurde letztendlich erledigt. Das heißt, die Maßnahmen wurden durchgeführt am 29.10.2009. Wir haben uns natürlich nicht zufriedengegeben, dass das hier so lange dauerte. Wohlgemerkt, am 16.12.2008 wurde dieses Rechtshilfeersuchen gestellt, und die Schweizer haben dann letztendlich erst signalisiert zum 29.10. hin, dass wir kommen können und dass dann die Maßnahmen durchgeführt werden.

Wir haben - das ist auch alles dokumentiert - immer wieder, insbesondere über die Fedpol in Bern, hier hinterfragt: „Was ist da los? Warum dauert das so lange?“, haben auch immer wieder telefonisch Kontakt gehabt. Letztendlich haben wir als Erklärung bekommen: Der zuständige Generalbundes- oder Generalstaatsanwalt für die Gesamtschweiz ist zurückgetreten, und es müsste erst ein neuer gewählt werden, und solange ebendieser neue noch nicht eingeführt wäre, würde hier dieses Rechtshilfeersuchen auch nicht erledigt werden. - Da vielleicht wahrscheinlich die Fragen noch mal später dazu im Detail.

Die offenen Waffen - das waren nämlich acht Stück an der Zahl - haben wir natürlich dann in verschiedenen Fahndungssystemen ausgeschrieben. Wir haben dann - - Ich muss dazusagen: Neben diesen - - Also, diese drei Waffen - - B. und G. waren - - Neben den drei Waffen waren noch fünf Waffen, wo wir den Erstkäufer nicht feststellen konnten, nämlich aus dem Grund, dass die Einzelhändler, an die von der Firma Luxik diese fünf Waffen geliefert wurden, nicht mehr existent, in Konkurs gegangen waren oder die Waffenbücher nicht mehr vorhanden waren. Das heißt, zu diesen fünf Waffen hatten wir überhaupt keine Kenntnis, in welcher Hand sich die jetzt befinden würden.

Deswegen - nur zum Hintergrund für Sie - haben wir uns dann natürlich noch mal entschlossen zu einer Öffentlichkeitsfahndung sowohl im Schweizer Fernsehen als auch im deutschen Fernsehen in XY im ZDF. Diese Ausstrahlungen waren dann am 12.02.2010 in der Schweiz in der Sendung *10 vor 10* und am 10.03.2010 in der Fernsehfahndung in

XY. Parallel dazu haben wir natürlich auch auf unserer Homepage gefahndet.

Da komme ich vielleicht auch ansatzweise dann - - Wie gesagt, wenn da Interesse besteht, kann ich das gerne ausführen. Das war also der zweite Spurenkomplex, mit dem ich mich intensiv auch mit befasst habe. Das war die Homepageüberwachung des BKA, die wir letztendlich beginnend mit dem Juni 2006 aufgenommen haben, die wir dann allerdings aufgrund rechtlicher Bedenken des BMI am 30.03.2009 abgeschaltet haben.

Ich denke mal, das soll jetzt vielleicht erst mal als Überblick genügen. Sie werden wahrscheinlich jetzt auch erschlagen sein von den Informationen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Da müssen Sie sich keine Sorgen machen. Da sprechen wir noch über ganz andere Dimensionen, was Aktenordner betrifft, als die 20, die Sie beachtlicherweise da gefüllt haben, wie Sie sich ausgedrückt haben.

Wenn Sie mit der Einführung soweit am Ende sind, dann beginnen wir mit der Befragung. Wir haben ja einige Kolleginnen und Kollegen, von denen ich weiß, sie haben sich intensiv darauf vorbereitet.

Wir beginnen mit der ersten Berliner Runde. Das Fragerecht hat demnach zunächst die Unionsfraktion, und das Wort hat der Kollege Clemens Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Jung, vielen Dank für Ihre Ausführungen.

Zeuge Werner Jung: Gern geschehen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da wir das meiste aus den Akten entnehmen konnten, kann man schon einigermaßen gut folgen, obwohl es eine Fülle von Fakten ist. Wir denken aber immer auch an die Zuschauer und versuchen deshalb, es transparent und verständlich zu machen.

Ich habe vorneweg eine grundsätzliche Frage zum Thema, wie Sie in Ermittlungen eingebunden werden. Sie sind ja der Waffenexperte, Kriminaltechnik oder als Teil der Technik. Sie sind nicht Ermittler. Oder geben Sie auch Hinweise auf Ermittlungsrichtungen? Hört man da auf Sie, oder will man nur Ihre Expertise als Waffenexperte? Wie war das in diesem konkreten Fall?

Zeuge Werner Jung: Nein, ist falsch rückgekommen. Ich habe nur gesagt, dass ich zwölf Jahre im Waffenreferat des BKA war. Waffenreferat war seinerzeit Auswertung und Ermittlung zusammen. Ich bin seit 82 Ermittler. Und nach der Umorganisation des BKA 94 wurde praktisch - - wurden die Ermittler rausgezogen in eine eigene Gruppe. Das ist dann letztendlich auch die Gruppe, wo dann die EG „Ceska“ eingerichtet wurde bei der Verfahrensübernahme 2004.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. Also, dann waren Sie Ermittler mit überdurchschnittlichem Know-how, was Waffen angeht.

Zeuge Werner Jung: Danke, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es ist ja eine sehr spezielle Wissenschaft, bei der auch viele Ermittler sicher nicht mithalten können. Insofern haben wir das geklärt.

Ich will noch mal damit beginnen: Man hatte ja nach den ersten fünf Taten kaum Spuren oder Hinweise auf die Täter oder ganz wenig - diese Radfahrer mit stechendem Blick, aber alles sehr vage -, sodass man sagen kann, die einzigen Fakten, die feststanden, waren die verwandten Waffen, Ceska 83, und auch die verwandte Munition.

Zeuge Werner Jung: Hm.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Würden Sie mir da zustimmen?

Zeuge Werner Jung: Und die zweite.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und die zweite Waffe, diese umgebaute Schreckschusspistole.

Zeuge Werner Jung: Ja. Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Als Sie dazukamen - ich glaube, 2000 - - Wann sind Sie dazugestoßen, zu den Ermittlungen?

Zeuge Werner Jung: Ende April, Anfang Mai 2004.

Clemens Binninger (CDU/CSU): 2004. Als Sie dazugestoßen sind - das habe ich in den Akten gefunden; das hatten Sie jetzt nicht geschildert; vielleicht war es für Sie

nicht so wichtig; für uns ist es allerdings sehr wichtig und auch interessant -, gab es ja gleich eine Überprüfung noch nicht hinsichtlich der Waffe, die Sie hier sehr ausführlich geschildert haben, sondern hinsichtlich der Munition.

Zeuge Werner Jung: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Können Sie uns da ganz kurz - ich würde Sie dann unterbrechen, nicht weil ich unhöflich sein will, sondern weil ich noch ein paar Fragen anzubringen habe - mal schildern, was Sie bei der Munition gemacht haben und warum man sehr früh begann, über die Munitionsspur nachzudenken?

Zeuge Werner Jung: Ja. Wie gesagt, ich war zwölf Jahre in dem Waffenreferat. Und als ich die Bezeichnung PMC-Munition gehört habe, kannte ich die nicht. Deswegen habe ich mich kündigt gemacht und habe dann erfahren, dass es sich um eine Munition handelt, die in Amerika produziert wird in Lizenz für Südkorea. Und was unser Glück war: Der Generalimporteur dieser Munition, PMC-Munition, sitzt in Deutschland, in Mellrichstadt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das ist in Bayern, nicht?

Zeuge Werner Jung: In Bayern, genau. Ich bin dann da auch hingefahren und habe mich dann da kündigt gemacht: Wie ist der Vertrieb dieser Munition? Das waren ja natürlich legale Vertriebswege. Bei der Waffe habe ich - - Aber ich denke mal, das muss ich nicht extra sagen. Bei der Waffe sind wir von Anfang an davon ausgegangen, dass es sich um eine Waffe handelt, die auf illegalen Wegen zu dem Täter, den Tätern gekommen ist. Hier hatten wir ja praktisch einen Legalvertrieb von Munition.

Ich habe dann zur ersten Tatzeit, 09.09.2000 - - Das habe ich mal als Punkt genommen und habe dann gesagt: Okay, geh mal vielleicht so zwei Jahre zurück, vielleicht auch ein bisschen länger und lass dir mal alle Munitionslieferungen geben, die seitens der Firma Hoffmann durchgeführt wurden. Da gab es, glaube ich, etwa 50 Waffengeschäfte in Deutschland, wo diese Munition hingeliefert wurde, und es gab auch neun Generalimporteure bzw. neun Firmen

im europäischen Ausland, wo diese Munition ebenfalls hingeliefert wurde.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Darunter die Schweizer Firma Schläfli & Zbinden.

Zeuge Werner Jung: Genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die, wie wir heute wissen, ja auch die Ceska, die später die Tatwaffe sein sollte, in den Umlauf gebracht hat.

Zeuge Werner Jung: Genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): 2004 war also Schläfli & Zbinden das erste Mal quasi aktenkundig.

Zeuge Werner Jung: Ja, klar, wobei ich mir natürlich da jetzt nicht zu große Hoffnungen gemacht habe. Sie wollen ja da auf eine bestimmte Anfrage auch hin. Die Erstanfragen waren ja immer dergestalt, dass wir eben gefragt haben: Ist der Verkauf von Munition überhaupt registriert worden? Und: Wie wird die Munition an Genehmigungsinhaber abgegeben, und werden diese Verkäufe praktisch festgehalten?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Darf ich Ihnen, Herr Jung, weil das Schreiben auch von Ihnen stammt, kurz ein paar Vorhaltungen machen oder einfach darum bitten, mir das zu erläutern?

Zeuge Werner Jung: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die Quelle ist MAT A BKA-2/35 a. Das ist also ein Telefax vom BKA Wiesbaden vom 17. Mai 2004 an verschiedene Verbindungsbeamte des BKA im Ausland, und zwar die Länder, wo eben auch Munitionsimporteure ansässig sind, die Sie in Erfahrung gebracht hatten, und darunter eben auch die Schweiz.

Zeuge Werner Jung: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie schreiben:

Das BKA, OA 41, führt seit letzter Woche das o. a. Ermittlungsverfahren, dem folgender Sachverhalt zugrunde liegt ...

Dann werden die fünf Taten beschrieben bis dahin. Und dann schreiben Sie:

Durch die bisherigen Ermittlungen und den hierbei festgestellten Übereinstimmungen ergaben sich Anhaltspunkte, dass es sich bei allen fünf Taten um Auftragsmorde, welche von einem oder mehreren identischen Tätern begangen wurden, gehandelt haben könnte.

Woher hatten Sie diese Bewertung, dass es Auftragsmorde waren? Hat man Ihnen das gesagt? Ich meine, Sie waren ja gerade mal eine Woche - - Sie arbeiten ja rasend schnell, muss man sagen, in dem Fall. Da haben wir ganz andere Geschwindigkeiten erlebt. Sie waren mal gerade eine Woche dabei in einem hochkomplexen Verfahren. Da nehme ich an, dass diese Bewertungen ja nicht schon Ihren eigenen Erkenntnisstand wiedergeben.

Zeuge Werner Jung: Ich bin ja im gleichen Referat wie auch der Kollege Deetz gewesen, war zwar noch mit anderen Aufgaben betraut, haben dann natürlich auch uns immer wieder - - Auch im Rahmen von Referatsbesprechungen wurde das erörtert. Wir haben ja eine Spurenübersicht zugeliefert. Da ist als zweite Spur, glaube ich, nur mit einem Tag Unterschied wie diese Waffenspur, eine Spur des BKA aufgrund eines VP-Hinweises aufgenommen worden. Dieser besagte oder dieser lautete dergestalt, dass die Morde von einem türkischen Brüderpaar entweder durchgeführt oder in Auftrag gegeben wurden. Da gab es dann auch ein personenbezogenes Ermittlungsverfahren, was sich dann praktisch da angeschlossen hat, mit strafprozessualen Maßnahmen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also ein VP-Hinweis, der, wie wir heute wissen, wohl völlig danebenlag, und das war dann für Sie ausreichend.

Es kommt ja auch der Satz vor:

Als Grund für die Tötungen dürften Rauschgiftgeschäfte in Betracht kommen.

Zeuge Werner Jung: Das hatten wir anfänglich mal favorisiert.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. Aber jetzt sind wir ja schon bei der fünften Tat, und es sind vier Jahre ins Land - - Also,

das BKA war da immer noch auf dem Trip „Rauschgiftgeschäfte“, warum auch immer.

Mir fällt auf an der Liste, wie Sie sie hier angefordert haben, dass Schläfli & Zbinden die meiste Munition da importiert hat von dem Generalimporteur in den zwei Jahren. Und dann fragen Sie ja nach - „Es wird um Klärung ... gebeten ...“ -, an wen die Munition verkauft wurde, sofern registriert.

Jetzt bin ich auch wieder einigermaßen irritiert, wenn Sie dann schreiben:

Sollte dies der Fall sein, sollte weiterhin geklärt werden, ob die Namen der Munitionserwerber feststellbar sind und mitgeteilt werden können. Von besonderem Interesse wären dabei türkische Staatsangehörige.

Ich hätte jetzt gedacht, dass man zunächst mal sich alle Käufer von Munition zeigen lässt - das sind ja nicht so viele; lassen Sie es 100 Leute sein pro Waffenhändler; oder wie viel Munition kauft jemand? 500, 1 000 Schuss, je nachdem; dann sind es 10, 20, 30 Leute maximal -, sich die anguckt - ist jemand polizeibekannt, egal in welcher Richtung, ist vielleicht am Ende ein Deutscher dabei, ist sonst jemand dabei, den man kennt? - und dann erst eingrenzt. Warum diese Eingrenzung gleich wieder auf türkische Staatsangehörige, die Munition in der Schweiz kaufen?

Zeuge Werner Jung: Kann ich hoffentlich plausibel erklären. Zum einen hatten wir diese Spur auf dem - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Einen VP-Hinweis.

Zeuge Werner Jung: Ja, das war für uns Spur, ein VP-Hinweis.

Zum anderen - ich habe das noch nicht geschildert; ich kann das an der Stelle auch mal sagen -: Ich habe die Möglichkeit, beim BKA alle sichergestellten Ceska-Pistolen zu recherchieren. Das haben wir dann auch getan.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die im Rahmen von anderen Ermittlungsverfahren sichergestellt sind, meinen Sie jetzt.

Zeuge Werner Jung: Genau. - Wir haben diese Recherche gemacht, haben als Stichtag 1990 genommen und haben praktisch

dann, immer aktualisiert, Anfrage gehalten: Wo, bei wem sind solche Waffen sichergestellt worden? Es war letztendlich auch diese Hervorhebung „insbesondere würden uns interessieren“ ein Ergebnis dieser Auswertung. Ich habe festgestellt, dass praktisch überproportional türkische Staatsangehörige als illegale Waffenbesitzer hier in Erscheinung getreten sind.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber müssen Sie da nicht zwangsläufig in die Irre gehen, bei einem Massenprodukt von Ceska zu sagen: „Weil die eben bei vielen polizeilichen Ermittlungsverfahren sichergestellt wurde, nehme ich auch in diesem Fall an, dass es türkische Besitzer sein könnten“? Ist das nicht ein kühner Schluss?

Zeuge Werner Jung: Vielleicht insofern zur Erklärung: Ich habe mir wenig Hoffnung gemacht, dass es Sinn machen würde, alle Munitionskäufer mir praktisch benennen zu lassen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wissen Sie, in dem Verfahren, Herr Jung, erleben wir, dass die Ermittler zwar mit großer Eifer, aber vor lauter Verzweiflung Massendatenerhebungen machen, die in die Hunderttausende gehen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Millionen!)

- Millionen. Dass die Grünen bei Telefonaten immer „Millionen“ sagen müssen, ist klar. - Aber riesige Mengen, nur in der Hoffnung, daraus eine Spur generieren zu können. Und dort, wo es konkret wird, wo Personen hinter einem Ermittlungsansatz stehen könnten, fängt man an, zu selektieren und auszuscheiden, weil man sagt: Es könnte eh zu viel sein. - Also, Sie haben nie überhaupt mal eine Gesamtliste der Munitionskäufer bei Schläfli & Zbinden gesehen. Ist das richtig?

Zeuge Werner Jung: Ja, weil ich, wie gesagt, gesagt habe, ich habe mir keine großen Hoffnungen gemacht, mir nur - - Das hat letztendlich auch die Überprüfung in Deutschland ergeben. Deswegen haben wir auch nicht noch mal explizit nachgehakt. Wir haben Genehmigungsinhaber genannt bekommen. Das Gleiche wäre in der Schweiz gewesen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat man es denn heute mal gemacht, jetzt mit dem ganzen Wissen, dass die Waffe von Schläfli & Zbinden ihren Ursprung genommen hat, dass man noch mal interessehalber guckt, ob jemals diese seltene Munition von Schläfli & Zbinden - - Ich glaube, der Käufer der Waffe hat sie nämlich auch mit Munition gekauft, nicht?

Zeuge Werner Jung: Aber das war schon 1996.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das macht es ja nicht besser.

Zeuge Werner Jung: Ich hätte ja dann - - Deswegen haben wir ja auch letztendlich gesagt: Wir verzichten drauf. Uns war bekannt, dass die Firma Schläfli & Zbinden seit 1983 Generalimporteur für PMC-Munition in der Schweiz war. Das, was Sie eben an Zahlen genannt haben, waren ja letztendlich -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Zwei Jahre, die - -

Zeuge Werner Jung: - nur zwei Jahre gewesen. - Generalimporteur hätte ja für mich auch bedeutet, wir müssen über Schläfli & Zbinden alle Waffenlieferungen innerhalb der Schweiz wiederum an andere Waffenhändler nachverfolgen und wir müssen möglicherweise auch viel weiter zurückgehen. Und da haben wir einfach gesagt - aufgrund des Aufwands, den wir letztendlich hier in Deutschland hatten; und mit hoher Sicherheit hätten wir ja hier nur Schweizer unbescholtene Bürger benannt bekommen -: Lassen wir das.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, aber Herr Jung, mit der Einschränkung kann ich die Ermittlungen immer gleich zu Beginn einstellen, wenn ich es auf Gefühl oder Maßnahmen - -

Was mich auch irritiert in dieser Anfrage, nicht nur eben diese Einschränkung, die Sie jetzt versucht haben zu begründen, was mich aber jetzt, ehrlich gesagt, nicht überzeugt - - Dann schreiben Sie dazu:

Besonders für VB Schweiz:

- „VB“ steht für „Verbindungsbeamter“, nehme ich an -

Zeuge Werner Jung: Hm.

Clemens Binninger (CDU/CSU):

Wie hier bekannt ist, baut bzw. vertritt die Fa. Schläfli & Zbinden Schalldämpfer.

Woher wussten Sie das so schnell?

Zeuge Werner Jung: Das ergibt sich auch aus den Unterlagen. In Mellrichstadt bei der Firma Hoffmann hatte mir der Herr Dräger - das ist dort der Verkaufsleiter für diese Munition - gesagt: Im Übrigen weise ich Sie darauf hin - der hatte sich die Namen angeguckt -, dass auch die Firma Schläfli & Zbinden Schalldämpfer verkauft.

Und dann haben wir ja letztendlich auch - - Das war letztendlich von mir einfach nur diese Information, die wir jetzt hatten - wir hatten ja zu dem Zeitpunkt noch keinerlei Erkenntnisse über eine Schalldämpferverwendung -, die ich einfach hier nur mit reingepackt habe. Dann ist ja letztendlich auch zurückgemeldet worden: Das stimmt so nicht ganz, und außerdem werden solche Schalldämpferverkäufe nicht registriert. - Das heißt, es gibt keine Unterlagen darüber.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben dann gefragt - das ist die gleiche MAT-Quelle, die ich hier zitiere -:

Wie hier bekannt ist, baut bzw. vertritt die Fa. Schläfli & Zbinden Schalldämpfer. Kann dort überprüft werden, ob Schalldämpfer im fraglichen Zeitraum insbesondere an türkische Staatsangehörige abgegeben wurden?

Das war zwar konsequent aus Ihrer Ansicht heraus, aber ich finde es trotzdem nicht sonderlich überzeugend, das hier so einzugrenzen auf türkische Staatsbürger in der Schweiz mit Tat in Deutschland. Man hätte sich schon alle ansehen müssen.

Die Antwort lautete ja dann: Keine Munition verkauft an türkische Staatsangehörige, und der Verkauf von Schalldämpfern ist seit 01.01.99 in der Schweiz verboten. Davor sind keine Aufzeichnungen vorhanden. Wissen Sie, ob diese PMC-Munition, diese sehr seltene, die nicht mal Ihnen als Waffenexperte sofort ein Begriff war, vor allen Dingen bei Ceska-Pistolen gern genommen wurde als Munition, weil da irgendwie Waffe und

Munition zusammenpassen? Haben Sie da was in Erfahrung bringen können?

Zeuge Werner Jung: Nein, das weiß ich nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Warum haben Sie eigentlich Schläfli & Zbinden nie gefragt - - Könnte man ja. Wenn man ja eine Munition hat, eine Tatmunition, eine Tatwaffe hätte man doch auch fragen können: Werden bei Ihnen auch Ceskas vertrieben? - Sie fragen Schläfli & Zbinden nach der Munition, nach Schalldämpfern, aber nicht nach der Ceska. Hätte ja keine Mühe gemacht.

Zeuge Werner Jung: Wir wollten ja - das habe ich ja im Ablauf auch geschildert - letztendlich erst die Ermittlungen in Tschechien in Richtung Ceska-Produktion, um dann konkret auch sagen zu können: Hier diese Mengen mit diesen Nummern, die sind in die entsprechenden Länder gegangen.

Ich muss da vielleicht mal so ein bisschen noch ausholen. Ich war ja, wie gesagt, lange Zeit im Waffenreferat, und es gibt ja letztendlich oder es gab damals verschiedene Länder, wo die Anforderungen eben für einen Waffenerwerb nicht so hoch waren wie in Deutschland.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Darf ich kurz dazwischenfragen? Sie hatten ja vorhin gesagt, Sie haben umfangreich recherchiert in Ihrer Waffendatei, haben festgestellt, dass Ceskas auffällig häufig sichergestellt werden bei Ermittlungsverfahren und dabei eben die Besitzer einer bestimmten Nation stärker vertreten sind, woraus ich finde, dass man überhaupt keine großen Schlüsse ableiten kann, auch wenn Sie es gemacht haben. Kann man das Gleiche auch für Munition machen?

Zeuge Werner Jung: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben ja auch eine Munitionsdatei doch, meine ich, oder?

Zeuge Werner Jung: Nein, kann man nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da kann man nicht suchen, wo welche Munition bei bestimmten Delikten häufiger auftritt?

Zeuge Werner Jung: Das kann man nicht, nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gibt es da einen Grund dafür?

Zeuge Werner Jung: Das spielt einfach keine Rolle, weil wir kriegen ja nur letztendlich die Waffe gemeldet als illegal im Besitz befindlich oder illegal geführt. Und da wird dann letztendlich noch mit - - In dieser Meldung wird die Munition noch mit aufgeführt. In der Regel wird da noch nicht mal genau gesagt, was für eine Munition, für eine Munitionsart das ist.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, die Munition war eben nicht recherchierbar, so wie Sie es jetzt beschrieben haben?

Zeuge Werner Jung: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hätten dann bei Ihnen aber, finde ich, zwei - - 2004 diese wahrscheinlich schon heiße Spur - - Man muss noch mal daran erinnern: Der Waffenbesitzer, von dem wir heute wissen, dass er die Tatwaffe gekauft hat, er selber ohne Bezug zur Tat, die aber dann ihren Weg gefunden hat bis nach Thüringen, hat ja nicht nur die Waffe dort gekauft bei Schläfli & Zbinden, sondern auch Munition gekauft, und zwar PMC.

Zeuge Werner Jung: Welcher?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der G.

Zeuge Werner Jung: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der hat keine Munition gekauft?

Zeuge Werner Jung: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der andere dann?

Zeuge Werner Jung: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. Macht es ja nicht besser. - Zwei Jahre später - die Spur ist dann hier wohl erledigt - gibt es wieder einen Hinweis, für mich ein bisschen aus heiterem Himmel, wieder auf die Schweiz, über den Generalimporteur für

Ceska-Waffen, die Firma Luxik. Sie haben nie mit dem Zeugen gesprochen, der diesen Hinweis gegeben hat. Ist das richtig?

Zeuge Werner Jung: Das ist richtig.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sie hatten vorhin den Namen gesagt, Lothar M. Sie haben mit dem nie selber gesprochen? Ich habe auch keine Vernehmung von ihm gefunden.

Zeuge Werner Jung: Also ich nicht, ich nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ich habe auch keine Vernehmung von dem Zeugen gefunden. Wissen Sie, ob es die jemals gab?

Zeuge Werner Jung: Ich kann nur sagen: Bis zu dem Zeitpunkt, wo wir als EG „Ceska“ mit den Ermittlungen betraut waren, wurde der nicht vernommen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also, ich habe hier nur immer wieder: Er ruft an im Juni 2006 beim BKA, gibt Hinweis auf Schweiz: Luxik, Ceska. Dann wendet er sich ein paar Monate später oder ein paar Wochen später an die BAO - vielleicht fühlt er sich vom BKA nicht ausreichend gewürdigt -, weist auf das Waffenmagazin hin. Dann liegt es ein Jahr. Ein Jahr später, im April 2007, meldet er sich wieder beim BKA, übermittelt eine Kopie dieses Waffenmagazins, und dann erst, im Juli 2007, kommen diese Ermittlungen so langsam in die Gänge, die dann dazu führen, dass man dann noch mal bis November 2009 braucht. - Das war dann die dritte Vernehmung von G., der ja jedes Mal die Unwahrheit gesagt hat. Halten Sie das für schnell oder effizient, so lange zu gehen? 2006 der erste Hinweis und 2009 dann die letzte Vernehmung des möglichen Besitzers. Warum ging es so lange am Anfang? Ging das unter, oder hat man den Hinweisgeber falsch bewertet?

Zeuge Werner Jung: Ich hatte doch in meiner zeitlichen Chronologie dargelegt, dass praktisch noch in dem Jahr des Hinweises Erstbefragungen durch die Schweizer Behörden durchgeführt wurden, nämlich am 16.08.2007, und dann noch mal eine formelle Zeugenvernehmung am 02.07.2008. Und die

waren letztendlich identisch. Er hat gesagt, er hat nie Waffen bestellt.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Was nicht gestimmt hat.

Zeuge Werner Jung: Ja. - Und er hat auch nie Waffen bekommen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ja, ja. - Aber jetzt noch mal davor, bei dem ersten Zeugen, der auch ein Jahr im Prinzip damit zubringt und sich dreimal melden muss, bevor man der Sache nachgeht. Woran lag das? Er meldet sich 2006 nachweislich das erste Mal, gibt einen Hinweis auf die Schweiz, wo Sie selber zwei Jahre zuvor ja auch schon recherchiert hatten, nicht hinblicklich der Waffe - man muss ja fair bleiben -, sondern hinsichtlich der Munition. Aber dann dauert es trotzdem ein Jahr. Ich finde in der gesamten Akte keine Vernehmung dieses Zeugen. Dann gab es offensichtlich keine. Hat man ihn telefonisch bearbeitet?

Was mich jetzt auch noch stutzig gemacht hat - vielleicht können Sie mir da weiterhelfen -: Der Mann bezieht sich auf ein Waffenjournal von 1993. Jetzt mag es ausgefallene Hobbys geben. In jungen Jahren mag man irgendwas sammeln, Magazine, was auch immer. Aber wie kommt jemand dazu, Waffenjournale - den Verlag gibt es auch gar nicht mehr - aufzuheben und dann zielgenau 13 Jahre später zu sagen: „Hier bin ich; ich habe einen Hinweis auf einen Importeur, der wollte mal Ceska mit Schalldämpfer verkaufen“? Hat Sie das nie gewundert, dieses ungeheuer präzise Wissen nach so langer Zeit?

Zeuge Werner Jung: Gut. Zum einen hat er in einer Waffenfirma gearbeitet, in Deutschland. Und zum anderen hatte ich ja erklärt, dass der erste Hinweis von ihm - - Er hat ja, ich glaube, dreimal angerufen. Das war ein Kollege von mir. Der war damals nicht in der EG „Ceska“. Der hat darüber auch einen Vermerk geschrieben. Und der schreibt ja, dass seine Angaben letztendlich sehr global waren, sprich: Er hat nur gesagt, Generalimporteur für Ceska-Pistolen in Deutschland ist die Firma Frankonia und Generalimporteur für die Schweiz - - Und da hatte er zwei Firmen benannt, einmal die Firma Luxik und noch eine zweite Firma. Die habe ich jetzt nicht präsent, den Namen der zweiten Firma. Und sonst nichts.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und Sie hatten nie Kontakt mit ihm selber in den ganzen Jahren?

Zeuge Werner Jung: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gar nie?

Zeuge Werner Jung: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl, bitte.

Dr. Eva Högl (SPD): Ganz herzlichen Dank. - Schönen guten Tag, Herr Jung!

Zeuge Werner Jung: Guten Tag!

Dr. Eva Högl (SPD): Sie haben sich jahrelang intensiv mit der Waffenspur befasst und aus Ihrer Sicht auch sehr intensiv ermittelt. Als Sie im November 2011 gehört haben, dass es eine rechtsextreme Terrorgruppe war, die die Morde begangen hat und die Ceska zur Hinrichtung von neun Personen mit Migrationshintergrund verwendet hat, was haben Sie da als Erstes - - Was war Ihre Reaktion? Oder was haben Sie gedacht?

Zeuge Werner Jung: Ja. Ich glaube, dass ich einer der Ersten war, der von meinem Kollegen darüber in Kenntnis gesetzt wurde. Ich war zu dem Zeitpunkt in Urlaub. Zum einen war ich natürlich überrascht, weil das hätte keiner von uns mehr für möglich gehalten, dass die Waffe noch mal irgendwann auftaucht. Weil wir waren aufgrund der langen Zeit zwischen 2006 - 2006 waren ja die beiden letzten Morde gewesen - eigentlich davon ausgegangen, die Waffe ist entsorgt worden.

Zum anderen war ich natürlich geschockt; ganz klar. Ich hätte es nie für möglich gehalten, dass es also hier „Querköpfe“ in Deutschland gibt, die, nur weil sie einen Hass auf Ausländer haben, hier wahllos neun Ausländer umbringen; das hätte ich nicht für möglich gehalten. Aber ich bin auch 2001 bei der BAO „USA“ in Hamburg gewesen. Als ich das gesehen habe: Das hätte ich eigentlich auch nie für möglich gehalten. Das heißt, ich

halte das heute noch nicht für möglich, und hier ging es mir genauso.

Dr. Eva Högl (SPD): Waren Sie hinterher noch mal befasst mit den Waffen jetzt im Zuge der Ermittlungen nach November 2011?

Zeuge Werner Jung: Nein. Ich bin letztendlich in diese BAO „Trio“ in Meckenheim nicht einberufen worden aus persönlichen Gründen.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay. - Sie haben uns vorhin geschildert, dass Sie in der Ermittlungsgruppe „Ceska“ seit 2004 ja dann eingebunden waren. Aber das Bundeskriminalamt war schon länger befasst mit der Waffenspur. Können Sie dazu auch was sagen, oder waren Sie da selber nicht dran beteiligt?

Zeuge Werner Jung: Das ist auch so nicht korrekt. Das BKA hat erst praktisch mit Einrichtung der EG „Ceska“ im, ich glaube, April - März oder April - dann nach meinem Hinzukommen diese Waffenspur aufgegriffen.

Wir haben uns natürlich die Akten geholt - da habe ich, bevor ich offiziell Mitglied der EG „Ceska“ wurde, natürlich auch teilweise schon mal reingeguckt - von den Mordkommissionen. Und ich habe dann letztendlich festgestellt, dass bis auf einen Tatmunitionsabgleich in der Türkei keine Ermittlungen zu den Waffen und zu der Munition angestellt wurden.

Dr. Eva Högl (SPD): Wie kann das denn eigentlich - - Wie erklären Sie sich das denn eigentlich? Es war ja mit dem zweiten Mord klar, dass es sich um eine Serie handelt, weil ein und dieselbe Waffe benutzt wurde. Und das wird ja auch abgeglichen mit der Tatmitteldatei; so habe ich mir das erklären lassen. Wie kann das denn angehen, dass da nicht weitergehende Ermittlungen erfolgt sind? Sondern es klingt jetzt so ein bisschen so, als ob Sie dann 2004 mit der EG „Ceska“ erst mal ganz von vorne angefangen haben. War das so?

Zeuge Werner Jung: So war das auch gewesen, ja. Sie haben das ja auch angesprochen. Es war ja auch eine der Aufgaben, der Tätigkeiten, die ich natürlich gemacht

habe. Wir haben also in alle europäischen Staaten mit zentralen Tatmunitionssammlungen Abformungen verschickt, um jetzt hier auch festzustellen: Gibt es noch in einem anderen europäischen Land Verwendung unserer Ceska-Tatwaffe und auch von der kleinen 635er? Das war nicht der Fall gewesen.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie sich denn mal erzählen lassen - oder haben Sie den Akten entnommen -, was bis 2004, bis Sie das begonnen haben, gemacht wurde? Denn das war ja das einzige Verbindungselement überhaupt. Also, es gab ja keine Verbindung zwischen den Opfern, sondern das Verbindende war die Ceska.

Zeuge Werner Jung: Ja. Die Ermittlungen, die ich jetzt versucht habe, waren ja klar. Das war, zielgerichtet eine mögliche Quelle zu finden, wo diese Waffe herkommt. Deswegen habe ich ja auch alle Akten ausgewertet, wo eine illegale Ceska 83 anfänglich - mehr hatten wir ja nicht - sichergestellt wurde. Es wurden, so wie ich das festgestellt habe, keinerlei Angaben zu der Quelle gemacht - also von dem Tatverdächtigen, der die Waffe in Besitz bzw. illegal geführt hatte -, woher er diese Waffe hatte. So war für mich letztendlich keine Gemeinsamkeit eigentlich zu erkennen. Das war letztendlich die Schwierigkeit insgesamt dieser ersten knapp zwei Jahre, dass das eigentlich, sagen wir mal, ein Stochern im Nebeln war. Ich wusste: Es sind 180 000 Waffen dieses Typs hergestellt. Es war letztendlich unmöglich, jeder einzelnen Waffe nachzulaufen.

Die BAO hat dann ja - wie gesagt, ich bin von anderen Voraussetzungen ausgegangen - auch noch mal alle legalen Ceska-83-Besitzer erhoben, und das hat letztendlich auch nicht zum Erfolg geführt, sodass ich eigentlich gehofft habe - das habe ich eigentlich auch reingeschrieben -, dass mal gemeldet wird ein Diebstahl von Pistolen, ein Verlust von einer Pistole, um praktisch diesen legalen Weg der Waffe zu unterbrechen, weil ich ja davon ausgegangen bin: Der Täter, die Täter haben diese Waffe nicht legal, sondern illegal im Besitz.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich möchte noch mal zu sprechen kommen auf Ihr Schreiben vom 18. Mai 2004, das ja eben schon Gegenstand der Befragung war, und noch mal zurückkommen zu diesen Annahmen, die Sie

da auch formulieren, also Täter, die Auftragsmörder sind. Von Hinrichtung schreiben Sie auch, von Rauschgiftgeschäften und insbesondere natürlich - darüber sind wir ja gestolpert - schreiben Sie dort, von besonderem Interesse wären dabei türkische Staatsangehörige. Das formulieren Sie ja sogar zweimal: im Hinblick auf die Munition und die Waffe. Können Sie uns mal erklären, wie Sie zu diesen Annahmen gekommen sind? Denn das setzt ja einen bestimmten Ermittlungsansatz voraus. Waren das Vorgaben der BAO „Bosporus“, oder wie ist es dazu gekommen, dass Sie das so spezifizieren? Denn das fällt ja auf, dass Sie das so einschränken.

Zeuge Werner Jung: Nein. Wie gesagt, im Wesentlichen war das der damalige Erkenntnisstand - wobei natürlich dieser Hinweis, den wir hatten auf dieses Brüderpaar, für mich schon eine, sagen wir mal, ausschlaggebende Rolle gespielt hat -, jetzt hier zu sagen: Wenn ihr uns nicht alle mitteilen könnt oder wenn es zu viele sind, dann könnten wir uns vielleicht erst mal zufriedengeben, wenn wir insbesondere hier türkische Staatsangehörige gemeldet bekommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wobei, Herr Zeuge: Die BAO „Bosporus“ gab es erst seit 2005.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, die Nürnberger Ermittler; ja, klar.

(Zuruf: Herr Feser (?) wollte das!)

- Herr Feser (?) möchte, dass das korrigiert wird; genau. Also, das war 2004 noch nicht die BAO „Bosporus“, aber die Nürnberger Ermittler, und wir haben - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Soko „Halbmond“!)

- Genau, Soko „Halbmond“; aber wir haben ja verstanden, worum es uns ging.

Die Frage ist: Ist das denn dann mal diskutiert worden mit den Ermittlern, die die Mordermittlungen gemacht haben, diese Annahmen und diese Voraussetzungen? Oder war das tatsächlich nur dieser Hinweis auf dieses Brüderpaar, der Sie veranlasst hat, das so zu formulieren?

Ich will da noch mal bleiben, weil uns ja hier im Ausschuss sehr beschäftigt, wieso die Ermittlungen, die Mordermittlungen - und

die Waffenspur war der entscheidende Ansatz, der überhaupt zu der Mordserie geführt hat, dass man wusste, dass es eine Serie ist -, so konsequent von allen Beteiligten in die falsche Richtung gelenkt worden, gelaufen oder gezielt gerichtet worden sind; das wollen wir hier herausfinden. Können Sie sich da noch mal dran erinnern? War das noch mehr? Hat man mal ein bisschen darüber diskutiert, welchen Ermittlungsansatz man da nimmt?

Zeuge Werner Jung: Wir hatten ja als BKA letztendlich einen Auftrag bekommen, der ja schon, sagen wir mal, eingrenzend war. Sprich: Das BKA sollte strukturelle Hintergrundermittlungen vor dem Hintergrund des § 129 führen.

Dr. Eva Högl (SPD): Organisierte Kriminalität und - -

Zeuge Werner Jung: Organisierte Kriminalität. - Insofern waren wir natürlich in die Richtung - - Das haben wir letztendlich auch immer in dieser, sagen wir mal, Allgemeinslage so ein bisschen zum Ausdruck gebracht, dass wir eben aufgrund auch des Auftrages von dieser Voraussetzung ausgegangen sind.

Natürlich haben wir intensiv untereinander diskutiert. Wir haben ja auch in Vorbereitung jetzt der Errichtung der EG „Ceska“ die Akten gelesen der Soko „Halbmond“. Die Mordkommissionen waren ja fertig zum damaligen Zeitpunkt. Es hatte sich letztendlich keine konkrete Spur ergeben. Die Ermittlungen sind letztendlich alle ins Leere gelaufen, und wir haben dann letztendlich den Auftrag bekommen, hier noch mal draufzusetzen und vielleicht noch mal zu gucken: Gibt es, sagen wir mal, Gruppierungen, die hier vielleicht für einen Auftrag infrage kommen? Und in den Akten jetzt auch der Soko „Halbmond“ war eigentlich immer Rauschgift letztendlich auch schon Gegenstand gewesen - -

Dr. Eva Högl (SPD): Und an diesen Vorgaben haben Sie sich dann bei Ihrer Ermittlungsarbeit orientiert?

Zeuge Werner Jung: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Nun ging das ja weiter, und die Vorgaben änderten sich auch kurzzeitig mal. Jedenfalls kam ein neuer Er-

mittlungsansatz in die Diskussion, dann BAO „Bosporus“, und Sie waren weiter mit der Ermittlungsgruppe „Ceska“ eingebunden.

Zeuge Werner Jung: Genau.

Dr. Eva Högl (SPD): Und da kam ja dann auch der neue Ermittlungsansatz nach der Fallanalyse mit der Vermutung, es könnten Täter aus der rechten Szene sein, mit rechtsextremem Hintergrund.

Zeuge Werner Jung: Richtig.

Dr. Eva Högl (SPD): Hat das Ihre Waffenspur, hat das irgendetwas verändert bei Ihnen in der Recherche?

Zeuge Werner Jung: Nein. Wie gesagt, diese Anfrage, gerade was die Munition betrifft, war für mich, sagen wir mal - um es leger zu sagen -, eine Pflichtaufgabe, einfach mal zu gucken: Was ist produziert worden an dieser Munition? In welche Länder ist es gegangen? Gibt es möglicherweise Auffälligkeiten?

Dr. Eva Högl (SPD): Nun darf ich Sie mal ganz kurz unterbrechen, Herr Jung. Nun ist es nicht so, dass Sie völlig neutral, wenn ich das so formulieren darf, der Waffenspur nachgegangen sind. Weil wenn wir Ihr Schreiben lesen, dann sind ja die Fragen, die Sie stellen an die Verbindungsbeamten in den anderen Ländern, in eine ganz bestimmte Richtung formuliert: Auftragsmord, Rauschgift, türkische Staatsangehörige. Also, die Waffenspur ist nicht sozusagen völlig neutral, nur ausgehend von der Waffe und der Munition. Deswegen habe ich gefragt, ob das vielleicht auch bei Ihnen diskutiert wurde und noch Ermittlungswege in andere Richtungen in Gang gesetzt hat.

Zeuge Werner Jung: Ich habe natürlich - klar - anfänglich - - Weil mir war klar, dass das letztendlich Massen sind, die da auf mich zuströmen. Ich habe ja die ganzen Rückläufe bekommen von den Überprüfungen in Deutschland. Die sind ja letztendlich neutral geführt worden. Das heißt, ich habe an diese - - Das waren etwa 50 Läden, Einzelhandelsläden, Waffengeschäfte, die diese Munition bekommen haben. Die habe ich alle letztendlich angeschrieben über die zuständigen Länderdienststellen. Die Kollegen sind

dann dort gewesen, haben sich die Munitionsverkaufsbücher vorlegen lassen, sofern sie denn ordentlich geführt wurden. Es war zwar eine Verpflichtung einer Buchführung von Munitionsverkäufen; aber die bestand, als wir dann eingestiegen sind - - Das war gerade dieser Wechsel. Und man hat dann bei vielen Waffenhandlungen die Gelegenheit genutzt: Aha, jetzt hat sich die Rechtslage geändert. - Und dann waren die auch nicht mehr da.

Diese Schwierigkeiten kamen letztendlich dazu. Ich habe dann - - Wie gesagt, wir haben einen riesigen Schwung an Personalien gemeldet bekommen. Es gab keine Auffälligkeiten, dass mal was weggekommen ist. Weil das hatte ich letztendlich favorisiert, dass, wenn hier irgendwo mal Munition verschwindet, gestohlen wurde, das vielleicht, sagen wir mal, eine Verbindung hätte ergeben können zu einer möglichen Quelle auch für die Tatwaffe.

Ich habe dann auch in Deutschland - - Das ist in meinem Bericht auch aufgeführt. Da gab es ja auch tatsächlich einen Quertreffer. Es gab eine Firma in Sachsen. Die hatte sowohl Ceska-83- als auch PMC-Munition bekommen. Der Spur sind wir dann auch nachgegangen. Die hat sich dann letztendlich aber auch erledigt, weil die Waffen alle unbrauchbar gemacht worden waren.

Das war eigentlich so meine Hoffnung, dass man hier Quertreffer bekommen könnte, wo man sagt: Aha, wir haben jetzt hier eine Person, die legal eine Waffe bekommen hat, oder bei ihr ist schon mal eine Waffe sichergestellt worden, und die hat PMC-Munition bekommen. - Das war für mich eigentlich so der Hintergrund, diese Ermittlungen anzustellen. Ich habe ja dann die Rückmeldungen bekommen. Wir haben also alle Personen letztendlich überprüft. Das Einzige, was ich natürlich machen konnte, war, in den polizeilichen Systemen zu gucken: Ist der bekannt? Hat der polizeiliche Erkenntnisse?

In keinem der Fälle war das letztendlich so gewesen, sodass ich dann aufgrund dieser Erfahrungen - das hatte ich ja eben gesagt - auch im Ausland - - Das war immer schwierig im Ausland. In Frankreich wollten die letztendlich überhaupt keine Mitteilung machen, wer dort Munition gekauft hat. Die Osteuropäer haben sehr detailliert und gezielt zugeliefert; das muss ich mal sagen. Von Italien haben wir, glaube ich, auch keine Rückmeldung gekriegt. Das ist das, womit

ich jetzt letztendlich gekämpft habe. Ich wusste ganz genau: Zum einen sind es Mengen, die möglicherweise überprüft werden müssen. Zum anderen muss ich davon ausgehen - erfahrungsgemäß -, dass erhebliche Lücken da drin sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Der Kollege Kurth hat das Wort.

Patrick Kurth (FDP): Herzlichen Dank. - Können Sie mir noch mal ganz kurz sagen: Bis wann waren Sie mit dieser Waffenspur beschäftigt? Oder sind Sie jetzt noch aktuell damit beschäftigt?

Zeuge Werner Jung: Nein.

Patrick Kurth (FDP): Bis wann waren Sie beschäftigt?

Zeuge Werner Jung: Unsere Ermittlungen - - Mein Kollege Deetz und ich - - Kollege Deetz ist dann zum Schluss, als es um die Maßnahme in der Schweiz ging, mit dazugekommen. Wir haben quasi das Licht ausgemacht mit der Fahndung in XY. Da haben wir noch mal ein paar Hinweise bekommen, zwei aus der Schweiz und 33 hier aus Deutschland. Die haben wir letztendlich noch abgearbeitet, und danach sind letztendlich die Ermittlungen eingestellt worden.

Patrick Kurth (FDP): Also, Sie haben jetzt nach Auffinden der Waffe mit derselben auch nichts mehr zu tun gehabt?

Zeuge Werner Jung: Nein.

Patrick Kurth (FDP): Jetzt habe ich noch mal ein paar Verständnisfragen zu Ihrem Vortrag von vorhin; damit ich es richtig verstanden habe. Also, die Waffen sind zum Teil bei der Staatssicherheit gewesen. Wie viele waren es jetzt genau?

Zeuge Werner Jung: 25.

Patrick Kurth (FDP): 25, genau; davon zehn als Geschenk von der PLO.

Zeuge Werner Jung: Genau.

Patrick Kurth (FDP): Komische Frage: Was hatte die Stasi mit diesen Waffen vor? Haben Sie da irgendeinen Hinweis?

Zeuge Werner Jung: Keine Ahnung.

Patrick Kurth (FDP): Gut.

Zeuge Werner Jung: Es waren ja, wie gesagt, Geschenk Waffen. Ich habe dann, -

Patrick Kurth (FDP): Nicht alle.

Zeuge Werner Jung: - bevor wir letztendlich definitiv wussten, die Stasi-Waffen scheiden aus - das war ja dann im September 2008 der Fall -, natürlich versucht, auch in Italien diesen 15 Waffen noch nachzuspüren. Ich habe da auch sehr interessante Ermittlungsergebnisse bekommen. Da sind Waffenlager von der PLO in Italien letztendlich nachher ausgehoben worden, und ich habe immer gehofft, dass wir die letzten 15, die jetzt da fehlten von den 25, vielleicht doch irgendwie noch kriegen, bis dann, wie gesagt, diese Einschränkung kam - glücklicherweise, muss ich sagen, weil sonst würde ich wahrscheinlich heute diesen Waffen noch nachjagen -, dass eben diese Stasi-Waffen aufgrund der Systemspuren ausscheiden.

Patrick Kurth (FDP): Jetzt verwirren Sie mich. Die Stasi-Waffen waren nicht im Besitz der Stasi bei Übernahme, sondern es fehlten 15, oder wie?

Zeuge Werner Jung: Ja, genau. Es waren insgesamt 25 Waffen, die von einem Libanesen, den ich dann auch überprüft habe, in Brunn direkt abgeholt wurden, in der Firma direkt.

Patrick Kurth (FDP): Ach so, es waren insgesamt beim MfS zehn Waffen.

Zeuge Werner Jung: Genau.

Patrick Kurth (FDP): So, jetzt haben wir es.

Zeuge Werner Jung: Und zehn dieser 25 wurden dann letztendlich beim MfS nach der Wende im Waffenlager dort gefunden, und die hat das BKA übernommen. Deswegen - - So sind die in unsere Sammlung gekommen.

Patrick Kurth (FDP): Und die haben Sie dann auch beschossen, -

Zeuge Werner Jung: Ja.

Patrick Kurth (FDP): - um festzustellen, ob in diesem Gesamtsortiment möglicherweise die Tatwaffe sein kann.

Zeuge Werner Jung: Genau. Wir haben jede Waffe - - Wir haben ja anfänglich auch Ceska-Waffen überprüft, die noch nicht beschossen wurden, weil da hat es eine Änderung gegeben. Es wurden dann nur noch sogenannte Verdachtswaffen beschossen. Dann haben wir uns jede Ceska-Waffe, die praktisch immer nach der letzten Verwendung irgendwo sichergestellt wurde, weil wir gedacht haben: „Ist es vielleicht die Tatwaffe?“, letztendlich kommen lassen und haben die beschossen. So haben wir es natürlich auch mit diesen sogenannten Stasi-Waffen gemacht.

Patrick Kurth (FDP): Aber Sie haben nicht die Stasi-Waffen benutzt, die bei Ihnen im BKA waren, um festzustellen, ob diese Pistolen die Tatwaffen sein können? Das geht ja nicht.

Zeuge Werner Jung: Doch.

Patrick Kurth (FDP): Die in Ihren Beständen sind?

Zeuge Werner Jung: Die Waffen sind beschossen worden, diese zehn.

Patrick Kurth (FDP): Die, die seit 1990 in Ihrem Bestand sind, haben Sie 2006 noch mal beschossen? - Lassen wir es, bevor alle verwirrt sind. Ich habe - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jedenfalls habe ich es so verstanden, dass die Waffen beschossen worden sind und ausgeschlossen werden konnte, dass die Tatwaffe darunter ist, Herr Kurth.

Zeuge Werner Jung: Ja, richtig.

Patrick Kurth (FDP): Na ja, wenn sich zehn im Besitz des BKA befinden, dann hoffen wir ja auch, dass da keine Tatwaffe drunter ist.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Das hat sich ja nun auch so rausgestellt.

Zeuge Werner Jung: Deswegen sind wir ja auch davon ausgegangen; aber es gab Kollegen, die gesagt haben: Nein, die müssen wir auch beschließen.

Patrick Kurth (FDP): Ja. Das ist - -

(Tankred Schipanski (CDU/CSU):
Sorgfältig!)

- Sehr sorgfältig; genau.

Jetzt zu der Munition. Also, es war eine seltene Munition, diese PMC.

Zeuge Werner Jung: Seltener, sage ich mal.

Patrick Kurth (FDP): „Seltener“? Warum „seltener“? Weil sie einfach weniger produziert wurde, oder weil es eine besondere Munition war?

Zeuge Werner Jung: Es soll angeblich eine minderwertigere Munition sein.

Patrick Kurth (FDP): Aha. - Und diese Munition wurde in Deutschland oder wird vertrieben durch die Firma Hofmann in Mellrichstadt?

Zeuge Werner Jung: Ja.

Patrick Kurth (FDP): Und Sie haben auch versucht, in Mellrichstadt rauszufinden, an wen diese Firma diese Munition geliefert hat?

Zeuge Werner Jung: Ja.

Patrick Kurth (FDP): Und konnte das zu 100 Prozent nachgewiesen werden, oder wie erfolgreich waren Sie da?

Zeuge Werner Jung: Wie gesagt, ich bin - - Wir mussten ja eine Einschränkung machen. Dann habe ich gesagt: Okay, wenn die Munition bei der ersten Tat bis zur vierten Tat verwendet wird - dann ist ihm die wohl ausgegangen -, dann gehe ich mal zwei Jahre zurück. Das war jetzt für mich eine rein willkürliche Festlegung. Ich hätte auch sagen können: Ich gehe mal zehn Jahre zurück. - Aber hier war es letztendlich so, dass bei der Firma Hofmann in Mellrichstadt genau ab

2008, glaube ich, dieses Handelsbuch EDV-gestützt war, sodass man letztendlich direkt aus der EDV ausdrucken konnte: Welcher Posten Munition ist wann zu welcher Waffenhandlung gegangen?

Patrick Kurth (FDP): Denn mir ist aufgefallen, dass kurze Zeit vor dem ersten Mord, wo diese Munition verwendet worden ist, jemand in Mellrichstadt war, der mit den NSU-Leuten Kontakt hatte. Jürgen H. hat dort in der Kaserne gedient und hat dem MAD gegenüber Aussagen gemacht; das ist ja eine zeitliche Überschneidung. Und diese Informationen hat der MAD ja verschiedenen Verfassungsschutzämtern überreicht.

Zeuge Werner Jung: Das war mir nicht bekannt bisher.

Patrick Kurth (FDP): Hätte diese Information Ihnen geholfen?

Zeuge Werner Jung: Nein, hätte mir nicht geholfen.

Patrick Kurth (FDP): Also, Jürgen H. - wir haben auch den Namen hier schon öffentlich genannt - ist ein guter Freund von Ralf Wohlleben, der nun laut Zeitungsberichten mit der Tatwaffe was zu tun haben soll, und ist einer derjenigen gewesen, die zu dieser Zeit den Kontakt zu dem untergetauchten Trio hatten, also wirklich jemand aus dem engsten Kreis und nicht nur irgendein Mitläufer. Und der befindet sich also auch in Mellrichstadt, genau dort, wo diese seltene Munition ihr Hauptvertriebslager hat oder ihr Hauptimporteur sitzt. Gleichzeitig wird eine Waffe verwendet, die in Anbetracht der sonst so gängigen zahlreichen Waffen ja doch sehr selten ist. Also: eine seltenere Munition, eine sehr seltene Waffe, und beides überschneidet sich dann mit ein paar wenigen Namen. Können das Zufälle sein?

Zeuge Werner Jung: Wie gesagt, mir war diese Information in Richtung Mellrichstadt bisher nicht bekannt. Dazu kann ich jetzt auch gar nichts sagen. Das wird sicherlich auch von der BAO „Trio“ ausermittelt worden sein, und darüber habe ich aber keinerlei Kenntnis. Das hätte mir - das war ja auch Ihre Frage - damals auch nicht geholfen, weil, wie gesagt, diese zwei Jahre waren von mir willkürlich gewählt, dieser Zeitraum,

und ich habe ja alle Munitionslieferungen, sowohl ins europäische Ausland als auch hier im Inland, bekommen, und die sind alle abgearbeitet worden.

Patrick Kurth (FDP): Von der Munition wieder zurück zur Waffe als solche. Könnten Sie jetzt noch mal in wenigen Sätzen sagen, von der Herstellung der Waffe bis hin zum Auftauchen sozusagen im letzten Jahr: „Erstens, zweitens, drittens, viertens, die Waffe war dann dort, dann dort, dann dort“?

Zeuge Werner Jung: Also, aus den Waffenhandelsbüchern ergibt sich, dass die Firma Luxik 1993 diesen Waffenposten bekommen hat.

Patrick Kurth (FDP): Direkt von Ceska?

Zeuge Werner Jung: Direkt von Ceska. - Wir haben natürlich auch überprüfen wollen: Wo kommen die Schalldämpfer her? Da hatte uns die Firma Ceska - wahrscheinlich nicht ganz korrekt - geantwortet, sie haben sie nicht dazugepackt, und sie haben sie auch nicht hergestellt. Aber die Waffen kamen als Gesamtposten - das hatte die Vernehmung in der Schweiz von dem Herrn Luxik ergeben -, das heißt Waffe plus Schalldämpfer, aus Tschechien, angeliefert mit dem Fahrzeug, glaube ich.

Patrick Kurth (FDP): Und dann?

Zeuge Werner Jung: Die Waffe ist dann an G. - das weiß ich sicher - 1996 verkauft worden, und da endet für mich letztendlich der weitere Weg, weil er hatte ja behauptet, er hat sie nie bekommen, und deswegen weiß ich auch nicht, an wen sie weitergegeben wurde.

Patrick Kurth (FDP): Und wo kommt jetzt Herr Schläfli vor?

Zeuge Werner Jung: Wie bitte?

Patrick Kurth (FDP): Die Firma Schläfli & Zbinden.

Zeuge Werner Jung: Also, der Verkauf - - Entschuldigung, das hatte ich vergessen zu sagen: Von Luxik wurde die Waffe an Schläfli geliefert; da haben wir nämlich gerade gestern noch mal geguckt. Das

müsste zwei Tage vor dem Verkauf gewesen sein, durch Schläfli - zwei oder drei Tage, also, wie gesagt, ganz wenige Tage -, so dass wir nämlich gestern noch darüber gesprochen haben. Also wird wahrscheinlich - die Waffe lag ja dann quasi drei Jahre bei Luxik - Schläfli einen Kunden gehabt haben, und er hat dann die Waffe sich schicken lassen von Luxik. Aber das ist, wie gesagt, eine Vermutung. Möglicherweise gibt es da jetzt auch Ermittlungen durch die BAO „Trio“, die das bestätigen oder die es vielleicht sogar anders darstellen.

Patrick Kurth (FDP): Jetzt war in den Waffenmagazinen die Rede von 1 250 Schweizer Franken; das war 1994. Dann steht hier in Rede, dass die Waffe gekauft worden ist in Jena für 2 500 D-Mark. Das ist - ein paar Rundungen usw. - fast eine Verdoppelung des Preises, und es hieß wohl schon - ich kenne mich da nicht so aus -, dass schon 1 250 Schweizer Franken sehr, sehr teuer sind für so eine Waffe. Kann man denn eigentlich von diesem Preisunterschied ungefähre Rückschlüsse ziehen, wie viel Mal die weiterverkauft worden ist, oder ist so was nicht möglich?

Zeuge Werner Jung: Nein, also ich zumindest nicht. Ich habe zwar - der Herr Binninger hatte mich ja dankenswerterweise als Experten bezeichnet - bis 94 sehr gute Kenntnisse gehabt; aber in der Zeit nach 94, wie gesagt, hat sich einiges getan, und deswegen kann ich zu dieser Frage jetzt auch nichts sagen.

Es ist jedenfalls eine recht günstige Waffe - deutsche Waffen sind wesentlich teurer -, und sie ist auch unheimlich weit verbreitet. Das hat es mir ja letztendlich auch so schwer gemacht, mit diesen Zahlen mal zu gucken: Komme ich da jetzt weiter? Kriege ich da jetzt irgendwo einen Anfasser? Kriege ich vielleicht eine gemeinsame Quelle? - Das war ja dann, wie gesagt, aufgrund der dynamischen Entwicklung in dieser Waffenspur wesentlich später erst möglich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Herr Kollege Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Das schöne Örtchen Mellrichstadt liegt in der Bayerischen Rhön, in Sichtweite zur thüringischen Grenze, also zur Grenze zum Frei-

staat Thüringen; das sollte man vielleicht noch im Hinterkopf haben.

Herr Jung, können Sie ausschließen, dass die Munition, die verwandt worden ist, direkt bei dem Importeur gekauft worden ist oder besorgt worden ist?

Zeuge Werner Jung: Ausschließen kann man natürlich nichts.

Jens Petermann (DIE LINKE): Aber es gibt momentan auch keine Hinweise, dass das so war?

Zeuge Werner Jung: Zumindest gab es damals keine. Wie gesagt, was die aktuellen Ermittlungen betrifft seitens der BAO „Trio“ - mir war ja diese Verbindung nach Mellrichstadt gar nicht bekannt -, kann ich dazu nichts sagen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich möchte noch mal auf ein anderes Thema zu sprechen kommen, und zwar auf die Fallanalyse, die aus Bayern gekommen ist. Dort wurde ja die Alternativhypothese aufgestellt, dass auch eine ausländische Gesinnung den Hintergrund gebildet haben kann. War Ihnen diese Analyse bekannt?

Zeuge Werner Jung: Ja. Mir sind beide Analysen bekannt, sowohl die vom LKA München als auch von Stuttgart und dann auch noch mal die ergänzende Analyse, quasi die zweite vom LKA München.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, um die zweite geht es mir gerade. Hat die bei der Verfolgung der Waffenspur eine Rolle gespielt? Weil diese Analyse hat ja auch gerade die Einzeltätertheorie noch mal verdeutlicht.

Zeuge Werner Jung: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, insbesondere die Frage auch rassistischer und rechtsextremer Motivation, die in dieser Analyse zum Ausdruck kommt, hat das eine Rolle gespielt?

Zeuge Werner Jung: Nein. Ich habe ja, wie gesagt, versucht - - Ich habe auch letztendlich alle illegalen Besitzer einer Ceska 83 ausgewertet. Wir haben auch Zugriff auf das System „Innere Sicherheit“. Das heißt, wenn

wir in Wiesbaden eine Abfrage gemacht haben, dann haben wir auch gleich diese Staatsschutzdatei mit abgefragt, und es hat sich letztendlich in die Richtung überhaupt kein Hinweis ergeben, bei dem eine solche Waffe sichergestellt wurde.

Jens Petermann (DIE LINKE): Hat der vermutete Tathintergrund überhaupt eine Rolle bei den Überlegungen gespielt, wie die Waffe zum Täter gekommen ist?

Zeuge Werner Jung: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ist das nicht ein Ansatz, den man eigentlich verfolgen könnte oder sollte?

Zeuge Werner Jung: Ab 2006 wären wir ja in jedem Fall auf eine Person gekommen. Wir sind ja auch auf Personen gekommen in der Schweiz. Die Waffen sind ja auch beschossen worden. Und in Richtung G. und B. haben die Schweizer ja intensive Vorermittlungen gemacht - die haben ja die Personen so weit abgeklärt -, und da hat sich auch bei den Durchsuchungen letztendlich überhaupt kein Hinweis ergeben in Richtung rechte Szene.

Jens Petermann (DIE LINKE): Würde sich bei Ihren Ermittlungsansätzen - jetzt mal theoretisch gefragt - damals irgendetwas geändert haben, wenn Sie von einem anderen Tathintergrund ausgegangen wären, also organisierter Kriminalität oder möglicherweise Rechtsextremismus? Hätte sich das ausgewirkt?

Zeuge Werner Jung: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Warum nicht?

Zeuge Werner Jung: Ab 2006 hatten wir ja eine konkrete Zahl an Pistolen mit Schalldämpfern: 55. Wir sind davon ausgegangen - zum einen aufgrund der Ermittlungen bei der Firma Ceska und der Ermittlungen, sprich: Stasi-Waffen und Luxik-Waffen -, dass wir es nur mit diesen zwei Chargen zu tun haben, und da haben wir ja versucht, jede einzelne Waffe nachzuvollziehen. Das ist mir bei den Stasi-Waffen natürlich nicht geglückt. Die 15 sind letztendlich nicht auffindbar gewesen. Aber wir haben ja dann von den 24 Luxik-

Waffen 16 Stück gefunden, und da haben wir ja dann auch Personen dranbekommen. Das heißt, wir hatten einen legalen Schweizer Waffenbesitzer, und bei den anderen acht bzw. fünf - - Die drei waren ja auch für uns geklärt. Wie gesagt, da haben wir keinen Erstkunden bekommen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Jung, Sie waren einmal bei der Befragung der Schweizer Käufer der Ceska-Waffen ja dabei im Jahre 2009. Insgesamt gab es wohl drei Befragungen im Jahre 2009. Waren Sie dabei? Wurde bei dieser Befragung das Thema der Beziehung zu Menschen aus dem Umfeld des Rechtsextremismus angesprochen, oder hat das in irgendeiner Form eine Rolle gespielt?

Zeuge Werner Jung: Nein. Die Personen waren vorher abgeklärt worden durch die Kollegen, und in der Richtung sind keine Fragen gestellt worden.

Jens Petermann (DIE LINKE): Wenn Sie eine Waffenspur verfolgen, geht es Ihnen möglicherweise ja auch darum, die Berührungspunkte eines Verkäufers zu der Szene zu finden oder zu suchen zunächst mal, von der die Waffe für die Taten genutzt wird, also so einen Kontext herzustellen. Können Sie dazu was sagen? Hat das auch bei den Ermittlungen eine Rolle gespielt? Haben Sie da irgendwelche Erkenntnisse gewonnen?

Zeuge Werner Jung: Was die Sicherstellung betrifft, da habe ich ja gerade gesucht nach einem Verkäufer dieser in Deutschland sichergestellten Ceskas. Und was die Schweiz betrifft, da hatten wir ja zwei Firmen, und wir hatten dann diese zwei Personen, wo wir gesagt haben: Na ja, also, das, was Sie uns da gesagt haben, das passt nicht. - Wir haben natürlich gesagt: „Das ist nicht glaubwürdig, dass hier diese beiden die Waffen nicht weitergegeben haben“ bzw. der eine, der B., hat ja eingeräumt, er hat die Waffe weitergegeben, wusste aber nicht mehr, an wen, und der Zweite hat ja gesagt: Nein, ich habe nie mit der Firma Schläfli & Zbinden Kontakt gehabt. - Das war für uns natürlich nicht glaubwürdig; aber dazu konnten wir letztendlich auch keine weiteren Ermittlungen anstellen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Waren Sie dann so ein bisschen am Ende mit dem Latein? Kann man das so sagen?

Zeuge Werner Jung: Wie bitte?

Jens Petermann (DIE LINKE): Waren Sie dann so ein bisschen am Ende mit dem Latein an der Stelle?

Zeuge Werner Jung: Wir haben dann ja noch mal versucht, durch die Öffentlichkeitsfahndung - - Da haben wir ja auch die drei Waffennummern mit reingenommen; das war ja auch unsere Hoffnung. Zum einen wollten wir natürlich nicht sagen: „Von den drei Waffen wissen wir eigentlich, wer die hatte, oder zumindest, wovon wir ausgehen, dass die die hatten“, und zum anderen hatten wir natürlich auch gehofft, dass sich vielleicht mal ein Waffenhändler, ein Büchsenmacher in der Schweiz oder vielleicht sogar in Deutschland gemeldet hätte, der gesagt hätte: Diese Waffe hier habe ich zur Reparatur gehabt.

Das war ja letztendlich für uns neben dem Ziel, diese letzten fünf, die ja verschwunden waren, aufzufinden, um dann auch zu sagen: „Die fünf haben wir jetzt auch, die haben wir auch beschossen, und die fallen auch als Tatwaffen raus“ - - Und dann hätten wir ja definitiv nur die drei gehabt. Das war ja letztendlich Ziel der Öffentlichkeitsfahndung, und da sind wir aber leider, wie gesagt, gescheitert.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich habe noch mal eine kurze technische Frage, und zwar Ihre fachliche Expertise betreffend. Wie laut ist eigentlich der Knall, wenn ein Schuss abgegeben wird mit einer Waffe wie der Ceska 83 mit Schalldämpfer, wie auch beispielsweise in Kassel benutzt? Wie laut - in Dezibel oder welcher Größe auch immer - muss man sich das vorstellen?

Zeuge Werner Jung: Also, wir haben Versuche gemacht. Ich bin auch dabei gewesen. Da gibt es auch Messungen. Es ist nicht so, wie das im Fernsehen immer dargestellt wird, dass das nur „Plopp, Plopp“ macht. Das stimmt so nicht. Der Laut wird zwar erheblich gedämpft; aber Sie hören das immer noch relativ stark.

Jens Petermann (DIE LINKE): Kann man das irgendwie greifbarer ausdrücken: „relativ stark“? Durch eine einfache Tür durch oder in einer Entfernung von 10 Metern?

Zeuge Werner Jung: Ich meine, die BAO hat das auch gemacht, und unsere Techniker haben auch da mitgeholfen; das ist auch in Dezibel, glaube ich. Da gibt es Gutachten. Ich war dann letztendlich zweimal dabei, als das Fernsehen bei uns war, und wir hatten ja eine dieser Ceska 83 in der Schweiz von dem Herrn Hesse - das war der Büchsenmacher von dem Herrn Luxik - angekauft, und mit der Waffe haben wir letztendlich dann - auch um dem Fernsehen mal eine ähnliche Waffe mit Schalldämpfer zu zeigen - Beschuss gemacht, und da war ich dabei. Also, das ist schon noch relativ deutlich zu hören, wenn Sie im gleichen Raum drin stehen. Wenn da jetzt eine Wand und eine Tür dazwischen sind - - Das weiß ich auch nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Jung, ich möchte da weitermachen, wo der Kollege Petermann bei seiner vorletzten Frage war. Sie ermitteln seit 2004 fleißig, gewissenhaft - über das Tempo lässt sich streiten; dazu kommen wir noch - und sind dann so erfolgreich, dass Sie sagen: Fünf Waffen, von denen wir wissen, dass sie zu dem Kontingent gehören müssen, mit den gleichen systemischen Spuren, haben wir noch nicht gefunden. Bei drei Waffen wissen wir, wer sie gekauft hatte. - Das ist ja schon enorm dicht dran. Und dann sitzen Sie dem Rentner gegenüber, der, wie wir jetzt im Nachhinein wissen, tatsächlich die Tatwaffe hatte, und dann lügt der Ihnen das Blaue vom Himmel runter, und Sie merken es.

Erst sagt er: Ich hatte drei Waffen-erwerbsscheinen. Die müssen mir irgendwie gestohlen worden sein. - Dann weist man ihm nach: Das Paket ging an seine Adresse. Die Waffen müssen da gekommen sein. Dann sagt er: Das kann der Postbote in meine offen stehende Garage gestellt haben, und dann muss sie da irgendjemand weg-

genommen haben. - Ich sage mal: Ein *Tatort*-Drehbuch mit diesem Ende würde Ihnen kein Regisseur abnehmen. Nun sagen Sie möglicherweise: Das Leben ist anders als ein *Tatort*. - Aber was mir doch auffällt: Der Mann behauptet, er wollte auch für seine Frau eine Pistole mit Schalldämpfer kaufen, damit sie beide irgendwo schießen können, mit Pistole mit Schalldämpfer. Warum hat man denn nicht mal die Frau gefragt, ob sie je schießen wollte mit Pistole mit Schalldämpfer? Können Sie mir das erklären?

Zeuge Werner Jung: Die Frau war bei der Durchsuchung dabei, und von der Richtung kam auch nichts von ihr.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat man sie denn gefragt: Liebe Frau, wollten Sie je dem Schießsport nachgehen?

Zeuge Werner Jung: Das ist letztendlich nicht mehr geschehen. Wir waren ja bei der Durchsuchung dabei. Wir hatten ein Postüberweisungsbuch. Da sind letztendlich alle Postüberweisungen drin gewesen ab 93, und zu unserer, ich muss sagen, Überraschung war letztendlich keine Überweisung an die Firma Schläfli & Zbinden in diesem Buch drin gewesen.

Zum einen hat uns das erst mal etwas verunsichert. Wir haben dann überlegt: „Kann das sein? Kann tatsächlich diese Genehmigung auf irgendwelchen Wegen zur Firma Schläfli & Zbinden gekommen sein, und kann auf diese Genehmigung hin ein unbekannter Käufer sich diese Waffe beschafft haben?“, haben dann aber letztendlich gesagt: Die Wahrscheinlichkeit ist eher gering.

Dann zu Ihrer Aussage: Er hat nie gesagt, dass ihm die Waffen aus der Garage gestohlen worden sind. Er hat gesagt, möglicherweise habe er diese Erwerbsscheine in der Garage bzw. im Auto oder im Schuppen gehabt, und es könnte sein, dass ihm die Erwerbsscheine dort gestohlen worden sind. Er hat ja gerade von Anfang an eine Geschäftsbeziehung zur Firma Schläfli & Zbinden abgestritten.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das war seine erste Aussage gewesen. Dann hat man bei dieser Firma - nachdem es zunächst heißt, man findet dieses Buch nicht - die Nachweise gefunden,

dass die Waffen zu seiner Adresse versandt wurden, und hat offenbar daraufhin gesagt: Dann müssen wir ihn uns noch mal vorknöpfen. Und dann sind Sie ja mit einem vorbereiteten Fragenkatalog da auch hingefahren, und dann sagte er eine Story - ich gucke jetzt gerade, dass ich sie finde -:

Frage 19: Im Waffenbuch ist Ihre Adresse als Lieferadresse aufgeführt. Folglich mußte die Waffe an Ihre Adresse geliefert worden sein. Was sagen Sie dazu?

Antwort: Das ist so. Ich muß hier erwähnen, daß manchmal auch nur ein Zettel vorhanden ist, wo draufsteht: Paket ist im Hobbyraum. Der ist öffentlich zugänglich. (?)

Das ist diese Story. Hallo? Man kann der Schweiz ja eine Menge zutrauen, aber dass die Post Waffen in einem öffentlich zugänglichen Hobbyraum aufstellt, wo das nächste spielende Kind sie dann mitnehmen kann, kann ich mir auch da nicht vorstellen, ehrlich gesagt.

Zeuge Werner Jung: Gut. Wir haben ja im Vorfeld dieser Vernehmung - wir waren ja eigentlich ziemlich sicher, er hat bisher nicht die Wahrheit gesagt - versucht, diesen Bezahlweg nachzuvollziehen. Das heißt, wir wollten ihn widerlegen: Sie sagen, Sie haben keine Geschäftsbeziehung zur Firma Schläfli & Zbinden gehabt. Wie ist dann erklärlich, dass Sie für zwei Waffen bezahlt haben?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na: dass sie zwei Waffen bekommen haben.

Zeuge Werner Jung: Nein. Erst mal bezahlt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es kann doch auch ein Dritter gezahlt haben. Also, das ist doch gar nicht zwingend. Wenn er die für irgendjemanden besorgt hat, dann ist es sogar relativ naheliegend: Die Überweisung macht jemand anderes, aber die Waffen kommen an den Besitzer der Waffenerwerbskarte.

Zeuge Werner Jung: Genau deswegen haben wir versucht, eben auch bei der Firma Schläfli & Zbinden zu gucken: Wer hat wann diese Waffen bezahlt?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Werner Jung: Das ist uns aber leider nicht gelungen, weil da zwölf Jahre dazwischen waren und diese Unterlagen sowohl bei der Firma Schläfli & Zbinden als auch bei der Post in der Schweiz nicht mehr da waren. Das heißt, wir konnten ihm nicht vorhalten: Sie behaupten, Sie haben nie Geschäftsbeziehungen zur Firma Schläfli & Zbinden und haben dort nie Waffen gekauft, aber Sie haben hier welche bezahlt. - Das war für uns nicht möglich.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber den Nachweis „Sie haben welche bezogen“ haben Sie führen können. Geschäftsbeziehungen kann ich doch auch haben, wenn ein Dritter für mich zahlt.

Zeuge Werner Jung: Es ist richtig: Die Waffe war -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - bezahlt.

Zeuge Werner Jung: Beide waren bei Schläfli & Zbinden als „per Post versandt“ eingetragen. Aber auch das ist noch kein Beleg dafür, dass das auch tatsächlich so gewesen ist. Wir hatten Erkenntnisse im Vorfeld über die Firma Schläfli & Zbinden, dass da auch hin und wieder im Graubereich operiert wird. Das haben wir natürlich alles mit einbezogen. Wir konnten ihm nicht definitiv sagen, was heute gesagt werden kann: Die Tatwaffe ist über Ihren Tisch gegangen. Die haben Sie in Händen gehabt. - Wir haben bei der Durchsuchung überhaupt nichts gefunden, was einen möglichen Waffenverkauf oder auch einen Bezahlvorgang letztendlich belegt.

Und - das möchte ich jetzt noch mal darstellen - wir waren in der Schweiz; das ist richtig. Wir haben das Recht gehabt - oder die Gelegenheit -, dort Fragen zu stellen. Die ganze Vernehmungsführung, wie dort taktisch operiert wird, welche Fragen wann gestellt werden und wie diese Vernehmung durchgeführt wird, liegt nicht in unseren Händen. Wir sind dort anwesend, aber ein anderes Recht haben wir nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, ich bitte, auf die Zeit zu achten.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Nur noch eine Feststellung:

Vorsitzender Sebastian Edathy: Danke.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch die Schweizer Kollegen kamen zu dem Fazit: „Dem glauben wir nicht“, und haben das aktenkundig festgehalten: Der ist nicht glaubwürdig.

Zeuge Werner Jung: Glauben und Beweisen sind eben zwei Paar Schuhe.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Stehenbleiben und Nichtweiterermitteln sind auch ein paar Schuhe.

Zeuge Werner Jung: Wir sind nicht stehen geblieben. Aus dem Grund haben wir noch die Öffentlichkeitsfahndung hinten angeschoben, um möglicherweise hier noch weitere Erkenntnisse zu gewinnen, um solche Aussagen eben zu widerlegen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Wir kommen zur zweiten Berliner Runde. Das Fragerecht hat die Unionsfraktion. Herr Schipanski fängt an.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich will vielleicht da kurz weitermachen, wo der Kollege Wieland aufgehört hat. Ich denke, wenn man das jetzt im Nachhinein bewertet, ergeben sich Widersprüche bei den Angaben des G. und bei Ihren Ermittlungen bei Schläfli & Zbinden, dass man da doch noch mal hätte nachhaken können, und ich möchte mich auch auf dieses Protokoll der Vernehmung des G. beziehen, wo Sie dabei waren; das ist MAT A GBA-4/5 a. Da gibt der G. an, dass er familiäre Beziehungen nach Ostdeutschland hat. Können Sie da Näheres sagen? Sind Sie dieser Sache zu irgendeinem Zeitpunkt mal nachgegangen?

Zeuge Werner Jung: Das ist versucht worden - das weiß ich auch, obwohl ich das jetzt hier gar nicht sagen kann - über die Familienbücher. Welche Beziehungen es da gab, das war damals letztendlich nicht zu verifizieren. Er hatte angegeben, sein Opa ist

schon vor zig Jahren in die Nähe von Bautzen, glaube ich, gezogen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Da waren doch von den Kindern des Opas wohl auch welche in Dresden direkt. - Aber gut.

Zeuge Werner Jung: Da werfen Sie möglicherweise neue Erkenntnisse und die uns damals vorliegenden Erkenntnisse durcheinander.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Sie sind der Sache nachgegangen. Aber das ist im Sande verlaufen?

Zeuge Werner Jung: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Werner Jung: Die Schweizer haben auch noch weitere Ermittlungen angestellt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Jung, ich habe eine ganz andere Frage. Die haben Sie vor kurzem in Ihrem Eingangstatement angerissen. Ich glaube, wir sind noch nicht dazu gekommen; sonst bitte ich um Nachsicht, weil ich kurz raus musste. Homepageüberwachung.

Zeuge Werner Jung: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das BKA hatte auf seiner Homepage den Fall präsentiert - das nehme ich an - mit der Bitte um Hinweise und sicher auch einzelnen Details zur Tat, und Sie mussten das dann einstellen, weil es andere Rechtsauffassungen gab. Könnten Sie dazu noch mal sagen: Was war auf der Homepage eingestellt? Wie fand diese Überwachung statt? Und warum mussten Sie es einstellen? Was war die Begründung damals? - Es ist durchaus ein nicht ganz unwichtiges Instrument, dass man schaut: Wer guckt bei mir ins Schaufenster jeden Tag?

Zeuge Werner Jung: Wie gesagt, die Homepageüberwachung haben wir praktisch im Juni 2006 eingerichtet. Es ist so, dass Sie dann eine Hitliste bekommen. Das heißt, Sie haben - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was stand denn drauf auf der Homepage? Oder was war zum Fall angegeben: die einzelnen Taten oder das, wonach man sucht, oder die Ceska oder was?

Zeuge Werner Jung: Genau, wir hatten die einzelnen Taten. Wir hatten Bilder der Opfer. Wir hatten dann später auch - das hat sich, wie gesagt, dann immer fortgeschrieben; das ist immer wieder aktualisiert worden - die Fahndung nach der Waffe, die Fahndung nach der Munition. Wir hatten dann nachher XY. Dann hatten wir eben die gezielte Fahndung nach den acht offenen Waffen. Dieser Organisationsansatz ist eigentlich sehr schmalbrüstig gewesen. Wir hatten dann dort anfänglich - das hat dann alles die BAO „Nürnberg“ vorgegeben - zum einen hauptsächlich diese Einzeltätertheorie dargestellt mit - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das waren die Bayern, die wollten, dass man bei der Homepage schon mehr auf die Einzeltäter - sprich: fremdenfeindlicher Ansatz - hinweist und nicht so sehr auf die OK-Theorie, was eher BKA-Philosophie war.

Zeuge Werner Jung: Genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Werner Jung: Die durften damals schon nicht, und das war dann letztendlich auch der Grund, dass wir beim BKA diese Seite eingerichtet haben, und es gab dann natürlich auch Verlinkungen zu den jeweiligen Homepages der Länder, aber ohne den Überwachungsaspekt dahinter.

Wir haben die Seite dann letztendlich so aufgebaut, dass jemand, der sich wirklich dafür interessiert hat, klicken muss. Es waren dann Links drin, beispielsweise Personenbeschreibung, aktuelle Fahndungsmaßnahmen, und diese Klicks werden gezählt und dann natürlich auch die Tage, an denen ein Computer, ein Rechner zugreift. Sie haben natürlich keine Person, sondern nur einen Rechner.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die IP-Adresse.

Zeuge Werner Jung: Nein, auch die IP-Adresse nicht, weil die ja wechseln kann. Die ist dynamisch. Das geht über Cookies.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ach so. Okay.

Zeuge Werner Jung: Das heißt, wenn ein Rechner auf die BKA-Seite geht, wird ein Cookie erzeugt, und das ist auch letztendlich - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Moment! Stopp! Ich sehe besorgte Gesichter von der Exekutive.

MR Konrad Schober (Bayern): Danke. - Herr Vorsitzender, völlig unzuständigweise, aber weil die Position des Beauftragten auch beim Bund gerade nicht besetzt ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ach so, dann fühlt sich Bayern zuständig, oder was?

(Heiterkeit)

MR Konrad Schober (Bayern): Insgesamt. - Ich stelle einfach mal die Frage in den Raum: Ist es günstig, dass wir diese taktischen Details an der Stelle öffentlich behandeln?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein, das brauchen wir nicht. Sie müssen auch nicht ins Detail gehen. Das können wir hier auch weglassen.

(Dr. Eva Högl (SPD): Wir wissen sowieso, wie es geht!)

- Sie wissen sowieso nicht, wie es geht?

(Dr. Eva Högl (SPD): Doch, wir wissen sogar, wie beides geht!)

- Ach so. Es darf nicht mehr gemacht werden. Insofern ist vielleicht - - Wir können das überspringen.

Aber Sie können sagen: Sie hatten eine Möglichkeit gefunden, um zu ermitteln, welcher Rechner besonders häufig auf die Fahndungsinhalte der BKA-Homepage zu diesem Fall zu. Das wussten Sie? Oder wo Auffälligkeiten sind?

Zeuge Werner Jung: Das wussten wir. Genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und ab wann war für Sie ein zugreifender Rechner auffällig? Es mag Leute geben, die vielleicht aus reiner Neugier einmal pro Woche über Polizeiseiten surfen. Ab wann, haben Sie gesagt, muss man sich das genauer an-gucken?

Zeuge Werner Jung: Das ist ein Pro-gramm. Das kann ich Ihnen gar nicht so im Detail sagen. Jedenfalls haben wir dann von unserer Fahndungsabteilung sogenannte Hitlisten bekommen, und die sind dann sor-tiert. Dann haben wir versucht, die hinter diesem Rechner stehende Person zu identifi-zieren, und teilweise mussten wir dazu Be-schlüsse haben. Teilweise ging das über die Bestandsdaten. Im Wesentlichen haben wir dort auch Personen bekommen. Die sind alle im Detail abgeprüft worden. Die sind auch an die BAO „Nürnberg“ gegangen, und - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wer war denn so führend? Sie müssen keine Namen sagen, aber mal ein bisschen, um ein Gefühl dafür zu bekommen. Da stand mal was in der Zeitung. Das hätte ich jetzt gerne geklärt, wenn der Experte da ist. Das hieße, von einer Behörde sei auffällig häufig auf diese Seite zugegriffen worden.

Zeuge Werner Jung: Den Artikel habe ich auch gelesen, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ist der falsch oder richtig, der Artikel?

Zeuge Werner Jung: Die Einrichtung stand ziemlich weit oben. Das ist richtig, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das haben Sie aber geprüft - nehme ich an -, warum von der Seite so viel Interesse war. Oder blieb das außen vor?

Zeuge Werner Jung: Natürlich haben wir das überprüft.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es eine vernünftige Erklärung dafür?

Zeuge Werner Jung: Wir sind seinerzeit nicht zum Ziel gekommen mit unserer Identi-fizierung, weil die Internetverkehrsdaten des Proxy-Servers letztendlich nicht mehr vor-handen waren, sodass wir den Rechner -

und damit natürlich auch die Person und den Bereich - nicht identifizieren konnten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wissen Sie noch den Zeitraum, wann diese häufigen Zugriffe waren und Sie versucht haben, die Personen zu identifizieren?

Zeuge Werner Jung: Das war, glaube ich, über eine Jahreswende hinweg. Ich meine - da will ich jetzt aber nichts Falsches sagen - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nur grob. Also, ich lege Sie nicht darauf fest.

Zeuge Werner Jung: 2007/2008 kann das gewesen sein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also schon länger zurück, nicht jetzt erst 2009/2010, sondern 2007/2008.

Zeuge Werner Jung: Nein, schon länger zurück.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat Sie das irgendwie beschwert? Fällt einem das auf? Man kriegt ein Gefühl als erfahrener Ermittler und fragt sich auch, was das soll, dass von einer bestimmten Stelle häufig so eine Seite angeklickt wird?

Zeuge Werner Jung: Wir hatten anfäng-lich eine Auskunft. Da hatten wir das eigent-lich schon weggepackt. Die Auskunft war nämlich die, dass das ein Proxy-Server im Verkehrsnetz der sächsischen Landesver-waltung ist und dass da - ich habe auch einen Vermerk darüber geschrieben - meh-rere Tausend Rechner dranhängen. Dann haben wir das eigentlich schon zur Seite gelegt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Weil es hätte sein können, dass quasi jeder Rechner nur einmal angeklickt hat?

Zeuge Werner Jung: Genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und das ist völlig unauffällig, weil einfach - -

Zeuge Werner Jung: Das war ein Proxy-Server. - Dann haben wir uns aber noch mal mit unserer Fachabteilung kurze Zeit später

zusammengesetzt und haben dann letztendlich durch eine nochmalige Auswertung erfahren, dass es immer derselbe Rechner sein muss.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der dann aber nicht mehr einer Person zuzuordnen war. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Werner Jung: Genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Waren Sie zufrieden mit dem Ergebnis? Ich bin es nicht ganz, sage ich ehrlich. - Sie auch nicht. Das entnehme ich dem langen Schweigen. Ich will Sie aber auch nicht in irgendeine Position zwingen, weil das jetzt reine Werungsfragen sind.

Zeuge Werner Jung: Nein, es gibt, wie gesagt, unterschiedliche Speicherfristen dieser Verkehrsdaten, und wir mussten uns damals letztlich damit zufriedengeben. Wir haben mit der Staatsanwaltschaft gesprochen. Da wir diese Überwachung auch noch länger machen wollten, haben wir von Außermittlungen erst mal abgesehen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was waren denn - jetzt bleiben wir bei den Fällen, wo Sie bis zur Person vorgedrungen sind, die da häufig angeklickt hat und die auch in diesem oberen Bereich mit dabei war - am Ende Erklärungen, warum einzelne Personen so häufig die BKA-Seite aufsuchen?

Zeuge Werner Jung: Wie gesagt, wir hatten uns verständigt mit allen Dienststellen - da hingen noch mehr Dienststellen dran -, dass wir keine Maßnahmen mit Außenwirkung entfalten. Das heißt, wir haben alle Personen büromäßig abgeklärt, sprich polizeiliche, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Polizeibekannte, Gesuchte etc.

Zeuge Werner Jung: - also was man kann, verschiedene Dateien, und damit haben wir es dann belassen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. - Ich meine, dass diese Liste sicher auch den laufenden Ermittlungen zur Verfügung gestellt wurde, sodass Sie im Einzelfall in keinem auffälligen Fall sagen könnten: Die Mo-

tivation für die häufigen Besuchen auf der Homepage des BKA war Neugier - wie hoch ist die Belohnung? -, war anderes, Sensationsgier. Man weiß es nicht. Ist das richtig?

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Langeweile im
Büro!)

Zeuge Werner Jung: Es waren Kollegen dabei, wo letztendlich ein berechtigtes Interesse da war. Wie gesagt, das Instrumentarium birgt insofern immer die Gefahr: Wenn es dann publik wird, dann ist es nicht mehr so greifbar.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wobei in dem Fall war es so, dass man es Ihnen, glaube ich, aufgrund des Datenschutzbeauftragten rechtlich untersagt hat. Oder andersrum gesprochen: Es wurde rechtlich infrage gestellt, ob man das darf, und das BMI hat meines Wissens dann gesagt: Wenn es rechtlich ungeklärt ist, dann lassen wir es lieber. - Ich glaube, das war die Entscheidung. Die Rechtsgrundlage für diese Maßnahme war nicht zweifelsfrei, und deshalb hat man sie eingestellt. Ist das richtig?

Zeuge Werner Jung: Richtig. Wir hätten quasi mit einem entsprechenden formellen Ersuchen der Staatsanwaltschaften das weitermachen können; aber es war letztendlich die Vorgabe: Es ist einvernehmlich mit den Staatsanwaltschaften dafür zu sorgen, dass diese Maßnahmen eben nicht durchgeführt werden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Jung, letzte Frage von mir. Ich bitte um eine ganz offene Antwort. Die haben wir jetzt in jedem Punkt gekriegt von Ihnen, auch wenn wir kritisch waren. Dafür herzlichen Dank.

Sollen wir dieses Thema noch mal etwas vertiefen in nichtöffentlicher Sitzung, dass Sie uns etwas mehr sagen können? Würde sich das anbieten? Oder hatten Sie das Gefühl, dass Sie das, was Sie dazu wissen, uns einigermaßen abstrakt mitteilen konnten? Oder sollten wir die Frage des Treffers in der Hitliste und das, was damit zusammenhängt, noch mal vertiefen in nichtöffentlicher Sitzung? Oder sagen Sie: „Nein, mehr als jetzt kommt auch nicht dabei raus“? Ich will Sie nicht in öffentlicher Sitzung dazu bringen, irgendwas hier zu spekulieren oder zu nennen. Deshalb. Darum geht es mir.

Zeuge Werner Jung: Ich weiß darüber natürlich letztendlich vom Hörensagen mehr, als wir damals letztendlich wussten. Aber da werde - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Lassen wir das mal offen. Vielleicht kommen wir darauf zurück, wenn wir das am Ende Vernehmung so machen, dass wir es dann eben eventuell einstufen in nichtöffentlich. Okay. - Vielen Dank, ich habe jetzt keine Fragen mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kollege Stracke fragt weiter.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Herr Jung, nur noch zwei, wenige Fragen von meiner Seite. Mich würde eigentlich mal interessieren: Wenn Sie beispielsweise Vergleichsmaterial haben, was Waffen oder Munition betrifft, haben Sie denn da in irgendeiner Weise Datenbanken im BKA? Also, wie schauen hier Ihre Recherchemöglichkeiten eigentlich aus? Und wie läuft denn das eigentlich auch im BKA selber, bzw. sind solche Dinge denn auch abrufbar von den Ländern?

Zeuge Werner Jung: Der Tatmunitionsabgleich wird nur beim BKA durchgeführt.

Was die EDV betrifft: Ich hatte gesagt, dass wir Recherchemöglichkeiten in einer Datei haben, wo letztendlich alle Sicherstellungen von Schusswaffen in Deutschland - Verdachtswaffen, die beschossen werden - eingestellt werden. Also, nur Verdachtswaffen werden beschossen, aber die Sicherstellung als solche - - Das war früher ein Sondermeldedienst. Inzwischen läuft das auf diversen Wegen. Früher war es per Fax. Und diese Daten werden letztendlich auch zu statistischen Zwecken in einer EDV-Einwendung eingestellt, sodass Sie letztendlich jede einzelne in Deutschland sichergestellte Waffe mit der Personalie dazu und den entsprechenden Waffendaten abrufen können.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Das wird also von den Ländern, wenn hier Waffen sichergestellt werden, dann zu Ihnen, ans BKA weitergeleitet und dort dann zentral verwaltet. Habe ich das so richtig verstanden?

Zeuge Werner Jung: Die Nachricht als solche.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ja, die Nachricht.

Zeuge Werner Jung: Es werden nicht alle Waffen, wie gesagt, beschossen. Und für die beschossenen Waffen ist der Weg vorgeschrieben. Die gehen dann über das zuständige Landeskriminalamt ans Bundeskriminalamt, und dort wird praktisch dieser Vergleich, wenn gewünscht - - Das ist in der Regel für die Länderdienststellen wichtig: Ist denn diese Waffe, die ich jetzt hier sichergestellt habe, schon mal für eine Straftat verwendet worden?

Stephan Stracke (CDU/CSU): Sehen Sie denn da eigentlich Verbesserungsmöglichkeiten, die auch Sinn machen würden, was so Recherchedinge angeht gerade jetzt im Zusammenspiel zwischen Bund und Land?

Zeuge Werner Jung: Dazu kann ich, wie gesagt, keine Auskunft geben. Da bin ich nicht im Metier drin. Das müssten unsere Auswertungsdienststellen machen. Wir haben eine extra Dienststelle beim BKA dafür. Dazu kann ich überhaupt nichts sagen.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Wie läuft denn das eigentlich, wenn Sie jetzt beispielsweise Waffen und Munitionen vergleichen wollen, recherchieren wollen jetzt nicht ausschließlich innerhalb Deutschlands, sondern mit anderen Staaten in Europa beispielsweise? Gibt es da etwas, wo unter Umständen so was einheitlich geführt wird, was auch recherchefähig ist? Oder müssen Sie da immer anfragen im Einzelfall, so wie jetzt beispielsweise gegenüber der Schweiz und - Sie hatten das dargestellt - gegenüber anderen Staaten? Gibt es da auch eine Zentraldatei in irgendeiner Weise?

Zeuge Werner Jung: Man ist dabei. Ich hatte, wie gesagt - das hatte ich auch erwähnt -, Abformungen von unserer Tatmunition machen lassen und habe die dann europaweit letztendlich in die Länder geschickt, die eine zentrale Munitionssammlung haben. Die sind dort auch in die Sammlungen aufgenommen worden und werden dort auch immer mit Neueingängen abgeglichen.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Aber Sie müssen es dann eigentlich schon immer an die Staaten schicken? Es ist also nicht in irgendeiner Weise für Europa vereinheitlicht in einer Form.

Zeuge Werner Jung: Ich glaube, das geht inzwischen auch EDV-gestützt. Man muss praktisch nur noch für eine Bestätigung und für eine Nachschau die Hülse oder das Geschoss an sich verschicken.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Gut. Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Keine weiteren Fragen sind angemeldet bei der Union. Dann geht das Fragerecht zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank. - Herr Jung, wir haben vorhin schon darüber gesprochen, dass Sie sich auch orientiert haben an dem Ermittlungsansatz, und der Kollege Herr Petermann hat Sie vorhin gefragt, ob Sie auch die Fallanalyse aus Bayern kannten, die dann - worauf ich auch schon zu sprechen gekommen bin - erstmalig die Vermutung aufstellt, es könnte sich um Täter mit rechtem Hintergrund, Rassisten, Rechts-extreme handeln.

Nun gab es diese Homepageüberwachung, von der eben schon die Rede war, erstmalig. Das begann im Juni 2006, also just in dem Zeitraum des neunten Mordes. Es war also klar: eine bundesweite Mordserie, neun Mordopfer. Wir hatten die Fallanalyse, die im Mai erstmalig kam. Sie kannten die auch. Inwieweit ist denn bei der Homepageüberwachung auch geschaut worden, dass man Personen aus der rechtsextremen Szene da vielleicht mit erwischt? Haben Sie da Namen bekommen? Haben Sie speziell in diese Richtung geschaut? Können Sie sich da an was erinnern?

Zeuge Werner Jung: Wir haben die Personen - da waren natürlich auch Zeitungen und sonstige Behörden dabei -, die wir letztendlich identifizieren konnten über die IP-Adresse, in den polizeilichen Systemen abgefragt. Ich habe gesagt, dass wir auch Zugriff haben. Wenn ich in Wiesbaden in die Falldatei gehe, dann bekomme ich auch Treffer aus dem Staatsschutzbereich. Da gab

es aber keinen entsprechenden Treffer in der Richtung.

Dr. Eva Högl (SPD): Da war keine einzige Person mit rechtsextremem Hintergrund dabei?

Zeuge Werner Jung: Nein, soweit ich mich erinnern kann, nichts.

Dr. Eva Högl (SPD): Ist da bei der Recherche der Namen, die Sie dann bekommen haben, nachdem Sie die IP-Adresse überprüft haben, auch der Verfassungsschutz beteiligt worden?

Zeuge Werner Jung: Sie meinen das BfV?

Dr. Eva Högl (SPD): Ja.

Zeuge Werner Jung: Das ist nur in Einzelfällen gemacht worden. Wir haben jetzt also nicht - sagen wir mal - solche Datentöpfe oder - - Das war hier schon eine ziemlich große Anzahl. Das ist mit dem Verfassungsschutz nicht - -

Dr. Eva Högl (SPD): Was waren das für Einzelfälle, Herr Jung, wo Sie dazu gekommen sind, dass Sie sagen: „Da muss jetzt der Verfassungsschutz beteiligt werden“?

Zeuge Werner Jung: Wenn wir beispielsweise von den anderen Dienststellen, von den Tatortdienststellen hier - - Wir hatten extra ein Formular. Aber das bezieht sich jetzt auf unsere Staatsschutzdienststelle.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, jetzt muss ich es gerade verstehen. Also, wir reden über die Homepageüberwachung, ja?

Zeuge Werner Jung: Ja.

Dr. Eva Högl (SPD): Und Sie haben da einen Treffer, und Sie gehen dem Treffer nach -

Zeuge Werner Jung: Genau.

Dr. Eva Högl (SPD): - und überprüfen die Person. So, dann haben Sie einen Namen. Dann haben Sie eine Person. Wie geht das dann weiter? Wer wird dann einbezogen, und an wen geht das dann?

Zeuge Werner Jung: Die werden dann letztendlich in den polizeilichen Systemen abgeprüft. Aber Sie hatten speziell gefragt in Richtung Verfassungsschutz.

Dr. Eva Högl (SPD): Genau.

Zeuge Werner Jung: Das ist nicht gemacht worden.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist nie gemacht worden, bei keinem einzelnen Fall?

Zeuge Werner Jung: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Hätte man nicht auf die Idee kommen können? Ich meine, das war die Zeit, in der man gerade nach einem politischen Hintergrund schaute. Es gab einen neuen Ermittlungsansatz. Es gab eine Fokussierung auf Täter aus der rechten Szene, wenn man die Fallanalyse ernst genommen hat. Wäre es da nicht sinnvoll gewesen, den Verfassungsschutz auch einzubeziehen bei der Homepageüberwachung?

Zeuge Werner Jung: Mit dem heutigen Kenntnisstand würde ich sagen: Ja. Mit dem damaligen - -

Dr. Eva Högl (SPD): Hat man denn bei der Homepageüberwachung einen möglichen politischen Hintergrund ganz ausgeschlossen?

Zeuge Werner Jung: Die Frage habe ich jetzt nicht verstanden.

Dr. Eva Högl (SPD): Also, wenn man die Homepage überwacht und dann die Personen überprüft, hat man darüber diskutiert, dass man auch gezielt nach einem politischen Hintergrund sucht?

Zeuge Werner Jung: Wir suchen nicht, sondern wir registrieren nur das, was an Zugriffen letztendlich auf die Homepage kommt.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber man muss damit dann was machen. Also, dann hat man die Datei - - Nein, die Person. Und dann wird die Person überprüft, abgefragt. Aber es muss irgendwie weitergehen. Sie hatten was bezweckt mit der Homepageüberwachung. Sie wollten nicht nur Personen finden, sondern wollten auch eine bundesweite Mord-

serie aufklären - jedenfalls mit der Homepageüberwachung auch dazu beitragen.

Zeuge Werner Jung: Ich hatte gesagt, dass wir - weil wir das Instrument natürlich nicht nur drei, vier Tage oder zwei Wochen machen wollten - mit Außermittlungen überhaupt zurückhaltend waren, dass wir gesagt haben: Wir machen hier nur die polizeilichen Systeme - sogenannte Büroabklärungen -, und wir werden nicht an die Leute herantreten oder da noch weitere Maßnahmen bei den entsprechenden durchführen, wo wir möglicherweise die Maßnahme gefährdet hätten.

Dr. Eva Högl (SPD): Darf ich Sie dann einmal ganz offen fragen: Was sollte das dann bringen mit der Homepageüberwachung? - Weil wenn ich danach nicht weitermache, wenn ich die Leute habe, sondern kurz büromäßig überprüfe, aber dann nicht weiter nachhake, was bringt das dann genau aus Ihrer Sicht? Wie sinnvoll war das, das überhaupt zu machen?

Zeuge Werner Jung: Das ist halt immer die Frage: Macht man es? Macht man es nicht? - Es gibt letztendlich Fahndungserfolge. Deswegen haben wir gesagt: Okay, wir machen das auch. - Die sind aber hier - so wie es aussieht - halt ausgeblieben. Es gab keine Person, die in irgendeiner Form - sagen wir mal - polizeilich interessant hätte sein können.

Dr. Eva Högl (SPD): Also, im Grunde genommen muss man sagen: Das hat gar nichts gebracht. - Kämen Sie zu dem Ergebnis?

Zeuge Werner Jung: Ja. Wir haben leider Gottes, als wir dann nachher wirklich die konkreten Spuren in Richtung Waffe hatten, die Überwachung nicht mehr gehabt. Da hätte es möglicherweise interessant werden können.

Dr. Eva Högl (SPD): Das heißt, Sie haben das bedauert, dass es dann Ende März 2009 so entschieden worden ist, dass die Homepageüberwachung gestoppt wurde?

Zeuge Werner Jung: Ja, da gibt es auch noch weitere Überlegungen. Es gibt auch Verhandlungen - ich denke, da wird das

letzte Wort noch nicht gesprochen sein -, das jetzt auf eine saubere rechtliche Basis zu stellen.

Dr. Eva Högl (SPD): Hätten Sie sich gewünscht, dass man das fortführt?

Zeuge Werner Jung: Ja, weil wir gerade, als wir nachher diese Waffenspür hatten, wo gerade unsere zwei Aspiranten in der Schweiz gemerkt hätten: „Oh, die sind uns jetzt nahegekommen. Jetzt wollen wir doch mal gucken: Was haben die sonst noch?“, dieses Instrumentarium eben nicht mehr zur Verfügung hatten.

Dr. Eva Högl (SPD): Stichwort „Schweiz“. Sie haben Rechtshilfeersuchen an Tschechien gerichtet und haben dargestellt, wie da gemeinsam ermittelt wurde, und auch in Richtung Schweiz. Jetzt frage ich nach der Einbindung des Bundesnachrichtendienstes, wenn Sie im Ausland tätig werden. Haben Sie den Bundesnachrichtendienst eingebunden, informiert, Rücksprache gehalten? Wenn ja, wie? Können Sie uns das mal erzählen?

Zeuge Werner Jung: Ich habe, speziell was diese Waffenlieferung angeht, die wir als sogenannte Stasi-Waffen bezeichnen - da war noch eine weitere Firma in Tschechien beteiligt -, das als Sachverhalt auch mit einer gezielten Fragestellung, ob die Firmen dort bekannt sind, an den BND geschickt.

Dr. Eva Högl (SPD): Konnte der Bundesnachrichtendienst was beitragen zu Ihrer Verfolgung der Waffenspuren, zu Ihrer Ermittlungstätigkeit?

Zeuge Werner Jung: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Gab es da auch nach dem neuen Ermittlungsansatz - ich komme noch mal auf 2006, Frühsommer, zu sprechen - vonseiten der damals dann bestehenden BAO „Bosporus“ oder bei der Diskussion über den Ermittlungsansatz einen Hinweis an den Bundesnachrichtendienst, dass man auch mögliche Verbindungen zur rechten Szene untersuchen könnte?

Zeuge Werner Jung: Wir haben versucht - - Ich weiß das deswegen, weil ich mit meinem Referatsleiter, dem Herrn Hoppe,

beim LfV Wiesbaden um die Ecke war. Das war auch alles 2006. Das war, kurz nachdem, glaube ich, auch die BAO „Bosporus“ die Arbeit aufgenommen hat. Da haben wir entsprechende Sensibilisierung auch mit dem BND und BfV gemacht. Das ging speziell in die Richtung, die entsprechenden quellenführenden Bereiche hier anzusprechen, zu sensibilisieren und vielleicht auch Informationen zu bekommen, die die Quellenführer oder die Dienststelle bisher als völlig belanglos, irrelevant eingeschätzt haben. Und deswegen sind wir hier gezielt zu den drei Diensten gegangen.

Dr. Eva Högl (SPD): Können Sie sich erinnern, dass Sie relevante Informationen bekommen haben?

Zeuge Werner Jung: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Gar nichts. - Dann möchte ich Sie noch mal was fragen, weil Sie sich lange damit beschäftigt haben. Wir haben auch schon über den November 2011 gesprochen, als das rauskam, dass es die Zwickauer Terrorzelle war. Wenn Sie im Nachhinein mit dem Blick von heute auf Ihre Arbeit schauen - wir alle versuchen, uns in Ihre Lage damals reinzusetzen - und wenn Sie uns vielleicht helfen wollen, die relevanten Fehler zu identifizieren, oder einen Tipp auf Lager haben, was wir erreichen müssen, damit so was nicht noch mal passiert, damit die Zusammenarbeit besser wird: Was war vielleicht der größte oder was waren die Fehler bei der Ermittlungsarbeit? Und was würden Sie aus heutiger Sicht auch anders machen?

Zeuge Werner Jung: Ich würde sagen, dass wir keine Fehler gemacht haben. Wir haben letztendlich immer nur Ermittlungen geführt zu dem jeweiligen Kenntnisstand, den wir hatten. Und unsere Ermittlungen haben sich letztendlich immer an konkreten Hinweisen, Anhaltspunkten orientiert. Das heißt, wir haben irgendwelche Hinweise - sei es VP oder sonstiges - bekommen, und dann sind wir dort letztendlich eingestiegen. Wir brauchen gerade als BKA quasi, um - sagen wir mal - polizeilich zu ermitteln, eine Verdachtslage. Das heißt, mit Vermutungen können wir eigentlich schlecht was machen.

Dr. Eva Högl (SPD): Wir sitzen, Herr Jung, hier gemeinsam, weil Fehler gemacht wurden an der einen oder anderen Stelle. Sonst hätte eine rechtsextreme Terrorgruppe nicht 14 Jahre lang untertauchen können und in dieser Zeit zehn Morde begehen können. Es sind also definitiv Fehler gemacht worden, und die Waffenspur, die Waffe, war die einzige Tatsache, die feststand, weswegen von vornherein, seit dem zweiten Mord, bekannt war, dass es sich um eine Mordserie handelt. Aber wenn Sie der Auffassung sind, dass keine Fehler gemacht wurden, dann lassen wir das so stehen.

Haben Sie denn noch einen Tipp für uns, was man nächstes Mal besser machen muss, was vielleicht bei Ihnen in der Ermittlungsarbeit nicht so gut geklappt hat?

Zeuge Werner Jung: Ich habe nicht gesagt, dass definitiv keine Fehler gemacht wurden. Ich habe nur gesagt: Mit dem heutigen Wissensstand hätte man möglicherweise damals etwas anders beurteilen müssen. Aber wir konnten etwas nur zum damaligen Kenntnisstand, zum damaligen Wissensstand beurteilen, worauf wir dann letztendlich auch hinweisgestützt Ermittlungen durchgeführt haben. Und es gab keinen Hinweis. Zumindest wir - das kann ich vom BKA definitiv sagen - haben keinen Hinweis in die Richtung bekommen.

Wir haben uns natürlich auch gefragt - -

Dr. Eva Högl (SPD): Die Fallanalyse hatten Sie vorliegen?

Zeuge Werner Jung: Ja. Haben Sie sich das Profil mal angeguckt?

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, das haben wir sehr gut gelesen.

Zeuge Werner Jung: 28 bis 42 Jahre, gewaltbereit. Fragen Sie da mal eine Datei ab.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, aber Sie haben andere Ermittlungsansätze genommen und haben dann in der Schweiz nur nach türkischen Staatsangehörigen gefragt. Das ist zumindest genauso vage gewesen, wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf. - Okay. Ich habe keine weiteren Fragen.

Zeuge Werner Jung: Das sehe ich jetzt polizeilich anders.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Kurth.

Patrick Kurth (FDP): Herr Schulz macht es zuerst, Herr Vorsitzender.

Jimmy Schulz (FDP): Ich mache es zuerst. - Herr Jung, ich will noch mal zurück auf die Zusammenarbeit mit dem BND. Sie haben gesagt, Sie hatten einmal eine Frage dorthin geschickt, die dann aber sozusagen kein konkretes Ergebnis gebracht hat. Wann war das denn?

Zeuge Werner Jung: Das war, kurz nachdem wir die Info erhielten zu den Stasi-Waffen.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Das müsste 2006 gewesen sein, aber, wie gesagt, das Schreiben befindet sich auch bei den Akten.

Jimmy Schulz (FDP): Laut Herrn Hoppe vom BKA gab es im März 2006 auch ein Treffen zwischen dem BKA und dem BND. Haben Sie daran teilgenommen?

Zeuge Werner Jung: Nein.

Jimmy Schulz (FDP): Okay. - Laut BKA soll die Ceska eine bevorzugte Waffe der türkischen Hisbollah sein. Ist das richtig?

Zeuge Werner Jung: Noch mal, bitte. Das habe ich nicht richtig - -

Jimmy Schulz (FDP): Laut BAK soll die Ceska eine bevorzugte Waffe der türkischen Hisbollah sein. Die Quelle dafür ist MAT A BND-2/1.

Zeuge Werner Jung: Also davon habe ich jetzt keine Kenntnis. Das weiß ich nicht.

Jimmy Schulz (FDP): Okay. Das war es von meiner Seite.

Patrick Kurth (FDP): Ich habe zur Waffe als solche noch mal eine Frage. Also, die Waffe als solche soll relativ unhandlich sein,

also in der Bedienung eher eine bedienerunfreundliche Waffe. Jetzt hatten Sie die Waffe auch selber mal in Benutzung gehabt bzw. waren unmittelbar dabei. Die Hülsen werden relativ hart und schnell in weitem Boden nach rechts rausgeworfen. Ist das richtig?

Zeuge Werner Jung: Wie gesagt, ich habe, was die Ermittlungen betrifft, ein fundiertes Wissen, aber nicht, was einzelne Waffen - - müssten Sie mit einem Gutachter sprechen.

Patrick Kurth (FDP): Mit wem?

Zeuge Werner Jung: Mit einem Gutachter des BKA.

Patrick Kurth (FDP): Liegt denn das Waffengutachten mittlerweile vor? Wissen Sie da was?

Zeuge Werner Jung: Wozu?

Patrick Kurth (FDP): Zu der Waffe?

Zeuge Werner Jung: Kann ich Ihnen nicht sagen. Weiß ich nicht.

Patrick Kurth (FDP): Also, zur Waffe selber würden Sie jetzt auch keine Auskunft geben wollen?

Zeuge Werner Jung: Können. Zu solchen technischen Fragen - ich bin Ermittler - kann ich nichts sagen.

Patrick Kurth (FDP): Das hätte jetzt nämlich hingeführt zu der Frage, warum eigentlich diese Waffe immer benutzt worden ist. Haben Sie sich diese Frage mal gestellt, warum ausgerechnet diese Waffe - und dazu noch andere, aber in erster Linie diese Waffe - immer benutzt worden ist?

Zeuge Werner Jung: Sie ist günstig - relativ günstig. Das ist immer in Relation zu sehen. Sie ist weit verbreitet. Ich denke mal, das sind alles Kriterien, die es der Polizei erschweren, gezielt in irgendeine Richtung zu gucken: Wo kommt die Waffe möglicherweise her? - Ich hatte gesagt: 180 000 Stück sind da auf dem Markt. Da haben Sie eigentlich nicht viele Chancen, in solche Richtun-

gen zu gucken: Wo ist möglicherweise die Quelle von solchen Waffen?

Patrick Kurth (FDP): Aber das relativiert sich, weil Sie relativ schnell rausgefunden haben, dass es sich um eine besondere Waffe handelt und dann plötzlich nur noch 55 auf dem Markt sind, -

Zeuge Werner Jung: Das ist richtig.

Patrick Kurth (FDP): - von denen Sie auch noch feststellen können, dass eine ganze Menge von diesen Waffen zweifelsohne auszuschließen sind, also eine seltene Waffe - nicht eine Massenfabrikation -, die verwendet wird.

Zeuge Werner Jung: Dazu muss ich sagen: Wir haben letztendlich, da auch seitens der Firma Ceska - - Wir haben dort Ermittlungen gemacht. Das hat sich bestätigt. Die Zahlen wurden immer ein bisschen in Zweifel gezogen: 55? Ach nein, die haben bestimmt mehr. - Nach dem jetzigen Kenntnisstand, den wir haben, sind das Sonderanfertigungen gewesen, auch was diese Schalldämpfer betrifft. Die Waffe ist letztendlich mit diesem langen Lauf nicht in Serie hergestellt worden.

Patrick Kurth (FDP): Hat man die Waffe verwendet, um ihre Herkunft zu verschleiern und ihren Zweck zu verschleiern, -

Zeuge Werner Jung: Dazu kann ich Ihnen nichts sagen.

Patrick Kurth (FDP): - oder hat man sie aus Ihrer Sicht bei jedem Mord verwendet - möglicherweise auch mutmaßlich - um ein Signal zu setzen, um den Ermittlern ein Zeichen zu geben: „Es handelt sich um eine Serie“?

Zeuge Werner Jung: Das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. Klar, wir haben immer wieder gedacht: Es ist doch eigentlich leichtsinnig, immer wieder die gleiche Waffe zu nehmen. - Das ist die einzige Möglichkeit. Dann haben wir aber letztendlich im Laufe der Ermittlungen festgestellt, dass die Hülsen dann teilweise nicht mehr vorhanden waren, dass man schon versucht hat - sagen wir mal - eine gewisse Verschleierung zu betreiben. Über die Hintergründe, warum jetzt immer

wieder die gleiche Waffe - - zu kann ich nichts Relevantes sagen.

Patrick Kurth (FDP): Und Sie konnten dann die Waffe zweifelsfrei nach dem Munitionswechsel von PMC zu der tschechischen Munition identifizieren?

Zeuge Werner Jung: Nein, die Waffe war letztendlich schon nach der zweiten Benutzung identifiziert. Was möglich war, war, dass wir nach dem Munitionswechsel sagen konnten - aber, wie gesagt, erst mit Gutachten 2006 - dass ein Schalldämpfer hier verwendet wurde. Das konnten wir dann aber nach der fünften Benutzung definitiv sagen.

Patrick Kurth (FDP): Und dass Sie bereits bei der ersten Mordtat wussten, welche Waffe eingesetzt worden ist, aber bei allen weiteren Waffen, die eingesetzt worden sind, nie wussten, was das für Waffen sind, woran liegt denn das? Hinterlässt die Ceska 83 wirklich einen eindeutigen Stempel, eine eindeutige Visitenkarte? Oder wie kann man sich das vorstellen?

Zeuge Werner Jung: Können Sie die Frage noch mal wiederholen?

Patrick Kurth (FDP): Sie wissen, dass es eine Ceska 83 bereits beim ersten Mord ist. Und bis zum neunten oder auch bis zum zehnten wissen Sie nicht, welche Waffen die jeweils zweiten Mordwerkzeuge waren? Warum wissen Sie bei der Ceska 83 relativ schnell und sind sich sicher, dass es die ist? Und warum wissen Sie es bei allen anderen, und zwar ausnahmslos bei allen anderen, nicht?

Zeuge Werner Jung: Was meinen sie mit „allen anderen“?

Patrick Kurth (FDP): Bei allen anderen verwendeten Pistolen.

Zeuge Werner Jung: Das lässt sich anhand des Geschosses definitiv sagen. Sie haben anhand des Geschosses Individualmerkmale, sodass Sie sagen können: Die beiden Geschosse stammen aus derselben Waffe. - Anhand der Hülse können Sie nur sagen: Das System. Die Hülse ist aus einer Ceska 83 verschossen worden. - Aber Sie

können nicht sagen: Das ist die Tatwaffe. - Das können Sie nur mit dem Geschoss.

Patrick Kurth (FDP): Aber das konnten Sie nur bei der Ceska 83 feststellen und nicht bei der - -

Zeuge Werner Jung: Nein, bei der 635 auch. Die ist zweimal verwendet worden. Das ist auch festgestellt worden.

Patrick Kurth (FDP): Aber Sie konnten nicht die Pistolenart feststellen.

Zeuge Werner Jung: Genau.

Patrick Kurth (FDP): Die konnten Sie nicht feststellen?

Zeuge Werner Jung: Das konnten wir nicht feststellen.

Patrick Kurth (FDP): Und woran lag das?

Zeuge Werner Jung: Dass keine prägnanten Systemspuren vorhanden waren. Sie brauchen Systemspuren, um sagen zu können - da ist das BKA auch europaweit führend -: Diese Hülse ist aus einer Ceska 83 verschossen worden. - Bei 635 gab es keine prägnanten Systemspuren. Ich hatte gesagt, dass unsere Kriminaltechnik²⁸ gesagt hat: Möglicherweise ist es eine rückveränderte Schreckschusspistole. - Und deswegen konnten wir bei der Waffe nicht sagen: das und das Fabrikat, der und der Hersteller.

Patrick Kurth (FDP): Dann heißt es beständig - - Also anschließend an das, was Sie gerade dazu gesagt haben, ob was verändert worden ist, liest man verschiedentlich, dass der Schalldämpfer den Schall nicht unbedingt stark dämpft, aber ihn verfremdet, sodass man ihn nicht unbedingt als Schuss wahrnimmt. Dann heißt es in verschiedenen Medien: Mit einfachen Basteleien war die Waffe leiser als mit dem Aufsatz des Herstellers aus Tschechien. - Konnten Sie denn eigentlich feststellen, ob auch an dieser Waffe Basteleien durchgeführt worden sind, um dadurch noch mal die Schusslautstärke zu vermindern?

Zeuge Werner Jung: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Wie gesagt, ich bin mit den Ermittlungen nach Abschluss der Öffentlich-

²⁸ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 2)

keitsfahndung 2010 nicht mehr befasst gewesen.

Patrick Kurth (FDP): Aber bis dahin konnten Sie das auch nicht in der Weise feststellen?

Zeuge Werner Jung: Nein, da hatten wir die Waffe nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Achten Sie auf die Zeit.

Patrick Kurth (FDP): Bitte?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Fragezeit ist - -

Patrick Kurth (FDP): Eine Frage hätte ich noch, aber - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte. Ist das die letzte?

Patrick Kurth (FDP): Ich hätte noch viele Fragen, aber - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn Sie noch mehr Fragen haben, machen wir es in der nächsten Runde.

Patrick Kurth (FDP): Nur noch eine in dieser Runde.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut.

Patrick Kurth (FDP): Eine letzte Frage: Ein Kollege von Ihnen hat zu Beginn unserer Ausschussarbeit, als es ganz allgemein um Waffen und Ähnliches ging, erklärt, dass die Ceska 83 besonders in Osteuropa beliebt ist. Ich habe das noch mal nachgelesen. Ich habe aber keine tatsächliche Quelle dafür finden können. Meines Wissens ist die Ceska 83 eine Exportwaffe für das westliche Ausland gewesen, und die Ceska 82 ist die baugleiche Waffe - nur anderes Kaliber - für den östlichen Markt. Können Sie das so bestätigen?

Zeuge Werner Jung: Wie gesagt, zu der Frage kann ich jetzt keine Stellung beziehen. Ich weiß nur, dass uns gesagt wurde, als wir in Richtung Ceska 83 ermittelt haben, dass es eben keine typische Polizeiwaffe in Tschechien war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So, das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Jung, also die Frage ist schon: Wie frustriert waren Sie damals eigentlich? Oder sagen wir mal anders: Wie groß muss denn die Frustrationstoleranz sein, um da nicht irgendwie zu verzweifeln, wenn man mit solchen Ergebnissen bei so schwerwiegenden Straftaten aus den Ermittlungen rausgeht?

Zeuge Werner Jung: Ich will mal so sagen: Wir haben hier - - Das heißt, mich ausgenommen. Ich habe mich hauptsächlich um die Waffenspur gekümmert, habe aber auch mitbekommen, dass also in dieser Mordserie Maßnahmen in einer Größenordnung gefahren worden sind durch die Polizei, durch die verschiedenen Dienststellen, die eigentlich einmalig ist. Wenn man sich diese ganzen Massendatenerhebungen anschaut, ist das natürlich ein Wahnsinnsaufwand, der hier betrieben worden ist - funktzellenmäßig, Kreditkarten -, was letztendlich auch hier alles gemacht wurde. Dass wir natürlich hier nicht zum Ziel gekommen sind, das war natürlich sehr frustrierend. Das ist für alle Kollegen frustrierend gewesen; aber nichtsdestotrotz ist mit einer ungeheuren Motivation - wir haben uns regelmäßig getroffen und auch ausgetauscht - hier gearbeitet worden. Das kann ich bestätigen. Das ist schon einmalig gewesen. Auch was den Personalansatz betrifft, ist das schon ungeheuerlich - insbesondere die Bayern -, mit welchem Personalansatz hier letztendlich eingestiegen worden ist.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Jung, als das Terrortrio Ende der 90er-Jahre abgetaucht ist, wurde es per Fahndungsplakat bundesweit gesucht. Also, das BKA hatte ein entsprechendes Plakat rausgegeben, und die Gefährlichkeit war durchaus bekannt. Also, das waren Bombenbastler, die auch entsprechenden harten Sprengstoff zur Verfügung hatten. Ist Ihnen das irgendwie mal geläufig gewesen, oder spielt das, wenn man über so Straftaten wie mehrfache Morde nachdenken muss, eine Rolle, dass es vielleicht ein abgetauchtes Terrortrio ist, das damit in Berührung steht oder in Verbindung steht? Haben Sie das Plakat überhaupt jemals gesehen in irgendeiner Dienststelle?

Zeuge Werner Jung: Gut, wir hatten hier natürlich das Problem: Wir hatten eine Mordserie, mit einer Waffe begangen, und das, was von dem Trio - mehr weiß ich auch nicht - auch so weit bekannt ist - das hat auch in den Zeitungen gestanden -, war, dass die mal an Bomben gebastelt haben und auch in Köln eine Bombe zum Einsatz gebracht haben. Das hat es uns natürlich schwierig gemacht, hier zu sagen: „Das könnten dieselben Täter sein“, sodass wir natürlich gesagt haben: Wir als BKA, als Ermittlungsgruppe „Ceska“, haben damals keinen Zusammenhang gesehen. - Wir haben uns natürlich auch gefragt: Hätten wir jetzt einen Hinweis bekommen, welche Möglichkeiten hätten wir denn da gehabt? - Das wäre sicherlich auch schon sehr schwierig geworden, aber diesen Hinweis hatten wir noch nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Gut, es gab zumindest die Fallanalyse, die da eine gewisse Richtung vorgegeben habe. Da hätte man vielleicht einen Zusammenhang herstellen können.

Ich will noch mal auf was anderes eingehen. Die Medienstrategie der BAO im Zusammenhang mit der Einzeltätertheorie hat für ein bisschen Ärger gesorgt zwischen der BAO und der EG „Ceska“. Das haben wir auch schon mit Herrn Hoppe erörtert: In einem Vermerk von 9. August 2006 heißt es:

Die derzeitigen **Veröffentlichungen**, insbesondere auch die von der bayerischen Polizei bekannt gegebenen Details zu Täterprofil und Tatausführung wie die Verwendung eines Schalldämpfers und einer Plastiktüte, wurden/werden von der „EG Ceska“ **nicht mitgetragen**. Nach hiesiger Auffassung begründen die Erkenntnisse der bisherigen Ermittlungen eher die „**Organisationstheorie**“.

Das ist MAT A BKA-2/14, Seite 231. Daraus folgt, dass aus Ihrer Sicht also dieser Ansatz wenig erfolversprechend war und auch für Ihre Ermittlungsarbeit keine Rolle spielt. Ist das so gewesen?

Zeuge Werner Jung: Wir haben natürlich kritisch gesehen, dass also jetzt hier Täterwissen schon verbreitet worden ist, was es dann auch immer schwer macht, wenn man Hinweisgeber da sitzen hat und nicht weiß: Ist das jetzt Wissen, das er von Täterseite

hat, oder ist es Wissen, das er eben aus der Zeitung oder von der BKA-Homepage - oder woher auch immer - hat? - Aber ich habe das letztendlich nicht zu entscheiden gehabt. Wir haben natürlich darüber gesprochen, und wir haben uns aber letztendlich dann einer weiteren Beurteilung enthalten.

Jens Petermann (DIE LINKE): Keine weiteren Fragen momentan.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann hat das Fragerecht die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Jung, mir geht es da wie der Kollegin Högl. Also, ich habe hier schon des Öfteren sehr selbstkritische, sehr nachdenkliche Nachrichtendienstler gehört - beginnend mit Ihrem Präsidenten -, die gesagt haben: „Wir hätten es besser wissen müssen, wir haben versagt“ -, und in der Regel BKA-Leute, nicht alle, die sagen: Wir haben alles richtig gemacht. - Deswegen erlauben Sie, dass ich das noch mal hinterfrage.

Im Jahre 2004 hatten Sie nach unseren Unterlagen bezogen auf den Schalldämpfer eher so eine Lage: kann sein, kann nicht sein. Nach unseren Unterlagen heißt es:

Nach Auskunft des Schusswaffensachverständigen PFOSE, BKA, ist anhand der Projekttiluntersuchung der Nachweis eines Schalldämpfers nicht möglich.

Das war Soko-„Halbmond“-Bericht, GBA 4/4 a, Blatt 189*. Das findet sich noch an anderer Stelle: Schalldämpfer war fraglich, Ceska war klar.

Dann bekommen Sie in Mellrichstadt den Hinweis auf die Schweizer Firma mit diesem typisch schweizerischen Namen Schläfli & Zbinden, und dann fragen Sie dort nach der Munition - das hatte einen Sinn -, fragen nach dem Schalldämpfer, der sein kann, der nicht sein kann zu der Zeit, aber Sie fragen nicht gleich nach der Ceska. Das hätte das Ganze doch um zwei Jahre verkürzen können, wenn Sie die Antwort bekommen hätten: Ja, wir haben eine Ceska, sogar mit Schalldämpfer, an die Herren Soundso verkauft. Oder sehe ich das falsch?

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/4 a, Blatt 190.

Zeuge Werner Jung: Wir hatten praktisch diese Zwei-Jahre-Einschränkung gemacht und - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, die Frage ist: Warum haben Sie da nicht auch nach der Pistole gefragt, sondern nur nach Munition und Schalldämpfer?

Zeuge Werner Jung: Schalldämpfer war ja letztendlich nur eine Frage, um zu erfahren: Ist diese Information, die wir von dem Herrn Dräger bekommen haben, richtig? Kann man Schalldämpfer in der Schweiz kaufen? Und da ist uns aber letztendlich gesagt worden: Das wird nicht registriert.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, war falsch.

Zeuge Werner Jung: Es wird also sowieso ein Verkauf von Schalldämpfern ab 99 nicht mehr möglich, aber vorher wird kein Verkauf von Schalldämpfer registriert.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, war offenbar eine Falschauskunft. Später hat man es dann doch gefunden. Die Waffe wurde ja mit Schalldämpfer vorher verkauft. Aber meine Frage ist eine andere: Sie fragen nach Munition, Sie fragen nach Schalldämpfern und fragen nicht nach der Hauptsache: der Waffe. Warum? Das hätte man doch in einem Schreiben sinnvollerweise gleich mit erledigt.

Zeuge Werner Jung: Weil wir damals keine gezielten Informationen hatten: Wo kommt die her?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, umso mehr frage ich: Also, der Schalldämpfer war eine Möglichkeit; konnte sein, konnte nicht sein. Die Ceska war eine Gewissheit, die wurde als Tatwaffe benutzt. Sie machen sich auf die Spur der Munition, aber auch auf die Spur der Waffe. Warum eine getrennte - oder erst eine zwei Jahre später dann, hätte Herr M. sich nicht gemeldet, möglicherweise gar nicht erfolgende - Anfrage bei dieser Schweizer Firma? Warum nicht 2004? Und ich sage es: Ohne diesen Zufallsinformanten wäre da wahrscheinlich dann gar nichts passiert nach dieser Logik.

Zeuge Werner Jung: Über die Firma Ceska haben wir letztendlich nicht feststellen können - das ist richtig; wir haben ja das Waffenhandelsbuch da -: Welche Waffen sind definitiv mit verlängertem Lauf und welche sind mit Normallauf produziert worden?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So, ich konnte keine Antwort feststellen, stelle aber eine andere Frage.

(Heiterkeit)

- Ja, wirklich nicht. Wahrscheinlich kann ich mich nicht richtig ausdrücken.

2006 kommt dieser Hinweis des Herrn M., sehr detailliert, zutreffend, wie wir im Nachhinein wissen. Warum ist denn das Rechts-hilfeersuchen erst im Jahre 2007 - und auch relativ spät - gestellt worden? Das kann ja nicht an einem noch nicht gewählten Generalstaatsanwalt in der Schweiz gelegen haben, dieses eine Jahr.

Zeuge Werner Jung: 2006 war der Hinweis nicht konkret.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Oktober mit Prospekt und eingerahmt, eingekringelt. Der hat sich mehrfach gemeldet, zweimal handschriftlich, und einmal hat er den vom Kollegen Binninger bereits erwähnten Prospekt aus dem Jahre 93 mit der eingekringelten Ceska mit Schalldämpfer - - Und beide Firmen, Luxik und Schläfli & Zbinden, hatte er auch mehrfach genannt.

Zeuge Werner Jung: 2006 oder 2007?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sechs. Ich kann es Ihnen auch hier zeigen, wenn das sozusagen hilft.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Vorsitzender Sebastian Edathy: MAT A?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? Wo das steht? - Jetzt geht es gerade zu dem Zeugen. Das sagen wir danach. Es war zweimal telefonisch, und dann hat er auch noch zweimal - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war ein Schreiben an die BAO, und die

spannende Frage ist ja, ob das beim BKA gelandet ist.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielleicht holen wir es einmal kurz raus, weil ich habe es nämlich vorhin auch gesehen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist auch richtig.

Zeuge Werner Jung: Dieses Schreiben ist ans PP Mittelfranken gegangen, an Herrn Hausch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Quelle ist MAT A GBA-4/8 e, und zwar die Seiten 69 ff. Da schreibt Herr M. mit Datum vom 21.10.06:

Diese Läufe mit Gewinde für Schalldämpfer gab es nur in der Schweiz zu kaufen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann kommt noch -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Firma Luxik.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - die Firma Schläfli & Zbinden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Genau. Und da ist ein Eingangsstempel: Kriminalpolizeidirektion Nürnberg, 24. Oktober 2006. - Und, Herr Jung, es wäre natürlich interessant, zu wissen: Haben Sie dieses Schreiben jemals in den Händen gehabt?

Zeuge Werner Jung: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist nicht an Sie weitergeleitet worden?

Zeuge Werner Jung: Ich habe nur den Vermerk von meinem Kollegen über die Telefonate, und dieses Schreiben habe ich nie in der Hand gehabt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber Sie waren doch für die Waffenspur zuständig und nicht die Polizei in Nürnberg.

Zeuge Werner Jung: Wenn jetzt hier jemand Nürnberg anschreibt - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich mache Ihnen mal einen Vorhalt. Kann es mal gebracht werden, bitte?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Sie haben es vorliegen, ja?

Zeuge Werner Jung: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es ist Ihnen nicht erinnerlich, dass Sie es jemals gesehen haben?

Zeuge Werner Jung: Nein, das Schreiben habe ich nie gesehen. Ich habe - das habe ich auch gesagt - am 24.04 - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hat der gleiche Herr M. noch mal geschrieben, offenbar in Ahnung, dass da irgendwas versickern könnte.

Zeuge Werner Jung: Möglicherweise, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur, diese Konstruktion der BAO „Bosporus“ wurde uns von Ihrem Präsidenten Ziercke als durchaus gut funktionierende Organisationsform beschrieben. Der Vizepräsident nannte sie kriminalfachlich stümperhaft. Wenn ich das jetzt so sehe, neige ich wieder mehr zu stümperhaft, wenn ein solcher Hinweis offenbar liegen bleibt. Und wenn sich der Herr M. nicht mehr gemeldet hätte, wenn er nicht noch mal geschrieben hätte, dieses Mal nach Wiesbaden, dann wäre doch gar nichts passiert in Richtung Schläfli & Zbinden.

Zeuge Werner Jung: Das ist möglich, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist traurig, Herr Zeuge. Für eine Polizei, die keine Fehler gemacht hat, ist das richtig traurig.

Zeuge Werner Jung: Ich habe nicht gesagt, dass die Polizei keine Fehler gemacht hat. Ich habe gesagt, dass das BKA nach den Arbeiten, die wir gemacht haben - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Ja, ja, ja.

Zeuge Werner Jung: Warum jetzt hier noch nichts gemacht wurde? Ich denke, da bin ich der falsche Adressat für die Frage.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Zeuge, das gebe ich zu. Ich bin bis eben davon ausgegangen: Das haben Sie auch gekriegt. - Das tut mir leid.

Zeuge Werner Jung: Nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Manchmal hat man Illusionen. Bis eben ging ich davon aus, und nun weiß ich: Es ist liegengeblieben. - Clemens, willst du noch was dazwischenfragen? Ich habe auch noch zwei Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ihnen war aber der Hinweisgeber Lothar M. relativ früh bekannt, weil den ersten Kontakt hatte er mit dem BKA. Das ist richtig, oder?

Zeuge Werner Jung: Das ist richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und Sie haben selber, obwohl es am Ende zu konkreten Ermittlungshandlungen in der Schweiz geführt hat, nie mit Lothar M. direkt Kontakt aufgenommen. Das ist auch richtig?

Zeuge Werner Jung: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Auch sonst niemand vom BKA?

Zeuge Werner Jung: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gut, oder nicht gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir sind jetzt eigentlich am Ende der zweiten Berliner Runde. Deswegen will ich kurz fragen: Gibt es weitere Fragen von der Union? - SPD? - FDP? - Linksfraktion? - Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich hätte nur noch mal eine Nachfrage; das passt

gerade gut zum Thema. Sie haben also gerade auch gesagt: Sie haben den Menschen nie kennengelernt. Wie haben Sie aber die Informationen eingeschätzt, die von ihm gekommen sind?

Zeuge Werner Jung: Also, das zweite Schreiben, das auf meinen Tisch gekommen ist - woraufhin ich auch sofort die Ermittlungen aufgenommen habe, im Übrigen in Abstimmung mit der BAO in Nürnberg; da ist auch ein Kollege dabei gewesen, als wir in die Schweiz gefahren sind -, habe ich mir angeschaut. Ich bin natürlich sofort über die Kopie dieser Anzeige gestolpert und habe gesagt: Das ist jetzt ein konkreter Hinweis, dem müssen wir jetzt sofort nachgehen.

Er hatte diverse Firmen genannt, auch Geheimdienste. Er hat auch eine Schießerei am 31.12. bezeichnet - das Jahr hat er offengelassen - und hat dann auch behauptet, dass eben diese zwei Toten, die es da gibt, eigentlich dieser Ceska-Serie zuzurechnen seien. Das ist letztendlich alles so weit nicht korrekt. Ansonsten hätten wir durch einen Munitionsabgleich im BKA am 09.09.2000 festgestellt, dass eben diese Waffe schon mal verwendet wurde. Das stimmte so weit alles nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Wie erklären Sie dann den internen Vermerk vom 06.08.2006 - MAT A GBA-4/8 e, Blatt 23* -, dass es sich vermutlich um einen Spinner gehandelt hat?

Zeuge Werner Jung: Von wem ist dieser Vermerk?

Jens Petermann (DIE LINKE): Das ist handschriftlich vermerkt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was ist da die Quelle?

Jens Petermann (DIE LINKE): Also die Quelle noch mal: MAT A. Das haben wir gefunden im GBA-4/8 e, Blatt 23. Das kommt irgendwie aus der BAO „Bosporus“. Das sagt Ihnen nichts?

Zeuge Werner Jung: Dazu kann ich Ihnen nichts sagen. Das sagt mir nichts.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/8 e, Blatt 21.

Jens Petermann (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Binnerer?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, selbstverständlich.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Herr Jung, ist Ihnen bekannt, dass sich der Hinweisgeber Lothar M., der sich 2006 zweimal telefonisch beim BKA gemeldet hat - dann übersandte er irgendwann den Waffenprospekt an die BAO „Bosporus“ - - und dass er sich danach zum Teil in immer kürzeren Abständen immer wieder schriftlich - auch handschriftlich - gemeldet hat zu zum Teil neuen Szenarien oder Hinweisen auf ganz andere Sachverhalte? Ist Ihnen das bekannt geworden?

Zeuge Werner Jung: Ich weiß von einem Anruf. Den habe ich nämlich selbst entgegengenommen.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Also, gesprochen haben Sie mal mit ihm?

Zeuge Werner Jung: Ja, aber er ist nicht vernommen worden.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Aber immerhin. Dann hatten Sie doch mal Kontakt zu ihm. Und wie war das Gespräch?

Zeuge Werner Jung: Er hat gesagt - - Er hat sich erst gar nicht namentlich gemeldet, und dann habe ich eben aufgrund seiner Angaben, die er gemacht hat, gesagt: Sie sind doch der Herr Mayer! - Weil er fing wieder an mit dieser Waffe. Und dann hat er gesagt: Im Übrigen, bei dem Täter handelt es sich um einen türkischen Staatsangehörigen mit einem Diplomatenpass. Er würde sich aber überlegen, ob er sich noch mal meldet. Er bittet, von einer Kontaktaufnahme abzusehen.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Haben Sie ihn jemals gefragt, woher er sein ganzes zum Teil zutreffendes, zum Teil wohl eher seltsames Wissen hat, wo er gearbeitet hat? Haben Sie das jemals hinterfragt?

Zeuge Werner Jung: Er hat selbst angegeben: Er hat mal bei einer Waffenfirma in Stuttgart gearbeitet, und daher - so hat er auch mal geschrieben -: Da kennt man seine Pappenheimer.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): War das sicher eine Waffenfirma? Haben Sie das überprüft?

Zeuge Werner Jung: Das war eine Waffenfirma, ja.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Sind Sie sich sicher?

Zeuge Werner Jung: Das hat er so gesagt, ja.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): „Das hat er so gesagt“ und „Das haben Sie überprüft“ sind zweierlei.

Zeuge Werner Jung: Ich habe das selbst nicht überprüft, nein.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Ich habe es mal versucht anhand von Google und Akten. Ich bin auf eine Firma gekommen, aber das war keine Waffenfirma, das war irgendwas Technisches. Ich habe mich dann gewundert, woher der Mann so viel über Waffen weiß, und hatte gehofft, dass Sie ihn vielleicht dazu fragen.

Zeuge Werner Jung: Nein. Wie gesagt, wir sind sofort hellhörig geworden nach diesem Hinweis - vor allen Dingen aufgrund der Kopie - und haben dann auch sofort die für uns - sagen wir mal - auf der Hand naheliegenden Maßnahmen eingeleitet.

Clemens Binnerer (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will noch mal nachfragen; wir hatten es schon, aber ich will es noch mal präziser hören. In diesem Fernschreiben, das im Jahre 2004 von Ihnen europaweit rundgeschickt wurde, wurde gesagt, von besonderem Interesse wären dabei türkische Staatsangehörige. Und dann geht es weiter:

Besonders für VB Schweiz, wie hier bekannt ist, baut bzw. vertreibt die Firma Schläfli & Zbinden Schalldämpfer. Kann dort überprüft werden, ob Schalldämpfer im fraglichen Zeitraum insbesondere an türkische Staatsangehörige abgegeben wurden? (?)

Nun haben wir die Verwunderung über die Türkei schon abgearbeitet. Aber „insbesondere“ heißt nicht, dass man ausschließlich nach türkischen Abnehmern fragt. Die Schweiz hat aber so geantwortet. Sie hat gesagt: An Türken wurde keine Munition verkauft. - Es war also nur eine Teilantwort auf Ihre Frage. Warum haben Sie nicht nachgefragt? Oder war es so, dass Sie fest davon ausgingen: Die Täter müssen alle türkischer Staatsangehörigkeit sein?

Zeuge Werner Jung: Nein, das ist gerade gesagt worden, dass sie keine Waffen an türkische Staatsangehörige verkauft haben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Sie fragen: Wurden Schalldämpfer verkauft oder wurde Munition verkauft insbesondere an türkische Staatsbürger? Die Antwort ist: Wir haben an türkische Staatsangehörige keine verkauft. Das wäre eine Antwort auf die Frage: Haben Sie an türkische Staatsangehörige - - Es fehlt da ein Stück Antwort, verstehen Sie mich?

Zeuge Werner Jung: Ja, es fehlte die -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Nicht-Türken.

Zeuge Werner Jung: - angefragte Liste.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum haben Sie da nicht nachgefasst?

Zeuge Werner Jung: Weil ich damit gerechnet habe, dass wir aufgrund dieser Tatsache, dass es sich um den Generalimporteur von PMC-Munition handelt, dann letztendlich erst mal alle Schweiz-internen Lieferungen auch noch eruiieren mussten. Und deswegen haben wir das zurückgestellt vor dem Hintergrund: Wie weit gehen wir jetzt zurück? Und da die Überprüfungen der Munitionsverkäufe in Deutschland praktisch ohne Ergebnis verlaufen sind, habe ich auf-

grund der zu erwartenden großen Liste mit Personen, mit Schweizer Staatsangehörigen - in der Regel ohne Erkenntnisse oder höchstwahrscheinlich ohne Erkenntnisse; sonst hätten die nämlich keine Munition gekriegt - gesagt: Dann werde ich das nicht weiterverfolgen, weil das keinen Sinn macht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Andere Frage, Herr Zeuge. Sie waren jetzt ganz lange hinter der Tatwaffe her, also im Grunde von 2004 bis 2011, bis das BKA dann übernommen hat. Sehe ich das richtig? Oder hatten Sie vorher schon abgebrochen?

Zeuge Werner Jung: Nein, bis 2010.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis 2010. Gut. - Waren Sie denn gar nicht neugierig, wie es jetzt weitergegangen ist nach November vergangenen Jahres, ob die Spur der Waffe nun lückenlos verfolgt wurde?

Zeuge Werner Jung: Ich bin nicht in der BAO „Trio“ gewesen und habe letztendlich dort auch keine Informationen bekommen. Das heißt, ich habe es letztendlich auch nicht gewollt, um da nicht in irgendwelche Probleme zu kommen, weil ich dann möglicherweise hier bei meiner Aussage Ermittlungsergebnisse vortrage, die ich nicht vortragen darf.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie wissen es auch nicht? Kann ich daraus schließen, dass Sie es auch nicht wissen, weil Sie es nicht wissen wollten, oder dass Sie es wissen, aber hier nicht sagen wollen?

Zeuge Werner Jung: Die genauen Umstände weiß ich nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Darf ich fragen, ob es im Übrigen seitens der Kolleginnen und Kollegen noch einen Wunsch gibt? - Die FDP-Fraktion. Herr Schulz, bitte.

Jimmy Schulz (FDP): Noch mal zurück. Gerade hatten wir das Thema Waffenhänd-

ler. Warum haben Sie den BND nicht eingeschaltet? Wäre das nicht naheliegend gewesen - - die Schweizer Waffenhändler?

Zeuge Werner Jung: Es gab keinerlei Erkenntnisse, die in irgendeine politische Richtung gezeigt haben, und wir haben letztendlich versucht, die Herkunft bzw. den Erstkunden hier zu ermitteln. Da hätte uns der BND wahrscheinlich auch nicht weiterhelfen können.

Jimmy Schulz (FDP): Den BND kann man doch ansetzen, zum Beispiel auf den Herrn G., der da eine Rolle spielte. Das ist doch eigentlich genau die Aufgabe bzw. eine der Aufgaben des BND.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wollen Sie dazu was sagen, Herr Jung?

Zeuge Werner Jung: Ich habe mir da jetzt keine zielführenden Ergebnisse vorstellen können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich stelle fest, es gibt keine weiteren Fragen an den Zeugen Jung. Dann darf ich mich, Herr Jung, bei Ihnen bedanken. - Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war jetzt eben die Idee, auf den Zeugen D. zu verzichten. Das würde ich machen. Dann will ich ihm aber noch eine Frage stellen. Dann brauche ich den Herrn Deetz nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Dann hat Herr Wieland noch eine Frage.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Sie nach der Ceska öffentlich gefahndet haben, soll es Auseinandersetzungen in der BAO „Bosporus“ genau darüber gegeben haben. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Werner Jung: Ja, es gab Auseinandersetzungen über den Begriff „hohe Wahrscheinlichkeit“, dass die Tatwaffe in diesem Luxik-Kontingent zu suchen ist.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer wollte das nicht? Wer hat sich beschwert?

Zeuge Werner Jung: Das kam von der BAO, bzw. damals, zu dem Zeitpunkt, war es ja schon MK „Bosporus“, die diese Auffassung nicht geteilt haben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War es auch so, dass man dem BKA vorgeworfen hat, sich in den Vordergrund zu spielen?

Zeuge Werner Jung: Das kann ich jetzt so nicht bestätigen, dass das jetzt so konkret - - Das konnte man letztendlich möglicherweise so sehen, dass das vielleicht eine Motivation gewesen sein könnte. Aber das ist so nicht gefallen, zumindest mir gegenüber nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hat man es nur in die Akten geschrieben und Sie damit verschont. - Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich frage noch mal, ob es weitere Fragen an den Zeugen gibt. - Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Es gab ja vorhin mal die Anregung vom Kollegen Binninger, gegebenenfalls noch mal geschlossen zu vernehmen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Kann ich aufklären: Können wir auch im direkten Gespräch machen; ist nicht notwendig. Ich würde es Ihnen aber sagen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Okay, gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Also wird dann jetzt eine Vernehmung des Zeugen in nichtöffentlicher Sitzung gewünscht?

(Zuruf - Heiterkeit)

- Ich weiß auch nicht, was hier gemacht wird.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Binninger in den Zeugenstand! - Dr. Eva Högl (SPD): So sieht das aus! - Clemens Binninger (CDU/CSU): Entspannt euch wieder!)

Anstelle der FDP würde ich mir jetzt Sorgen machen, Herr Kurth.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):
Das ändert sich ab heute! Über-
raschungsmoment!)

Ist geklärt, oder?

(Clemens Binninger (CDU/CSU): Ist
geklärt!)

Gut, dann stelle ich jetzt abschließend fest, dass es keine weiteren Fragen an den Zeugen gibt. Somit, Herr Jung, sind Sie für heute entlassen. Wie gesagt, Sie bekommen dann das vorläufige Protokoll mit der Möglichkeit, innerhalb von 14 Tagen Korrekturen oder Ergänzungen anzubringen. - Herzlichen Dank.

Zeuge Werner Jung: Bitte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe gerade mitgeteilt bekommen von den Fraktionen, dass auf die Vernehmung des Zeugen Deetz verzichtet werden soll. Ist das so, oder gibt es da Widerspruch? - Das ist nicht der Fall, dann ist also der dritte Zeuge abgeladen. Wir würden dann jetzt - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Wir danken ihm
für das Erscheinen!)

- Ja, wir danken ihm für das Kommen, aber wir befragen ihn nicht.

Dann hätten wir als nächsten Zeugen Herrn Dr. Herle vom BND. Wir machen wir kurz zehn Minuten Pause und setzen um 17 Uhr fort.

(Unterbrechung von
16.50 bis 17.07 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Dietrich Herle**

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich begrüße Herrn Dr. Herle, Direktor beim Bundesnachrichtendienst.

Vielleicht für die vorhandene Öffentlichkeit der Hinweis: Herr Dr. Herle war nicht selber befasst. Wir haben das Problem in dem Bereich, dass seine zuständigen ehemaligen Mitarbeiter bzw. Vorgänger uns nicht zur Verfügung stehen, aus gesundheitlichen Gründen im Wesentlichen. Deswegen hatten sich auch die Obleute darauf verständigt, dass das Thema Rolle des BND mit der Vernehmung von Herrn Dr. Herle sicherlich nicht abgeschlossen werden kann, er uns aber möglicherweise etwas zur Methodik der Arbeit des BND sagen kann, wenn es um das Thema Auswertung von Waffenhandel und Ähnliches geht.

Herr Dr. Herle, es wird von Ihrer heutigen Vernehmung eine Tonbandaufzeichnung gefertigt. Die dient allerdings ausschließlich der Vorbereitung des Stenografischen Protokolls. Das heißt, wenn das erstellt ist, dann wird die Aufnahme gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen nach Ersterstellung zugeleitet. Sie haben dann innerhalb von einer Frist von 14 Tagen die Möglichkeit, Korrekturen oder Ergänzungen anzubringen.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen worden sind. Sie haben die Ladung am 18. September 2012 erhalten.

Ich stelle fest, dass eine Aussagegenehmigung des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes vorliegt, die ebenfalls vom 18. September 2012 datiert.

Vor Ihrer Vernehmung habe ich Sie zunächst zu belehren: Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung

Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden. Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein, ich habe es verstanden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Herle, dann darf ich Sie bitten, sich zu Beginn Ihrer Vernehmung dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter, Beruf vorzustellen.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Mein Name ist Dietrich Herle. Ich bin 64 Jahre alt und Direktor beim BND.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich gehe davon aus, dass die ladungsfähige Anschrift, nämlich Ihr Dienstsitz BND, nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben nach dem Untersuchungsausschussgesetz Gelegenheit, sich vor Ihrer Vernehmung im Zusammenhang zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Ich habe Sie gefragt, ob Sie davon Gebrauch machen möchten. Sie möchten aber direkt, dass wir in die Befragung einsteigen.

Ich eröffne die erste Berliner Stunde. Das Fragerecht hat entsprechend die Unionsfraktion, und das Wort hat der Kollege Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Herle, waren Sie - und wenn ja, mit welchen Funktionen - mal in irgendeiner Weise mit Anfragen aus dem Ermittlungskomplex BAO „Bosporus“ oder auch Polizistenmord in Heilbronn befasst oder hatten Kontakt oder

eine Anfrage zu bearbeiten oder beantworten?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Direkt nicht. Es gab im Jahr 2006 vom Bundeskriminalamt eine Anfrage an den BND im Zusammenhang mit der Pistole Ceska. Diese Anfrage wurde eingesteuert an die Abteilung Terrorismus und organisierte Kriminalität. Meine Abteilung, die unter anderem zuständig ist für Waffenhandel, wurde zur Zuarbeit aufgefordert, und wir haben bei der damaligen Anfrage Fehlanzeige in der Zuarbeit gegeben. Die Anfrage dann wurde von der Abteilung Terrorismus, organisierte Kriminalität beantwortet.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben Fehlanzeige geliefert, weil die Frage nicht hinreichend präzise war oder weil Sie einfach sagen konnten: „Wir haben keinerlei Erkenntnisse über Ceskas, die irgendwie international im Umlauf sind - - oder Wege nachvollziehbar sind“?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Richtig. Die Frage war nicht hinreichend präzisiert. Es war keine Nummer, Registrierungsnummer, der Waffe angegeben. Die Anfrage bezog sich lediglich auf die Ceska und auf die Firma, auf die tschechische Firma, die im Vertrieb eingeschaltet war, und, ich glaube, auf irgendeinen Namen, der angeblich - irgendein Mann aus dem Mittleren Osten - mal eine Waffe davon erhalten haben sollte. Das wurde geprüft, und wir hatten keine Erkenntnisse dazu.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wären Sie denn in der Lage gewesen, wenn der Fahndungsansatz hätte konkreter sein können, sprich: wenn man nach einer ganz bestimmten Waffe mit Waffennummer - - oder wenn man einen Weg schon hätte aufzeigen können, den die Waffe genommen hat, dass Sie dort weiter ansetzen, wären Sie dann in der Lage gewesen, so was abzubilden, jetzt allgemein gefragt, also von Ihrer Erkenntnislage her und auch speziell bezogen auf das Stichwort Schweiz? Weil wir ja heute wissen, dass dieses kleine Sortiment der Ceska 83 mit verlängertem Lauf und Schalldämpfer ja über die Schweiz in den Handel und dann letztendlich über Mittelsmänner bei den Tätern landete. Wären Sie da zu mehr in der Lage gewesen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Grundsätzlich nein. Meine Abteilung beschäftigt sich mit dem Waffenhandel unter strategischem Aspekt, Rüstungshandel international, Im- und Export. Mit einzelnen Waffen, die im Rahmen von Terrorismus oder von Kriminalität gehandelt werden, beschäftigen wir uns nicht. Waffenhandel definiert sich bei uns erst dann, wenn eine organisierte Struktur oder ein Netzwerk dahintersteht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann würde ich jetzt fast die Frage stellen: Wie landete man dann bei Ihnen, diese BKA-Anfrage, die Zuarbeit? Einfach weil man ausschließen wollte, dass - -

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, die Kollegen in der Abteilung Terrorismus haben uns angefragt, da wir für Waffenhandel zuständig sind, um einfach vollständig abzufragen für alle Eventualitäten. Das ist ein übliches Verfahren bei uns.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Kollege Wolff hat eine Zwischenfrage, und ich habe nichts dagegen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ganz kurze Zwischenfrage: Mich würde interessieren, wie Sie organisierte Formen des Waffenhandels definieren für Sie: Staatlicherseits? Privatorganisationen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, es gibt natürlich den staatlichen Waffenhandel, das ist eine Seite. Dann gibt es natürlich den privaten und den illegalen Waffenhandel. Ich sage mal, wenn es eine organisierte Kriminalität ist, deren Geschäftszweck der Waffenhandel ist, dann würden wir uns damit beschäftigen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also der alleinige Geschäftszweck?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nicht der alleinige Geschäftszweck, aber es muss - -²⁹ es darf nicht eine Begleiterscheinung sein. Organisierte³⁰ Kriminalität oder eine Bande, die Rauschgift handelt, ist sicherlich bewaffnet und besorgt sich zu dem Zweck einzelne Waffen. Das ist für uns dann noch kein Grund, uns damit zu beschäftigen.

²⁹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

³⁰ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

Clemens Binniger (CDU/CSU): Hatten Sie denn im Rahmen Ihrer dienstlichen Tätigkeit im BND in Ihrer Abteilung jemals Erkenntnisse, wo es auch Bezugspunkte zu Rechtsextremismus gab, auch eben in anderen Ländern?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Soweit ich das überblicken kann aus der Vergangenheit, ist mir kein Fall bekannt, der sich mit organisiertem Waffenhandel im Bereich Rechtsextremismus beschäftigt hat oder damit zu tun hatte.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wir haben heute Mittag ein bisschen vor der Frage gestanden mit dem Zeugen des BKA, dass, obwohl die Waffe ein sehr seltenes Modell war - die Ceska selber nicht, ist ein Massenprodukt; aber die 83er mit verlängertem Lauf, nur insgesamt 80-mal produziert und davon dann auch noch mal eingrenzbar -, obwohl es sehr seltene Munition war - PMC -, für die es für ganz Europa nur einen Generalimporteur gibt, der auch noch in Deutschland sitzt, und es über Europa verteilt nur neun Händler gibt, die das dann an die Kunden weiterverkaufen, man sich trotzdem nicht in der Lage gesehen hat, weil es ein Massenproblem sei, hier den Kundenkreis etwas besser einzugrenzen oder abzugleichen. Hätte es da andere Möglichkeiten gegeben bei so seltenen Waffen und so seltenen Munitionen, hier doch früher auf so eine Spur zu kommen? Würden Sie da mit Ihrer Expertise, mit Ihrer fachlichen Expertise - - Was würden Sie machen, wenn man sagt: „Wir suchen nach einem Lieferanten oder Händler, der nur sehr seltene Munition und Waffen vertreibt“?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Wir haben natürlich eine andere Arbeitsmethodik als die Polizei.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das ist bekannt, ja. Aber die müssen Sie nicht offenlegen.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Wenn sich das für uns sozusagen als aufklärungswürdiger Waffenhandel qualifiziert, dann würden wir nachrichtendienstliche Mittel gegebenenfalls einsetzen. Das ist natürlich auch alles eine Frage der Priorität dabei. Aber wenn das als Waffenhandel qualifiziert ist, dann würden wir das machen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ist es für Sie leichter, aufgrund Ihrer Möglichkeiten, die Sie haben, oder auch Informationssammlungen, dass Sie sagen: „Wenn es um Waffenhandel geht, der mit seltener Munition durchgeführt wird oder mit eher seltenen Waffen, kommen wir den Dingen schneller auf die Spur“? Haben Sie da Möglichkeiten, oder macht das für Sie keinen Unterschied, ob Massenprodukt oder Nischenprodukt, weil Sie sich mehr an den Händlern orientieren?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, das macht keinen Unterschied.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wäre dann auch nicht leichter oder schwieriger gewesen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Waren Sie jetzt nach dem 4. - - Unser Untersuchungsauftrag endet ja am 4. November 2011, als das Trio auffliegt.

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):
8.!)

- 8.? Also 8. Ich habe hier den Untersuchungsauftrag. Egal.

Also, im November endet unser Zeitraum, in dem Moment, wo die Ermittlungen losgehen. Waren Sie danach noch mal in irgendeiner Form betraut mit Nachfragen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ja, es hat eine Nachfrage gegeben noch mal zur Ceska und zu dem Waffenhändler, der die Ceska weiterverkauft hat. Die Anfrage ging wieder an die Abteilung Terrorismus und Organisierte³¹ Kriminalität, wieder mit der Bitte einer Zuarbeit durch uns. Da der Schweizer Waffenhändler bei uns nicht bekannt war und wir auch zu den einzelnen Fragen, die gestellt wurden, keine Anhaltspunkte hatten, haben wir auch dort wiederum Fehlanzeige gemeldet in der Zuarbeit.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Okay, dann habe ich für den Moment keine Fragen mehr. - Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Andere Kollegen von der Unionsfraktion? - Die SPD-Fraktion dann bitte. Frau Dr. Högl.

³¹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

Dr. Eva Högl (SPD): Guten Tag, Herr Dr. Herle! - Dann frage ich noch mal ein bisschen allgemeiner zur Beteiligung des BND, dass wir auch ein rundes Bild bekommen.

Wie ist das denn grundsätzlich? Wie wird der BND denn eigentlich tätig, wenn man Ermittlungsverfahren mit Auslandsbezug hat? Unser Auslandsbezug ist ja jetzt hier insbesondere bei der Mordserie, dass nachgefragt wurde in Tschechien und in der Schweiz.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Grundsätzlich fragt die Polizei im Rahmen der Amtshilfe im Ausland dann nach, und der BND wird bei einem laufenden Verfahren grundsätzlich nicht um Maßnahmen gebeten. Es werden Erkenntnisse abgefragt im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens.

Dr. Eva Högl (SPD): Und Sie hatten ja eben schon gesagt, dass Sie auf die Frage nichts beitragen konnten. Haben Sie das denn - - Wissen Sie das? Wurde das zum Anlass genommen, vielleicht ein bisschen drum herum mit Erkenntnissen etwas beizutragen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein, das kann ich auch nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Also, können Sie nicht sagen, oder können Sie ausschließen, dass der BND mit eigenen Erkenntnissen irgendwas beigetragen hat?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Zu diesem konkreten Fall - - Ich kann nur für meine Abteilung sprechen, und da muss ich mich auf das zurückziehen, was ich gesagt habe.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. - Ja, es ist ein bisschen schwierig, weil Sie ja so fast gar nicht beteiligt waren.

Gibt es denn noch irgendwas, was Sie jetzt - - was noch nicht gefragt wurde, oder weil Sie kein Einführungsstatement gemacht haben, wo Sie sagen: „Das könnte ich noch dazu beitragen“? Also Sie waren im Grunde genommen gar nicht damit befasst?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ich gebe zu, ich bin ein schlechter Zeuge hier.

Dr. Eva Högl (SPD): Das würde ich jetzt so nicht sagen. Wir haben Sie ja eingeladen,

hier Auskunft zu geben. Aber wenn sich das ergibt, dass Sie nichts dazu beitragen können, dann ist das eben so. Aber vielleicht können wir ja Ihre Expertise nutzen.

Sie haben sich ja auch mit der Waffenspur jetzt im Nachhinein sicherlich auch noch mal befasst: Wie ist das gewesen oder so? Hat es denn aus Ihrer Sicht - Sie sind ja Experte zu dem Thema - irgendwas gegeben, wo Sie sagen: Da ist damals aber ein Fehler gemacht worden oder da können wir jetzt - - Wir haben ja auch den Auftrag, Vorschläge zu machen, was besser gemacht werden kann. Wüssten Sie sich zum Beispiel, der BND würde besser oder anders oder so einbezogen? Gibt es da irgendwas, wo Sie sagen, das sollten wir noch wissen hier?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, das ist eigentlich ein eingespieltes Verfahren. Wie gesagt, wenn ein Ermittlungsverfahren läuft, dann ist eigentlich³² für den BND bis auf die Erkenntnisanfrage eigentlich nichts mehr zu tun. Wir können ja nicht parallel irgendwelche Maßnahmen ergreifen, wenn eine polizeiliche Ermittlung läuft.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, Herr Dr. Herle, dann habe ich auch keine weiteren Fragen an Sie. - Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht ist jetzt bei der FDP-Fraktion. Herr Schulz.

Jimmy Schulz (FDP): Herr Dr. Herle, Sie hatten ja gerade gesagt, es gab eine Anfrage 2006 und dann nur eine Nachfrage, aber das war dann nach Aufdeckung.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Richtig.

Jimmy Schulz (FDP): Gab es vorher - - Also das waren die einzigen beiden Kontakte, von denen Sie wissen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ja. Ich war auch selbst nicht befasst. So was wird auf Arbeitsebene abgewickelt.

Jimmy Schulz (FDP): Aber Ihre Abteilung war ja damit befasst.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Richtig, ja.

³² siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

Jimmy Schulz (FDP): Es gab ja schon 1998 mal eine Anfrage vom BKA an den BND bei der Aushebung der Bombenwerkstatt. Waren Sie da in irgendeiner Art und Weise - -

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Davon ist mir nichts bekannt.

Jimmy Schulz (FDP): Dann müssen wir vielleicht einfach mal ein bisschen allgemeiner werden. Welche Schlüsse lassen die benutzten Waffen auf das Täterprofil zu? Ich meine, Sie beschäftigen sich ja sehr viel auch mit Waffen. Gibt es Erkenntnisse darüber, wer klassischerweise solche Waffen benutzt? Gibt es da ein klassisches Profil, auch in der organisierten Kriminalität, die solche Waffen nutzen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Die Frage kann ich auch nicht beantworten. Meine Abteilung beschäftigt sich vorwiegend mit dem technischen Aspekt, also auch Rüstungstechnologie, aber nicht eigentlich mit Täterprofilen. Das ist Sache der Ermittlungsbehörden.

Jimmy Schulz (FDP): Entschuldigung: Noch mal ganz kurz nachgefragt: Der technische Aspekt heißt genau was? Was habe ich darunter zu verstehen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, salopp gesagt: Wie weit schießt die Waffe.³³

Jimmy Schulz (FDP): Haben Sie Erkenntnisse darüber, wo die rechtsextreme Szene normalerweise ihre Waffen herbekommt? Ist das Teil Ihrer Arbeit?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein. Wie gesagt, das sind Einzelvorgänge, mit denen wir nicht befasst werden. Das wäre dann höchstens für die Abteilung Terrorismus ein Punkt.

Jimmy Schulz (FDP): Das BKA und die BAO „Bosporus“ haben bereits 2006 und 2007 Hinweise auf die richtige Spur der Waffe, nämlich zu dem schweizerischen Waffenhändler, gehabt. Der BND oder Sie oder Ihre Abteilung wurden darüber nicht informiert?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, wir haben diese eine Anfrage nach dieser Waffe gekriegt.

Jimmy Schulz (FDP): Das war 2006.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: 2006. Das war die einzige Information, die wir im Rahmen dieser Anfrage erhalten haben.

Jimmy Schulz (FDP): Sie haben es ja vorher schon gesagt; ich will es nur noch mal kurz klarmachen: Sie antworten auf Basis von Erkenntnissen. Sie machen daraufhin aber keine eigenen, extra neuen Ermittlungen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, wenn sich das für uns als im Rahmen unseres Auftrags qualifiziert, dann kann es durchaus sein, dass wir denn weitere Ermittlungen oder Maßnahmen einleiten, sofern es nicht mit einem Ermittlungsverfahren sich übernanderkommt³⁴.

Jimmy Schulz (FDP): Hatten Sie - - Es gibt ja auch andere Verbindungen in der rechtsextremistischen Szene, Gruppierungen zwischen Schweiz und Deutschland, zum Beispiel gemeinsame Schießübungen oder Waffenhandel. Gab es da - -

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Dazu kann ich nichts sagen.

Jimmy Schulz (FDP): Können Sie nichts sagen, weil Sie es nicht wissen, oder können Sie nicht sagen, weil Sie es nicht sagen dürfen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Weil ich es nicht weiß.

Jimmy Schulz (FDP): Gibt es - -

(Sönke Rix (SPD): Lassen Sie es!)

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ist denn die Ceska 83 für Sie eine Waffe, die Sie kennen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Das ist eigentlich unter dem Aspekt, unter dem wir Waffen, Waffenhandel, Rüstungshandel betreiben, keine Waffe. Die wird militärisch nicht groß gehandelt und ist insofern nicht interessant.

³³ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

³⁴ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ab welcher Größe ist denn das für Sie interessant? Was kann man sich da vorstellen? Also, von dieser Waffe, haben wir gerade eben gehört, waren alleine von dem Modell Ceska 83 - Ceska 82 gar nicht mit eingerechnet - 140 000 hergestellt worden innerhalb einer kurzen Zeit, und das in den letzten 20 Jahren.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Handfeuerwaffen sind nur dann von Interesse, wenn sie ganz spezifische Merkmale aufweisen, neue Merkmale aufweisen, neue Spezialmunition gebrauchen können. Dann beschäftigen wir uns damit, um einfach die technischen Daten festzustellen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wir haben ja eine veränderte Lage. Es ist ja nicht mehr erheblich aus meiner Einschätzung oder unserer Einschätzung heraus, wie viele Waffen am Stück sozusagen im Paket transportiert werden, sondern mittlerweile kann man ja in dieser globalisierten Welt mit einer Waffe sehr viel Unsinn anfangen.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Das ist richtig. Aber eine Ceska hat unter waffentechnologischem Gesichtspunkt jetzt - ich sage mal - wenigstens keinen herausragenden Wert.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt ist das BKA beispielsweise in der Schweiz unterwegs, oder verschiedene andere Ämter untersuchen, wie weit der Extremismus Einfluss im Jugoslawienkrieg - - und vor allen Dingen auch den Heimkehrern sozusagen, die außerhalb des normalen militärischen Dienstes dort waren - sprich: Söldner - - kehren zurück - - Man will versuchen, aufzuklären, wie weit das seine Fortsetzung auch hier in Deutschland findet. Bieten Sie da eine grundsätzliche Unterstützung an, oder warten Sie auf Anforderungen, auf Nachfragen? Wie läuft das technisch?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: So was würde grundsätzlich auf Nachfrage passieren. Wie gesagt, wenn sich das Ganze auf dem Gebiet Deutschlands abspielt, dann hat der BND auch keine Zuständigkeit. Das wären nur Erkenntnisse, Informationen, die wir zu dem Komplex aus dem Ausland hätten oder besorgen könnten. Zu diesem Komplex wären wir dann aufgerufen was beizutragen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aufgerufen, beizutragen nach Aufruf, oder tragen Sie aktiv bei?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, wie gesagt, wenn das im Rahmen unseres Auftrags ist, das heißt, wenn sich das als Waffenhandel darstellt, dann ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Vorsitzender, wie lange noch?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine Minute, zwei. Zwei Minuten.

Jimmy Schulz (FDP): Wie häufig kommt es insgesamt vor, dass solche Waffen - - Gibt es Erkenntnisse darüber, wie Waffen zwischen Deutschland und der Schweiz hin- und hergeschoben werden? Gibt es da - -

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Dazu kann ich nichts sagen, weil ich es nicht weiß. Wenn einzelne Waffen dort hin- und hergeschoben werden, hat das grundsätzlich einen oder in vielen Fällen³⁵ kriminellen Hintergrund. Solche Einzelvorgänge fallen nicht in unsere Zuständigkeit.

Jimmy Schulz (FDP): Laut den Akten sah der BND Ende 2011 die Möglichkeit, dass das Trio die Waffen entweder über reguläre Märkte in Polen oder Tschechien oder über einen südamerikanischen Händler in der Schweiz erlangte. Belastbare Hinweise gab es aber nicht. Gibt es dazu neuere Spuren?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein.

Jimmy Schulz (FDP): Die Person, die eine dieser Waffen gekauft hatte, wurde viermal vernommen. Die Person hat immer behauptet, die Waffe nie gekauft zu haben. Hat der BND diesen Mann oder seine deutsche Frau und ihre Umgebung überprüft, und das nicht erst nach November 2011?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein, wir haben nichts überprüft.

Jimmy Schulz (FDP): Dann weiß ich jetzt auch nicht mehr.

³⁵ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hat die Fraktion Die Linke. Herr Petermann, bitte.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Dr. Herle, können Sie sich daran erinnern, dass der BND im Rahmen seiner täglichen Lagemeldung - Polizeilicher Staatsschutz - am 26. Januar 1998 darüber informiert worden war, dass bei Durchsuchungen in Jena bei drei Neonazis unter anderem vorbereitete Rohrbomben gefunden wurden?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ein solcher Vorgang ist mir nicht bekannt.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ist Ihnen in diesem zeitlichen Kontext ein Fahndungsplakat des Bundeskriminalamtes irgendwann mal über den Weg gelaufen, dass drei Bombenbastler aus Jena untergetaucht sind und gesucht werden?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Wenn möglicherweise in anderen Fällen derartige Waffenfunde oder Sprengstofffunde über die tägliche Lagemeldung bei Ihnen eingehen, was geschieht damit eigentlich?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Waffenfunde, Sprengstofffunde hier in Deutschland, die gehen grundsätzlich auch nicht bei uns ein, weil sie nicht in unsere Zuständigkeit passen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Dass Sie möglicherweise nicht direkt zuständig sind, ist klar. Aber es gibt ja diese täglichen Lagemeldungen vom Staatsschutz. Dann ist das ja möglicherweise für Sie als Information enthalten, und dann ist die Frage: Machen Sie sich da Gedanken, oder nehmen Sie das einfach nur schulterzuckend zur Kenntnis, weil Sie sagen, Sie sind nicht zuständig und es gibt keine konkreten Anfragen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Gut. Mit einzelnen³⁶ Waffen, die hier auftauchen, aufgefunden werden in Deutschland, das fällt³⁶ nicht in die Zuständigkeit des Bundesnachrichtendienstes.

Jens Petermann (DIE LINKE): In dem Fall jedenfalls der Aushebung der Bombenwerkstatt, wie es damals bei Ihnen im Haus

hieß, hat der BND, das Referat 12E, von sich aus mit dem Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen Kontakt aufgenommen, und zwar am 5. März 1998, und mitgeteilt, dass grundsätzlich Interesse an Informationen über Verbindungen deutscher Rechtsextremisten ins Ausland bestünde und dass eigene Erkenntnisse zu dem Trio nicht vorliegen würden, und man hat sich bedankt für die Detailinformationen aus Thüringen. Können Sie uns sagen, womit sich das Referat 12E beschäftigt?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, sicherlich nicht mit Waffenhandel. Das kann ich Ihnen sagen. Insofern kann ich auch zu dieser einzelnen Anfrage keine Auskunft geben hier.

Jens Petermann (DIE LINKE): Gibt es dieses Referat noch seit der Strukturreform im Jahre 2008?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, ich muss Ihnen - -³⁶ Da bin ich jetzt etwas überfragt; denn der BND hat gelegentlich umorganisiert und einzelne Bezeichnungen - - Ich kann jetzt 12E im Jahre 98, muss ich gestehen, nicht zuordnen.

Jens Petermann (DIE LINKE): In MAT A BND-3/1 c, Blatt 60, finden wir am 22.12.2011, also nach dem Bekanntwerden des NSU, erstmals vom BND einen Hinweis auf eine Überprüfung einer möglichen Schweizer Spur in Bezug auf die Ceska. Da erwähnt ein Mitarbeiter der Residentur in Bonn, dass es ja die neonazistische Gruppe PNOS in der Schweiz gäbe, die als Bezugsquelle für die Ceska möglicherweise infrage käme. Waren Sie nach dem 04.11.2011 noch mit dem Thema NSU und Waffenspuren befasst?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Das Einzige, was wir unternommen haben: Es gab irgendeinen Pressehinweis. Ich glaube, das Thema war: Rechtsextremisten rüsten auf. Dort wurde aufgelistet eine gewisse Anzahl von Waffen, die einzelne Rechtsextremisten von einzelnen Stellen erworben haben sollen. Wir haben dort beim Bundeskriminalamt nachgefragt, ob weitere Erkenntnisse dazu vorliegen. Die Antwort war unter³⁷ dem Gesichtspunkt Waffenhandel und auch sonst nicht substantiiert. Also, man konnte nichts dazu sagen.

³⁶ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

³⁷ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, irgendein Arbeitsauftrag ist da -

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): - für Sie nicht übrig geblieben oder ausgelöst worden -

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): - oder aus dem Amt heraus ausgelöst das BKA gefragt - -

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein, wir haben einfach aus der Zuständigkeit heraus, Waffenhandel, nachgefragt, ob dort irgendwelche Strukturen dazu bekannt seien.

Jens Petermann (DIE LINKE): Dann vorerst eine letzte Frage: Es ist ja auch Aufgabe des Untersuchungsausschusses, etwaigen Verschwörungstheorien, wie sie ja hier immer mal kursieren, entgegenzuwirken. Können Sie uns sagen, ob Sie Kenntnisse darüber haben, dass am 04.11.2011 Mitarbeiter des BND sich in Eisenach aufgehalten haben?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Da kann ich Ihnen überhaupt nichts zu sagen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Danke.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nur zwei Fragen. Herr Zeuge, wenn ich Sie richtig verstanden habe, waren Sie mehr sozusagen für den Großhandel - hightechmäßig - und nicht für den Kleinhandel mit Waffen zuständig.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ja, das ist der Auftrag des BND, sofern er auch auf das Ausland bezogen ist, unter dem Bedrohungsaspekt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun wollte ja mal Peer Steinbrück die Kavallerie in die Schweiz schicken

(Dr. Eva Högl (SPD): Ich glaube, das will er immer noch!)

- das will er immer noch; umso besser -, bezogen auf Schwarzgeldkonten. Würde es sich denn lohnen, auch bezogen auf Waffenhandel die Kavallerie dahin zu schicken? Anders gefragt: Ist die Schweiz diesbezüglich immer noch ein Hotspot oder hat sich das etwas abgekühlt?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Die Schweiz ist von der Priorität her nicht im Fokus des Waffenhandels oder der Rüstungstechnologie.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann mal eine ganz -- Die dritte Frage. Es sind ja viele Verschwörungstheoretiker immer unterwegs, und die *Stuttgarter Nachrichten* hatten mal die schöne Überschrift „Warb der BND das Neonazi-Trio an?“ - Thüringens Linken-Fraktionschef Ramelow über die Erkenntnisse der Geheimdienste zum NSU. - Herr Ramelow stellt da die Frage -- Also, die Journalistin fragt: „Über die der Bundesnachrichtendienst BND nicht nur Bescheid wissen sollte ...“, über die Verbindung zu Söldnergruppen. Dann sagt der Ramelow:

Das ist die ganz große Frage: ob die Täter gar nicht vom Thüringer Verfassungsschutz angeworben wurden, sondern möglicherweise vom BND, um gegebenenfalls internationale Söldnerstrukturen auszukundschaften. Möglicherweise sollte das Neonazi-Trio solche Kontakte ausbauen. Das wären dann Sache des BND, die er sicher auch vor den Verfassungsschützern geheim gehalten hätte.

Wissen Sie darüber was, ob die drei beim BND auf der Gehaltsliste standen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Das ist mir nicht bekannt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das überrascht mich nicht wirklich. - Vielen Dank, Herr Zeuge.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2003 soll eine Besprechung stattgefunden haben in Pullach zwischen verschiedenen Herren des Bundeskriminalamtes und einem Herrn Dr. Dankert (?) und Mitarbeitern des Bundesnachrichtendienstes, in dem informiert worden ist von 9.15 Uhr bis 12.15 Uhr über diese Mordserie. Der BND soll dann die Aufgabe übernommen haben, in seinen Datenbeständen mal nachzusehen, ob er da helfen kann, ob er was finden kann. Wissen Sie von so einer Besprechung?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, mit dem Vorgang war ich nicht befasst, und ich weiß auch nichts davon.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat jetzt auch mit Waffenhandel erst mal nichts zu tun. Deshalb: Es kann ja sein, dass Sie in der Vorbereitung jetzt sich insgesamt informiert haben, was der BND dazu sagen kann.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein. Kann ich nichts zu sagen.³⁸

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die zweite und auch schon letzte Frage ist etwas aktueller - vielleicht haben Sie davon gehört; das ist jetzt auch nicht direkt Ihr Bereich -: Verfügt der Bundesnachrichtendienst über Informationen über den Einsatz ausländischer Angehöriger von ausländischen Sicherheitsdiensten - ich sage hier, einem US-Sicherheitsdienst - in Deutschland am 25.04.2007? Das war der Tag in Heilbronn, als dort Frau Kiesewetter und ihr Polizeikollege angeschossen bzw. ermordet worden sind. Gibt es darüber Informationen neueren Datums?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Da kann ich nichts zu beitragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein, ich weiß es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da müssen wir jemanden anders fragen im BND?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ja, müssen Sie, wenn, jemand anders fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kämen zu einer weiteren Berliner Runde. Herr Binninger, Union.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe nur eine Nachfrage zu dem, was Kollege Ströbele gerade aufgeworfen hat. a) Wenn es diese Besprechung gab 2003 schon zwischen BKA und BND, in welchem Bereich des BND - - welche Abteilung würde so etwas, wenn es um Kapitalverbrechen geht, in Deutschland mit Bezug eventuell ins Ausland - - Wo müsste man da nachfragen? Wer könnte beteiligt gewesen sein im BND?

Die zweite Frage geht in die gleiche Richtung: Welche Stelle im BND hält denn Kontakt zu ausländischen Nachrichtendiensten?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Zur ersten Frage kann ich sagen: Terrorismus, egal ob links, rechts oder wie auch immer motiviert, wird in der Abteilung Terrorismus bearbeitet. Organisierte Kriminalität, auslandsbezogen, wird auch in der Abteilung Terrorismus, organisierte Kriminalität bearbeitet. Die Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten -

Clemens Binninger (CDU/CSU): In Deutschland. Nicht im Ausland, sondern in Deutschland.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: - in Deutschland - kann ich hier im Rahmen meiner Aussagegenehmigung zumindest in offener Sitzung nicht sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. Dann kriegen wir es anders raus, kein Problem.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine weitere Frage noch von der SPD-Fraktion? - FDP? Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Zeuge, mich würde interessieren, wie weit jetzt auch in dem Gesamtkomplex verschiedene Abteilungen des Bundesnachrichtendienstes

³⁸ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

dienstes zusammengesessen sind und überlegt haben, wo es weitere Erkenntnisse gab. Gab es eine Besprechung im Hinblick jetzt auch -- vielleicht als Vorbereitung auf Ihre Aussage hier oder auch während der Aufarbeitung?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ich selbst habe an keiner solchen Besprechung -- teilgenommen³⁹. Es ist mir auch nicht bekannt, ob eine solche Besprechung stattgefunden hat.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Waren Sie ziemlich überrascht, dass der Untersuchungsausschuss Sie haben wollte?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Und dann haben Sie mit dem Abteilungsleiter Terrorismus jetzt nicht gesprochen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ich habe kurz mit ihm gesprochen, aber nicht im Einzelnen, und das war es eigentlich.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich würde interessieren, wenn wir organisierte Strukturen hätten -- Oder wie würden Sie in dieser Struktur des BND herausfinden, wenn es plötzlich organisierte Strukturen des Waffenhändels beispielsweise gäbe oder -- entstehen würden im Zusammenhang mit zum Beispiel rechtsextremistischen Netzwerken?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, das würde im Rahmen⁴⁰ grundsätzlich in unseren Auftrag fallen. Das ist eben zu entscheiden, ob das in der Abteilung Terrorismus bearbeitet wird oder Waffenhandel dann.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie würde das dann aussehen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Es gibt viele Fälle, wo das nicht so ganz eindeutig ist, weil beide Bereiche betroffen sein können. Da muss man sich dann einigen. Grundsätzlich ist es so: Wenn es um Terrorismus geht, um Rechtsterrorismus, im Ausland, dann wäre die Abteilung Terrorismus.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie identifizieren Sie dann, ob so was möglicherweise, so eine Gefährdung bestehen

könnte? Wenn jetzt so eine Information bei Ihnen beim Pförtner abgegeben werden würde, wie gehen Sie denn damit um?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, die würde irgendwann sicherlich bei der zuständigen Abteilung landen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich interessiert, wie Sie ein Gesamtlagebild -- Angenommen, wir hätten solche Strukturen, vielleicht in kleineren Zellen oder auch mit Versorgungsstrukturen, wie würde der Bundesnachrichtendienst darauf reagieren? Als Erstes, wenn Sie ein Gesamtlagebild erstellen wollten, eine Analyse darüber machen, ob das bedeutsam ist, ob das jetzt vielleicht Terrorismus ist oder Waffenhandel oder beides? Wie würde das funktionieren?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Wir würden versuchen, die entsprechenden Erkenntnisse im Ausland zu generieren und dann ein entsprechendes Lagebild erstellen dazu.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Weil wir -- Zumind. mal Vertriebsstrukturen -- jetzt nicht bei Waffen, aber andere Vertriebsstrukturen -- hatten wir zu Beginn des Ausschusses zum Beispiel von der Sachverständigen Röpke ja durchaus gehört, ob das jetzt Verlagerzeugnisse, andere Erzeugnisse sind, die international gehandelt werden und auch über das Internet vertrieben werden. Würde so etwas möglicherweise, wenn es den Bereich Waffe zum Beispiel angeht, oder auch grundsätzlich bei Ihnen einer Bewertung unterzogen werden?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, wenn es sich als Waffenhandel bei uns mit Auslandsbezug qualifizieren würde, dann würden wir eine Bewertung dazu abgeben.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie --

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Es kommt natürlich auch darauf an, wer unser Endabnehmer ist dann, also⁴⁰ -- wir machen das ja nicht für uns -- wen das generell dann interessieren könnte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gibt es denn europäische oder internationale, sagen wir mal, Kaffeekränzchen, wo man

³⁹ Korrektur des Zeugen (siehe Anlage 3)

⁴⁰ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

zusammensetzt und wo man auch zum Beispiel solche Organisationsstrukturen analysiert und sagt: „Es gibt da erst mal keine Gefährdungslage“, oder man sagt: „Okay, vielleicht könnte es doch mal in die und die Richtung gehen“? Oder ist das nur etwas, was bisher nur im Prinzip deutsche Behörden oder den BND selber interessiert? Also, gibt es schon eine Struktur auf internationaler Ebene, wo Sie sagen: „Wir tauschen uns insbesondere mit einer möglichen Gefährdungslage in der Richtung aus“?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, wir tauschen uns im Bereich Waffenhandel mit ausländischen Stellen, Nachrichtendiensten, aus. Im Bereich Terrorismus wird das - -⁴¹ passiert das auch.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja, und kombiniert nicht?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Das kann durchaus auch kombiniert sein, wenn beide Bereiche entsprechend beteiligt sind.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich würde interessieren, wenn Sie ein Lagebild schaffen, inwieweit Sie da beispielsweise auch mit den deutschen Behörden, also beispielsweise Zoll, ZKA oder auch mit dem BKA, ein gemeinsames Lagebild erstellen oder überlegen, wie da an der Stelle zusammengearbeitet wird.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, mit der Polizei erstellen wir kein gemeinsames Lagebild. Wir stellen unsere Informationen, wenn sie von Belang sind, für diese Stellen zur Verfügung.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, bei GTAZ beispielsweise ist es eher Terrorismus, da ist der Bundesnachrichtendienst ja dabei. Das ist nur Terrorismus. Wäre es da beispielsweise denkbar, dass solche Strukturen an der Stelle für Sie jedenfalls mögliche zusätzliche Erkenntnisquellen bieten könnten?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Das sehe ich derzeit nicht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie weit sind Sie im Ausland auch - - Wie weit kooperieren Sie auch mit dem Militärischen

Abschirmdienst, beispielsweise wenn es darum geht, Strukturen vielleicht im Waffenbereich, aber grundsätzlich zunächst mal zum Beispiel auf dem Balkan oder an anderen Stellen - - Wie weit ist da der Informationsfluss mit dem Militärischen Abschirmdienst?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, der Militärische Abschirmdienst ist ja ein Abwehrendienst, der für die interne Sicherheit der Bundeswehr zuständig ist. Da kann ich nur sagen: Im Bereich Waffenhandel gibt es da wenig Berührungspunkte.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das weiß der gar nicht, Herr Kollege!)

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Nein, Moment! Sekunde, lassen Sie ihn mal aussprechen! Ich komme gleich darauf. - Also, mich interessiert: Wir haben ja Feldlager zum Beispiel bzw. auch durchaus deutsche Soldaten auf dem Balkan; wir haben sie in Afghanistan. Insofern ist dann schon interessant, wie weit es natürlich innerhalb und außerhalb - die Zuständigkeiten kenne ich - möglicherweise Erkenntnisse gibt oder Austausch gibt.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, Waffen in Einsatzgebieten der Bundeswehr, die dort vorhanden sind, diese Sachverhalte klären wir auf, weil sie ja eine Bedrohung für das Auslandskontingent der Bundeswehr sind. Das ist eine mit der vornehmsten Aufgaben des Waffenhandels.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Zusammen mit dem MAD?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein, der MAD ist für diese Erkenntnisse nicht zuständig.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gibt es - - Sie haben ja noch drei Minuten Zeit. Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, Sie qualifizieren Waffenhandel und stellen fest, ob Sie sich darum kümmern oder nicht, ob Sie zuständig sind oder nicht?

⁴¹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage 3)

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wenn Sie feststellen, dass Waffenhandel nicht die Qualität hat, als dass Sie sich darum kümmern könnten, wer kümmert sich dann darum?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, wenn wir Hinweise haben, die möglicherweise in die Zuständigkeit der Polizei fallen würden, dann würden wir die Erkenntnisse entsprechend dort zur Verfügung stellen oder auch unaufgefordert hinsenden.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Der Polizei?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Der jeweiligen Polizeibehörde, wenn es also - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Welcher jeweiligen Polizeibehörde?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ja - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Des Landes, wo Sie das feststellen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Das kommt auf das Land an. Also, wenn es möglicherweise strafrechtlich relevant ist und es fällt eine Erkenntnis an, die eine möglicherweise strafrechtliche Relevanz in Deutschland hat, dann würden wir das gegebenenfalls der Polizei zur Verfügung stellen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das heißt, Sie verfolgen die Waffe, gucken nach, wo kommt die denn an, und wenn sie beispielsweise in der Schweiz abgesendet wird und in Konstanz ankommt, würden Sie dann die baden-württembergischen Behörden informieren.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, wenn wir so einen Sachverhalt mitbekämen - wie auch immer dann; den würden wir nicht gezielt generieren wollen -, dann würden wir das der Polizei mitteilen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Was heißt „gezielt generieren wollen“?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, wir sind nicht zuständig für die Aufklärung des Han-

dels einzelner Waffen vom Ausland nach Deutschland oder innerhalb Deutschlands.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wer ist denn aus Ihrer Sicht zuständig dafür?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, das ist eine polizeiliche Aufgabe, wenn es dann in diesen Bereich geht. Der Fall, den Sie geschildert haben - - Wenn das ein illegaler Vorgang ist, dann wäre es eine klassische Polizeiaufgabe.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Der Schweizer Polizei in dem Fall oder welcher Polizei?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Beider wohl.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie warten doch nicht etwa, bis die Waffe angekommen ist, und dann informieren Sie, und so lange gucken Sie, welchen Weg das Paket nimmt?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, wir würden das in dem Fall, wenn das für Deutschland bestimmt ist - das kommt darauf an -, wahrscheinlich der deutschen Polizei zur Verfügung stellen, vielleicht mit dem Hinweis versehen, dass man sich an die Schweizer Kollegen wenden soll. Das ist dann ja nicht unsere Aufgabe, wie da im Einzelnen von der Polizei vorgegangen wird. Wir sind da nur der Hinweisgeber.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ganz grundsätzlich: Die Nachrichtendienste informieren sich ja auch, müssen sie ja auch machen. Wie ist denn das mit gegenseitiger Schulung? Wie oft haben Sie beispielsweise mit Verfassungsschutzämtern oder auch Kriminalisten oder wem auch immer Kontakt und schulen oder tauschen sich aus, bilden sich weiter?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Da gibt es keine etablierten Vorgänge zu.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Entschuldigung, ich habe Sie nicht verstanden. Bitte noch mal.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Da gibt es keine etablierten Verfahren zu.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber es gäbe Verfahren? Es ist denkbar?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Es ist einzel-fallbezogen dann, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Es wird einzelfallbezogen geprüft?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Geprüft und entsprechend bilateral oder auch trilateral oder multilateral - je nach Fallkonstellation - bearbeitet.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, es auf keinen Fall ausgeschlossen? Man sagt nicht in einem bestimmten Vorgang: „Nein, das kann gar nicht stattfinden, weil wir so was grundsätzlich nicht machen“?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Wir führen natürlich auch multilaterale Gespräche mit einzelnen deutschen Behörden.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, wenn der Vorwurf oder die Vorhaltung im Raum stünde, ein stellvertretender Präsident eines Landesverfassungsschutzamtes hat beim BND vorgeschrieben - warum, weshalb, weiß niemand -, könnte der BND nicht sagen: „Nein, das ist ausgeschlossen, so was machen wir auf keinen Fall“?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, das kann ich schwer beantworten, muss ich sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth, denken Sie an die Zeit. Die ist vorbei.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): In der nächsten Runde dann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Gut, dann schauen wir mal, wie weit der Bedarf hier reicht. Hat die Linksfraktion noch Fragen? - Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, ich habe noch einen Aspekt, wo ich noch mal nachfragen möchte, also, wo ich schon denke, dass das auch Aufgabe des BND ist. Inwieweit wir jetzt hier eine Antwort bekommen, werden wir sehen.

Herr Herle, im Juli 2011, also vor dem öffentlichen Bekanntwerden des NSU, hat das Bundesamt für Verfassungsschutz beim

BND um dessen Erkenntnisse zu einem deutschen Neonazi, der in Südafrika lebt - es handelt sich hier um Claus Nordbruch -, gebeten. Dr. Claus Nordbruch hatte sich immer wieder in Deutschland zu Vorträgen aufgehalten. Unter anderem hat er auch beim „Thüringer Heimatschutz“ gesprochen und gilt quasi als Scharnierperson zwischen den militanten Neonazis in Deutschland und Südafrika.

Nun vermute ich, dass Sie dazu momentan nichts zu sagen haben, aber vielleicht können Sie uns insoweit erhellen, wer aus Ihrem Amt denn dazu etwas sagen könnte, damit wir da vielleicht ein bisschen konkreter an einer anderen Stelle noch mal nachfragen können.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, wenn das ein Rechtsterrorist ist, dann wäre grundsätzlich die Abteilung Terrorismus zuständig.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Wie sind wir auf Sie gekommen?
Weil jedes Mal ist es die andere
Abteilung gewesen!)

- Also, da dürfen Sie mich nicht fragen. Ich habe mich nicht freiwillig gemeldet.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ist das
wenigstens eine schöne Dienstreise
gewesen, oder sind Sie hier in
Berlin?)

- Ich bin in Berlin.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, ich bin momentan noch dran mit Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Man sollte ja nichts Schlechtes denken, aber Herrn Dr. Herle als Zeugen zu laden, war eine Anregung des Kanzleramtes. - Aber wenn Sie weitere Fragen haben, Herr Petermann.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Dann hat Sie das Kanzleramt da auf eine falsche Spur gelockt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, das ist ja kein Problem. Das war doch klar, dass wenn - - Er ist hier zum Thema Waffenhandel. Ich habe es ja einleitend auch gesagt: Die Kernfragen, die wir eigentlich haben in Sachen BND - dazu gehört sicherlich auch das Thema Südafrika -, werden wir

noch bearbeiten müssen, aber sicherlich nicht mit Herrn Dr. Herle als Zeugen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich habe jetzt keine weiteren Fragen mehr, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Das war das BMI, ja? - Wer war es denn? Das will uns keiner eingebrockt haben. Herr Dr. Eiffler.

Dr. Sven-Rüdiger Eiffler (BK): Ich möchte nur sagen: Ich bedaure das auch, in diesem Fall, aber wir haben ja darauf auch hingewiesen. Wir hatten das so verstanden, dass in diesem Rahmen jetzt vielleicht auch allgemeine Fragen zum Hintergrund hier zur Sachaufklärung beitragen können. Ich denke, ein paar Punkte konnten ja vielleicht durchaus hier auch - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie müssen sich nicht entschuldigen, dass Sie Herrn Dr. Herle vorgeschlagen haben. - Herr Petermann, haben Sie noch Fragen an den Zeugen?

Jens Petermann (DIE LINKE): Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was ist mit Bündnis 90/Die Grünen?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben sich auch schon verabschiedet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Union?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein, nichts.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Präzise, wenige Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Ich bin erstaunt. Ach, jetzt habe ich vergessen, die SPD zu fragen, aber das - -

Dr. Eva Högl (SPD): Wir haben uns schon abgemeldet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut, die Linksfraktion habe ich schon gefragt.

Herr Dr. Herle, das war ein kurzer Auftritt. Vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Wie gesagt, wenn das vorläufige Protokoll erstellt ist, kriegen Sie es übermittelt, und dann gibt es diese Frist von zwei Wochen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses in Form einer Beweisaufnahmesitzung findet statt morgen um 12 Uhr hier im Raum mit dem Zeugen Herrn Bouffier.

(Schluss: 17.56 Uhr)

Mitarbeiters ist, er nimmt sofort Kontakt mit den Staatsschutzdienststellen von LKA und PP Köln auf. Oder wie kann man sich diesen Anruf erklären des BfV im Lagezentrum der Polizei?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das liegt einfach daran, dass der Verfassungsschutz kein eigenes Lagezentrum hat. Das heißt, nach Dienstschluss, wenn nicht eine besondere Lage ist, ist das Lagezentrum der Polizei für alle wichtigen Informationen - das gilt auch für Katastrophenschutz und andere Bereiche. Das heißt, ich werde über eine Meldung, die Verfassungsschutzrelevanz hat, über das Lagezentrum informiert zu Hause. Wir haben nur *ein* Lagezentrum. Die Verfassungsschutzabteilung hat gerade 300 Mitarbeiter. Die können kein eigenes Lagezentrum aufstellen. Das wäre auch doppelt gemoppelt, weil das ja schon in der Abteilung 4, in der Polizeiabteilung, besteht. Das heißt, wenn das Bundesamt für Verfassung das Lagezentrum hat wegen seiner Größe, wenn die eine Information loswerden wollen, die den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen betrifft und rufen nach Dienstschluss an, dann rufen die bei dem Lagezentrum der Polizei an, und die bemühen sich dann, den zuständigen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes zu bekommen. So läuft das. Das muss also nichts Besonderes sein, das kann eine ganz einfache Information sein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das erklärt den Weg, dass er sagt: Wenn ich den nicht mehr kriege außerhalb der Bürozeit, kriege ich ihn über das Lagezentrum. - Aber es erklärt ja noch nicht die Dringlichkeit, die ja offensichtlich vorgelegen haben muss, wo ich mich frage: Was ist so dringend, dass er noch am Abend der Tat seinen Gesprächspartner des LfV braucht und, daraus resultierend, dass der Gesprächspartner sich kurz danach beim Lagezentrum meldet, also Ihre Abteilung, und sagt, er nimmt jetzt gleich Kontakt mit den Staatsschutzdienststellen LKA und PP Köln auf? Wir können es beide jetzt nicht klären, wir brauchen die Zeugen dazu.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich kann da nur spekulieren. Entweder hat das Bundesamt eine ganz wichtige Meldung gehabt; das wäre eine Erklärung. Es kann aber auch reine Routine gewesen sein, dass man ein-

fach sagt: „Es ist ein Anschlag, der hat Verfassungsschutzrelevanz“ - könnte ja sein -, „ich möchte jetzt wissen, wie Nordrhein-Westfalen den Fall bewertet, wie es den Fall bearbeiten wird, ob es eine Zusammenarbeit in der Angelegenheit mit dem Bundesamt anstrebt.“ All diese Dinge müssten ja geklärt werden. Das kann auch Routine sein. Ich kann es beim besten Willen nicht beantworten, weil ich es nicht weiß.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also war es entweder eine brisante Information oder Routine, wobei die Routine - es waren alle zuständigen Dienststellen schon im Einsatz - auch bis zum anderen Tag hätte warten können. Die Frage: „Gibt es einen Zusammenhang?“, wäre nicht so dringend gewesen. Das ist das, was mich stutzig macht.

Das Letzte, was ich Sie zu diesem Einsatzprotokoll fragen möchte: Es gibt diese Telefonkontakte: BfV ruft im Lagezentrum an, möchte einen Mitarbeiter von Ihnen dringend sprechen; den benennen die auch konkret. Also, da scheint es, der weiß, wen er sucht. Der wiederum meldet sich beim Lagezentrum, lässt sich den Sachverhalt noch mal bestätigen - das spricht dafür, dass Sie es nicht sein können, weil Sie ja vorher schon informiert waren - und sichert dann zu, er nimmt mit dem Staatsschutz des LKA und PP Köln Kontakt auf. Das läuft alles zwischen 19.53 Uhr und 19.56 Uhr.

Eine Stunde später meldet sich der Minister im Lagezentrum und fragt - das klingt jetzt wohl eher etwas ungehalten -:

Warum ist der Verfassungsschutz in die Ermittlungen eingeschaltet?

Er will einen Gesprächspartner, der ihm das erklärt. Können Sie sich erklären, was den Minister bewogen hat? Hängt das damit zusammen, dass man schon sehr früh eigentlich ein Motiv ausschließen wollte und dann erfährt man, der Verfassungsschutz ermittelt doch überall? Was kann das sein? Oder haben Sie jetzt selber noch - -

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das kann ich auch jetzt nur vermuten. Der Vorgang wurde ja - (Es war ein Sprengstoffanschlag, der in die Zuständigkeit - so wurde das jedenfalls gesehen - der Polizei fiel. Die Polizei hat den Fall bearbeitet. Wenn der Minister jetzt fragt: „Warum ist die Verfassungsschutzabteilung drin?“, dann wollte er wissen: Habt ihr einen Anlass, dass dies kein krimineller Akt ist,

H nicht
von uns
bearbeitet

H
zuständig

sondern dass es möglicherweise einen politischen Hintergrund hat? So erkläre ich mir die Frage.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, wir werden ihn im Zweifel selber fragen müssen, wenn er dann da ist. Dann kann er uns das im Zusammenhang mit den Gesprächspartnern beantworten.

Ich will neben diesen beiden Papieren noch eine grundsätzliche Frage stellen. Haben Sie im Laufe der gesamten Zeit, also der Delikte, vom ersten Anschlag auf das iranische Lebensmittelgeschäft, dann 2004 die Nagelbombe Keupstraße und später der Mord in Dortmund 2006, dem ja zwei Tage später dann schon der Mord in Kassel folgen sollte -- Können Sie sich noch erinnern, ob es jemals aus Ihrer Rechtsextremismuseinheit sonstige Hinweise gab, auch - Sie haben das vorhin kurz angesprochen - aus der Szene, nach dem Motto - es gab ja auch mal Festnahmen -: „Die Täter müssten im rechtsextremistischen Bereich zu suchen sein“?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, das kann für den ersten Fall schon gar nicht gehen, weil, wie ich sagte, der Sprengstoffanschlag in der Probsteigasse überhaupt nicht bei uns aufgelaufen ist, der Fall in Dortmund genauso wenig. ~~Der ist also~~ -- Nachdem wir festgestellt haben aus dem Rechtsextremismusbereich, unsere Quellen haben keine Kenntnisse, haben wir von dem Fall nichts mehr gehört. Also, das heißt: Von daher kann es keine Serienüberlegung geben oder keine Nachfragen in dem Sinne: Gibt es hier irgendwelche Gemeinsamkeiten oder politische Hintergründe? Die Fälle, die Zusammenhänge sind überhaupt nicht gesehen worden. Wie gesagt: Die ersten beiden Fälle sind eigentlich bei mir überhaupt nicht aufgelaufen, also der eine nur zur Hälfte, der andere gar nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es denn auf der Strecke 2004, ein paar Wochen danach - möglicherweise fragen auch die Kollegen noch danach -- ist ja ein Flugblatt aufgetaucht in den Kölner Nahverkehrsbetrieben: „Deutsche wehrt Euch!!!!“, offenkundig ja rechtsextremistisch motiviert. Gab es denn da mal eine Überlegung, zu sagen: „Wir müssen die Ermittlungsrichtung neu ausrichten; es summiert sich jetzt; es sind nur ausländische Mitbürger als Opfer, und

zwar wahllos, dass man nicht von einem gezielten Racheakt sprechen kann; es ist ein Sprengstoffdelikt, auch sehr typisch von der Begehungsweise her. Wir haben dieses Flugblatt.“ Es gibt -- Hat man das jemals ins Auge gefasst, zu sagen: „Dann müssen wir die Ermittlungen neu ausrichten“? Haben Sie versucht, bei der Polizei mal mit Expertise anzulanden?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Also, solche Flugblätter sind nicht ungewöhnlich. Die erscheinen immer wieder. Dass daraus Ermittlungsansätze sich ergeben, allein aus so einem Flugblatt, haben wir bisher noch nicht erlebt. Da müssten schon andere Informationen dazukommen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ermittlungsansätze vielleicht nicht, aber dass man zu einer neuen Bewertung kommt. Waren Sie denn oder ein Mitarbeiter Ihrer Abteilung eingebunden, quasi als Kontaktmann oder direkter Ansprechpartner, in die Soko der Kölner Polizei?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Es waren am Anfang Mitarbeiter des Verfassungsschutzes nach meinem Wissen in der Soko beteiligt. Doch, das ist richtig gewesen. Aber was mir berichtet wurde, war, dass die Kölner Polizei sich festgelegt habe oder vorrangig ermittle in Sachen organisierte Kriminalität. Damit war der Bezug zu uns abgeschnitten. Das ist ein Gebiet, bei dem der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu Bayern keine Zuständigkeiten hat.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Selbst wenn Sie da jetzt anderer Auffassung gewesen wären, hätten Sie keine Chance gesehen, sagen wir mal, die Polizei ein bisschen zu beeinflussen? Oder wenn die das sagen, dann --

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das ist ja das, was ich in meinem Statement sagen wollte: Im Nachhinein hätte man natürlich, wenn ich das heute -- Mit dem Kenntnisstand von heute hätte man natürlich anderen Dingen nachgehen müssen. Aus der damaligen Sicht gab es diese Überlegungen in keiner Weise. Die Sache lief dann als Polizeifall in einem nichtpolitischen Bereich weiter. Deswegen ist die Tätigkeit unserer Mitarbeiter in dieser Arbeitsgruppe wahrscheinlich - ich vermute

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Es ist im Nachhinein schwer. Aus heutiger Sicht würde ich sagen: Natürlich wäre es sinnvoll gewesen, wenn ich das erhalten hätte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nur aus heutiger Sicht?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Damals, damals -- ~~Es ist die Frage~~. Ich gehe mal davon aus, dass es ja der Polizei zumindest bekannt war.

(Dr. Eva Högl (SPD): Ja!)

Davon gehe ich aus.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das hat die Polizei ja auch registriert. Deswegen ist das ja auch in den Akten.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja. Ich weiß nicht, ob es dem Verfassungsschutz bekannt geworden ist. Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Was mich ja wundert, ist, dass dem Verfassungsschutz aber andere Sachen zugetragen werden, wo ich mich frage: Wie ist denn das bewertet worden? Und zwar finden wir - Augenblick; das ist die Fundstelle MAT A NW-6/1, Tagebuchnummer 19/12, Blatt 45 ff. -- Das ist eine Aussage einer Quelle, also eines V-Mannes des Landesverfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen.

Ich darf daraus zitieren, was der V-Mann da nach Aktenlage ausgeführt hat:

Wie Quelle weiter mitteilte, gehe unter einigen Geschäftsleuten auf der Keupstraße das Gerücht um, dass der Anschlag einen rechtsradikalen Hintergrund haben könne. Dies könne sie, Quelle, sich aber nur schwer vorstellen. Wenn es entsprechende Hinweise gegeben hätte, wäre dies sicherlich von einigen linksorientierten Türkischen Gruppierungen wie beispielsweise seinerzeit in Mölln oder Solingen ausgenutzt worden.

Ist Ihnen diese Protokollierung der Aussage eines V-Mannes Ihrer damaligen Behörde bekannt?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Als ich jetzt Gelegenheit hatte, die Akten noch mal einzusehen, habe ich das gefunden. Das ist richtig, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie sich erinnern, dass Sie das damals schon zur Kenntnis bekommen haben?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Nein. Ich habe ja nicht einzelne Vorgänge von V-Leuten zur Kenntnis erhalten, sondern aufgrund der Strukturen im Ministerium natürlich nur zusammengefasste Auswertungen.

Diese Meldung ist in der Auswertung sicherlich bewertet worden, aber nicht als für mich wichtig oder zielführend bewertet worden. So kann ich es mir nur erklären. Ich habe die jetzt das erste Mal gesehen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie bewerten Sie denn diese Aussage?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich will das nicht zu hoch hängen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, was heißt „nicht zu hoch hängen“? Ist es Ihrer Erinnerung nach so gewesen, dass die Anschläge von Mölln und Solingen ausgenutzt wurden von links orientierten türkischen Gruppierungen, und ist das Ausgenutzt werden eines Anschlages durch links orientierte türkische Gruppierungen ein Beleg dafür, es könnte --

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Das ist für mich eine ziemlich abwegige Behauptung. Es zeigt doch die --

Vorsitzender Sebastian Edathy: Welche denn? Die des V-Manns?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Es zeigt die Qualität der Quelle offensichtlich. Damit disqualifiziert sich meines Erachtens die Quelle, wenn sie so einen Unsinn erzählt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Deswegen habe ich mich auch gewundert, so etwas zu finden, also zu sagen, es ist schon fast ein Ausschlussgrund für eine rechtsextremistische Tat, wenn sie anschließend nicht von linksextremistischen Ausländern - Zitat - „ausgenutzt“ wird.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich vermute, dass die Auswertung dies ebenso bewertet hat und deswegen sagte: So einen Unsinn müssen wir nicht vorlegen.

(Dr. Eva Högl (SPD): Genau! Dass es ihm nicht vorgelegt wurde, ist doch richtig!)

Also, ich kann damit nichts anfangen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, ja. Ich meine, man muss sich wirklich mal Gedanken machen, wen man da so als V-Mann eigentlich führt. Ich habe dazu jedenfalls keine kritischen Anmerkungen gefunden.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Gut. Vielleicht - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist Ihnen nie vorgelegt worden?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber das ist - - Ich wollte es hier nur einführen, weil das dann schon irritiert.

Das Fragerecht geht zur SPD-Fraktion. - Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank. - Herr Dr. Möller, ich möchte mich auch bedanken - Herr Binninger hat es ja eben auch schon mal gesagt - für Ihre einführenden Ausführungen und auch für Ihre Selbstkritik, die damit verbunden war und auch Ihre Betroffenheit zum Ausdruck gebracht hat. Da wir das hier nicht bei jedem Zeugen erleben, möchte ich das noch mal hervorheben und Ihnen ganz ausdrücklich auch im Namen der SPD-Fraktion hier im Untersuchungsausschuss dafür danken.

Ich habe ein paar Fragen, logischerweise, und möchte beginnen, noch mal nachzufragen mit dem Sprengstoffanschlag in der Probsteigasse. Da haben Sie eben, Herr Dr. Möller, ausgeführt, dass da ein politischer Hintergrund nicht ersichtlich war und dass deswegen Ihre Zuständigkeit nicht gegeben war und Sie deswegen daran auch nicht beteiligt waren. Können Sie uns das noch mal kurz sagen? Weil es wurde ja von Anfang an in der Probsteigasse vermutet, es sei der iranische Geheimdienst gewesen, was uns auch einigermaßen absurd vorkam, um das ganz offen zu sagen, wie man als Erstes auf diesen Gedanken bei der Familie kommen kann. Aber das ist ein anderes Thema. Aber warum waren Sie überhaupt nicht befasst? Weil wenn iranischer Geheimdienst, kommt

man gar nicht auf die Idee, auch den Verfassungsschutz mal zu befragen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich kann nur sagen, dass Sie zu diesem Vorgang in den Akten des Verfassungsschutzes nichts finden werden. Das heißt, der ist nicht als politisch relevanter Anschlag bei uns angelandet.

Die Kölner Polizei hat diesen Vorgang selbstständig bearbeitet, und es kann durchaus sein, dass innerhalb dieser Bearbeitung eine solche Bemerkung oder eine solche Bewertung innerhalb der Polizei vorgenommen wurde. Aber wenn man das ernst genommen hätte, dann, gehe ich mal davon aus, hätte man bei uns nachgefragt.

Aber auch das Landeskriminalamt - ich habe das ja jetzt erst erfahren - hat bis Herbst letzten Jahres überhaupt nicht gewusst, dass es da irgendeinen politischen Hintergrund geben könnte. Das heißt, auch die Polizei ist letztlich in der Bewertung immer von einem kriminellen Akt ausgegangen, und einen politischen Bezug, der die Einschaltung des Verfassungsschutzes - und das wäre ja so einer, wie Sie genannt haben - nötig gemacht hätte, hat es bis Ende letzten Jahres nicht gegeben.

Dr. Eva Högl (SPD): Herr Dr. Möller, der Hauptermittlungsansatz der Polizei im Sprengstoffanschlag in der Probsteigasse, nach dem, was wir erfahren haben durch Aktenstudium und Zeugenvernehmung, war, es sei der iranische Geheimdienst gewesen. Das war der Hauptermittlungsansatz. Aber dann hätten Sie, wenn alles richtig gelaufen wäre - wir haben ja hier die Aufgabe, die Fehler zu identifizieren -, doch eigentlich, wenn die Polizei das als Ermittlungsansatz gehabt hätte, auch informiert werden müssen.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, selbstverständlich. Mit dem iranischen Geheimdienst hatten wir natürlich zu tun, und das wäre durchaus interessant gewesen, davon zu erfahren.

~~Ich habe das~~ - Das kann ich jetzt wahrscheinlich ziemlich sicher für den Verfassungsschutz insgesamt sagen: Davon ist uns nichts bekannt.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist für uns ja eine wichtige Information, weil Sie ja auch in diesem Fall, auch wenn es der falsche Ermittlungsansatz war, aber auf jeden Fall

H N

hätten einbezogen werden müssen bei der Probsteigasse.

Dann noch mal das Thema V-Leute; das ist ja auch schon angesprochen worden. Sie haben in Ihren einführenden Bemerkungen gesagt, dass Sie nach dem Mord in Dortmund im April 2006 und auch nach dem Sprengstoffanschlag 2004 in der Keupstraße selber Erkundigungen dann eingezogen haben in der rechten Szene, weil Sie das auch durchaus vermutet haben - das ist ja interessant, dass Sie das auch so ausführen -, und dass Sie dazu Ihre Quellen befragt haben.

Jetzt möchte ich Sie mal fragen: Ist das immer das Einzige, was Sie dann machen: dass Sie Ihre Quellen befragen, wenn Sie von so einem möglicherweise politischen Hintergrund erfahren? Vielleicht erzählen Sie uns noch mal: Was genau machen Sie dann beim Verfassungsschutz?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Zunächst geht es darum, alle Informationen zu sammeln, die wir haben, die wir jetzt neu auf den Tisch bekommen. Dann wird im Auswertungsbereich - in diesem Falle jetzt Rechts-extremismus - der zuständige Referatsleiter -- mit dem wird ein Gespräch geführt und gesagt: Welches Wissen haben Sie im Kopf oder in den Akten zu diesem Komplex? Und dann wird geschaut, was in den Akten des Verfassungsschutzes zu diesem Thema sein könnte.

Das haben wir in beiden Fällen natürlich sofort gemacht. Weil aber nichts da war, habe ich gesagt: Was können wir denn noch machen? Das Einzige oder ein wesentlicher Punkt wäre: Wir haben ja eigene Zugänge in die Szene, die möglicherweise involviert ist. Fragen wir doch mal, ob da Erkenntnisse vorliegen. Und dann werden die Beschaffer damit beauftragt, mit ihren Quellen -- die V-Mann-Führer beauftragt, mit den Quellen darüber zu reden: Was sagt man denn so bei euch? Habt ihr was erfahren? Wer könnte denn dahinterstecken? Und so weiter. Diese Informationen werden dann wieder zurückgespielt.

Das heißt, wir überprüfen bei so einem Sachverhalt unser Wissen sowohl schriftlich fixiert als auch im Kopf und versuchen, das dann zu ergänzen. Das haben wir in beiden Fällen gemacht, weil das die einzigen Möglichkeiten sind, die wir in einem solchen Fall haben.

Dr. Eva Högl (SPD): Haben Sie da aus Ihrer Sicht gute Quellen in den beiden Bereichen? Der Vorsitzende hat ja eben eine Aussage angesprochen. Die ist ja, wie ich finde, zu Recht gar nicht zu Ihnen gelangt, sondern wahrscheinlich gleich zu den Akten genommen worden. Aber haben Sie denn auch gute Hinweise von Ihren Quellen bekommen oder Sachen, an denen Sie dann noch mal drangeblieben sind?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Meinen Sie jetzt generell oder --

Dr. Eva Högl (SPD): In speziell den beiden Fällen interessiert es mich natürlich besonders, aber generell: Sind Sie da so vernetzt, dass Sie da gute Informationen bekommen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich verfolge natürlich die Diskussion über die Notwendigkeit von V-Leuten, und ich kann nur sagen: Das ist eine Menschengruppe, mit der man natürlich nicht unbedingt persönlich befreundet sein möchte. Es sind aber sehr, sehr viele. Das wird meines Erachtens in der Diskussion im Moment unterschätzt: Es gibt eine Fülle von wichtigen Informationen, die auch für den Staat insgesamt und auch für die Polizei sehr, sehr wichtig sind, insbesondere, wenn es Informationen darüber gibt, wo bestimmte Gewaltaktionen der V-Leute wenn V-Leute darüber berichten, wo die rechte Szene zum Beispiel bestimmte Aufmärsche plant. Da gibt es ja manchmal ein richtiges Katz-und-Maus-Spiel.

Wenn wir nicht Informationen bekämen „Die für dort und dort angemeldete Demonstration wird möglicherweise da- und dahin verlegt“, dann würde ein riesiger Polizeiaufwand betrieben werden, der den Steuerzahler sehr viel Geld kostet. Und das sind sehr wichtige Informationen - das ist nur ein Feld -, sehr wichtige Informationen. Da haben wir schon sehr viel effizientere Arbeit leisten können und der Polizei sehr viele wichtige Hinweise gegeben, wo wir gesagt haben: „Das ist nicht ernst zu nehmen, sondern das wird sich da- und dahin verlagern“, oder: „Die werden sofort das Land verlassen und woanders hinfahren“ und andere Dinge. Also, da gibt es schon --

Und auch sonst kann ich nur sagen: Natürlich gibt es da gute und schlechte. Ein V-Mann ist natürlich per se eine schillernde Figur, weil er auf zwei Schultern trägt: Er ist

nutzliche Hinweise erfolgt

g

ja gleichzeitig ein Verräter, und gleichzeitig tut er es meistens auch für Geld. Aber wenn man das richtig einschätzt, sind dort da oft in vielen Bereichen sehr, sehr wertvolle Hilfestellungen erreicht worden. Ich glaube, wenn man darauf verzichtete, würde man sich schon eine sicherheitspolitische Blöße geben.

Dr. Eva Högl (SPD): Das frage ich jetzt noch mal nach bezogen auf die zwei Fälle, wo Sie selber involviert waren: Können Sie sich erinnern, dass die Informationen, die Sie von Ihren Quellen bekommen haben, eine gute Qualität hatten, aber letztlich nicht auf die Spur der Täter geführt haben? Aber - -

Zeuge Dr. Hartwig Möller: In dem Fall Köln-Mülheim war das überhaupt nichts. Das hatte ich ja vorhin geschildert. ~~Die haben --~~ Da waren alle möglichen Spekulationen dabei, aber dann haben wir festgestellt: Die geben nur das wieder, was in den türkischen Zeitungen steht. Das war überhaupt nicht hilfreich, nein. Es war ja auch kein Bezug zur ausländischen Szene da. ~~Es war ja auch --~~ Was sollten die auch erzählen?

Dr. Eva Högl (SPD): Genau. - Darf ich noch mal fragen: Wenn Sie also - - Die eigenen Quellen tragen nichts dazu bei. Sie sind aber an den Fällen dran und haben ja dann auch wahrscheinlich eine eigene Motivation, da ein bisschen weiterzukommen und der Polizei auch zu helfen. Sind Sie denn mal auf die Idee gekommen, mit Ihren Kollegen und Kolleginnen aus den anderen Bundesländern zu sprechen?

Ich frage das insbesondere, Herr Dr. Möller, weil Sie ja ausgeführt haben und sich ja auch intensive Gedanken offensichtlich darüber gemacht haben - - „Braune RAF“ haben Sie für unwahrscheinlich gehalten, aber Sie haben - und das hat mich eben aufmerken lassen - gesagt, dass Einzelgruppenmorde von Rechtsextremen durchaus etwas war, was Sie auf dem Schirm hatten, und dann ist es ja nicht ganz unwahrscheinlich, dass man dann auch mal guckt: Die sitzen vielleicht nicht direkt in Dortmund oder Köln, aber irgendwo anders. - Gab es da Aktivität von Ihrer Seite?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, gab es nicht. Das ist ja das, was ich mir heute vorwerfen würde. Ich hätte wahrscheinlich -- Wenn ich mich frage: „Was hätte ich anders

machen müssen?“, dann hätte ich mich nicht so früh damit zufriedengeben dürfen, dass die gesagt haben: Da ist nichts, und da läuft nichts. Das ist eine reine kriminalpolizeiliche Angelegenheit, mit der wir nichts zu tun haben. Die Hinweise auf Terrorismus gibt es nicht.

Und mir war nicht bekannt, was an Erkenntnissen, was jetzt heute bekannt ist, in ostdeutschen Ländern und beim Bund schon vorhanden war. Wenn man das zusammengebracht hätte, hätte man wahrscheinlich mehr -- Aber ich habe es eben nicht gewusst, und ich habe auch nicht weiter nachgehakt, weil mir dafür einfach vielleicht die Fantasie gefehlt hat; ich weiß es nicht. Das ist das, was ich mir heute wahrscheinlich vorzuwerfen habe.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. Ich gehe davon aus - - Ich sage mal ein bisschen vorsichtiger: Ich hoffe, dass wir jetzt auch aus dieser Mordserie solche Lehren ziehen natürlich, dass so ein Austausch besser - -

War denn das nie mal Gegenstand bei Ihrer Abteilungsleitertagung, also mit den anderen Präsidenten und Direktoren der Landesämter für Verfassungsschutz bzw. Abteilungsleitern aus anderen Bundesländern?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Doch. Es hat natürlich - - Das Thema „Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus“, „Gibt es Rechtsterrorismus?“ war jedes Jahr eine permanente Diskussion, natürlich.

Dr. Eva Högl (SPD): Aber nicht bezogen auf die konkreten Taten jetzt?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, immer abstrakt. Natürlich, immer wenn es -- zum Beispiel der Anschlag beim Münchner Oktoberfest. Immer wenn solche Fälle waren, hat man natürlich sofort generell bundesweit diskutiert: Was heißt das jetzt? Gibt es das anderswo auch noch? Bei jedem Fall, bei dem im rechten Bereich Gewalt angewendet wurde, Waffen im Spiel waren, Terrorismus - in Führungszeichen; es waren ja meist, oft Einzeltäter, aber immerhin - im Spiel war, hat natürlich eine Diskussion stattgefunden, und man hat überlegt: Was könnte es sein?

Auch die Minister, die ich erlebt habe - ich habe ja mehrere erlebt -, waren immer natürlich -- wurden sofort informiert und fragten jedes Mal, bevor der Verfassungsschutz-

bericht veröffentlicht wird: Gibt es Hinweise auf Rechtsterrorismus? Das war immer eine Diskussion. Aber wir haben das negativ beantwortet.

Also, es ist nicht so, dass das Thema nicht gesehen wurde. Nur die Fälle konnte man eben nicht finden oder hat sie nicht gesehen. Und ich habe keine Impulse aus den anderen Ländern erfahren, wo gesagt wurde: „Schaut doch mal da und da nach“ oder so. Wir haben uns schon immer gefragt: „Gibt es da etwas?“ und haben das auch immer zum Anlass genommen, nachzufragen.

Dr. Eva Högl (SPD): Heute wissen wir alle mehr, aber die Tatsache Sprengstoff, gerade Köln, Probsteigasse und Keupstraße, und dann Untergetauchte wegen Sprengstoff, also die Jenaer Bombenbastler, die gesucht wurden -- Heute wissen wir es natürlich und können es zusammenbringen, aber es ist ja dann vielleicht auch ein Hinweis, solche Sachen dann auch entsprechend ernst zu nehmen.

Ich möchte Sie noch mal was anderes fragen zum Stichwort Zusammenarbeit mit der Polizei. Es gab ja eine sehr detaillierte Operative Fallanalyse nach dem Sprengstoffanschlag in der Keupstraße, die das Bundeskriminalamt erstellt hat. Für uns hier im Ausschuss: MAT A GBA-4/7 a, Seite 98 ff. Ist Ihnen die damals mal zu Gesicht gekommen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich muss Ihnen das hier mal kurz -- Ich muss mal daraus zitieren, weil das ist natürlich ein gravierendes Versäumnis, dass so was -- Sie waren ja in der Keupstraße befasst als Verfassungsschutz. Da wird zum Ausdruck gebracht, dass insbesondere der Sprengstoffanschlag in der Keupstraße -- darauf bezieht sich die Fallanalyse auch -- zutiefst menschenverachtend ist und die Täter von Türkenhass geprägt sind. Ich zitiere nur mal gerade:

Die Wirkungsweise des Tatmittels drückt eine hohe Menschenverachtung aus. Sieht man diese in direktem Zusammenhang mit der Auswahl des Anschlagortes, der Keupstraße als herausragendes Beispiel türkischer Kultur und Lebensart, so lässt dies einen ausgeprägten Hass auf die zum Zeitpunkt der Tat im Frisörsalon und auf der

Straße aufhältigen Personen vermuten.

Das ist doch etwas, wenn ich das kurz mal sagen darf, ohne dass ich Ihre Antwort vorwegnehmen will, was Sie unbedingt hätten auch zur Kenntnis bekommen müssen, oder?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Darf ich mal fragen, von wann die Analyse ist?

Dr. Eva Högl (SPD): Die Fallanalyse ist unmittelbar -- ich sollte es hier in meinen Unterlagen haben -- erstellt worden.

(Petra Pau (DIE LINKE): Juli 2004!)

-- Juli 2004 ist die erstellt worden, also unmittelbar nach dem Anschlag in der Keupstraße.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Kann ich mir nur so erklären, dass das schon der Zeitpunkt war, wo die Kölner Polizei die Sache sozusagen allein bearbeitet hat und uns nicht mehr informiert hat. Anders kann ich mir das nicht erklären. Denn normalerweise -- ~~ich~~ bekomme natürlich keine Post vom Bundeskriminalamt, sondern das läuft -- ~~ich~~ kann ich nur erhalten, wenn entweder das Landeskriminalamt oder die Polizeiabteilung meint, das sei ein Fall, der uns auch angeht. Also, ich habe das nicht erhalten.

H anders Post

Dr. Eva Högl (SPD): Dann kann man doch sagen, Sie haben eigentlich wesentliche Dinge, die rund um die Keupstraße ermittelt wurden, oder auch Erkenntnisse, zusätzliche Informationen überhaupt nicht bekommen. Sie waren also pro forma eingeschaltet, durften ein bisschen Ihre Quellen befragen -- entschuldigen Sie, wenn ich das so deutlich sage --, und mehr Informationen hat man Ihnen gar nicht gegeben vonseiten der Polizei.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich würde es anders bewerten.

Dr. Eva Högl (SPD): Okay.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich würde es so formulieren: Am Anfang wurde kurz überlegt: Könnte das ein Fall sein, der den Verfassungsschutz betrifft? So. Und dann hat

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A GBA-4/7 a, Blatt 93.

man keine Hinweise gefunden, und dann ist es, wie immer bei solchen ^H Es ist ja schließlich ein Mordanschlag gewesen. Dann ermittelt die Polizei, und dann kann der Verfassungsschutz eigentlich nur noch helfen, wenn er zur Motivation oder zu den Tätern weitere Informationen hat. Die gibt er dann natürlich weiter, aber die Federführung und die -- Die laufen dann bei der Polizei. Es ist eine Frage dann, ob die Polizei entweder bei uns was fragt oder ob wir etwas erfahren und dann - dafür habe ich immer gesorgt - das der Polizei geben.

Aber diese Informationen laufen beim Verfassungsschutz nicht auf. Das sind dann Teile der polizeilichen Erkenntnisse.

Dr. Eva Högl (SPD): In dem Fall auf jeden Fall ein gravierendes Versäumnis. - Herzlichen Dank, Herr Dr. Möller.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Tören.

Serkan Tören (FDP): Noch mal ganz kurz zur Quellenabfrage; das haben Sie ja ein bisschen detailliert schon geschildert. Mich würde noch mal interessieren: Wie war denn so die Gewichtung? Wie viele Quellen hatten Sie im Bereich Rechtsextremismus, wie viele im Ausländerextremismus?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich glaube, das darf ich hier in öffentlicher Sitzung nicht sagen.

Serkan Tören (FDP): Würden Sie denn sagen, dass es eine bestimmte Gewichtung gab?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Im Rechtsextremismus gab es immer die meisten Quellen - das kann ich vielleicht sagen -, weil die am leichtesten zu gewinnen sind. Aber mehr darf ich dazu, glaube ich, nicht sagen.

Serkan Tören (FDP): Im Zusammenhang mit der Keupstraße gab es ja dann am nächsten Tag - das fand ja am 9. Juni 2004 statt - eine Pressekonferenz des Innenministers Schily und auch seines Landeskollegen aus NRW, Behrens. Wie haben Sie das so mitbekommen, diese Pressekonferenz? Inhaltlich wurde ja sehr schnell eine ausländerfeindliche Tat ausgeschlossen.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Es stand mir natürlich nicht zu, so eine Aussage eines Ministers sozusagen infrage zu stellen. Aber man fragt sich natürlich, wo die Erkenntnisse hergekommen sind. Das weiß ich nicht.

Serkan Tören (FDP): Sind Sie denn persönlich mit eingebunden worden in diese Pressekonferenz vorher?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Nein, natürlich nicht.

Serkan Tören (FDP): Gab es --

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Noch mal: Das sind Polizeifälle gewesen. Wir waren nur am Rande sozusagen betroffen. Das läuft dann auf der Polizeischiene. Von der Pressekonferenz -- Da werde ich weder vorher informiert, dass eine stattfindet, noch wird der Inhalt mit mir abgestimmt. Ich lese dann nur die Ergebnisse und frage mich dann: Woher wissen die das? Aber mehr kann ich mir auch nicht sagen.

Serkan Tören (FDP): „Woher wissen sie das?“ - verstehe ich das jetzt als Kritik am Innenminister Schily und dem Landeskollegen, oder?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich weiß es nicht. Ich kann diese Aussage -- Ich habe sie nicht gemacht, und ich weiß nicht, ob ich sie gemacht hätte.

Serkan Tören (FDP): Würden Sie denn sagen, dass das dann auch Einfluss hatte -- Jetzt sagen Sie: Ermittlungen ist was anderes; dafür waren Sie ja nicht zuständig. - Würden Sie aber trotzdem sagen, dass es auch in Ihrem Bereich und vielleicht - auch da eine Wertung - auch in den Ermittlungen durchaus eine bestimmte Richtung vorgezeichnet hat, wenn sich der Innenminister Schily und sein NRW-Kollege hinstellen und sagen: „Ausländerfeindliche Taten werden hier ausgeschlossen“?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, da würde ich -- Ich glaube, mit dieser Bewertung schätzen Sie das Selbstbewusstsein der Polizei und auch der Ermittlungsbehörden falsch ein.

Serkan Tören (FDP): Aber in der Folge war es dann ja so.

*H
Äußerung nicht
berücksichtigen*

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Die lassen sich nicht durch so eine -- Das würde ich also zurückweisen, dass sich jemand aufgrund einer solchen politischen Äußerung sagt: Dann brauchen wir in der Richtung nichts mehr zu tun; jetzt arbeiten wir nur noch so.

Sondern es ist umgekehrt: Die haben offensichtlich die Bewertung übernommen, zu der die Kölner Polizei ziemlich schnell wohl gekommen ist. So kann ich es mir nur erklären.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kollege Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Aber, Herr Möller, was ich nicht ganz verstehe, ist dann die Motivation. Sie kriegen die Mitteilung von Ihrem Dienstherrn, der die Aussage sagt: Es hat mit Rechtsextremismus nichts zu tun. - Und dann sagen Sie jetzt die ganze Zeit, Sie sind auch nicht wirklich proaktiv gewesen. War das immer so, dass auch der Austausch dann mit der Polizei nicht stattgefunden hat, Sie nicht initiativ werden wollten? Was war der Anlass, weshalb Sie nicht initiativ geworden sind?

Ich kann mir nicht vorstellen, dass es an der Stelle in irgendeiner Form -- Wenn Sie schon sagen, Sie sind ein selbstbewusster Bereich, der nicht unbedingt auf das achtet, was der Minister sagt, wundert es mich dann schon, welche Punkte dazu geführt haben können, dass Sie jetzt sagten: Wir brauchen uns da gar keine Gedanken zu machen.

4 y

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich hatte ja schon ausgeführt, dass das, was wir an Erkenntnissen hatten und was wir tun konnten, um unsere Zuständigkeit und Informationen aus unserem Zuständigkeitsbereich zu dem Fall beizutragen -- waren erschöpft. Das war erledigt. Dann ist der Fall als Polizeifall mit wahrscheinlich -- so ja auch die Äußerung der Minister; das war ja auch die Zielrichtung der Polizei - OK-Hintergrund, also nicht politischer Hintergrund, weiterverfolgt worden. Und wenn dann keine neuen Informationen bei mir auflaufen, gibt es auch keine Notwendigkeit für mich, mich in die Federführung der Polizei dort einzumischen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Aber Polizisten fragen regelmäßig, insbesondere bei Anschlägen, nach einem kriminalistischen Ziel: Welche Richtung könnte ein Anschlag haben? Haben Sie sich darüber Gedanken gemacht, oder wurde Ihnen auch von der Polizei an der Stelle nichts gesagt, dass es hier vielleicht doch kein richtig klares kriminalistisches Ziel hätte geben können?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich hatte ja vorhin ausgeführt, welche theoretischen Möglichkeiten in unseren Köpfen waren, als wir von dem Anschlag gehört haben: Das könnte fremdenfeindlicher Hintergrund sein, das könnte rein krimineller Hintergrund sein; also Schutzgelderpressung ist diskutiert worden; organisierte Kriminalität ist diskutiert worden; Anschlag von Kurden ist diskutiert worden. Alle diese Möglichkeiten sind natürlich diskutiert worden.

Unser Beitrag war: politischer Hintergrund. Nachdem das Thema abgeschlossen war, gab es nur noch Motive, die die Polizei betrafen, und für die Polizei sehe ich auch keine Notwendigkeit, den Verfassungsschutz über ihre kriminellen Motive und ihr eigenes Handwerkzeug zu informieren. *H N*

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gab es denn in Ihrer Abteilung an der Stelle eine Besprechung? Sie sagten eingangs, Sie haben sehr viel Expertise im Bereich Bekämpfung Rechtsextremismus gehabt. Gab es dann im Zuge Keupstraße eine Besprechung bei Ihnen im Haus und eine eigenständige Analyse?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Natürlich haben wir diese Fälle mit allen Zuständigen bei uns besprochen, natürlich. Und die Analyse war: „Wir haben für einen rechtsextremistischen Hintergrund keinerlei Hinweise, wir können zu dem Fall nichts mehr beitragen“, und haben dann die Zuständigkeit dort belassen, wo sie dann auch war: bei der Polizei, die ihre eigenen Ermittlungen mit ihren eigenen Erklärungen durchgeführt hat.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gab es denn immer wieder Besprechungen? 2004 war ja konkret der Anlass dann und danach vielleicht 2005, 2006?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, es gab keine Besprechung mehr, weil ja keine

den; aber mich treibt noch eine andere Frage um, weil in diesem Gutachten gibt es einen Zusatz, wonach nämlich 13 Nutzer des deutschen „Combat-18“-Forums, das zum damaligen Zeitpunkt rund 500 neonazistische Mitglieder hatte, laut Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln und Umgebung lebten.

Haben Sie jemals von der EG „Sprengstoff“ eine Abfrage zu diesen 14 „Combat-18“-Aktivisten im Raum Köln bekommen? Weil das wurde ja in diesem Gutachten den Ermittlern zur Verfügung gestellt.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Davon ist mir nichts bekannt.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, danke schön. - Dann zu einer ganz anderen Frage. Herr Möller, in Ihre lange Amtszeit als Leiter der Abteilung 6 des Verfassungsschutzes im Innenministerium ist ein weiterer Anschlag, der jetzt nicht dem NSU zugerechnet wird, gefallen, nämlich der Anschlag auf eine Gruppe von überwiegend jüdischen Kontingentflüchtlings aus den GUS-Staaten in Düsseldorf am 27. Juli 2000 an der S-Bahn-Haltestelle Düsseldorf-Wehrhahn. Haben Sie damals, als Sie erstmals was von dem Anschlag in der Keupstraße gehört haben, oder auch im Zuge der Befassung mit diesen Dingen da mal Parallelen gezogen oder sich da in irgendeiner Weise damit befasst, inwieweit es einen Zusammenhang geben könnte?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, selbstverständlich; denn dieser Fall Wehrhahn ist natürlich etwas, was die Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen, in Düsseldorf insbesondere, bis heute drückt, weil er unaufgeklärt ist. Dieser Fall ist etwas, was immer noch der Lösung harret.

Selbstverständlich ist immer wieder versucht worden, mit großem Aufwand das aufzuklären, und bei jedem neuen Fall ist natürlich überlegt worden: Könnten das jetzt dieselben Täter sein? Könnten es Parallelen sein? Diese Frage hat sich sofort aufgedrängt.

Petra Pau (DIE LINKE): Und wie haben Sie sich die damals beantwortet?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Der Fall Wehrhahn -- Ich sage, das ist eine offene Wunde, die nicht geschlossen ist, bis heute.

Petra Pau (DIE LINKE): Es hat ja damals den „Aufstand der Anständigen“ ausgelöst und alles, und deswegen --

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, natürlich. Sie hat sehr viel -- Sie hat auch letztlich politisch die Entscheidung gebracht, das NPD-Verbotsverfahren durchzuführen. Das war einer der Auslöser, obwohl nie genau geklärt worden ist, wer eigentlich die Täter waren.

H Das
H bewirkt

Petra Pau (DIE LINKE): Ähnliche Reflexe hatten wir ja leider auch gleich zwei Tage nach dem Auffliegen der NSU-Zelle. Deswegen versuchen wir ja, gemeinsam herauszufinden, wie wir irgendwie nachhaltigere Schlussfolgerungen finden können.

Sie wurden von den Kollegen schon zur Zusammenarbeit mit der Polizei befragt, und Sie haben ja vorhin schon gesagt, dass Ihre Möglichkeiten an einem bestimmten Punkt dann erschöpft waren, als die Polizei in Richtung organisierte Kriminalität usw. weiter vorging. Nun gab es eine Spur, die Spur 104, der EG „Sprengstoff“. Dabei handelte es sich um die Beobachtung eines Augenzeugen, der gesehen hat, wie ein stadtbekannter Neonazi namens Paul B. am Tag des Bombenanschlags in der Keupstraße sich auffällig intensiv an der Absperrung des Tatorts mit einer Polizistin über Details des Anschlags unterhielt und sie quasi - ich nenne es mal so - ausquetschen wollte.

Der Zeuge hat dann auch der EG „Sprengstoff“ am 18. Juni 2004 mitgeteilt - wir finden das in MAT A GBA-4/14 a, Blatt 35 -:

B. ... ist Mitglied des KDS (Kampfbund Deutscher Sozialisten) sowie der Kameradschaft Walter Spangenberg. Beide Gruppierungen sind dem deutschen Rechtsextremismus zuzurechnen und werden von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet.

Sind Sie jemals von der EG „Sprengstoff“ zu diesen Gruppierungen befragt worden? Ich frage das auch vor dem Hintergrund: Die dürften auch im Jahre 2004 schon so gefährlich gewesen sein oder auf dem Weg zu einer solchen Gefährdungslage wie im Jahr 2012; sie sind ja im Juni dieses Jahres verboten worden.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Die beiden Organisationen sind mir natürlich bekannt,

und sie sind auch beobachtet worden vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz. Diese konkrete Aussage kenne ich nicht.

Petra Pau (DIE LINKE): Das heißt, Ihnen ist auch nicht erinnerlich, dass dazu mal gefragt wurde: „Klärt mal ab, ob es da, also jenseits von dem, was ihr an Quellen befragt habt“, ob gegebenenfalls vielleicht sie einen Zugang zu den Gruppierungen haben?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das kann sein, dass das auf einer unteren Ebene geschehen ist, aber bei mir ist das nicht angekommen.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, danke schön. - Moment! - Ich gebe jetzt einfach mal weiter an die Kollegen von den Grünen und komme in der zweiten Runde noch mal, damit ich jetzt nicht zu lange Zeit mit dem Suchen hier verbringe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Alles klar. - Dann hat jetzt Herr Wieland das Fragerecht für die Fraktion Bündnis 90.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Zeuge, ich schließe mich zunächst dem Kompliment des Kollegen Binninger an, dass auch mir sozusagen der selbstkritische Ton in Ihren Ausführungen gefällt. Für uns ist es natürlich auch ein Grund nachzufragen, warum nun gerade ein Landesamt in der Tradition des früheren Ministers Schnoor, der ja als Innenminister mehrere Bürgerrechtspreise bekommen hat, was ja sehr ungewöhnlich für einen Innenminister ist, ein Landesamt, von dem Sie sagen, dass ein enger Draht zur Polizei bestand -- warum nun auch ein solches Landesamt in Sachen Keupstraße -- bei den anderen beiden Ereignissen habe ich eine gewisse Einsicht, dass es nicht so nahe liegend war, aber bei der Sache Keupstraße nun, wie Sie sagten, zwei Innenminister Entwarnung geben hört und nicht auch bei dem ganzen theoretischen Vorwissen, was Sie ja hatten in Ihrem Haus - ich werde Ihnen das auch gleich noch mal vorhalten, was da alles korrekt zu Papier gebracht wurde, auch von Ihnen -- nicht sagt: Also, mal bitte langsam! Unsere Einschätzung ist eine vorsichtiger. Wir können doch diese Spur jedenfalls jetzt noch nicht ausschließen. - Das verwundert uns, wo Sie sagen: Eigentlich waren wir

kurzgeschlossen zwischen Polizei und Verfassungsschutz.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, ich konnte ja nur das ~~oder~~ ~~Wir~~ konnten ja nur das einbringen, was wir an neuen Tatsachen und an neuen Informationen hatten. Alles, was wir wussten und was einen Bezug herstellen könnte zum Rechtsextremismus, haben wir offenbart, und was wir versucht haben, um an weitere Informationen zu gelangen, ist leider misslungen. Das heißt, wir haben das, was wir wussten, beigetragen. Mit einem Bauchgefühl allein kann Ich hätte was bringen müssen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Herr Zeuge, um Bauchgefühl geht es mir nicht.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, mehr hatte ich nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, nein, nein. Nun fangen wir da mal anders an. Es gibt auch ein theoretisches Rüstzeug. Die Frage ist immer, ob man die Theorie dann auch auf die realen Vorkommnisse richtig anwendet.

Deswegen möchte ich mal im Jahr davor anfangen: verhinderter Sprengstoffanschlag in München, Fall „Wiese“, haben Sie selber genannt. Darüber haben wir in den Akten aus Ihrem Hause die Besprechung der AK-IV-Sitzung, 14./15. Oktober 2003, wo unter „Sachverhalt“ folgende beide Sätze stehen, die wir natürlich hier immer mit besonderem Vergnügen lesen. Ich zitiere - das ist MAT A NJW -- Entschuldigung: NRW, sorry. Es steht hier sogar nur „NW“, ich habe das „NRW“ -- ist es „6 j“. Da steht das auf Seite 90, jedenfalls in der handschriftlichen Paginierung. Da heißt es unter „Sachverhalt“:

Die Einbindung der Behörden des Verfassungsschutzes in die Ermittlungen bezüglich der Münchner Gruppe geht gegen Null. Die Informationslage resultiert im Wesentlichen aus der Lektüre der Presse, nicht aus offiziellen Mitteilungen.

Klingt nicht gut, sage ich mal. Und dann haben Sie aber daraus die Konsequenz ge-

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A NW-6 j, Blatt 90 bzw. 161 (elektron. Zählung).

zogen, zu analysieren, dass es Tendenzen zum Rechtsterrorismus jedenfalls gibt, und haben selber einen Vermerk, einen langen Vermerk gefertigt, wo es über mögliche Strukturen und Aktivitäten von „Combat 18“ in Deutschland geht, und hatten sogar -- Ein Vertreter Ihrer Behörde, ein Vertreter Nordrhein-Westfalens trug sogar vor, dass auf einen bestimmten Sänger hier Erkenntnisse sind.

Es gab sozusagen den Bogen Rechtsterrorismus, „Combat 18“, Nordrhein-Westfalen, und dann haben Sie in diesem Vermerk sehr ausführlich sozusagen die Geschichte rechtsterroristischer Anschläge niedergelegt: „Wehrsportgruppe Hoffmann“, Oktoberfest, diverse Brand- und Sprengstoffanschläge, Manfred Roewer, Heinz Galinski, das Grab, eine Reihenfolge, wo eigentlich nur noch Köln/Keupstraße fehlt. Das war da noch nicht, aber das theoretische Rüstzeug haben Sie doch gehabt, dass so etwas von Rechtsextremen kommen kann. Und dann passiert es vor der Haustür, und dann sagen Sie --

Das haben wir beim Bundesamt auch schon gehabt, noch extremer bei Herrn Cremer, der damals, Abteilungsleiter war. Der hatte das auch alles in der Theorie, hat es auch zu Papier gebracht, hat sogar geschrieben, ein solcher Anschlag ohne Bekenntnis könnte rechtsextrem sein; das ist die Handschrift, und dann gesagt: Aber wir haben keine Hinweise, dass es rechtsextrem ist. - Also ein logischer Zirkelschluss par excellence: Mord ohne Hinweise ist rechtsextrem, aber uns fehlen die Hinweise, dass es rechtsextrem sein könnte.

Frage: Wenn man das alles weiß - und Sie haben es wirklich sogar zu Papier gebracht -, wenn man aufruft: „Wir müssen wachsam sein“ - steht da auch alles wunderbar drin: Wir dürfen uns nicht im Sessel zurücklehnen; wir müssen wachsam sein -- So. Wir werfen Ihnen sicherlich nicht vor, dass Sie es nicht verhindert haben, aber dass dann die Analyse nicht kam und dies mal einbringen in die Debatte: Wir müssen auch in diese Richtung denken --

Wir haben bei der Polizei erlebt - das haben wir da lang abgehandelt -: Sie haben auch die Täter gesucht, aber immer nur im Raum Köln. Das ist das nächste Phänomen, was wir hier haben: Jeder sucht die Täter bei sich: die Nürnberger in Nürnberg, die Kölner in Köln, und ein Bundesamt hat eine bun-

desweite Analyse. So. Deswegen genug des Vorhaltes.

Wie konnte es sein, dass trotz dieser präzisen und richtigen, wie ich finde, Gefahrenhinweise, die Sie abstrakt gegeben haben, dann die Einordnung nicht stattfindet?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich glaube, ich habe das schon gesagt: Weil ich keine Anhaltspunkte hatte, die diese theoretischen Überlegungen konkret abgedeckt haben. Es ist das, was ich mir heute vorwerfe. Genau die Frage, die Sie haben, hätte man sich für uns frühzeitig stellen müssen? Wir haben zu früh uns zufriedengegeben damit, dass wir gesagt haben: Die Polizei ist zuständig; die Polizei ermittelt. Uns liegen keine Hinweise vor. Die Polizei sieht keinen politischen, rein rechtsterroristischen Hintergrund. - So. Ich frage mich ja auch: Was hätte ich jetzt machen können? Da hätte ich sagen müssen: Gibt es nicht -- Man hätte insistieren müssen: Gibt es nicht doch irgendwelche Hinweise, auch außerhalb von Nordrhein-Westfalen - Sie haben es ja angesprochen -, die in die andere Richtung gehen?

Dass das theoretisch möglich war, war uns natürlich klar, aber das reicht nicht. Ich brauche konkrete Anhaltspunkte, und die habe ich nicht gehabt. Heute sind wir alle schlauer.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, Sie sollten die Täter nicht finden; das war Aufgabe von Polizei und Staatsanwaltschaft. Aber wenn Sie wenige Monate vorher, selber von Ihnen unterzeichnet, schreiben - ich darf zitieren -:

Bei beiden Anschlägen

- das sind diese vergangenen; Wehrmachtausstellung und Grab Heinz Galinski war das -

steht ein rechtsterroristischer Hintergrund durchaus zu vermuten. Besorgniserregend sind zudem auch die immer wieder vorkommenden Waffenfunde bei Rechtsextremisten, wobei insbesondere die Waffenfunde bei ... Angehörigen der personell starken und relativ straff organisierten „Skinheads Sächsische Schweiz“ (im Jahre 2001 verboten) berechtigte Sorge vor dem Wiederaufkommen rechtsterroristischer Strukturen hervorrief. Die Aktivitäten der „Skinheads Sächsische Schweiz“ wiesen

*andere vorhalten
müssen?*

lich habe ich öfter mit dem Minister telefoniert. Das kann ich jetzt nicht mehr beantworten; das weiß ich nicht. Aber er ist ja vom Lagezentrum informiert worden und hat dann das Lagezentrum gefragt, diese Frage gestellt. Da müssten Sie ihn schon selbst fragen. Ich weiß nicht, was der Hintergrund war. Ich habe ja nur versucht, Ihnen das zu erläutern.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): In dieser Nacht hat er Sie aber nicht angerufen oder mit Ihnen gesprochen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Nein. - Ich weiß nicht -- Man müsste -- Auch die erste Frage -- Ich verstehe natürlich Ihren Ansatz, dass Sie natürlich jetzt sich festhalten müssen aufgrund Ihres Auftrages an dem Problem Rechtsterrorismus. Das ist aber aus der Sicht des Verfassungsschutzes allgemein und auch bei seiner Befassung mit Rechtsextremismus ein ganz kleiner Ausschnitt. Die Hauptaufgabe des Verfassungsschutzes ist das Sammeln von Informationen über rechtsextremistische Organisationen und Strukturen und die Information der Öffentlichkeit.

Was ich vorhin in meinem Statement geschildert habe: Rechtsextremismus betrifft natürlich im Wesentlichen die Aufklärung über die Gefahren des Rechtsextremismus, Aussteigerprogramme, Programme in den Schulen, zu verhindern, dass Jugendliche Rechtsextremisten werden. Das war die Hauptaufgabe unserer Tätigkeit. Wir haben also vorbeugende -- also Extremismusprävention, und zwar im Bereich Rechtsextremismus, und dafür haben wir auch viel Anerkennung überall gewonnen, mit sehr originellen Ideen. Das war unsere Hauptaufgabe.

Hier geht es um einen ganz kleinen Ausschnitt. Der Verfassungsschutz kümmert sich in aller Regel nicht um Einzelpersonen, sondern um Strukturen und um Organisationen. Die Tätigkeit --

Natürlich will ich jetzt mich hier nicht rausziehen und sagen: Wir haben mit der Sache nichts zu tun. - Ganz im Gegenteil: Natürlich müssen wir der Polizei und der Staatsanwaltschaft die Informationen liefern, die wir haben, damit sie ihre originären Aufgaben wahrnehmen können. Das haben wir auch gemacht. Aber in dem Falle hier konnten wir - ich wiederhole mich - keine weiteren inhaltlichen Dinge zuführen.

Natürlich sind diese theoretischen Überlegungen immer angestellt worden, aber es ist auch eine Frage der Zuständigkeit und der Kapazitäten. Wir haben in Nordrhein-Westfalen gut 300 Verfassungsschützer und 45 000 Polizisten. Da muss man auch mal sehen, wer was kann und wer was tut. Sie müssen auch die Dimensionen mal sehen. Wenn die Polizei zuständig ist für einen bestimmten Bereich, dann drängeln wir uns da nicht rein, sondern wir drängen uns nur dann rein, wenn wir sagen: Wir haben etwas, was euch helfen kann. - Aber wenn sie das selber machen - und bei uns ist die Polizei sehr selbstbewusst -, dann machen die das alleine.

Was ich vorhin geschildert habe über den Informationsfluss, das ist der Informationsfluss vom Verfassungsschutz zur Polizei, den ich verbessert habe, ja. Der Informationsfluss der Polizei zum Verfassungsschutz, auf den habe ich keinen Einfluss. Da ist die Polizei bei uns sehr selbstbewusst.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wir haben das positive Beispiel hier gehört von Ministerpräsident Beckstein, der selber stark Einfluss genommen hat, indem er sagte: Da kann es rechtsradikalen Hintergrund geben. - So etwas gab es bei Ihnen nicht, wenn ich das richtig höre.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das weiß ich jetzt nicht, aber mir ist nicht bekannt, dass unser Minister in irgendeiner Form seine Meinung, in welche Richtung die Ermittlungen gehen sollten, ausgedrückt hat, mir gegenüber jedenfalls nicht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und die Rolle des Verfassungsschutzes, die ja in dieser Nacht für ihn zweifelhaft war, wurde auch nicht in Lagebesprechungen im Ministerium mal erörtert, Abteilungsleiterbesprechungen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Wir haben natürlich -- In Abteilungsleiterbesprechungen wurde so was nicht besprochen, sondern da gab es besondere Besprechungen der Sicherheitsabteilungen. Bei so einem Anschlag könnte vielleicht noch die Katastrophenschutzabteilung dazugezogen werden. In dem Bereich würde das dann gemacht, und da wurden auch diese Besprechungen durchgeführt, und da wurde natürlich auch intensiv über alles diskutiert; aber ich betone

noch mal: Die Polizei in Nordrhein-Westfalen ist selbstbewusst, und die haben das auch. Die brauchen den Verfassungsschutz nicht unbedingt. Die machen das alleine, und wir müssen uns da sozusagen schon reinhängen und was bringen, wenn wir uns da einmischen wollen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also diese 300 Mitarbeiter, die Sie haben, halte ich schon für sehr wertvoll, weil: Was sie tun sollen, ist ja Vorfeldaufklärung. In einem Fall, wo ich nichts weiß, ist das fast die wichtigste Komponente. Insofern: Ich unterschätze das nicht.

Aber Ihre Aussage führt mich zu einer zweiten Frage, und jetzt frage ich Sie mal, auch weil Sie ja Abstand haben, nicht zu dem Fall, sondern zu Ihrer Funktion. Im Nachhinein betrachtet, ist die Konstruktion einer Abteilung 6 oder einer Abteilung in einem Innenministerium aus Ihrer Sicht im Vergleich zu einer selbstständigen Oberbehörde Landesamt für Verfassungsschutz richtig?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja. Ich bin fest davon überzeugt, dass das der bessere Weg ist - das kann ich eindeutig so sagen -, einfach deshalb, weil der Verfassungsschutz dort auf Augenhöhe mit der Polizei, zumindest auf der politischen Ebene, verhandeln kann, was sonst nicht der Fall ist. Wenn der Verfassungsschutz im Ministerium nur in einem Aufsichtsreferat vertreten ist, in einer Abteilung, die alles Mögliche noch macht und möglicherweise sogar die Polizeiabteilung ist, dann ist eine klarere Rangordnung gegeben zwischen diesen beiden Aufgabenbereichen.

Der Verfassungsschutz ist schon rein personell natürlich - ich habe ja die Zahlen genannt - immer in einer schlechteren Position, und die Polizei ist natürlich immer in einer besseren Position. Durch die Tatsache, dass der Verfassungsschutzabteilungsleiter Abteilungsleiter ist und gleichzeitig Leiter des Amtes sozusagen, findet ein viel besserer Austausch statt auf der politischen Ebene und auch auf der Leitungsebene und in dem Hause auch. Jedenfalls gibt es nicht die Minderwertigkeitskomplexe, die in vielen Landesämtern gegenüber den Ministerien und der Polizei bestehen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das ist auch eine interessante Aussage, aber was ich jetzt beklage, Herr

Dr. Möller, ist: Bei Ihren Aussagen habe ich einfach den Verdacht, dass Sie eine äußerst geringe operative Fokussierung hatten. Sie haben das gerade eben sehr schön ausgeführt: Sie waren für Präventionsprogramme zuständig, Sie waren weniger auf Personen ausgerichtet. Konkrete Fälle sind nicht so Ihr Fokus gewesen.

Ich habe einfach den Verdacht, weil ich in beiden Institutionen auch schon mal gearbeitet habe, einem Ministerium und einer Behörde, dass die Mentalität in einer Abteilung 6 sehr ministeriabel ist und die Mentalität in einem Landesamt sehr operativ. Was in diesem Fall gefehlt hat, war die operative Schlagkraft. Deswegen die Frage: Könnte es nicht sein, dass das Nichtbeachten eines „BfV Spezial“ 2004, eines LfV-Thüringenschreibens 2003, einer BfV-Tagung 2003, wo immer wieder auf Jenaer Bombenbastler reflektiert wurde, auch daran liegt, dass die Fallfokussierung, wirklich auf einen einzelnen Fall, eben in einer Abteilung 6 so nicht gegeben ist?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das sehe ich überhaupt nicht so. Denn auf dieser Ebene findet ja auch ein bundesweiter Austausch und auch ein bundesweiter Wettbewerb der Beschaffer, der Auswerter usw. statt. Da ist nie von irgendeiner Seite, auch nicht vom Bundesamt, die ja die Länder koordinieren, der Hinweis gekommen, dass Nordrhein-Westfalen in der Beziehung irgendwie schlechter arbeiten würde oder weniger gut eingestellt sei als irgendein Landesamt. Ganz im Gegenteil: Nordrhein-Westfalen - das sage ich hier voller Selbstbewusstsein - gehörte immer zu den am besten operativ und auch sonst tätigen und besten geführten Verfassungsschutzämtern im Lande. Das waren nur drei oder vier, die aus meiner Sicht überhaupt dieses Lob verdienen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Letzte Frage: Wenn das BfV bei der Lagezentrale der Polizei in Nordrhein-Westfalen anruft, um zu erfahren, wer von Ihnen ansprechbar ist, heißt das dann, dass Sie gar keinen Bereitschaftsdienst hatten oder dass ein LfV oder eine Abteilung 6 keinen Bereitschaftsdienst hat? Ich stelle mir jetzt einfach vor, da die beiden Behörden auch noch so nah geografisch aufeinandersitzen, Düsseldorf und Köln, dass gerade diese beiden Ämter sehr eng miteinander kooperieren müssten, aber dass das BfV dann nachts bei

richtet hätte, und die hätte auch wiederum nur telefonisch lapidar mitgeteilt, man wird es bei den weiteren Ermittlungen berücksichtigen. Im Klartext gesprochen: Höfliche Ablehnung, nach dem Motto: Lasst uns in Ruhe mit euren Hinweisen!

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das kenne ich nicht, kann ich auch nicht beantworten, die Frage, ob das von ~~H~~ Es ist so, dass ich, schon wegen der Aufgabe, nicht alle Eingänge sehe, sondern die gehen direkt an die ~~H~~ Die Ordnung war so, dass diese Eingänge erst an die Fachreferate gehen, und die legen dann vor, wenn sie etwas für wichtig halten. Ich kann mich an so etwas nicht entsinnen und weiß auch nicht, ob das an die Polizei weitergegeben wurde. Das kann ich nicht beantworten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was wäre die übliche Praxis gewesen? Dass man so was dann eins zu eins, also als Kopie, einfach weitergibt oder dass man daraus noch mal einen eigenen Vermerk macht mit dem, was relevant ist, also dass man es filtert? Oder geht es ungekürzt im Original als Kopie an die Polizei?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das kommt darauf an, was sonst an Informationen da drin sind. Natürlich gehen auch nicht alle Informationen an die Polizei uneingeschränkt, sondern nur - - Wenn da irgendwie wichtige Daten sind, die für die Polizei nicht bestimmt sind, dann würde es nicht weitergehen. Wenn es ein harmloses Papier ist, dann würde es so weitergehen. Das kann ich so nicht beantworten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was mir auffällt - vielleicht können Sie noch mal die erste Seite umblättern -: Dieses Dossier stellt auch einen Zusammenhang her zum ersten Sprengstoffanschlag in Köln, auf das Lebensmittelgeschäft. Er wird genannt und auch, dass der Täter dort ein 25-jähriger Deutscher gewesen sein sollte, und die Täterhinweise auf die Nagelbomben: ein 25- bis 30-jähriger Deutscher. Da wird zum ersten Mal auch eine Verknüpfung schon angedeutet.

Dass die Auswahl des Tatortes Keupstraße eher auf „Combat 18“ eindeutig hindeutet - nach dem Motto „Um die Opfer kümmert sich eh niemand, da dürft ihr ruhig

mal zuschlagen“, jetzt verkürzt gesprochen -, wird dort auch beschrieben.

Was für mich das Ergebnis war: Wenn man dieses Papier liest, kann man eigentlich keinen Tag länger Richtung OK ermitteln.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig!)

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Den Schluss kann man ziehen, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, okay.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich kann es jetzt nicht beantworten. Ich weiß nicht, ob das an die Polizei gelangt ist, kann ich nicht - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Besonders tragisch wird es, wenn man sieht - das ist jetzt nicht an Sie gerichtet -: Das BfV machte ja wieder - ich glaube, vorhin sprach man es an - eine NADIS-Abfrage, also Informationssystem der Nachrichtendienste: „Wer ist mit Sprengstoffdelikten, männlich, im Alter zwischen 20 und 30 in Erscheinung getreten“ - völlig auf dem richtigen Weg, und dann biegen sie falsch ab - „aus dem Großraum Köln?“ Hätte man dort gesagt „deutschlandweit“, wären als Treffer gekommen: Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe, und man hätte Videos gehabt. Also, Wissen war in diesem Fall mehr als genügend da. - Okay, danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kollege Stracke.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Herr Dr. Möller, wir blicken ja zum einen drauf: Was ist unter Umständen an der Sicherheitsarchitektur zu verbessern, und was konkret ist schiefgelaufen? Aber wir wollen natürlich auch mal einen Blick in die Zukunft ein bisschen wagen: Was müssen wir denn insgesamt verbessern? Insofern würde mich interessieren, was Sie ja angesprochen haben: Die Polizei ist sehr selbstbewusst. Das klingt ja dahin gehend, dass Sie sagen, die Polizei bindet Sie nur dann ein, wenn sie es für erforderlich erachtet, und Sie gleichzeitig dafür Sorge getragen haben, dass Sie die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes auch immer an die Polizei beispielsweise herantragen.

Deswegen würde mich zunächst einmal interessieren: Wie gestaltet sich denn diese Landes-IGR eigentlich aus? Was läuft da tatsächlich ab in diesem Verbund zwischen Polizei und Verfassungsschutz, gerade was das Thema Rechtsextremismus angeht?

Und zum Zweiten: Wenn Sie feststellen - so kommt es jedenfalls bei mir an -: „Wir würden Informationen ja durchaus liefern, wenn wir uns damit befasst haben und da tatsächlich draufkommen, aber von der Seite der Polizei“ - so interpretiere ich das jetzt jedenfalls, wenn Sie sagen, die sind selbstbewusst - „kommt da immer nur relativ wenig“, haben Sie denn das, auch aufgrund Ihrer tatsächlichen Verortung, wo Sie ja Ihre Verfassungsschutzabteilung haben, dann auch politisch eigentlich mal vorgetragen und gesagt: „Da müssen wir auch zu Veränderungen kommen“?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Diese Landes-IGR ist ja der Versuch, sowohl auf der ministeriellen Ebene Polizeiabteilung, Verfassungsschutzabteilung - das wäre an sich nicht notwendig; da könnten wir uns auch so verständigen - zusammenzubringen. Aber vor allem ganz wichtig war, dass wir das LKA und vor allem die Justizminister dabei haben wollten, und zwar vor allem die Strafvollzugsabteilung, weil wir festgestellt haben, dass sowohl, was Islamismus angeht, aber auch Rechtsextremismus angeht, eine ganze Menge auch in den Gefängnissen läuft und dass da Informationen sind, die normalerweise von der Justiz sehr zurückgehalten werden, und dass es da auch Informationsaustausch gibt und geben muss und dass da Informationen ~~Da~~ ~~um~~ ~~es~~ ~~da~~ ~~vor~~ ~~allem~~ ~~auch~~ ~~Der~~ ~~Akzent~~ ~~lag~~ ~~darauf~~, die Justiz in irgendeiner Form mit einzubinden. Das war der Hauptpunkt bei der ganzen Sache.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Aber hauptsächlich die Justiz, jetzt nicht die Ermittlungsbehörde wie die Polizei, dass man die mit eingliedert?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Die Ermittlungsbehörde, Polizei und Staatsanwaltschaft, hat mit dem Verfassungsschutz in Ermittlungsdingen relativ wenig zu tun.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Wenn Sie auch in Ihrem Eingangsstatement sagen, man müsste den strukturierten Informationsaustausch insgesamt verbessern, dann

würde mich interessieren: Was meinen Sie damit? Heißt das jetzt zum einen, innerhalb des Landes NRW selber, und mit welchen Folgerungen? Und zum anderen, was ja auch die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden der anderen Länder angeht: Was müsste denn da tatsächlich konkret verbessert werden?

Ich denke vor allem da auch an Rechtsgrundlagen, dass Sie mir mal einfach darstellen: Wie stellt sich derzeit die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Verfassungsschutzbehörden der Länder dar? Gibt es da einen strukturierten Austausch, quasi einen Automatismus? Oder wie muss man sich das vorstellen? Was würden Sie empfehlen, was man hier an Informationsaustausch verbessern müsste?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Na ja, einen Teil, Schritte hat man jetzt schon inzwischen ja begangen. Das heißt, man muss die Rechtsgrundlagen natürlich für einen Informationsaustausch schaffen, die, sagen wir mal, die Informationen bündeln und zusammenführen, wie das jetzt ja inzwischen organisiert worden ist.

Das ist sicherlich eine Notwendigkeit gewesen, und das haben alle Erfahrungen ja auch ergeben in anderen Zusammenhängen, also mit Islamismus usw., als diese Organisationseinheiten in Berlin geschaffen wurden, dass dieser Erfahrungsaustausch und Wissensaustausch in einer zentralen Stelle, wo alle Vertreter der Länder dabei sein können mit dem Bund und mit anderen Bereichen, sicherlich einen erheblichen Vorteil für die Informationen gibt.

Was ich meinte mit „über Zuständigkeitsbereiche hinaus“, war, dass ich natürlich aus heutiger Sicht - das ist auch nur eine Spekulation von mir - möglicherweise mich anders verhalten hätte, wenn ich von den Dingen, die in den Landesämtern, in den ostdeutschen Landesämtern in Sachen NSU schon bekannt waren, gewusst hätte, wenn das sozusagen bei uns präsent gewesen wäre und nicht als eine ureigene Angelegenheit dieser Länder betrachtet worden wäre. Das meine ich mit Zuständigkeitsbereichen.

Auch wenn es keinen Nordrhein-Westfalen-Bezug für uns gab - aber es gab ihn ja doch, wie wir jetzt wissen -, wäre das natürlich sehr viel einfacher gewesen, wenn man über diese Dinge informiert gewesen wäre. Dann wäre auch das, was ich mir natürlich heute vorwerfe: „Warum hast du dein theore-

tisches Wissen hier nicht konkret nachdrücklicher eingesetzt, um die Polizei auf die richtige Fährte zu setzen?", oder wie auch immer --

Das sind natürlich die Dinge, die verbessert werden müssen. Vor allem der Informationsaustausch in diesen Bereichen, das muss besser werden. Und diese Abschottung, die es in vielen Bereichen gegeben hat, muss überwunden werden.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Derzeit wird ja an drei Stellen insbesondere gearbeitet: Gemeinsames Abwehrzentrum, diese Verbunddatei, Zentralstellenfunktion des BfV. Gibt es denn aus Ihrer praktischen Erfahrung heraus noch Dinge, wo man sagen muss, darüber hinausgehend müsste man noch was verbessern, beispielsweise um auch Zusammenhänge aus dem Dunkel herauszuheben, zu verknüpfen oder Sonstiges?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich glaube, dass dieser Ansatz in den drei Punkten, die Sie geschildert haben, sicherlich der richtige Weg ist. Was man an organisatorischen Dingen da noch machen kann, das weiß ich nicht. Aber entscheidend ist für mich: Diese organisatorischen Entscheidungen schaffen den Rahmen für eine bessere Zusammenarbeit. Aber die bessere Zusammenarbeit funktioniert natürlich nur, wenn die betreffenden Mitarbeiter auch mitziehen. Ich glaube, man kann und muss sehr viel mehr tun, um die Einstellung der Mitarbeiter und die Öffnung für diese Fragen zu ändern. Denn sonst laufen auch die besten organisatorischen Entscheidungen falsch, wenn nicht die Leute mitziehen, und da muss man dran arbeiten, glaube ich.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Sehen Sie denn, was die Informationsgewinnung des Verfassungsschutzes angeht, speziell was Ihre Abteilung betraf, die bisherigen Regelungen eigentlich als sachgerecht an, oder würden Sie da unter Umständen Optimierungsbedarf sehen, und wenn ja, in welchen Bereichen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Im Augenblick wird ja gerade in Nordrhein-Westfalen - das weiß ich aber auch nur sozusagen nach meinem Dienst - überlegt, wie der Verfassungsschutz neu konstruiert werden kann. Im Moment arbeitet man ja daran, den Verfassungsschutz anders aufzustellen. Ich kann

nur hoffen, dass dann diese Fragen besser behandelt werden. Ich bin da als Sachverständiger sozusagen nicht mehr gefragt.

Also, es läuft im Moment eine Untersuchung gegeben durch einen Beauftragten, der die Verfassungsschutzabteilung analysiert hat. Wenn ich das richtig verstanden habe, wird es auch da neue strukturelle Entscheidungen geben, und ich kann nur hoffen, dass es dann besser wird. Aber wohin das konkret läuft, weiß ich nicht im Moment.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Das Fragerecht hat die SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank. - Herr Dr. Möller, ich möchte noch mal an dem Stichwort Zusammenarbeit der Behörden einen Moment verweilen, weil das ja doch auch ein kritischer Punkt war bei Ihrer Arbeit, also der Austausch sowohl von der Polizei zu Ihnen als auch von Ihnen zur Polizei, und komme noch mal zu sprechen auf diese Analyse des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Zusammenhang mit „Combat 18“ und den Ausführungen da. Da haben meine Kollegen ja auch schon angesprochen, dass da die Aufforderung war, das an die Polizei zu übergeben.

Ich will jetzt noch mal was anderes ansprechen, und zwar ist in dieser Analyse auch drin, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz selber Quellenbefragungen durchführt - das haben wir in dem Vermerk drinstehen - und dass dann auch diese Quellen genau zu den Videosequenzen und zu den Umständen des Sprengstoffanschlags befragt werden sollen. Haben Sie davon gewusst? Also, wird sich da mal ein bisschen ausgetauscht mit dem Bundesamt?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Die Frage Verfassungsschutzbehörden und Quellen ist natürlich das heikelste Thema überhaupt.

Dr. Eva Högl (SPD): Deswegen frage ich danach, Herr Möller.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich kann nur sagen, dass ich da erhebliche Verbesserungen erlebt habe nach der Analyse des gescheiterten Verbotverfahrens. Da hat es erhebliche Verbesserungen gegeben hinsichtlich der gegenseitigen Information über

H- überprüfe

H
V-Leute
H Folge
H noch verbessert werden

solche -- Es hat jährlich Besprechungen gegeben zwischen dem Bundesamt und den Ländern, um festzustellen: Wer ist wo vertreten? Wo gibt es Defizite? Wo sind wir redundant? Wo haben wir zu wenige? Das ist erheblich besser geworden in der H Und das muss möglicherweise H Wahrscheinlich ist das der Punkt, der noch weiter intensiviert werden muss.

H stelle

Aber bis dato -- In meiner Zeit jedenfalls war es so, dass die Namen der Betroffenen jedenfalls gehütet wurden wie das Heiligste des Verfassungsschutzes. Das war sozusagen das Eingemachte, was nach Möglichkeit eben nicht weitergegeben wurde. Da muss man drüber nachdenken, ob man zumindest im Verfassungsschutzverbund hier eine größere Vertraulichkeit in diesen Bereichen herstellen kann. Das kann ich so nicht beantworten. Das ist auf jeden Fall eine Schwach-

Dr. Eva Högl (SPD): Meine Frage war noch mal, konkret jetzt vielleicht auch noch mal bezogen auf den Sprengstoffanschlag in der Keupstraße in Köln: Da Ihnen dieser Vermerk mit der „Combat-18“-Analyse des Bundesamtes für Verfassungsschutz ja damals nicht zugegangen ist, war Ihnen denn bekannt, dass auch das Bundesamt für Verfassungsschutz zum Zeitpunkt nach dem Sprengstoffanschlag ganz gezielte Quellenbefragungen gemacht hat? Sie sind ja in die gleiche Richtung unterwegs gewesen.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das kann sein, dass ich darüber informiert worden bin, dass mir beiläufig jemand sagte: Im Übrigen fragt auch das Bundesamt seine Quellen. - Das halte ich für möglich, dass es so gewesen ist. Das war aber nichts Besonderes. Ich vermute, dass mir das en passant mündlich mitgeteilt worden ist. Es würde mich aber auch nicht wundern, weil das ist eine ganz normale Verhaltensweise.

Dr. Eva Högl (SPD): Nur: Wenn das das einzige wirkliche Instrumentarium ist, was Sie dann auch haben, um Erkenntnisse zu bekommen nach so einem Anschlag oder wie in Dortmund nach dem Mord, ist das natürlich besonders brisant, wenn das dann nicht ausgetauscht wird und wenn die Erkenntnisse nicht weiterführen. Also, wenn es viele Instrumentarien gäbe, wie der Verfassungsschutz tätig werden könnte, könnte ich das noch verstehen. Aber in dem Fall ist da

auf jeden Fall Verbesserungsbedarf. - Aber, Herr Dr. Möller, das haben Sie auch gesagt.

Ich will noch mal einen anderen Punkt ansprechen, auch heikel - wir hatten ja auch gerade einen aktuellen Fall -: verdeckte Ermittlungsmaßnahmen oder Vertrauenspersonen bei der Polizei. Auch wieder das Stichwort Zusammenarbeit, Informationsaustausch. Das ist ja nicht ganz unwichtig. In dem Fall sind ja auch eine Reihe von verdeckten Ermittlungsmaßnahmen, leider auch, weil die Angehörigen der Opfer verdächtigt wurden -- Sie haben das in Ihrem einführenden Beitrag ja auch ausgeführt; das ist ja besonders grauenvoll. Haben Sie sich darüber auch mit der Polizei mal ausgetauscht, über verdeckte Maßnahmen? Oder gibt es da gar keinen Austausch?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Das ist auch für die Polizei das Eingemachte. Ich war ja auch lange für Polizei zuständig. Wir würden H Die V-Leute werden bei der Polizei genauso geschützt, wie sie beim Verfassungsschutz geschützt werden, weil man genau weiß: Wenn sich rumspricht, dass die Vertraulichkeit hier auch gegenüber anderen Behörden nicht gesichert werden kann, dann wird es unheimlich schwer, noch vernünftige Informanten zu gewinnen. Die Grundvoraussetzung überhaupt, dieses Instrument einsetzen zu können, ist das Vertrauen der V-Personen, dass ihre Anonymität gewahrt bleibt und dass nur so wenig Menschen wie möglich von ihrem Klarnamen und von ihrer Tätigkeit wissen. Denn sonst kann man das Instrument beerdigen. Deswegen findet da natürlich immer eine Hemmung statt, das mehr Leuten als unbedingt notwendig mitzuteilen.

Dr. Eva Högl (SPD): Das ist ja auch absolut nachvollziehbar, wenn ich das kurz bewerten darf. Andererseits haben wir dann auch die absurden Situationen, dass von den jeweiligen Behörden, die von der anderen Behörde eben nicht wissen, dass sie mit Vertrauenspersonen arbeiten, dann die jeweilige Vertrauensperson in den Fokus der eigenen Arbeit rückt. Da müssen wir natürlich uns auch darüber Gedanken machen, wo wir da Quellenschutz auf der einen Seite und guten Austausch auf der anderen Seite auch ermöglichen. Das wird sicherlich auch eine schwierige Maßnahme sein.

Jetzt möchte ich noch mal ganz kurz auch zurückkommen zu dem Thema Verfassungs-

schutzreform. Wir haben schon angesprochen: Informationsaustausch. Das haben Sie auf die Frage von meinem Kollegen Stracke ja auch beantwortet. Wenn Sie auch noch mal den Mentalitätswechsel, den Sie angesprochen haben, oder weitere Punkte - -

Ich möchte in meiner Befragungszeit jetzt ganz gern Ihre Expertise mal nutzen. Was würde Ihnen noch weiter einfallen, woran wir als Untersuchungsausschuss dann in Erfüllung unseres zweiten Auftrages arbeiten müssen, wenn wir gute Vorschläge machen wollen? Denn wir können ja nicht nur hier und da die Rechtsgrundlage ändern, die Zusammenarbeit ein bisschen verbessern. Wir müssen ja, glaube ich, um das Vertrauen in den Verfassungsschutz wiederherzustellen, ein bisschen mehr machen. Haben Sie noch Ideen, die Sie uns vielleicht heute mit auf den Weg geben wollen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich glaube, dass zum Beispiel ein Vorteil der Konstruktion Verfassungsschutzabteilung der ist, dass ein permanenter Austausch der Mitarbeiter stattfindet. Und es geht auch um die Verwaltungserfahrung, um die Kenntnis rechtsstaatlicher Arbeitsweise in den Behörden. Wenn es so ist wie in manchen Landesämtern, dass es da heißt „Einmal Verfassungsschutz, immer Verfassungsschutz“, und man da nie wieder rauskommt, dann wird man von einer bestimmten Mentalität, Geheimdienstmentalität oder Nachrichtendienstmentalität, gefangen und setzt vielleicht andere Prioritäten als in einer offenen Abteilung, wie das bei uns war, wo die Mitarbeiter permanent zwischen den unterschiedlichsten Verwaltungsabteilungen versetzt wurden.

Ich habe ja permanent neue Mitarbeiter bekommen, die ich einarbeiten musste, die aber gewohnt waren, nach Recht und Gesetz zu arbeiten, ~~die also nicht von der~~ Es gibt so einen gewissen ~~Zwischen~~ Zwischen der Geheimdienstmentalität und der Besonderheit der Tätigkeit auf der einen Seite und dem korrekten rechtsstaatlichen Verwaltungshandeln -- Das muss immer eng zusammengeführt werden, und das ist sicherlich leichter, wenn Sie Mitarbeiter haben, die auch mal ausgetauscht werden und die jahrzehntelang nichts anderes machen, als V-Leute zu führen oder so. Die müssen auch mal eine andere Verwaltungstätigkeit, wo sie nach den Vorschriften gucken müssen, ausüben. Ich glaube, das ist der wichtigste Punkt.

Ich hatte es ja vorhin gesagt: Man kann sehr viel ändern durch organisatorische Dinge, aber entscheidende Mentalitätswechsel werden Sie nur erreichen, wenn Sie in die Dienstauffassung und in die Denke der Mitarbeiter hineinkommen. Und dafür ist, glaube ich, notwendig das rechtsstaatliche Bewusstsein und die Notwendigkeit, nach Recht und Gesetz zu arbeiten, trotz aller Besonderheiten des Verfassungsschutzes. Nur dann kann man, glaube ich, auch das Vertrauen wiedergewinnen, das man durch diese Aktionen hier verloren hat.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. - Herr Dr. Möller, darf ich da auch noch mal nachhaken? Wir haben hier auch schon identifiziert, dass es auch um die Frage interkulturelle Kompetenz geht, also insbesondere bei der Bearbeitung vonseiten der Polizei, bei der Ermittlungsarbeit der Mordfälle, aber auch der Sprengstoffanschläge, sowohl bei der Polizei als auch beim Verfassungsschutz. Würden Sie das auch unterstreichen, dass wir da auf jeden Fall erheblichen Verbesserungsbedarf haben? Oder was sehen Sie da als vorrangig an?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich war ja auch zehn Jahre Polizeiabteilungsleiter. Mein Bestreben war, den Anteil von Polizisten mit Migrationshintergrund so hoch zu bringen, wie er dem Bevölkerungsanteil entsprach. Das war natürlich relativ hoch; das hätten in Nordrhein-Westfalen, glaube ich, 8 oder 9 Prozent sein müssen.

Wir haben das in den Niederlanden erlebt, wie das dort bei der niederländischen Polizei läuft, und fanden das sehr gut und wollten das auch in Nordrhein-Westfalen übernehmen. Ich habe die ersten Leute eingestellt, die keine deutsche Staatsangehörigkeit hatten, mit einer Sondergenehmigung sozusagen. Sonst muss man als Beamter ja Deutscher sein. Das ist auch weiter betrieben worden, und das hat sich, glaube ich, auch als sehr wertvoll herausgestellt.

Beim Verfassungsschutz haben wir es genauso gemacht. Wir haben etliche - das betrifft jetzt mehr den Bereich Islamismus usw. - fremdsprachliche Mitarbeiter eingestellt, Islamwissenschaftler und andere, die mehrere Sprachen konnten, um auch das Verständnis für die Klientel - oder sie nennen es jetzt „interkulturelle Kompetenz“ - zu fördern.

weit weg sind von Düsseldorf und vom Verfassungsschutz.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Aber Sie haben auch mitbekommen, um noch einen weiteren Aspekt zu befragen, dass wir bei der Keupstraße nicht wirklich weitergekommen sind - nicht wir, sondern vor allem die Polizei. Als dann in Dortmund der Mord passierte und im Prinzip - das haben wir hier von dem ermittelnden Beamten gehört - im Wesentlichen sich man in Dortmund auf die BAO „Bosporus“ bzw. auf die gemeinsamen Steuerungsgruppen verlassen hat, haben Sie dann immer noch weiter gefragt? Waren Sie dann in Teilen auch in diese Steuerungsgruppen bzw. in die Informationsflüsse ab 2006 eingebunden?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, das habe ich ja vorhin ausgeführt, dass Dortmund von Anfang an nur in der Polizei gelaufen ist, bis auf unseren Versuch, wertvolle Informationen zu gewinnen und dann der Polizei zu übermitteln, was aber negativ verlaufen ist. Sonst ist der Fall Kubasik überhaupt nicht bei uns aufgeschlagen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Weil ich den Eindruck hatte bei der Zeugenvernehmung des Dortmunder ermittelnden Beamten, dass dort vor allem die Einzeltätertheorie eine besondere Bedeutung hatte, dass man durchaus hier weniger die Organisationstheorie sah. Das heißt aber, auch von Dortmund hat man gesagt: Nein, selbst wenn man im Prinzip im Rahmen der BAO „Bosporus“ in der Zeit schon anfang, auch vielleicht umzudenken, ist bei Ihnen gar nichts angekommen, und man hat dann im Prinzip auch, obwohl Dortmund betroffen war, keinen Austausch in der Richtung auf LfV-Ebene hin versucht.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein. Ich kann mich da nur wiederholen, dass der Fall Dortmund bei uns als eigener Fall nicht aufgetreten ist.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sie sagten vorhin, es gebe nur zwei oder drei Bundesländer, wo Sie sagen würden, die hätten eine ähnlich gute Qualität. Welche waren denn das?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, es sind naturgemäß die größeren Länder, ich würde sagen - das kann man so pauschal sagen -, Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen und dann vielleicht noch Rheinland-Pfalz.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Was sind denn da die wesentlichen Kriterien?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja, es geht um die Qualität der -- Ich will mal anders anfangen: Eine Behörde, die nur wie in Bremen 50 oder 60 Mitarbeiter hat oder nicht sehr viel größer ist, kann überhaupt nicht diesen Grad an Spezialisierung und Qualifikation gewinnen, der notwendig ist, um diesen Phänomenen, um die es hier geht, überall sachgerecht begegnen zu können. Man braucht also schon eine gewisse Quantität, um Qualität in diesen Bereichen entwickeln zu können. Zum anderen geht es natürlich auch um die Qualität der Mitarbeiter.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Haben denn dann gerade so die kleinen insbesondere nach Unterstützung bei den größeren nachgefragt? Oder haben die gesagt: „Das ist wurscht, wir kommen mit dem Kleinkram hin“?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Natürlich gibt es Unterstützung. Aber die sind mehr im ^{Hand} Man muss ja auch die Rechtslage bedenken. Es gibt Unterstützung und Zusammenarbeit, natürlich vor allem im technischen Bereich, in der Nutzung gemeinsamer, sehr kostenaufwendiger Technik. Vor allem im norddeutschen Bereich gibt es eine sehr gute Zusammenarbeit. Es gibt Zusammenarbeit zwischen Niedersachsen und Bremen in vielen Bereichen, in Norddeutschland zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein und Mecklenburg in der Nutzung von technischen Geräten. Da gibt es eine sehr gute Zusammenarbeit. Es gibt auch da gesonderte Besprechungen zwischen den einzelnen Ländern.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Sollte man das noch intensivieren?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das ist sicherlich sinnvoll. Aber ich glaube, die Sache steht und fällt ^{Hand} Letztlich ist es für mich ein Föderalismusproblem. Wenn der Verfas-

Handwritten note: ^{Hand} Einzelfall gegeben

Handwritten note: ^{Hand} mit der Größe

sungsschutz ein Teil einer Landesbehörde ist und das Land selber die nötige Verwaltungskraft auch in anderen Bereichen nicht hat, dann wird es sie auch beim Verfassungsschutz nicht haben. Also: Solange wir keine leistungsfähigen Länder haben, die eine bestimmte Größe haben, wird es auch keine leistungsfähigen Verfassungsschutzämter geben können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kollege Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wäre es eine Möglichkeit, Herr Zeuge, wenn man die Zusammenarbeit mit der Polizei sich anschaut, dass möglicherweise eine Sondergruppe der Polizei bei Ihnen, beim Verfassungsschutz, als sozusagen Kontaktpersonen mit im Verfassungsschutzamt sind, die Informationen, die Sie haben, auswertet und den entsprechenden Polizeieinheiten gibt? Was würden Sie denn von so einer Idee halten, fachlich bewerten?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Die Frage ist ^{nein} Man müsste sich dann mal eine konkrete Konstellation vorstellen. Eine enge Zusammenarbeit ist immer von Vorteil; das ist richtig. Aber ich überlege jetzt, was das in dem konkreten Fall hätte besser machen können; das weiß ich nicht so genau.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich meine, generell angesprochen, nicht auf den konkreten Fall, sondern generell als - -

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich sage mal: Es wird schwerer sein, die Polizei dazu zu gewinnen als den Verfassungsschutz. Die Polizei hat die Tendenz, sich autark zu geben und - ich glaube, ich kann das beurteilen, nachdem ich zehn Jahre bei der Polizei war - die Dinge möglichst mit eigenen Kräften selbstständig zu machen. Wenn andere Organisationseinheiten - das muss nicht der Verfassungsschutz sein; das ist jedenfalls meine Berufserfahrung; das können auch der Katastrophenschutz und andere sein - nicht rechtzeitig mit einer Lösung überkommen, dann macht es die Polizei eben selber, und die machen es gut. Sie machen es gut. Das muss man auch sagen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, ja, richtig. - Wenn der Minister es anordnet zum

Beispiel? Hätten Sie da fachliche Bedenken dagegen?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, natürlich nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Die Anwerbung von V-Männern: Sie waren über alle informiert, nehme ich an?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Bitte?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie waren über die Anwerbung von V-Männern informiert?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich musste ja über jeden - - Natürlich. Ich musste ja in jedem Fall das genehmigen, wenn einer angeworben wurde, -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also kannten Sie auch alle?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: - wenn ein konkretes Verhältnis mit ihm begonnen ^{H wird} Ja, natürlich.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, Sie kannten alle V-Männer.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Nein, als Personen sowieso nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das nicht. Aber Sie wussten über Ihre V-Männer Bescheid.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Zumindest die, die in meiner Amtszeit neu dazugekommen sind und ausgestiegen sind.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Hatten Sie denn einen eigenen, persönlichen V-Mann zum Beispiel geführt?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ich?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, Sie.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Auf die Idee würde ich nicht kommen. Nein.

(Heiterkeit)

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das halten Sie also für abwegig, so was?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Sicher. Das kann man nur machen, wenn es sonst keinen gibt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wäre denn so was denkbar?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das halte ich für einen absoluten fachlichen Fehler.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Ja. Die V-Mann-Führung schafft ~~einen so~~ Das ist eine ganz schwierige Angelegenheit, die auch ~~Es~~ geht ja auch um Menschen. Das schafft auch Vertrauensbasen. Und dann können Sie als V-Mann-Führer in so viele Konflikte kommen. Wenn das ein Behördenleiter macht, halte ich das für völlig unmöglich.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie haben mir sehr weitergeholfen. Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hat die Linksfraktion. Frau Kollegin Pau.

Petra Pau (DIE LINKE): Herr Möller, meine kritische Haltung zu den Behörden, die den Namen „Verfassungsschutz“ im Namen tragen, ist sicherlich auch zu Ihnen nach Nordrhein-Westfalen durchgedrungen. Aber Ihre Bemerkung eben hat mich doch zu einer Nachfrage inspiriert, da ich fürchte, dass unser Vorhaben, das V-Leute-Wesen ersatzlos abzuschaffen, sich noch nicht durchsetzen wird, auch in der nächsten Legislaturperiode.

Sie haben vorhin gesagt, dass Sie die V-Mann-Führer gern regelmäßig auch in andere Bereiche versetzt haben oder versetzen, damit die sich dann auch dort wieder an Recht und Gesetz halten. Wir sollen ja hier auch Schlussfolgerungen ziehen für die weitere Arbeit der Sicherheitsbehörden. Hängen Sie der Theorie an, die ja durchaus auch öffentlich diskutierte wird, dass diese ganze V-Mann-Geschichte von der Führung, Werbung und wie auch immer sich mehr oder weniger in einem etwas rechtsfreien Raum bewegt?

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Da kann ich jetzt nur für Nordrhein-Westfalen reden. Bei uns ist das alles geregelt gewesen, nicht durch Gesetz, sondern durch innerdienstliche Vorschriften.

Ich kann nur sagen: Die Gewinnung eines V-Manns bis hin zu seiner Verpflichtung ist ein unheimlich aufwendiger Vorgang, der ~~sehr kompliziert ist~~ ^{H1 sehr kompliziert ist} Mir ist oft bei der letztlichen Entscheidung „Verpflichten wir jemanden?“ so ein Berg Akten auf den Tisch gekommen über die Person, über Beobachtungen und Leumundszeugen usw. usw.

Das kann man regeln, und das kann man auch sehr sorgfältig machen. Man ist vor einem Fehlgriff nie gefeit. Ich habe ja vorhin geschildert - -

Petra Pau (DIE LINKE): Mir ging es jetzt mehr um die V-Mann-Führer und ihren Ermessensspielraum.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Die ~~V-Mann-Führer können ja nur~~ ^{H1} Gut, dafür braucht man natürlich bestimmte Leute. Dafür können Sie nicht jeden sturen Verwaltungsbeamten verwenden. Sie müssen schon eine gewisse Empathie haben, sie müssen auf Leute zugehen können, sie müssen - -

Petra Pau (DIE LINKE): Die Qualität kann ich mir ungefähr vorstellen. Mir ging es, inspiriert durch Ihre Bemerkung eben, dass sie auch regelmäßig mal wieder in andere Bereiche, wo wahrscheinlich der Arbeitstag auch etwas strenger geregelt ist und nicht dem Ermessen unterliegt, versetzt werden müssen. Deswegen meine Frage noch mal: ganz konkrete Regeln und auch Kontrolle des Führers von V-Leuten.

Zeuge Dr. Hartwig Möller: Das ist sicherlich notwendig. V-Mann-Führer machen ihren Job auch deshalb sehr gerne, weil sie natürlich sehr viele Freiräume haben. Sie können natürlich durch die Lande fahren, und das kann niemand so genau kontrollieren, was sie eigentlich machen. Jede Art von Kontrolle ist da natürlich nicht ganz schlecht. Da würde ich Ihnen zustimmen, ja.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut, danke schön. - Sie haben vorhin gesagt, dass Sie die Operative Fallanalyse, die in Nordrhein-Westfalen erstellt wurde, wo man dazu kam, dass es auch einen rassistischen, fremden-



Bundeskriminalamt

Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss
19. Okt. 2012
5455

Telefaxnachricht

Seitenzahl inklusive Deckblatt

- 2 -

030/227 30084

An das Sekretariat des 2.
Untersuchungsausschusses
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Thaerstraße 11, 65193 Wiesbaden
POSTANSCHRIFT 65173 Wiesbaden

TEL +49(0)611 55-18326
FAX +49(0)611 55-45148

BEARBEITET VON Herrn Jung
E-MAIL so15@bka.bund.de
AZ SO15 232 -
DATUM 19. Oktober 2012

BETREFF **Aussage in der 31. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses am 27.09.2012**

BEZUG Übersendung des Protokolls

Sehr geehrter Herr Georgii,

das Protokoll habe ich auf Hör und Übertragungsfehler hin durchgearbeitet. Bei den aufgeführten Kalenderdaten habe ich die nachfolgenden Fehler festgestellt und bitte, diese zu korrigieren:

Lfd. Nummer	Seite	Spalte	Position	Text
1	42	rechte	Mitte	Das korrekte Datum des Schreibens an den VB ist der 03.06.2006 (nicht der 16.06.2006)
2	43	rechte	Unten	Das korrekte Jahr des Angebots im Deutschen Waf-fenjournal ist 1993 (nicht 1983)
3	44	rechte	Mitte	Das korrekte Datum der Feststellung von der BKA-KT ist der 11.09.2008 (nicht der 11.09.2007)

Weiterhin handelt es sich im nachfolgenden Fall um einen Verständigungsfehler, den ich ebenfalls korrigiert haben möchte:

SEITE 2 VON 2

Lfd. Nummer	Seite	Spalte	Position	Text
4	73	rechte	Mitte	Es muss im Text richtig heißen Kriminaltechnik (nicht Regionaltechnik).

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Jung, KHK

eine Anfrage zu bearbeiten oder beantworten?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Direkt nicht. Es gab im Jahr 2006 vom Bundeskriminalamt eine Anfrage an den BND im Zusammenhang mit der Pistole Ceska. Diese Anfrage wurde eingesteuert an die Abteilung Terrorismus und organisierte Kriminalität. Meine Abteilung, die unter anderem zuständig ist für Waffenhandel, wurde zur Zuarbeit aufgefordert, und wir haben bei der damaligen Anfrage Fehlanzeige in der Zuarbeit gegeben. Die Anfrage dann wurde von der Abteilung Terrorismus, organisierte Kriminalität beantwortet.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben Fehlanzeige geliefert, weil die Frage nicht hinreichend präzise war oder weil Sie einfach sagen konnten: „Wir haben keinerlei Erkenntnisse über Ceskas, die irgendwie international im Umlauf sind -- oder Wege nachvollziehbar sind“?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Richtig. Die Frage war nicht hinreichend präzisiert. Es war keine Nummer, Registrierungsnummer, der Waffe angegeben. Die Anfrage bezog sich lediglich auf die Ceska und auf die Firma, auf die tschechische Firma, die im Vertrieb eingeschaltet war, und, ich glaube, auf irgendeinen Namen, der angeblich - irgendein Mann aus dem Mittleren Osten - mal eine Waffe davon erhalten haben sollte. Das wurde geprüft, und wir hatten keine Erkenntnisse dazu.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wären Sie denn in der Lage gewesen, wenn der Fahndungsansatz hätte konkreter sein können, sprich: wenn man nach einer ganz bestimmten Waffe mit Waffenummer -- oder wenn man einen Weg schon hätte aufzeigen können, den die Waffe genommen hat, dass Sie dort weiter ansetzen, wären Sie dann in der Lage gewesen, so was abzubilden, jetzt allgemein gefragt, also von Ihrer Erkenntnislage her und auch speziell bezogen auf das Stichwort Schweiz? Weil wir ja heute wissen, dass dieses kleine Sortiment der Ceska 83 mit verlängertem Lauf und Schalldämpfer ja über die Schweiz in den Handel und dann letztendlich über Mittelsmänner bei den Tätern landete. Wären Sie da zu mehr in der Lage gewesen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Grundsätzlich nein. Meine Abteilung beschäftigt sich mit dem Waffenhandel unter strategischem Aspekt, Rüstungshandel international, Im- und Export. Mit einzelnen Waffen, die im Rahmen von Terrorismus oder von Kriminalität gehandelt werden, beschäftigen wir uns nicht. Waffenhandel definiert sich bei uns erst dann, wenn eine organisierte Struktur oder ein Netzwerk dahintersteht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann würde ich jetzt fast die Frage stellen: Wie landete man dann bei Ihnen, diese BKA-Anfrage, die Zuarbeit? Einfach weil man ausschließen wollte, dass --

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, die Kollegen in der Abteilung Terrorismus haben uns angefragt, da wir für Waffenhandel zuständig sind, um einfach vollständig abzufragen für alle Eventualitäten. Das ist ein übliches Verfahren bei uns.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Kollege Wolff hat eine Zwischenfrage, und ich habe nichts dagegen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ganz kurze Zwischenfrage: Mich würde interessieren, wie Sie organisierte Formen des Waffenhandels definieren für Sie: Staatlicherseits? Privatorganisationen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, es gibt natürlich den staatlichen Waffenhandel, das ist eine Seite. Dann gibt es natürlich den privaten und den illegalen Waffenhandel. Ich sage mal, wenn es eine organisierte Kriminalität ist, deren Geschäftszweck der Waffenhandel ist, dann würden wir uns damit beschäftigen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also der alleinige Geschäftszweck?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nicht der alleinige Geschäftszweck, aber ~~es muss~~ es darf nicht eine Begleiterscheinung sein. Eine organisierte Kriminalität oder eine Bande, die Rauschgift handelt, ist sicherlich bewaffnet und besorgt sich zu dem Zweck einzelne Waffen. Das ist für uns dann noch kein Grund, uns damit zu beschäftigen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hatten Sie denn im Rahmen Ihrer dienstlichen Tätigkeit im BND in Ihrer Abteilung jemals Erkenntnisse, wo es auch Bezugspunkte zu Rechtsextremismus gab, auch eben in anderen Ländern?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Soweit ich das überblicken kann aus der Vergangenheit, ist mir kein Fall bekannt, der sich mit organisiertem Waffenhandel im Bereich Rechtsextremismus beschäftigt hat oder damit zu tun hatte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wir haben heute Mittag ein bisschen vor der Frage gestanden mit dem Zeugen des BKA, dass, obwohl die Waffe ein sehr seltenes Modell war - die Ceska selber nicht, ist ein Massenprodukt; aber die 83er mit verlängertem Lauf, nur insgesamt 80-mal produziert und davon dann auch noch mal eingrenzbar -, obwohl es sehr seltene Munition war - PMC -, für die es für ganz Europa nur einen Generalimporteur gibt, der auch noch in Deutschland sitzt, und es über Europa verteilt nur neun Händler gibt, die das dann an die Kunden weiterverkaufen, man sich trotzdem nicht in der Lage gesehen hat, weil es ein Massenproblem sei, hier den Kundenkreis etwas besser einzugrenzen oder abzugleichen. Hätte es da andere Möglichkeiten gegeben bei so seltenen Waffen und so seltenen Munitionen, hier doch früher auf so eine Spur zu kommen? Würden Sie da mit Ihrer Expertise, mit Ihrer fachlichen Expertise -- Was würden Sie machen, wenn man sagt: „Wir suchen nach einem Lieferanten oder Händler, der nur sehr seltene Munition und Waffen vertreibt“?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Wir haben natürlich eine andere Arbeitsmethodik als die Polizei.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das ist bekannt, ja. Aber die müssen Sie nicht offenlegen.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Wenn sich das für uns sozusagen als aufklärungswürdiger Waffenhandel qualifiziert, dann würden wir nachrichtendienstliche Mittel gegebenenfalls einsetzen. Das ist natürlich auch alles eine Frage der Priorität dabei. Aber wenn das als Waffenhandel qualifiziert ist, dann würden wir das machen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ist es für Sie leichter, aufgrund Ihrer Möglichkeiten, die Sie haben, oder auch Informationssammlungen, dass Sie sagen: „Wenn es um Waffenhandel geht, der mit seltener Munition durchgeführt wird oder mit eher seltenen Waffen, kommen wir den Dingen schneller auf die Spur“? Haben Sie da Möglichkeiten, oder macht das für Sie keinen Unterschied, ob Massenprodukt oder Nischenprodukt, weil Sie sich mehr an den Händlern orientieren?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, das macht keinen Unterschied.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wäre dann auch nicht leichter oder schwieriger gewesen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Waren Sie jetzt nach dem 4. -- Unser Untersuchungsauftrag endet ja am 4. November 2011, als das Trio auffliegt.

(Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):
8.!) /

- 8.? Also 8. Ich habe hier den Untersuchungsauftrag. Egal.

Also, im November endet unser Zeitraum, in dem Moment, wo die Ermittlungen losgehen. Waren Sie danach noch mal in irgendeiner Form betraut mit Nachfragen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ja, es hat eine Nachfrage gegeben noch mal zur Ceska und zu dem Waffenhändler, der die Ceska weiterverkauft hat. Die Anfrage ging wieder an die Abteilung Terrorismus und organisierte Kriminalität, wieder mit der Bitte einer Zuarbeit durch uns. Da der Schweizer Waffenhändler bei uns nicht bekannt war und wir auch zu den einzelnen Fragen, die gestellt wurden, keine Anhaltspunkte hatten, haben wir auch dort wiederum Fehlanzeige gemeldet in der Zuarbeit.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay, dann habe ich für den Moment keine Fragen mehr. - Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Andere Kollegen von der Unionsfraktion? - Die SPD-Fraktion dann bitte. Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Guten Tag, Herr Dr. Herle! - Dann frage ich noch mal ein bisschen allgemeiner zur Beteiligung des BND, dass wir auch ein rundes Bild bekommen.

Wie ist das denn grundsätzlich? Wie wird der BND denn eigentlich tätig, wenn man Ermittlungsverfahren mit Auslandsbezug hat? Unser Auslandsbezug ist ja jetzt hier insbesondere bei der Mordserie, dass nachgefragt wurde in Tschechien und in der Schweiz.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Grundsätzlich fragt die Polizei im Rahmen der Amtshilfe im Ausland dann nach, und der BND wird bei einem laufenden Verfahren grundsätzlich nicht um Maßnahmen gebeten. Es werden Erkenntnisse abgefragt im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens.

Dr. Eva Högl (SPD): Und Sie hatten ja eben schon gesagt, dass Sie auf die Frage nichts beitragen konnten. Haben Sie das denn -- Wissen Sie das? Wurde das zum Anlass genommen, vielleicht ein bisschen drum herum mit Erkenntnissen etwas beizutragen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein, das kann ich auch nicht.

Dr. Eva Högl (SPD): Also, können Sie nicht sagen, oder können Sie ausschließen, dass der BND mit eigenen Erkenntnissen irgendwas beigetragen hat?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Zu diesem konkreten Fall -- Ich kann nur für meine Abteilung sprechen, und da muss ich mich auf das zurückziehen, was ich gesagt habe.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja. - Ja, es ist ein bisschen schwierig, weil Sie ja so fast gar nicht beteiligt waren.

Gibt es denn noch irgendwas, was Sie jetzt -- was noch nicht gefragt wurde, oder weil Sie kein Einführungsstatement gemacht haben, wo Sie sagen: „Das könnte ich noch dazu beitragen“? Also Sie waren im Grunde genommen gar nicht damit befasst?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ich gebe zu, ich bin ein schlechter Zeuge hier.

Dr. Eva Högl (SPD): Das würde ich jetzt so nicht sagen. Wir haben Sie ja eingeladen,

hier Auskunft zu geben. Aber wenn sich das ergibt, dass Sie nichts dazu beitragen können, dann ist das eben so. Aber vielleicht können wir ja Ihre Expertise nutzen.

Sie haben sich ja auch mit der Waffenspur jetzt im Nachhinein sicherlich auch noch mal befasst: Wie ist das gewesen oder so? Hat es denn aus Ihrer Sicht - Sie sind ja Experte zu dem Thema - irgendwas gegeben, wo Sie sagen: Da ist damals aber ein Fehler gemacht worden oder da können wir jetzt -- Wir haben ja auch den Auftrag, Vorschläge zu machen, was besser gemacht werden kann. Wüssten Sie sich zum Beispiel, der BND würde besser oder anders oder so einbezogen? Gibt es da irgendwas, wo Sie sagen, das sollten wir noch wissen hier?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, das ist eigentlich ein eingespieltes Verfahren. Wie gesagt, wenn ein Ermittlungsverfahren läuft, dann ist ~~eigentlich~~ für den BND bis auf die Erkenntnis-anfrage eigentlich nichts mehr zu tun. Wir können ja nicht parallel irgendwelche Maßnahmen ergreifen, wenn eine polizeiliche Ermittlung läuft.

Dr. Eva Högl (SPD): Ja, Herr Dr. Herle, dann habe ich auch keine weiteren Fragen an Sie. - Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht ist jetzt bei der FDP-Fraktion. Herr Schulz.

Jimmy Schulz (FDP): Herr Dr. Herle, Sie hatten ja gerade gesagt, es gab eine Anfrage 2006 und dann nur eine Nachfrage, aber das war dann nach Aufdeckung.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Richtig.

Jimmy Schulz (FDP): Gab es vorher -- Also das waren die einzigen beiden Kontakte, von denen Sie wissen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ja. Ich war auch selbst nicht befasst. So was wird auf Arbeitsebene abgewickelt.

Jimmy Schulz (FDP): Aber Ihre Abteilung war ja damit befasst.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Richtig, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ab welcher Größe ist denn das für Sie interessant? Was kann man sich da vorstellen? Also, von dieser Waffe, haben wir gerade eben gehört, waren alleine von dem Modell Ceska 83 - Ceska 82 gar nicht mit eingerechnet - 140 000 hergestellt worden innerhalb einer kurzen Zeit, und das in den letzten 20 Jahren.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Handfeuerwaffen sind nur dann von Interesse, wenn sie ganz spezifische Merkmale aufweisen, neue Merkmale aufweisen, neue Spezialmunition gebrauchen können. Dann beschäftigen wir uns damit, um einfach die technischen Daten festzustellen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wir haben ja eine veränderte Lage. Es ist ja nicht mehr erheblich aus meiner Einschätzung oder unserer Einschätzung heraus, wie viele Waffen am Stück sozusagen im Paket transportiert werden, sondern mittlerweile kann man ja in dieser globalisierten Welt mit einer Waffe sehr viel Unsinn anfangen.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Das ist richtig. Aber eine Ceska hat unter waffentechnologischem Gesichtspunkt jetzt - ich sage mal - wenigstens keinen herausragenden Wert.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt ist das BKA beispielsweise in der Schweiz unterwegs, oder verschiedene andere Ämter untersuchen, wie weit der Extremismus Einfluss im Jugoslawienkrieg - - und vor allen Dingen auch den Heimkehrern sozusagen, die außerhalb des normalen militärischen Dienstes dort waren - sprich: Söldner - - kehren zurück - - Man will versuchen, aufzuklären, wie weit das seine Fortsetzung auch hier in Deutschland findet. Bieten Sie da eine grundsätzliche Unterstützung an, oder warten Sie auf Anforderungen, auf Nachfragen? Wie läuft das technisch?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: So was würde grundsätzlich auf Nachfrage passieren. Wie gesagt, wenn sich das Ganze auf dem Gebiet Deutschlands abspielt, dann hat der BND auch keine Zuständigkeit. Das wären nur Erkenntnisse, Informationen, die wir zu dem Komplex aus dem Ausland hätten oder besorgen könnten. Zu diesem Komplex wären wir dann aufgerufen was beizutragen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aufgerufen, beizutragen nach Aufruf, oder tragen Sie aktiv bei?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, wie gesagt, wenn das im Rahmen unseres Auftrags ist, das heißt, wenn sich das als Waffenhandel darstellt, dann ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Vorsitzender, wie lange noch?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine Minute, zwei. Zwei Minuten.

Jimmy Schulz (FDP): Wie häufig kommt es insgesamt vor, dass solche Waffen - - Gibt es Erkenntnisse darüber, wie Waffen zwischen Deutschland und der Schweiz hin- und hergeschoben werden? Gibt es da - -

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Dazu kann ich nichts sagen, weil ich es nicht weiß. Wenn einzelne Waffen dort hin- und hergeschoben werden, hat das grundsätzlich einen ~~oder in vielen Fällen~~ kriminellen Hintergrund. Solche Einzelvorgänge fallen nicht in unsere Zuständigkeit.

Jimmy Schulz (FDP): Laut den Akten sah der BND Ende 2011 die Möglichkeit, dass das Trio die Waffen entweder über reguläre Märkte in Polen oder Tschechien oder über einen südamerikanischen Händler in der Schweiz erlangte. Belastbare Hinweise gab es aber nicht. Gibt es dazu neuere Spuren?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein.

Jimmy Schulz (FDP): Die Person, die eine dieser Waffen gekauft hatte, wurde viermal vernommen. Die Person hat immer behauptet, die Waffe nie gekauft zu haben. Hat der BND diesen Mann oder seine deutsche Frau und ihre Umgebung überprüft, und das nicht erst nach November 2011?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein, wir haben nichts überprüft.

Jimmy Schulz (FDP): Dann weiß ich jetzt auch nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hat die Fraktion Die Linke. Herr Petermann, bitte.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Dr. Herle, können Sie sich daran erinnern, dass der BND im Rahmen seiner täglichen Lagemeldung - Polizeilicher Staatsschutz - am 26. Januar 1998 darüber informiert worden war, dass bei Durchsuchungen in Jena bei drei Neonazis unter anderem vorbereitete Rohrbomben gefunden wurden?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ein solcher Vorgang ist mir nicht bekannt.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ist Ihnen in diesem zeitlichen Kontext ein Fahndungsplakat des Bundeskriminalamtes irgendwann mal über den Weg gelaufen, dass drei Bombenbastler aus Jena untergetaucht sind und gesucht werden?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Wenn möglicherweise in anderen Fällen derartige Waffenfunde oder Sprengstofffunde über die tägliche Lagemeldung bei Ihnen eingehen, was geschieht damit eigentlich?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Waffenfunde, Sprengstofffunde hier in Deutschland, die gehen grundsätzlich auch nicht bei uns ein, weil sie nicht in unsere Zuständigkeit passen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Dass Sie möglicherweise nicht direkt zuständig sind, ist klar. Aber es gibt ja diese täglichen Lagemeldungen vom Staatsschutz. Dann ist das ja möglicherweise für Sie als Information enthalten, und dann ist die Frage: Machen Sie sich da Gedanken, oder nehmen Sie das einfach nur schulterzuckend zur Kenntnis, weil Sie sagen, Sie sind nicht zuständig und es gibt keine konkreten Anfragen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Gut. Mit Einzelnen Waffen, die hier auftauchen, aufgefunden werden in Deutschland, das fällt nicht in die Zuständigkeit des Bundesnachrichtendienstes.

Jens Petermann (DIE LINKE): In dem Fall jedenfalls der Aushebung der Bombenwerkstatt, wie es damals bei Ihnen im Haus

hieß, hat der BND, das Referat 12E, von sich aus mit dem Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen Kontakt aufgenommen, und zwar am 5. März 1998, und mitgeteilt, dass grundsätzlich Interesse an Informationen über Verbindungen deutscher Rechtsextremisten ins Ausland bestünde und dass eigene Erkenntnisse zu dem Trio nicht vorliegen würden, und man hat sich bedankt für die Detailinformationen aus Thüringen. Können Sie uns sagen, womit sich das Referat 12E beschäftigt?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, sicherlich nicht mit Waffenhandel. Das kann ich Ihnen sagen. Insofern kann ich auch zu dieser einzelnen Anfrage keine Auskunft geben hier.

Jens Petermann (DIE LINKE): Gibt es dieses Referat noch seit der Strukturreform im Jahre 2008?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, ich muss Ihnen - Da bin ich jetzt etwas überfragt; denn der BND hat gelegentlich umorganisiert und einzelne Bezeichnungen - - Ich kann jetzt 12E im Jahre 98, muss ich gestehen, nicht zuordnen.

Jens Petermann (DIE LINKE): In MAT A BND-3/1 c, Blatt 60, finden wir am 22.12.2011, also nach dem Bekanntwerden des NSU, erstmals vom BND einen Hinweis auf eine Überprüfung einer möglichen Schweizer Spur in Bezug auf die Ceska. Da erwähnt ein Mitarbeiter der Residentur in Bonn, dass es ja die neonazistische Gruppe PNOS in der Schweiz gäbe, die als Bezugsquelle für die Ceska möglicherweise infrage käme. Waren Sie nach dem 04.11.2011 noch mit dem Thema NSU und Waffenspuren befasst?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Das Einzige, was wir unternommen haben: Es gab irgendeinen Pressehinweis. Ich glaube, das Thema war: Rechtsextremisten rüsten auf. Dort wurde aufgelistet eine gewisse Anzahl von Waffen, die einzelne Rechtsextremisten von einzelnen Stellen erworben haben sollen. Wir haben dort beim Bundeskriminalamt nachgefragt, ob weitere Erkenntnisse dazu vorliegen. Die Antwort war: Unter dem Gesichtspunkt Waffenhandel und auch sonst nicht substantiiert. Also, man konnte nichts dazu sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2003 soll eine Besprechung stattgefunden haben in Pullach zwischen verschiedenen Herren des Bundeskriminalamtes und einem Herrn Dr. Dankert (?) und Mitarbeitern des Bundesnachrichtendienstes, in dem informiert worden ist von 9.15 Uhr bis 12.15 Uhr über diese Mordserie. Der BND soll dann die Aufgabe übernommen haben, in seinen Datenbeständen mal nachzusehen, ob er da helfen kann, ob er was finden kann. Wissen Sie von so einer Besprechung?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, mit dem Vorgang war ich nicht befasst, und ich weiß auch nichts davon.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat jetzt auch mit Waffenhandel erst mal nichts zu tun. Deshalb: Es kann ja sein, dass Sie in der Vorbereitung jetzt sich insgesamt informiert haben, was der BND dazu sagen kann.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein. ~~Kann~~ Ich ^{zu} sagen. *Summe* *da ja*

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die zweite und auch schon letzte Frage ist etwas aktueller - vielleicht haben Sie davon gehört; das ist jetzt auch nicht direkt Ihr Bereich -: Verfügt der Bundesnachrichtendienst über Informationen über den Einsatz ausländischer Angehöriger von ausländischen Sicherheitsdiensten - ich sage hier, einem US-Sicherheitsdienst - in Deutschland am 25.04.2007? Das war der Tag in Heilbronn, als dort Frau Kiesewetter und ihr Polizeikollege angeschossen bzw. ermordet worden sind. Gibt es darüber Informationen neueren Datums?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Da kann ich nichts zu beitragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein, ich weiß es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da müssen wir jemanden anders fragen im BND?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ja, müssen Sie, wenn, jemand anders fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kämen zu einer weiteren Berliner Runde. Herr Binninger, Union.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe nur eine Nachfrage zu dem, was Kollege Ströbele gerade aufgeworfen hat. a) Wenn es diese Besprechung gab 2003 schon zwischen BKA und BND, in welchem Bereich des BND -- welche Abteilung würde so etwas, wenn es um Kapitalverbrechen geht, in Deutschland mit Bezug eventuell ins Ausland -- Wo müsste man da nachfragen? Wer könnte beteiligt gewesen sein im BND?

Die zweite Frage geht in die gleiche Richtung: Welche Stelle im BND hält denn Kontakt zu ausländischen Nachrichtendiensten?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Zur ersten Frage kann ich sagen: Terrorismus, egal ob links, rechts oder wie auch immer motiviert, wird in der Abteilung Terrorismus bearbeitet. Organisierte Kriminalität, auslandsbezogen, wird auch in der Abteilung Terrorismus, organisierte Kriminalität bearbeitet. Die Zusammenarbeit mit ausländischen Nachrichtendiensten -

Clemens Binninger (CDU/CSU): In Deutschland. Nicht im Ausland, sondern in Deutschland.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: - in Deutschland - kann ich hier im Rahmen meiner Aussagegenehmigung zumindest in offener Sitzung nicht sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. Dann kriegen wir es anders raus, kein Problem.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine weitere Frage noch von der SPD-Fraktion? - FDP? Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Herr Zeuge, mich würde interessieren, wie weit jetzt auch in dem Gesamtkomplex verschiedene Abteilungen des Bundesnachrichtendienstes

dienstes zusammengesessen sind und überlegt haben, wo es weitere Erkenntnisse gab. Gab es eine Besprechung im Hinblick jetzt auch -- vielleicht als Vorbereitung auf Ihre Aussage hier oder auch während der Aufarbeitung?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ich selbst habe an keiner solchen Besprechung ~~stattgefunden~~. Es ist mir auch nicht bekannt, ob eine solche Besprechung stattgefunden hat.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Waren Sie ziemlich überrascht, dass der Untersuchungsausschuss Sie haben wollte?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ja.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Und dann haben Sie mit dem Abteilungsleiter Terrorismus jetzt nicht gesprochen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Ich habe kurz mit ihm gesprochen, aber nicht im Einzelnen, und das war es eigentlich.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich würde interessieren, wenn wir organisierte Strukturen hätten -- Oder wie würden Sie in dieser Struktur des BND herausfinden, wenn es plötzlich organisierte Strukturen des Waffenhandels beispielsweise gäbe oder -- entstehen würden im Zusammenhang mit zum Beispiel rechtsextremistischen Netzwerken?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, das würde im ~~Rahmen~~ grundsätzlich in unseren Auftrag fallen. Das ist eben zu entscheiden, ob das in der Abteilung Terrorismus bearbeitet wird oder Waffenhandel dann.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie würde das dann aussehen?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Es gibt viele Fälle, wo das nicht so ganz eindeutig ist, weil beide Bereiche betroffen sein können. Da muss man sich dann einigen. Grundsätzlich ist es so: Wenn es um Terrorismus geht, um Rechtsterrorismus, im Ausland, dann wäre die Abteilung Terrorismus.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie identifizieren Sie dann, ob so was möglicherweise, so eine Gefährdung bestehen

könnte? Wenn jetzt so eine Information bei Ihnen beim Pförtner abgegeben werden würde, wie gehen Sie denn damit um?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, die würde irgendwann sicherlich bei der zuständigen Abteilung landen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich interessiert, wie Sie ein Gesamtlagebild -- Angenommen, wir hätten solche Strukturen, vielleicht in kleineren Zellen oder auch mit Versorgungsstrukturen, wie würde der Bundesnachrichtendienst darauf reagieren? Als Erstes, wenn Sie ein Gesamtlagebild erstellen wollten, eine Analyse darüber machen, ob das bedeutsam ist, ob das jetzt vielleicht Terrorismus ist oder Waffenhandel oder beides? Wie würde das funktionieren?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Wir würden versuchen, die entsprechenden Erkenntnisse im Ausland zu generieren und dann ein entsprechendes Lagebild erstellen dazu.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Weil wir -- Zumindest mal Vertriebsstrukturen -- jetzt nicht bei Waffen, aber andere Vertriebsstrukturen -- hatten wir zu Beginn des Ausschusses zum Beispiel von der Sachverständigen Röpke ja durchaus gehört, ob das jetzt Verlagserzeugnisse, andere Erzeugnisse sind, die international gehandelt werden und auch über das Internet vertrieben werden. Würde so etwas möglicherweise, wenn es den Bereich Waffe zum Beispiel angeht, oder auch grundsätzlich bei Ihnen einer Bewertung unterzogen werden?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, wenn es sich als Waffenhandel bei uns mit Auslandsbezug qualifizieren würde, dann würden wir eine Bewertung dazu abgeben.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie --

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Es kommt natürlich auch darauf an, wer unser Endabnehmer ist dann, ~~also~~ - wir machen das ja nicht für uns - wen das generell dann interessieren könnte.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gibt es denn europäische oder internationale, sagen wir mal, Kaffeekränzchen, wo man

zusammensetzt und wo man auch zum Beispiel solche Organisationsstrukturen analysiert und sagt: „Es gibt da erst mal keine Gefährdungslage“, oder man sagt: „Okay, vielleicht könnte es doch mal in die und die Richtung gehen“? Oder ist das nur etwas, was bisher nur im Prinzip deutsche Behörden oder den BND selber interessiert? Also, gibt es schon eine Struktur auf internationaler Ebene, wo Sie sagen: „Wir tauschen uns insbesondere mit einer möglichen Gefährdungslage in der Richtung aus“?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, wir tauschen uns im Bereich Waffenhandel mit ausländischen Stellen, Nachrichtendiensten, aus. Im Bereich Terrorismus ~~wird das~~ passiert das auch.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja, und kombiniert nicht?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Das kann durchaus auch kombiniert sein, wenn beide Bereiche entsprechend beteiligt sind.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich würde interessieren, wenn Sie ein Lagebild schaffen, inwieweit Sie da beispielsweise auch mit den deutschen Behörden, also beispielsweise Zoll, ZKA oder auch mit dem BKA, ein gemeinsames Lagebild erstellen oder überlegen, wie da an der Stelle zusammengearbeitet wird.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, mit der Polizei erstellen wir kein gemeinsames Lagebild. Wir stellen unsere Informationen, wenn sie von Belang sind, für diese Stellen zur Verfügung.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Also, bei G7AZ beispielsweise ist es eher Terrorismus, da ist der Bundesnachrichtendienst ja dabei. Das ist nur Terrorismus. Wäre es da beispielsweise denkbar, dass solche Strukturen an der Stelle für Sie jedenfalls mögliche zusätzliche Erkenntnisquellen bieten könnten?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Das sehe ich derzeit nicht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie weit sind Sie im Ausland auch -- Wie weit kooperieren Sie auch mit dem Militärischen

Abschirmdienst, beispielsweise wenn es darum geht, Strukturen vielleicht im Waffenbereich, aber grundsätzlich zunächst mal zum Beispiel auf dem Balkan oder an anderen Stellen -- Wie weit ist da der Informationsfluss mit dem Militärischen Abschirmdienst?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, der Militärische Abschirmdienst ist ja ein Abwehrdienst, der für die interne Sicherheit der Bundeswehr zuständig ist. Da kann ich nur sagen: Im Bereich Waffenhandel gibt es da wenig Berührungspunkte.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das weiß der gar nicht, Herr Kollege!)

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Nein, Moment! Sekunde, lassen Sie ihn mal aussprechen! Ich komme gleich darauf. - Also, mich interessiert: Wir haben ja Feldlager zum Beispiel bzw. auch durchaus deutsche Soldaten auf dem Balkan; wir haben sie in Afghanistan. Insofern ist dann schon interessant, wie weit es natürlich innerhalb und außerhalb - die Zuständigkeiten kenne ich - möglicherweise Erkenntnisse gibt oder Austausch gibt.

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Also, Waffen in Einsatzgebieten der Bundeswehr, die dort vorhanden sind, diese Sachverhalte klären wir auf, weil sie ja eine Bedrohung für das Auslandskontingent der Bundeswehr sind. Das ist eine mit der vornehmsten Aufgaben des Waffenhandels.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Zusammen mit dem MAD?

Zeuge Dr. Dietrich Herle: Nein, der MAD ist für diese Erkenntnisse nicht zuständig.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gibt es -- Sie haben ja noch drei Minuten Zeit. Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, Sie qualifizieren Waffenhandel und stellen fest, ob Sie sich darum kümmern oder nicht, ob Sie zuständig sind oder nicht?

noch bearbeiten müssen, aber sicherlich nicht mit Herrn Dr. Herle als Zeugen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich habe jetzt keine weiteren Fragen mehr, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Das war das BMI, ja? - Wer war es denn? Das will uns keiner eingebrockt haben. Herr Dr. Eiffler.

Dr. Sven-Rüdiger Eiffler (BK): Ich möchte nur sagen: Ich bedaure das auch, in diesem Fall, aber wir haben ja darauf auch hingewiesen. Wir hatten das so verstanden, dass in diesem Rahmen jetzt vielleicht auch allgemeine Fragen zum Hintergrund hier zur Sachaufklärung beitragen können. Ich denke, ein paar Punkte konnten ja vielleicht durchaus hier auch --

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie müssen sich nicht entschuldigen, dass Sie Herrn Dr. Herle vorgeschlagen haben. - Herr Petermann, haben Sie noch Fragen an den Zeugen?

Jens Petermann (DIE LINKE): Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was ist mit Bündnis 90/Die Grünen?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben sich auch schon verabschiedet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Union?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein, nichts.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Präzise, wenige Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Ich bin erstaunt. Ach, jetzt habe ich vergessen, die SPD zu fragen, aber das --

Dr. Eva Högl (SPD): Wir haben uns schon abgemeldet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut, die Linksfraktion habe ich schon gefragt.

Herr Dr. Herle, das war ein kurzer Auftritt. Vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben. Wie gesagt, wenn das vorläufige Protokoll erstellt ist, kriegen Sie es übermittelt, und dann gibt es diese Frist von zwei Wochen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses in Form einer Beweisaufnahmesitzung findet statt morgen um 12 Uhr hier im Raum mit dem Zeugen Herrn Bouffier.

(Schluss: 17.56 Uhr)

*lesen, Barrierefreiheit und
Genehmigung.*

Herle / 08.10.2012